

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 24. November 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die Reichsfinanzlage und der Block.

Als im Juli der „Vorwärts“ aus der Reichsfinanzwirtschaft das Fazit zog, daß der sogenannten Reichsfinanzreform des Jahres 1906 schon 1908 eine Neuaufgabe folgen müsse, die kaum niedrigere Anforderungen, als die vorjährige, an die Steuerzahler stellen, also wieder ungefähr 180 Millionen Mark neue Reichssteuern fordern werde, spottete die offiziöse Presse über die Finanzwissenschaft des „Vorwärts“. Und selbst als gegen Mitte September der „Reichsanzeiger“ den Endabschluß der Reichshauptkasse für das Etatsjahr 1906 veröffentlichte, fanden sich noch immer die meisten konservativen und nationalliberalen Blätter von der Reichsfinanzlage „recht befriedigt“, obgleich die ungedeckten Matrikularbeiträge nur zum kleinsten Teil hatten gedeckt werden können und die dem Einzelstaaten aus dem Rechnungsjahr 1906 verbleibende Gesamtlast sich auf rund 53 Millionen Mark stellte. Döhmisch wurde die im Leitartikel „Reichsfinanzen“ (Nr. 215 des „Vorwärts“ vom 14. September) ausgesprochene Folgerung belächelt, daß trotz der kürzlichen Vermehrung der Reichseinnahmen um 240 bis 250 Millionen Mark schon in nächster Zeit sich die Regierung gezwungen sehen werde, nicht nur „eine neue Reichsanleihe von einigen hundert Millionen Mark“ zu fordern, sondern zugleich auf neue Steuereinnahmen zu fassen, „die die Reichseinnahmen um weitere 200 Millionen Mark steigern“.

Seitdem sind noch nicht 10 Wochen verflossen — und die „Nordd. Allg. Ztg.“ muß bereits offiziell zugestehen, daß wir die Reichsfinanzlage sogar noch zu günstig beurteilt haben; denn in ihrer neuen Reichshaushaltsetats-Vorlage fordert die Regierung, daß der Reichskanzler ermächtigt werde, „zur Deckung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 260 Millionen Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen“, und zugleich ergibt sich nach ihrem Etatsvoranschlag ein Ueberschuß der Matrikularbeiträge über die Ueberweisungen hinaus um 124 Millionen Mark, so daß selbst dann, wenn man die durch Gesetz vom 3. Juni 1906 den Einzelstaaten auferlegte Verpflichtung, pro Kopf ihrer Bevölkerung 40 Pf. zu den Reichseinnahmen beizusteuern, mit in Rechnung zieht, immer noch ein Fehlbetrag von ungefähr 100 Millionen Mark bleibt. Und zwar ergibt sich dieser Betrag, obgleich in den Forderungen pro 1908 die von uns mit in Betracht gezogenen Ausgaben für die neuen Flottenbaupläne, die allein schon eine jährliche Mehrausgabe von 60 bis 70 Millionen Mark erfordern dürften, sowie die Ausgaben für die versprochene Gehaltserhöhung der Reichsbeamten (ebenfalls jährlich 50 bis 60 Millionen Mark), die Kosten der Kolonialanisierung und der geplanten Heeresverstärkungen noch nicht mit enthalten sind.

Um die Reichsfinanzlage nicht allzu trostlos erscheinen zu lassen, und den Block nicht sofort vor Steuerforderungen zu stellen, die ihn sprengen müssen, hat sich die Regierung die Last der dem Bankrott verfallenen Banken und Industriegesellschaften zum Muster genommen: sie hat die Einnahmen möglichst hoch angelegt und alle Ausgaben, die nicht absolut drängen, auf die nächsten Jahre verschoben. Auch Herr Dernburg hat seine schönen Kolonialverbesserungs- und tropischen Eisenbahnaupläne vorläufig zurückstellen müssen. Verschiden, um unsere hohe Regierung ist, fordert sie für die Kolonien vorläufig nur 18 Millionen Mark mehr, als im vorigen Jahre, für die Militärverwaltung 55 Millionen Mark und für die Marine 60 Millionen Mark mehr. Das sind immerhin 133 Millionen Mark; aber in dieser Summe sind, wie bereits gesagt, die Kosten der neuen Projekte noch nicht mit enthalten; sie bleiben dem Etat für 1909 vorbehalten. Rechnet man aber diese Kosten noch hinzu, dann ergibt sich schon heute, daß wir die Finanzlage im September noch viel zu günstig beurteilt haben, als wir verheihen, die Regierung werde genötigt sein, zur Durchführung ihrer Pläne die Reichseinnahmen um weitere 200 Millionen Mark zu steigern. Sie muß noch einige respectable Millionensummen zulegen; oder sie wird sich vor die Aufgabe gestellt sehen, der bevorstehenden zweiten Reichsfinanzreform nach zwei Jahren bereits eine dritte folgen zu lassen.

Es ist die Finanzwirtschaft des Bankrotteurs, die unsere hochwohlwollende Staatsleitung betreibt. Im Jahre 1873 nach der Reichsgründung hatte der deutsche Staatsbürger jeglichen Alters und Geschlechts im Durchschnitt nur 8,46 M. zu den Reichseinnahmen beizusteuern, im vorigen Jahre schon 21,52 M., und wenn die neue zweite Reichsfinanzreform Gestalt erlangt, dann wird für die deutsche Bevölkerung des Reiches Herrlichkeit sich sicherlich jährlich auf 25 M. Mark pro Kopf stellen.

Und trotz dieser Steuervermehrung sind die Schulden des Reiches seit seiner Gründung enorm gewachsen. Im Jahre 1875 hatte das Reich erst 120 Millionen Mark Schulden, 1885 waren es schon 551 Millionen Mark, 1895 bereits 2204 Millionen Mark — und jetzt beläuft sich die Reichs-

schuld schon auf mehr als 4 Milliarden Mark, und zwar beträgt die Schuld an 3 1/2-prozentigen Schuldverschreibungen 1850 Millionen Mark, an 3-prozentigen Schuldverschreibungen 1783,5 Millionen Mark, an 3 1/2-prozentigen Schatzanweisungen 160 Millionen Mark und an 4-prozentigen Schatzanweisungen 200 Millionen Mark, so daß das deutsche Volk an Zinsen fast jährlich schon 150 Millionen Mark zu zahlen hat.

Den Block stellt diese Finanzwirtschaft mit den sich aus ihr ergebenden unumgänglichen Steuerforderungen vor eine ernste Belastungsprobe. Sicherlich ließen sich aus der Reform der Branntweinsteuer, d. h. der Abschaffung der Schnaps- und Liebesgabe, der Erhöhung der Erbschaftsteuer, namentlich einer solchen, welche die Begünstigung des in ländlichen Grundstücken bestehenden Nachlasses aufhebt, sowie aus einer Reichsvermögens- oder Reichseinkommensteuer leicht die nötigen neuen Mittel beschaffen. Für solche Steuern sind jedoch weder die Konservativen, noch die Nationalliberalen zu haben, denn diese Steuern belasten speziell die Reichen, und so sehr man in diesen Kreisen bereit ist, der Regierung für ihre Welt- und Kolonialpolitik die Mittel zur Verfügung zu stellen, und so ungenügend man auch die neuen Flottenbaupläne der Regierung findet, so wenig ist man geneigt, die Kosten denen aufzuladen, die von dieser Politik den Vorteil haben. Die Konservativen verlangen eine Ausbringung der neuen Mittel durch Erhöhung der Verbrauchssteuern, durch Einführung der Dividendensteuer und des Spiritus-Handelsmonopols — vorausgesetzt, daß den ländlichen Zulieferern für ihr Produkt ein Preis garantiert wird, der ihren jetzigen, auf Volkskosten erzielten hohen Profit noch um einige Prozente erhöht.

Diese schönen Steuervünsche vermögen aber, schon aus Rücksicht auf ihre Wähler, die Freisinnigen schwerlich zu akzeptieren. Gewiß sind aus Rücksicht auf die Erhaltung des Blocks, die Durchführung der Börsengesetzreform und die Kolonialpolitik die zahlungsfähigen kommerziellen Kreise des Reiches gern bereit, auf politischem Gebiete ihren konservativen Blockgefährten die weitgehendsten Zugeständnisse zu machen, denn wirtschaftliche Vorteile haben in ihrer politischen Handlungsliste einen höheren Preis als politische Rechte; aber die Steuerpläne der Konservativen greifen an ihre Taschen, und der Stolz ihrer Portemonnaies ist die Stelle, wo sie am leichtesten sind. Die Zigarrenbanderolensteuer, die Dividendensteuer und das Spiritusmonopol: das sind Beeinträchtigungen ihrer heiligsten staatsbürgerlichen Interessen, gegen die sich ihr Bürgergefühl ungestüm auflehnt.

Sicherlich wird Herr Wilow seine ganze vielgepriesene diplomatische Geschicklichkeit aufwenden, um dieses Steuerproblem zu lösen, denn gelingt es ihm nicht, so fällt der mühsam zusammengehaltene Block auseinander, und die Amtstätigkeit des vierten deutschen Reichskanzlers hat ein Ende. Dennoch ist es fraglich, ob er Erfolg haben wird, denn die Blätter der konservativen Partei lassen bereits erkennen, daß sie des Zusammenarbeitens mit den Liberalen müde sind und sich nach dem Teufelsmeddel mit dem Zentrum zurücksehnen. Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert Tag für Tag die Dividendensteuer und die „Kreuz-Zeitung“ meint, es sei Zeit, darüber Eruditionen anzustellen, „ob man nicht die Volkstarmehrheit zusammenfassen möchte, um dem jetzigen beschämenden Zustande finanzieller Bedrängnis des mächtigen Deutschen Reiches ein Ende zu machen.“ Vorläufig versucht die Regierung es noch mit der Taktik, die Steuerforderungen zurückzuhalten. Zunächst soll, soweit möglich, der Block erhalten bleiben, damit die wichtigsten Flotten-, Kolonial- und Gehaltsforderungen unter Dach gebracht werden können. Wenn dann der Freisinn die von ihm begehrten Dienste geleistet hat und bei der neuen Reichsfinanzreform sich nicht in das ihm von den Konservativen auferlegte Joch fügen will, mag er sich trollen. Er hat dann seine Mission im Blockontubinat erfüllt.

Der Plan ist zwar recht durchsichtig; in Anbetracht der geistigen und staatsmännlichen Qualitäten der Wiener, Skopich, Mugdan usw. sowie des heißen Verlangens eines Teiles ihrer Anhänger, eine ihren Wünschen entsprechende Börsengesetzreform zustande zu bringen, kann es jedoch keineswegs als ausgeschlossen gelten, daß die Freisinnigen auf die Taktik der Regierung eingehen und sich kluglich mattsehen lassen. Wir haben nichts dagegen einzuwenden! Die Phrase von dem „neuen Aufschwung des liberalen Geistes“ wäre dann endgültig abgetan.

## Der Schluß des preußischen Parteitag.

Die Verhandlungen, die der letzte Sitzungstag des preußischen Parteitag bot, konnten sich an Bewegtheit, Leidenschaftlichkeit und podender Rhetorik mit der Verhandlung des zweiten Tages nicht messen. War doch die Kernfrage, die alle Gemüter beherrschte, die Frage des Wahlrechtskampfes, entschieden. Der letzte Tag wurde in der Hauptsache durch zwei Referate angefaßt, die bei aller Wichtigkeit das momentane Interesse der Hörer nicht in dem Maße zu fesseln vermochten wie die temperamentvolle Aussprache am Parteitag. Denn die beiden Referate behandelten teils statistisches, teils historisches Tatsachenmaterial, dessen fleißige Zusammentragung zwa-

ebenfalls verdienstlich war, wie seine Verwertung für den Wahlrechtskampf fruchtbar und notwendig sein wird: aber gerade die unvermeidliche Fülle des Materials wirkte auf den Zuhörer in gewissem Sinne erdrückend. Derartige Referate, deren rednerischer Effekt im ungelährten Verhältnis zu ihrer Bedeutung zu stehen pflegt, wollen aber nicht nur gehört, sie wollen gelesen, studiert sein, um als Fundgrube für unsere Agitation verwertet werden zu können. Und es ist nur ein Zeichen für den ersten, aller äußeren Effekthascherei abholden Charakter unserer Parteitage, daß auf ihnen nicht die leichtsinnigste blendender Schlagwörter und Deklamationen kultiviert wird, sondern der ernste Geist sachlicher Arbeit. Es ist unmöglich, auch nur in knappestem Umriß den Inhalt der vorzüglichen Referate des Genossen Legien über die Lage der preußischen Staatsarbeiter und des Genossen Hirsch über das Thema der preußischen Gemeindeverwaltung wiederzugeben. Die beiden Referate lieferten einen unerschöpflichen Fundus von Beweisen für die Unhaltbarkeit unserer gegenwärtigen preußischen Staatsverwaltung. Sie lieferten die nachdrücklichsten Belege für die Notwendigkeit der Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, um die 700 000 Staatsarbeiter Preußens aus den Fesseln des durch engstirnigen Bürokratismus verschärften Kapitalismus zu erlösen und auch für die Gemeinden einer demokratischen, von wahrhaft sozialem Geiste getragenen Selbstverwaltung die Wege zu bahnen. Wir können nur unseren Lesern dringend empfehlen, die beiden Referate nicht nur mit höchster Aufmerksamkeit zu lesen, sondern sie auch zu wiederholtem Studium aufzubewahren!

Vor dem Eintritt in diesen Teil der Verhandlungen erfolgte die Abstimmung über das Organisationsstatut. Der Antrag Kronz wurde, wie vorausgesehen war, gegen eine Minderheit von 20 Stimmen abgelehnt. Die einzige Änderung, die der Parteitag an dem von der Kommission empfohlenen Entwurf vornahm, war die Beseitigung der proportionalen Vertretung der Wahlkreise gemäß der Mitgliederzahl ihrer Wahlkreisorganisationen. Der Parteitag beschloß, die Vertretung der Wahlkreise bis zu drei Delegierten ohne Rücksicht auf die Stärke der Kreisorganisation zuzulassen. Bestimmend für diese Entscheidung war, wie selbstverständlich, nicht eine Abneigung gegen den demokratischen Gedanken der proportionalen Vertretung, sondern die Absicht, auch den rüchständigen Wahlkreisen mit schwacher Organisation die Möglichkeit zu geben, sich auf den Parteitag in Interesse lebhaftester Beteiligung mit der Gesamtheit so stark als irgend möglich vertreten zu lassen.

Der Parteitag nahm ferner unter stürmischer Zustimmung eine Sympathie-Adresse für den Genossen Karl Liebknecht an, die Genossin Fiebig in zündender Rede begründete. Die kapitalistisch-militaristische Reaktion hat dadurch den erneuten Beweis erhalten, daß das sozialistische Proletariat den Kulturkampf gegen das System unseres Militarismus mit potenziertener Energie fortführen wird, um auch diese letzte Säule einer volksfeindlichen Klassenpolitik zu Fall zu bringen.

Eine straffe, wuchtige Zusammenfassung der Gedanken und der Stimmung der Parteitagverhandlungen gab Genosse Singer in seinem mit jubelnder Zustimmung aufgenommenen Schlußwort. Der Parteitag werde allen unter der knute kapitalistischer Entrechtung Sehnsüchtigen, auch den Jünglingen der von Legion so trefflich geschuldeten staatlichen „Musterbetriebe“ die Ueberzeugung einflößen, daß der stärkste Feind der Reaktion, das preußische Klassenwahlrecht, gebrochen werden müsse. Nicht minder werde sich allen denen, die an einer freien, demokratischen Gemeindeverwaltung interessiert sind, die Einsicht bemächtigen, daß nur durch das Zerbrechen des Dreiklassenwahlprivilegs auch hier das Prinzip der Gleichheit und Gerechtigkeit obliegen könne. Die Vertretung des preußischen Klassenbewußten Proletariats aber werde mit der Ueberzeugung nach Hause gehen, daß die Partei verpflichtet sei, alle Mittel, die als tauglich in Frage kämen, anzuwenden, um das preußische Junkerparlament, die plutokratische Dreiklassenkammer samt der Wünnenerversammlung des Herrenhauses vom Schauplatz der Geschichte verschwinden zu lassen!

Unter dem brausenden Kampfesang: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, nun wohlan!“ schieden die Vertreter des preußischen Proletariats.

Die Vertreter des Proletariats haben getagt und beschlossen. Das Proletariat selbst wird nunmehr seinen Willen bekunden!

Sinein in den Kampf!

Durch Kampf zum Sieg!

## Eine Milliarde mehr!

Unsere Flottenpolitiker müssen nunmehr zugeben, daß der Marinismus sich ins Uferlose auswehrt. Mit der Flottenvorlage trieben sie anfangs ein erbärmliches Versteckspiel. Selbst der Freisinn stellte sich so widerwillig, so polkewidrig borniert, als ob er nicht begreifen könne, daß der Bau von fünf Linien Schiffen mehr, und zwar innerhalb vier Jahren, eine ungeheuerliche Mehrbelastung darstelle. Die „Freie Ztg.“, die ehemals bei Flottenvorlagen wenigstens rechnerisch einige Intelligenz bewies, entblödete sich nicht, die absolut unerschütterliche Darstellung des „Vorwärts“ nicht nur zu unterschlagen, sondern auch dummdreist zu behaupten, daß der „Vorwärts“ einzig mit dem Gespenst künftiger Marinevorlagen operiere. Wir hatten dagegen mit positivistischen Zahlen nachgewiesen, daß die neue Flottenvorlage für vier Jahre eine Mehrbelastung durch den Marineetat um 336 Millionen Mark darstelle!

Aber die Vogelstrauchpolitik des Block-Freisinns läßt sich nicht länger durchführen! Bekenn dich jetzt die

**Die Insertions-Gebühr**  
beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen über deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Vernehmlichungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

„Deutsche Tageszeitung“, daß man „ungefähr und offen die starke Erhöhung der Flottenausgaben zugestehen“ müsse, die durch die Denkschrift zum Marineetat in Aussicht gestellt werde. Nach dieser amtlichen Aufmachung beträgt nämlich die Mehrausgabe für unsere herrliche Kriegsflotte — nicht etwa gegenüber dem Anschlag der Vorlage von 1900, sondern gegenüber dem Kostenanschlag von 1906! — für die nächsten zehn Jahre nicht weniger als eine Milliarde, also

tausend Millionen Mark!

Es wurden nämlich mehr verlangt:

|                |                 |
|----------------|-----------------|
| 1908 . . . . . | 52,84 Millionen |
| 1909 . . . . . | 98,15 „         |
| 1910 . . . . . | 125,45 „        |
| 1911 . . . . . | 141,95 „        |
| 1912 . . . . . | 123,95 „        |

Und so weiter!

Und diese Riesenausgaben mehr sind notwendig trotz der von freisinniger Seite als so „bescheiden“ bezeichneten neuen Flottenvorlage!

Die amtliche Berechnung deckt sich fast völlig mit der von uns aufgemachten Rechnung! Nur rechnet sie noch optimistisch mit den heute angeführten Zahlen auch nach dem Jahre 1911. Dann aber wird längst eine neue Milliardenvorlage vorliegen!

Und das alles will der ehemals oppositionelle Freisinn schlucken! Der Günst des Agrariers Bülow und seiner Junkergarde wegen, die für fette Panzerplattenprofite die fettesten Brot- und Fleischwucherprofite einheimst!

## Die befreite Spekulation.

Heute hätte eigentlich die neue Ära des Liberalismus beginnen sollen, jedoch ist die Einbringung der Börsenreform auf den Beginn der nächsten Woche verschoben worden. Doch werden einige wichtige Bestimmungen schon jetzt bekannt gegeben. Die Liberalen begrüßen ihren Sündenlohn mit lug verhaltenem Jubel. Wollen sie doch den konservativen Blodbrütern die Zustimmung nicht noch dadurch erschweren, daß sie allzu laut triumphieren. Bei den Konservativen herrscht unerbittlicher Aerger. Denn stimmen sie für das Gesetz, wie sie zuletzt wohl müssen, so ist ihnen ein wichtiger Befehl ihrer Bauernfängerel genommen. Das war ja immer ihr Hauptschlager, daß die Liberalen und natürlich auch die Sozialdemokraten die Anwälte des „mobilen Kapitals“, der „berjubelten Wörse“, der „berberblischen Spekulation“ seien. Nun sollen sie selbst die Spekulation von ihren Feinden befreien, den verpönten Terminhandel sanktionieren! Und dies in einer Zeit, wo die Krise die Interessengegensätze im agrarischen Lager steigern wird, wo die stetige Verteuerung der Lebensmittel den Kleinbauern zeigen wird, wie schädlich es auch für sie war, daß sie sich zu den Gefolgsleuten der getreideverkaufenden Großgrundbesitzer hergegeben haben. Gerade jetzt, wo man der demagogischen Schlagworte am dringendsten bedarf, um die Kleinbauern bei der Stange zu halten, sich selbst um das postwendige Schlagwort bringen zu müssen wegen dieser „verdammten Wörsianer“, die der Junker doch nie recht leiden mag, das ist allerdings bitter.

Man begreift daher die „Deutsche Tagesztg.“, wenn sie droht, daß die Vorlage in der Fassung, wie sie jetzt eingebracht worden ist, für die Parteien der Rechten unannehmbar sein wird. Aber man merkt auch die Hintertür, die sich das Blatt dabei offen läßt, wenn es die „berzeitige Fassung“ betont. Wenn aber das Blatt weiter meint:

„Ohne Frage wird das Gesetz schwere Kämpfe veranlassen, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Darüber darf sich der Reichskanzler nicht täuschen, daß durch die Art, wie der Entwurf gestaltet ist, die politische Lage wesentlich ernster, sehr ernst geworden ist.“

so übertriebt es mit Absicht. Aber das wird den braven Agrariern nichts nützen. Sie können vom Liberalismus schließlich alles verlangen; wenn es sein muß, stimmt er für Ausnahme Gesetze, verzichtet auf jede Aktion für das gleiche Wahlrecht. Aber auf die Freiheit der Wörse kann er nicht verzichten. Was hätte dann der Bloß, dieses Bündnis zwischen Grundrente und Kapitalprofit, noch für einen Sinn? Nein, so sehr sonst unsere Agrarier Meister im Schuldensuchen sein mögen, diesmal haben sie es mit den gewichtigsten Geschäftslenten zu tun und — bare Zahlung ist die Lösung.

Das Proletariat kann mit ungetrübter Schadenfreude dem Kampf zwischen den Bloßbrütern zuschauen. Dies eine Mal kann es sicher sein, daß es nicht die Zeche wird bezahlen brauchen. Denn die Börsengesetzgebung berührt kaum irgendein proletarisches Interesse. Das Verbot des Börseninterimhandels in Getreide wird auch ferner aufrecht erhalten. Die Agrarier behaupten, der Terminhandel habe die Tendenz, preisensend zu wirken, die Liberalen, er sei zu einer regelmäßigen Versorgung des Marktes unbedingt notwendig. Sind diese Behauptungen, die wir allerdings für fast übertrieben halten, richtig, dann erfüllt eben das Gesetz die einzige Forderung nicht, an der das Proletariat ein gewisses Interesse hätte. Alles andere ist für das Proletariat völlig gleichgültig und hat Interesse nur für die Spekulation, der ihr „Verkauf“ erleichtert werden soll. Deshalb fällt das Verbot des Terminhandels in Aktien von Rohstoffen und Bergwerken fort, wird das Börsenregister beseitigt und die Rechtschaffenheit für die Termingeschäfte wieder hergestellt. Die Wörse darf zufrieden sein.

Und interessiert nur, wie dieses Gesetz auf die Liberalen wirken wird. Was die Agrarier an Demagogie verlieren, hoffen die Liberalen zu gewinnen. Mit diesem „liberalen“ Zugeständnis werden sie prunken, um ihre für das Interesse der Volksmassen tausendmal wichtigeren Zugeständnisse an die Reaktion zu bemänteln. Diese „Spekulation“ des Bülow auf den deutschen Liberalismus dürfte allerdings ziemlich sicher gelingen. Und so wird dieses Gesetz, das vom ökonomischen Gesichtspunkt ziemlich gleichgültig ist, politisch vielleicht einigen Schaden stiften.

## Ein Kapitel kapitalistischer Korruption.

In der französischen Halbmonatsschrift „Revue“ veröffentlicht seit einiger Zeit ein unter dem Pseudonym „Lysis“ stehender Autor eine Artikelserie über die „Finanzoligarchie in Frankreich“. Diese Publikation hat in den Kreisen der Bankrotte große Mut hervorgerufen und die der Großfinanz unterstehenden Zeitschriften zu recht übel ausgefallenen „Widerlegungen“ veranlaßt.

„Lysis“ kritisiert namentlich die bestehende Organisation des Bankwesens, welche Geschäftsbanken und Depotbanken nicht auseinanderhält und dadurch verschuldet, daß mit den Einlagen des ahnungslosen Publikums gefährliche Spekulationen betrieben werden. Im letzten Heft der genannten Zeitschrift aber bespricht „Lysis“ eines der wichtigsten Mittel, durch die das Finanzkapital seine Absichten durchsetzt: Die Korruption der Regierung und der

Presse. Es ist dies ein Kapitel, das dem großen Publikum in der Regel verschlossen bleibt — eben darum, weil dieses Publikum seine „Aufklärungen“ über wirtschaftliche und politische Vorgänge aus den besthenden bürgerlichen Zeitungen holt. Die sozialistische Presse ist begreiflicherweise nicht oft in der Lage, in das heimliche Treiben der Finanzgänger hineinzublicken; sie muß sich damit begnügen, hier und da einen Nisfel zu lästern.

Nicht wenig Material zur Geschichte der kapitalistischen Korruption der letzten Jahrzehnte Frankreichs und damit zur Geschichte der Bourgeoisrepublik überhaupt findet man in den Büchern und Artikeln Eduard Drumonts, der sich indes durch seine antisemitische Vorniertheit und durch seinen reaktionären Fanatismus um alle Glaubwürdigkeit gebracht und so der großkapitalistischen Presse ihr Segen teil, seine Wahrheiten mit seinen Lügen abgibt, erleichtert hat. „Lysis“ nun vertritt nicht den Standpunkt einer politischen Partei. Er scheint sich sogar dem hohen Glauben hinzugeben, daß das Finanzkapital durch vorzügliche Gesetze zu moralisierteren wäre, was etwa auf die Hoffnung herauskommt, ein Kautskier zum Vegetarismus zu erziehen. Aber eben darum sind seine Darlegungen geeignet, auch solchen Leuten ein Licht aufzudecken, die einem sozialistischen „Feind des Kapitals“ nichts glauben würden.

„Lysis“ sucht keine Sensationen. In dem Abschnitt über die Korruption der Regierung verschweigt er die Namen der Schuldigen — Namen, die freilich alle Pariser Späßen von den Dächern pfeifen — und er greift nur einzelne zur Illustration dienende Fälle auf, während er doch jedenfalls imstande wäre, einen ganzen Rosenkranz von Skandalen durch seine Finger gleiten zu lassen. Er geht auch nicht so weit, alle Finanzminister der Wechsellagerzeit anzulügen, weil sie bei einigen nachweislich ist; sogar den Bestohlenen selbst spricht er nicht jeden Milderungsgrund ab, und er rühmt Herrn Caillaux seine Redlichkeit nach, die in der Tat durch die unablässige Hez der französischen Börsenpresse ehrenvoll bezeugt wird. Jedenfalls läßt uns seine Darstellung einen Einblick in die Schmarobergeschichte gewinnen, die sich in der Hauptstadt ansammelt, von skrupellosen Diebstahl und Hehlerlohn eine glänzende Existenz bestreitet, von kapitalmächtigen Vorgesetzten geschoben die höchsten Regierungsposten erklimmt, ein delatentes Schmelgerleben führt, über dem der Fäulnisglanz einer gnostischen Philosophie phosphoresziert, und die Existenz der ganzen Nation aufs Spiel zu setzen bereit ist, wenn die Interessen des Kapitals ein Abenteuer verlangen. Die Darstellung zeigt und ein Bild, das sich mit wechselnder Gruppierung überall darbieten muß, wo die moderne Bankrotte zur Herrschaft überbringt, mag sie diese nun hinter dem Kampfgetümmel eines scheinbar allmächtigen Parlaments oder an den Stufen des Thrones ausüben.

„Lysis“ erzählt von dem ehemaligen Finanzminister, der bei einer großen Operation mit ausländischer Rente eine Provision von mehr als einer Million erhielt! Sicherlich hat man ihn nicht beim Einkassieren fotografiert, aber eine große Bank legte die Ungeschicklichkeit, ihm zu schreiben, daß sie das Geld zu seiner Verfügung hatte! Der Minister des Auswärtigen — ein bezeichnender und höchster Umstand — billigte die betreffende Finanzoperation nicht, er wollte zum Entgelt für die große pekuniäre Hilfe, die man von Frankreich verlangte, Vorteile für sein Land haben, mit einem Worte: er machte Schwierigkeiten. Während dieser Zeit verhandelte der französische Gesandte, der an der Affäre „interessiert“ war (er erhielt seinerseits 250 000 Francs) mit der fremden Regierung für Rechnung der französischen Banken ohne Wissen seines Vorgesetzten! Er schrieb heimlich dem ehemaligen Finanzminister und dem Pariser Bankier! Er gab ihnen die Wege an, um den widerstehenden Minister unschädlich zu machen! Und dann noch ein merkwürdiges Detail: Als das Geschäft endlich unvorderstlich im Gange und beinahe abgeschlossen war, richtete der betreffende Diplomat an seinen Minister Briefe, in denen er, um sich zu decken, sich den Anschein gab, die Operation zu kritisieren, die in Wahrheit sein Werk war! Bei dieser Gelegenheit wie bei anderen mußte der widerspenstige Minister weichen. Die finanziellen Oligarchen richtete ihre mächtigen Batterien auf, sie hatte ihre Kreaturen im Parlament, in der Presse. Eine Kampagne von Intrigen und boshaften Unterschleichen machte dem Minister bald das Leben unmöglich. Man stieß ihn, vergewaltigte ihn, verschloß ihm den Mund. Endlich blieb die Macht des Geldes siegreich . . .

So berichtet „Lysis“. Wird ihm die historische Kritik der Zukunft, der die Staatsarchivare zur Verfügung stehen werden, beifimmen und zugehen, daß der Sturz Delcassés keine „Rettung vor einem drohenden Kriege“, sondern ein Quindus des kapitalistischen Agenten Kowrier war?

Ein anderer Fall hat die Zulassung südamerikanischer Eisenbahnobligationen zum Gegenstand. Der französische Gesandte in dem betreffenden Land war dagegen, ebenso der Minister des Auswärtigen, aber der Finanzminister war dafür, und er ließ das fragwürdige Papier an der Pariser Börse zu.

Und nun das Kapitel über die Presse! Wie weit hat sich das bürgerliche Zeitungsgewerbe über den primitiven Zustand hinaus entwickelt, den Laffalle in seiner Rede über „die Presse, die Presse . . .“ im Auge hatte! Der Kenner „Lysis“ erklärt, daß „fast die ganze Presse bezahlt, verkauft, den Geldmächten untertan“ ist. „Der Zar hat in Rußland nicht das erniedrigende Stillschweigen erlaßt, das die Finanzoligarchie in Frankreich in der Regel genießt!“ Während des russisch-japanischen Krieges wurden die monatlichen Ausgaben an die Wälder verdoppelt und ungeheure Summen ausgegeben, trotzdem keine Emission in Sicht war. Der Zweck war die Erlangung einer für Rußland günstigen gestärkten Berücksichtigung! Das Bestechungssystem ist allerdings nichts Neues. Schon vor Jahren hat die Banque de France bei Erneuerung ihres Privilegs riesige Summen an die Presse verteilt, um keine Opposition auskommen zu lassen. „Diese Käuflichkeit“, so sagt Lysis, „ist so sehr in die Sitten eingegangen, daß sie von den Leuten des Risikos als etwas ganz Natürliches angesehen wird.“

„Lysis“ gibt nun eine eingehende Schilderung des Bestechungsbetriebes, der in der Pressewelt ganz unerschrocken geübt, aber vom Publikum kaum geahnt wird: „Wenn Kreditinstitute eine Emission machen, stellen sie ein „budget de publicité“ auf. Dieser Euphemismus bezeichnet eine Liste von Zeitungen und Personen, unter die Geld verteilt wird. Es handelt sich, wohlverstanden, darum, jede Opposition zu entwerfen und, soweit es möglich ist, sich überall der Unterstützung zu versichern. Indes die Banken verteilen nicht selbst ihre Geheimfonds. Die Korruption der Presse ist eine organisierte, ja sogar centralisierte Industrie! Zwei oder drei Personen haben ein Monopol darauf. Man nennt diese mit dem technischen Namen: „distributeur de publicité“ — in der Sprache des gemeinen Lebens würde man Zeitungsbeförderer sagen. Die Banken verhandeln mit ihnen in Bausch und Bogen und zahlen ihnen eine bestimmte Summe aus. Dafür erhalten sie die Unterstützung oder wenigstens die — Neutralität der Regierung der Wälder von Frankreich und Navarra. Wird in einem Organ von einiger Bedeutung eine Kritik laut, sofort unternimmt es der Herr „distributeur“, die Angelegenheit zu ordnen.“

Daß ein solches Gewerbe unter dem Schutze der Gesetze betrieben werden kann, daß es erlaubt ist, die führenden Geister eines Landes öffentlich zu kaufen, daß eine fremde Regierung ungehindert unsere Presse subventionieren, leiten, inspirieren kann, das ist auf den ersten Blick eine so außerordentliche Situation, daß man nicht daran glauben möchte. Aber der Zustand der Dinge in Frankreich ist noch viel realistischer. Um ihn zu beschreiben, müßte man über die Feder eines Balzac verfügen. Die Bestecher der Zeitungen sind nämlich nicht etwa verschämte Arme, die im Dunkeln arbeiten. Sie sind offizielle Persönlichkeiten, man behandelt sie mit Hochachtung, man überschüttet sie mit Ehren, sie sind Repräsentanten einer sozialen Funktion! Die Bestecher der Presse sind in intimen Beziehungen mit den Ministern, sie werden zu jeder Stunde von ihnen empfangen! Die Regierung verleiht ihnen Dekorationen! Im letzten Februar wurde der „Verteiler der russischen Fonds zum — Offizier der Ehrenlegion ernannt! Vor einiger Zeit gab ein Bestecher der Presse seinen Freunden ein Jagdfrühstück auf seinem Schlosse. An seiner Tafel saßen der — Finanzminister, der Gouverneur der Crédit Foncier von Frankreich, der Gouverneur des Crédit Foncier usw.“

Über die Skandale der „Liebenberger“ hat die Presse der französischen Bourgeoisrepublik nicht wenig Genugtuung zur Schau getragen, wozu freilich die eben aufkommenden Päderastienaffären in französischen Garnisonen ein unangenehmes Nachspiel sind. Aber für das Urteil über eine Kultur sind nicht allein die Skandale maßgebend, gegen die die herrschende „Moral“ rebelliert, sondern auch die Korruption, die zur geduldeten, ja zur geachteten Einrichtung geworden ist wie die von „Lysis“ geschilderte Prostitution der Politik und der Zeitungen der Bourgeoisie. Und auch diese Korruption, auch diese Prostitution ist international — wie die Herrschaft des Kapitals.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. November 1907.

### Vierteilreformen.

In der heutigen Sitzung des Reichstages kam zunächst der „Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Niederlanden wegen Unfallversicherung“ zur Erörterung. Es handelt sich da um einen Versuch, Uebelstände zu beseitigen, die aus der Unzulänglichkeit der Unfallversicherung für deutsche zeitweilig in Holland tätige und für holländische in Deutschland tätige Arbeiter sowohl den Arbeitern wie den Unternehmern erwachsen. Nun leidet aber, wie von unseren Rednern Stadthagen und Mollenkott treffend nachgewiesen wurde, der Vertrag an dem schweren Mangel, daß zwar den Beschwerden der Unternehmer einigermaßen Rechnung getragen ist, daß aber die Arbeiter auch nach Verwirklichung der Vertragsbestimmungen noch fortgesetzt vielfach entschädigungslos in dem fremden Lande Unfälle übersehen müssen, die den heimatsberechtigten Arbeitern eine Entschädigung eingebracht hätten. Zu diesen offensiblen Mängeln des Vertrages gesellen sich noch mannigfache Unklarheiten, die dringende eine Kommissionsberatung erforderlich machen. Der Vorwurf der Unklarheit wurde auch von anderer Seite erhoben, so daß die Kommissionsberatung trotz der Abneigung der Regierung zum Beschluß erhoben wurde.

Zu eingehenderen Verhandlungen führte dann die erste Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend die Reform des Majestätsbeleidigungsprozesses. Auch da haben wir es mit einer durchaus ungenügenden Viertelreforme zu tun, die obendrein den gefährlichen Keim eines Ausnahmengesetzes gegen die politische Opposition in sich trägt. Eine zweifelhafte Verbesserung besteht nur darin, daß die Verjährungsfrist bei Majestätsbeleidigungen von fünf Jahren auf sechs Monate wie bei gewöhnlichen Beleidigungen herabgesetzt werden soll. Der bedenklichste Passus der Vorlage befindet sich aber in der Bestimmung, die an sich zunächst die Milderung enthält, daß nicht jede sogenannte Majestätsbeleidigung verfolgt werden soll, sondern nur solche, die „böswillig und mit Vorbedacht“ begangen seien. Konservativ und antisemitische Redner wußten sich zwar in alleruntertänigster Bewunderung der Regierungszugeständnisse nicht genug zu tun, aber schon die Vertreter anderer bürgerlicher Parteien hielten mit ihren Bedenken nicht zurück, denen insbesondere der freisinnige Abgeordnete Träger eine scharf satirische Form gab. Genosse Heine wies aus der bisherigen Gerichtspraxis nach, daß jene Bestimmung vielleicht zwar den räsonnierenden Stammphilistinen, unzufriedenen Agrariern und anderen Patrioten zugute kommen werde, daß aber die Sozialdemokraten Gefahr liefen, mit doppeltem Nutzen geschädigt zu werden, da ja die Aufgabe, „die Böswilligkeit und den Vorbedacht“ des Angeklagten festzustellen, die Richter geradezu antriebe, auch seine politische anrüchige Gesinnung festzustellen. So werde, was früher nur als Ausfühler der persönlichen Disposition mancher Richter sich hin und wieder eingestellt habe, die politische tendenziöse Färbung mancher Richterprüche, nunmehr als normales Recht abgestempelt werden. Der Staatssekretär Dr. Nieberding versuchte diese wirkungsvollen Darlegungen durch den stets von ihm angewandten Vorwurf zu entkräften, daß Heine gegen alle deutschen Richter den Vorwurf tendenziöser Rechtsprechung erhoben habe. Es unterließ ihm dabei aber das Mißgeschick, selbst einen schlagenden Beweis für die Richtigkeit der Heineschen Behauptung zu liefern, daß deutsche Juristen zu willkürlichen Konstruktionen bei der Auslegung von Worten ihrer politischen Gegner neigen. Er behauptete nämlich mit trockener Entrüstung, daß Heine seine Kritik verschiedener Urteile gegen den Kaiser gewürzt habe, die „jedermann verstehen müsse!“ Genau so konstruieren Staatsanwälte und erkennende Richter die Majestätsbeleidigung vermittelst des beliebigen dolus eventualis!

Nach dieser höchst dankenswerten Vortragleistung des Herrn Nieberding für das Arsenal der Sozialdemokratie produzierte sich noch Herr Bindewald, seines Zeichens Heiligenbildmaler und Antisemit, als Verteidiger der patriotischen Wahlnachtsmanifestanten, der Stammphilistinen und der Königin Luise gegen sozialdemokratische Kritik. Er proklamierte unter Augenverdrehen und Gliederverrenkungen in schlagendem Pathos den neutestlichen Glaubenssatz, daß zwar ein Professor auf dem Reichstage die historisch erwiesene Wahrheit über die Königin Luise sagen dürfe, läte das aber ein sozialdemokratischer Redakteur, so sei das ein Verbrechen. Mit lebhaftem Praso quittierte die Sozialdemokratie diese schöne oratorische Leistung.

Nachdem Genosse Heine mit kräftigen Worten die Nieberdingischen Auslegungsfünfte pariert hatte, wurde aus dieser Gelegenheit einer Kommission überwiesen.

### Nationalliberale Wahlspekulationen.

In den Hörsaal des Reichstages erzählte man sich heute, anlässlich des nationalliberalen Parteitages in Wiesbaden, dass der Abgeordnete Wassermann in einer vertraulichen Sitzung geäußert, der Block werde keine lange Lebensdauer haben, sondern bald an der abweichenden Meinung der Linksliberalen zugrunde gehen. Geschehe das und erfolge alsdann abermals eine Auflösung des Reichstages, so müsse die ganze Schuld für diesen Zusammenbruch des Blocks den Linksliberalen zugeschoben werden. Die Nationalliberalen hätten dann die Aussicht, einen großen Teil der Mandate der Linksliberalen zu erobern — und damit wäre ein neuer Block gesichert.

Es erscheint als nicht ausgeschlossen, daß Herr Wassermann sich wirklich derart geäußert hat, doch dürfte seine feine Spekulation sich als verfehlt erweisen. Einmal hat sich ein großer Teil der Wähler hinter das Licht führen lassen, ein zweites Mal dürfte es nicht glücken. Auch hat sich mittlerweile die innerpolitische und wirtschaftliche Situation des Reichs recht erheblich verändert und wahrlich nicht zuungunsten des Blocks.

Zimmerhin geben die Äußerungen Wassermanns einen gewissen Schlüssel für das Verhalten der Kaufmann und Genossen, die durch ihr gehorames Einschwenken zu bekümmern suchen, daß sie nicht dazu beitragen möchten, den Block zu sprengen. Für unsere Parteigenossen heißt es die Augen offen und das Pulver trocken zu halten. Man soll und nicht überraschen. —

### Verklärung der ausländischen Arbeiter.

Die Junker sind fortgesetzt bemüht, die ausländischen Saisonarbeiter in völlige Leibeigenschaft zu bringen. Ist einmal bei den Ausländern der Versuch gelungen, dann wird noch mit größerem Nachdruck als bisher die Einschränkung der Freizügigkeit auch für die deutschen Arbeiter gefordert werden können. Die preussische Regierung unterstützt natürlich aufs eifrigste die Bestrebungen der Junker, die Kontraktflücherei zu verwickeln. Zu diesem Zweck fanden in letzter Zeit Konferenzen von Regierungsorganen statt. So jüngst wieder in Thorn. Darüber wird gemeldet:

Ueber die Einrichtung von Grenzämtern beriet hier eine Konferenz, an der Vertreter der Ministerien der Finanzen, des Handels und der Landwirtschaft, des Oberpräsidiums und der Regierungen, sowie die Landräte der Grenzprovinzen und die Bürgermeister der Grenzstädte teilnahmen. Es wurde beschlossen, Grenzämter zu dem Zwecke einzurichten, die aus Rußland und Oesterreich kommenden Saisonarbeiter zu kontrollieren, um Kontraktbrüche vorzubringen. Dazu sollen inländische Legitimationsbescheine ausgegeben werden, ohne die Arbeiter nicht in Arbeit genommen werden dürfen. Voraussetzungen sind die Grenzämter zum Frühjahr des nächsten Jahres zur Einrichtung gelangen.

Diese „inländischen Legitimationsbescheine“ werden in der Praxis auf nichts weniger als auf ein System von Zwangspässen hinauslaufen. Der Arbeiter wird damit dem Großgrundbesitzer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Entschleiert er sich, die Arbeit zu verlassen, weil ihm die Ausbeutungsverhältnisse unerträglich werden, so kann er nirgend anderswo Arbeit finden und hat die bestimmte Aussicht, von der Polizei ausgewiesen zu werden. Die Ausweisungandrohung ist das Mittel, ihn gefügig zu erhalten. Aber diese Aufhebung der Freizügigkeit widerspricht ganz offensichtlich den Bestimmungen der Handelsverträge. Diese garantieren ausdrücklich die gleiche Behandlung des Ausländers mit den Inländern. Die Einführung dieser Grenzämter, die sehr an die Polizeistationen an den Grenzen für die Untersuchung des eingeführten Viehes erinnern, ist ebenso wie die Einführung der Legitimationsbescheine gegen den klaren Wortlaut des internationalen Rechts. Die ausländischen Arbeiter können sich einfach bei den Konsulaten beschweren, und wenn diese nicht den nötigen Eifer entwickeln, werden unsere ausländischen Bruderparteien ihre Regierungen mit der nötigen Energie zur Wahrung der Rechte der ausländischen Arbeiter anzuhalten wissen. Sie leisten damit zugleich der deutschen Arbeiterschaft einen wichtigen Dienst; denn die Kontraktflücherei der Ausländer drückt auch die Lebenshaltung der inländischen Arbeiter. —

### Freisinnige Arbeiter über freisinnige Parteien.

Die „Düsseldorfer Post“, das Blatt der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine von Rheinland und Westfalen, beschäftigt sich mit der liberalen Einkünfteversammlung in Frankfurt a. M. Das Blatt stellt fest, daß diejenigen Recht behalten haben, die von dieser Versammlung nichts erwarteten. Schöne Reden seien gehalten worden, die Mühle habe gut gekloppt, aber dabei sei es geblieben. Wohl habe es nicht gegeben. Man brauche sich nicht auf das Alles oder Nichts zu versteifen; jeder Fortschritt erfordere einen Kompromiß; aber zu einem Kompromiß, zu einem Frieden lasse man sich erst herbei, wenn vorher ein Kampf stattgefunden habe! Und deshalb, so heißt es weiter, „halten wir nichts von den Reden in Frankfurt, wo man das Volk nicht zum Kampfe gegen die Mächte aufrief, die ihm seine Rechte vorenthalten, wo man alles von der Gutmütigkeit der Regierung erwartete.“

Das Gewerksvereinsblatt ist der Meinung, daß der Liberalismus eine Zukunft habe, wenn er gewillt sei, sich auf die Massen zu stützen; das könne er aber nur, wenn er den Massen entgegenkomme, aber: „Populäre Politik macht man nicht in Geheimrotzschüben. Das Volk achtet in seiner Masse nicht auf den, der zu ihm heimlich und heimlich wie es im Grundton der Frankfurter Versammlung geklingelt. Wer nicht wagt, gewinnt nicht. Das trifft auch auf die Linksliberalen zu. Uns will scheinen, als ob der große Moment ein kleines Geschlecht gefunden habe.“

Die „Düsseldorfer Post“ meint sodann, noch sei es Zeit „aus dem Volke heraus eine freiheitliche Bewegung zu machen, die die Superklugen aufrittelt und ihnen zeigt, daß sich das Volk nicht mit leeren Redensarten abspeisen lassen will. Jetzt heißt es: Entweder — oder! Hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gepuffen werden.“

Die freisinnigen Gewerksvereine bemühen sich vergebens, den Liberalismus zur Mannhaftigkeit anzuspornen. Der bringt nicht einmal zum Mundspitzen mehr, aus Angst, es könnte ihm wirklich ein Pfiff dabei entfahren. Wollen die Gewerksvereine eine „freiheitliche Bewegung aus dem Volke heraus“, werden sie sich wohl oder übel der Sozialdemokratie anschließen müssen! —

### Zentrum und Wahlrecht.

In dem industriellen Gedult findet sich das Zentrum in einer Weise mit den Kommunalwahlen ab, durch die diese angebliche Volkspartei eine grenzenlose Verachtung der unteren Volksschichten bekundet. Die Bevölkerung ist fast ausschließlich katholisch; neben 22 787 Katholiken gibt es nur 2967 Protestanten, 274 Juden und 8 Andersgläubige.

Da das Stadtverordnetenkollegium vom 1. Januar 1908 ab 24 Mitglieder zählen wird, entfällt in der 1. Klasse auf 4, in der 2. Klasse auf 33, in der 3. Klasse dagegen erst auf 238 Wähler ein Stadtverordneter. In der 1. Abteilung steigt man natürlich auf die 11. Religion: die 82 Wähler der 1. Klasse, die sich auf die drei

Konfessionen verteilen, ernennen einmütig nur Nationalliberale als — Interessentenvertreter. In der 2. Abteilung ist die Sache schon anders. Da kommen die katholischen und evangelischen Geschäftsinteressen — Kundenfang, Grundstücksverwertung usw. — in Frage. Der Block darf das natürlich nicht merken. Die hohen Säulen der Kirche und des Zentrums verteilen also unter sich ohne Junk und Streik, evangelisch wie katholisch, schieblich-friedlich die Mandate. In der dritten Abteilung aber muß das Volk zur höheren Ehre Gottes die heiligen Interessen der Kirche wahrnehmen und deshalb muß streng konfessionell gewählt werden, und zwar muß der Katholik auch noch von besonderer Qualität sein. Er darf sich unter keinen Umständen als Arbeiter fühlen, er muß ganz sicher Kerikal abgestempelt sein, damit er nicht eventuell auf die den Geschäftsherrn unangenehme, ihre Klienteninteressen fördernde Gedanken kommt. So läuft die ganze Geschichte darauf hinaus, daß der Merus im Interesse der Spiehbürger die Wahlen der dritten Abteilung macht. Wenn das Zentrum, wie es behauptet, in der ersten und zweiten Abteilung nicht die Macht hat, zu dekretieren und daher die trostlosen kommunalen Verhältnisse resultieren, so kann man wohl mit vollem Recht betonen, daß es umso mehr verpflichtet wäre, durch Entsendung tüchtiger Männer seitens der dritten Klasse die so dringend nötige geistige Aufreicherung des Stadtverordnetenkollegiums herbeizuführen und dadurch wenigstens die Aussicht auf eine Besserung der im Stadtparlament herrschenden Mißwirtschaft anzubahnen. Die Zentrumspartei wäre hierzu umso mehr verpflichtet, als die katholische Arbeiterschaft bei spärlichem Verdienst und außerordentlich scharfer Steuererschöpfung geradezu darben muß, um die drückende Steuerlast (245 Proz.) entrichten zu können, während auf der anderen Seite vom Stadtverordnetenkollegium Unsummen zwecklos ausgegeben werden. Es sei in dieser Hinsicht nur an den famosen Kauf der Gasanstalt und verschiedene Prozesse erinnert. —

### Großinquisitor Mumm.

Der evangelische Arbeitersekretär Fischer, der auf dem sogenannten Deutschen Arbeiterkongreß den konservativ-ultramontan-antisemitischen Leisetreter mit seinem Wahlrechtsantrag in die Quere gekommen ist, soll dafür büßen. Herr Liz. Mumm reist in Württemberg herum, um dort den christlichen Arbeitern zu zeigen, was für ein Bösewicht dieser Mann ist, der es wagt, einen Arbeiterkongreß daran zu erinnern, daß er die Pflicht habe, gegen die Rechtslosmachung des arbeitenden Volkes zu protestieren und in evangelischen Arbeitervereinen Beschlüsse durchzusetzen, wonach es den Mitgliedern freisteht, sich diejenige Gewerkschaft zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen auszusuchen, die sie nach den örtlichen und persönlichen Bedürfnissen für angemessen halten. Herr Mumm erklärte in einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften in Stuttgart, ihm sei es unverständlich, wie man einem solchen Manne die Führung der evangelischen Arbeitervereine überlassen könne. Das Stöckerische Reich“ wirft Fischer zu den Nationalsozialisten und nennt ihn ein „zerstörendes Element“, die „Königliche Volkszeitung“ bezeichnet ihn als „einen der rabiatesten Volkspartei“. Warum war Herr Fischer aber auch so taktlos, durch seinen Wahlrechtsantrag auf dem deutschen Arbeiterkongreß die Herren Mumm, Schaaf, Giesberts und Genossen in den Augen aller anwesenden Minister und Geheimräte so heillos zu kompromittieren, als ob sie wirklich daran dächten, den Regierungen gegenüber erstliche die Sache der Arbeiter zu vertreten! —

### Die Zentrumskundgebung für das Wahlrecht.

Der Wahlausschuß der Zentrumspartei im Regierungsbezirk Kassel beschloß nach einer Vortrage des Abg. Müller-Gulda die Abgeordneten des Bezirks aufzufordern, nachdrücklich für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für das preussische Abgeordnetenhaus einzutreten. Offenbar läßt es das Zentrum nicht bloß bei Resolutionen bewenden!

### Der Prügelstrafe der Kamarilla.

Unter den Kompromittierten des Rolfprozesses war auch Graf Hohenau. Wir hatten seinerzeit festgestellt, daß ebenso wie Graf Lhvar auch Graf Hohenau mit voller Pension verabschiedet wurde. Nunmehr wird offiziell gemeldet, daß gegen den Grafen Hohenau, den früheren Kommandeur des Regiments der Garde du Corps, späteren General und Brigade-Kommandeur, der außerdem General a la suite des Kaisers war, ein ehrengerichtliches Verfahren unter dem Vorbehalt des Generals und Generaladjutanten von Doewenfeld eingeleitet worden. Inwieweit Hohenaus Verfehlungen im Sinne des Gesetzes oder entsprechend der allgemeinen Auffassung gegen den § 175 verstießen, wird die Untersuchung ergeben. Die Zeugenerhebungen haben bereits begonnen.

Auch General v. Kessel, der Kommandeur des Gardekorps, soll seinen Abschied einreichen.

Friedrich Haufmann. Wie der Telegraph meldet, ist gestern abend in Stuttgart der volksparteiliche Landtagsabgeordnete und frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Friedrich Haufmann, der Bruder des bekannten Führers der sächsischen Volkspartei Konrad Haufmann, im Alter von 51 Jahren an einer Lungenentzündung gestorben. Für die sächsische Volkspartei bedeutet der Tod einen schweren Verlust, denn Friedrich Haufmann gehörte zu ihren hervorragendsten Parteiführern und hat lange Zeit im württembergischen Parlament eine emsige Tätigkeit entfaltet. Dem Reichstage gehörte er dagegen nur von 1898 bis 1903 an, und zwar für den württembergischen Wahlkreis Böblingen. —

### Der außerordentliche Rechtsanwaltsstag in Leipzig.

Um zu dem Entwurf der Reichsregierung über die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozessordnung, des Verwaltungsverfahrensgesetzes und der Verfahrensordnung der Rechtsanwälte Stellung zu nehmen, wurde heute in Leipzig von der deutschen Rechtsanwaltschaft ein außerordentlicher Anwaltsstag abgehalten, der sehr stark besucht war. Der Rechtsanwalt Dr. Gadenberg aus Mannheim wandte sich in seinem Referat gegen den Entwurf im allgemeinen und besonders gegen die Bestimmung, daß die Summe, bei der der Anwaltszwang eintreife, von 300 auf 800 M. erhöht werden solle. Bezeichnend für die einseitige Kostenanschauung selbst dieses Anwalts war seine Darlegung: die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte halte er für ein nationales Unglück, nicht weil das Laienrichterelement dort herrsche, sondern nur, weil bei den Wahlen der Richter, insbesondere bei denen aus der Klasse der Arbeiter sehr stark das politische Moment hervortrete. Der Entwurf sei ferner eine schwere Schädigung der Anwaltschaft. Denn wenn sich die Lage des Anwalts verschlechtert, so naturgemäß auch die der Geschäfte. Zum Schluß forderte er dann zum Kampfe gegen den Entwurf auf. Rechtsanwalt Hinrichsen aus Güstrow, der das zweite Referat hielt, führte aus, daß die ökonomische Zivilprozessordnung der Deutschen als Muster dienen könnte. Im übrigen forderte auch dieser Redner zum Kampfe gegen den Entwurf auf. Es wurde dann ein Antrag angenommen, der verlangt, daß der Entwurf „nicht im Reichstage zur Grundlage der Beratung gemacht werde“ und die Ausarbeitung eines

neuen fordert, der „alle Gebiete des Prozesses umfaßt und zwar tunlichst bald.“

Zur Bekämpfung der Agitation gegen den Entwurf wurde eine Kommission eingesetzt, der 30 000 M. zur Verfügung gestellt wurden. Bei der Beratung dieses Antrages meinte ein Zwischenrufer, man sollte den Rechtsanwalt Wassermann über die Interessen des Rechtsanwaltsstandes aufklären und ihn dann als Wanderredner hinauscheiden. Dieser Zwischenruf wurde mit großer Heiterkeit aufgenommen. Ferner wurde eine Kommission gewählt, die das Material zur Umgestaltung des Rechtsanwaltsvereins zu einer Kampfgesellschaft bearbeitet solle.

Durch diese Art Hervorhebung der einseitigen Anwaltsinteressen wird der berechtigte Kampf gegen die plutokratischen Vorschriften des von uns bereits besprochenen Entwurfs recht ungünstig beeinflusst.

### Der Kaiserbesuch und die Flottenvorlage.

London, 21. November. (Fig. Ver.) Die Nachrichten über die neue deutsche Flottenvorlage haben die guten Wirkungen des Kaiserbesuches erheblich abgeschwächt. Anlässlich der offiziellen Beendigung des kaiserlichen Besuchs schrieb die „Times“ in ihrer Montagnummer:

„Wenn es auch wahr ist, daß Monarchen heutzutage aus Vergnügen, Ehrgeiz oder dynastischen Gründen keinen Krieg hervorzurufen können, so steht es in ihrer Macht, eine Rolle zu spielen, die wichtiger und segensreicher ist. Sie können eingreifen, wo infolge von Differenzen eine dauernde Entscheidung zwischen ihren Ländern droht, und durch gewichtige Worte dem guten Willen und dem vernünftigen Verlangen der Völker . . . Ausdruck geben. Der Besuch des Kaisers ändert zwar nichts an den bestehenden Verträgen und Abkommen, aber er kann alles ändern durch das neue und freundliche Licht, das er auf die politischen Tagesfragen wirft. . . . Durch solche Handlungen fördern die Monarchen die Sache des Friedens und des menschlichen Fortschritts, indem sie die Verfechtungen des Auslandes beseitigen und das friedliche Gedenken und Jagen ihrer eigenen Heimat beruhigen.“

Es ist kein Zweifel, daß die Rede des deutschen Kaisers in der Guildhall den soeben ausgesprochenen Gedanken der „Times“ entsprach. Da die meisten Zeitungsleser und auch Zeitungs-schreiber in den äußeren Beziehungen der Völker nur persönliche Beziehungen verschiedener Staatsmänner sehen, so machte sich hier nach der Guildhallrede des Kaisers die Ueberzeugung geltend, die Bestimmungen zwischen England und Deutschland seien nur das Werk von Intriganten gewesen.

Als nun die Grundzüge des neuen Flottenvoranschlags in London bekannt wurden, änderte sich die optimistische Stimmung. In ihrer Mittwochnummer bespricht die „Times“ den Flottenvoranschlag und sagt:

„Wenn man den Voranschlag betrachtet und wenn man die Vergrößerung der Flotten, das tiefe Wagnis der Wasserwege, die Verbreiterung des Kieler Kanals und die wachsende Anschaffung von Reservern von Geschützen und Munition in Betracht zieht, dann ist der Umfang und die Größe der Pläne, die zur Entwicklung der deutschen Seemacht entworfen werden, nicht zu bezweifeln. Wir haben weder das Recht noch den Wunsch, eine Kritik anzulegen an den Maßstab der Seemacht, den Deutschland für seine Angriffs- oder Verteidigungszwecke für notwendig hält. Aber es ist vielleicht gut, daß man uns ins Gedächtnis ruft, . . . daß Deutschlands Politik nicht von sentimentalischen Erwägungen geleitet ist. Im gegenwärtigen Augenblick, wo der deutsche Kaiser als verehrtet Gast des Königs und des Volkes bei uns weilt, ist es kaum angemessen, näher auf die Wirkung einzugehen, die die wachsenden Flottenausgaben Deutschlands früher oder später auf die Flottenpolitik unseres Landes haben mögen. Wir wollen nur bemerken, daß der Zwei-Mächte-Standard unserer Flottenpolitik ein dehnbarer Begriff ist, . . . der sich den ändernden Umständen anpassen läßt.“

Das ist deutlich genug. Das alte Mißtrauen, die alten Verfechtungen machen sich wieder geltend. Die Hoffnung auf den guten Willen und das vernünftige Verlangen der Völker ist verflüchtigt.

Sogar die Daily Graphic, die deutschfreundlichste Londoner Zeitung, erinnert die Deutschen daran, daß die englische Flotte unter allen Umständen ihre Ueberlegenheit wahren müsse.

Es wird also weiter gerüht, weiter gesteuert und weiter gepumpt! —

### Frankreich.

#### Ein Tendenzprozeß.

Paris, 22. November. (Fig. Ver.)

Im Pariser Lumpenproletariat gibt es Elemente, die ihr Verbrechen mit anarchistischen Phrasen droppieren — zur Verurteilung der Polizei, die auf diese Art in den Stand gesetzt wird, auch die harmlosen „liberalen“ Wirtshäuser, deren „praktische“ Wirksamkeit hauptsächlich auf konfuse Polemiken gegen die sozialistische Organisationsarbeit und Aktion hinausläuft, in den Augen des Heimbürgerlichen Publikums, das noch immer Sozialismus mit Anarchismus durcheinanderwirft, zu kompromittieren und den blöden Schreien vor dem roten Wespenstich lebendig zu erhalten. Daß dieses Milieu auch für Rodspiegel ein treffliches Arbeitsfeld bietet, versteht sich von selbst. Dem „Spürhahn“ der Polizei gelang es denn auch, vor einiger Zeit einige Leute festzunehmen, die der Falschmünzerei mehr oder minder verdächtig waren und deren Zugehörigkeit zu jener anarchistischen Halbwelt eine erfolgreiche politische Ausschaltung zu versprechen schien. Die Polizei wollte aber eine Haupt- und Staatsaktion, und zu diesem Zweck mußte einer der bekannteren anarchistischen Literaten in die Sache verwickelt werden. Einmal Tages erschien in den Redaktionsräumen des Wochenblattes „Le Liberaire“ eine Gerichtskommission und „sand“, ohne viel zu suchen, in einem Schuppen eine Kiste mit falschem Geld. Der Redakteur des Blattes, Ratha, erklärte sofort, daß die Kiste von einem unbekanntem Manne in die Redaktion gebracht worden sei. Der Fremde habe ihn, Ratha, gebeten, sie einige Zeit dortlassen zu dürfen, und da er nicht wiederkom, habe man sie in den Redentraum gebracht, wo sie nicht im Wege war.

Ähnliche Geschichte in einem anderen Fall wenig glaubwürdig erschienen, so ist dies etwas anderes bei einem Manne von der kindlichen Harmlosigkeit Raths. Dieser Anarchist ist — wie so viele seiner Gesinnungsgenossen — einer jener Gemütsmenschen, die die Leberwurst im Dunkeln essen. In seiner Redaktion gehen allerhand Leute ein und aus, von denen er nicht das geringste weiß. Viel besser unterrichtet über die Redaktionsgäste des „Liberaire“ ist die Polizei, die den Verkehr dort ständig überwacht. Aber dies ist auch ein weiterer Beweis dafür, daß Ratha selbst mit der Kiste nichts zu tun hatte. Er hat im Laufe der Jahre schon eiliche Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen müssen und mußte jederzeit auf eine neue gefaßt sein. Unter diesen Umständen wäre es ausgesprochenes Schwachsinn gewesen, wenn er eine so kompromittierende Kiste just bei sich aufbewahrt hätte.

Das Abfurdere aber war die Anklage, die die Staatsanwaltschaft zusammengebraut hat. Sie hatte da vier Leute, die der Verurteilung von falschem Geld überwiesen oder einigermaßen verdächtig waren, sie hatte Ratha, den Redakteur, in dessen Lokal eine Kiste mit falschem Geld „gefunden“ worden war. Sie koppelte nun kurzerhand beide Affären zusammen, trotzdem ein Zusammenhang ganz offenbar fehlte und trotzdem Raths Erklärung, daß er die vier anderen Herren gar nicht kenne, durch nichts widerlegt werden konnte! Man stelle sich vor, daß jemand, bei dem ein Dietrich gefunden wird, darauf als Mitschuldiger einer beliebigen Diebstahls, die die Polizei gerade erwirft, vor Gericht gestellt wird. Aber Herr Guichard, der Chef der mit der Ueberwachung

der Anarchisten betrauten Polizeibrigade, erzählte den Geschworenen, daß die anarchistische Theorie die Kalkulation als einen Kampf gegen das Kapital ansehe und billige Voraussetzungen für die Arbeiter ansetze, daß die Theorie der Anarchisten, der Mitschuldigen der anderen Angeklagten sein müsse. . . .

In der dreitägigen Verhandlung fiel das demnach aufgerichtete Gebäude der Anklage nämlich zusammen, und zum Schluß blieb dem öffentlichen Ankläger selbst nichts übrig, als die Anklage gegen Kalka, zu dessen Gunsten eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten aus verschiedenen Parteien ausgesagt hatten, fallen zu lassen. Von den Mitangeklagten wurden zwei freigesprochen, da die belastenden Aussagen einiger Polizisten durchaus unzureichend waren, die zwei anderen wurden zu fünfjährigem schwerem Kerker verurteilt.

Wie der Ausgang, so war auch der Verlauf des Prozesses für den herrschenden Bourgeoisrepublikanismus sehr blamabel. Der Verhandlungsleiter Verius mußte sich unangenehme Erinnerungen an die Dreifusaffäre gefallen lassen, in der er eine berühmte Rolle gespielt hat, und er konnte auch nicht verhindern, daß Kalka sich auf die Intimität berief, die damals die Herrscher von heute mit der anarchistischen jungen Garde verbunden hat. Ein besonders unglückliches Wort aber entzückte dem öffentlichen Ankläger, der auf Erklärung eines der Angeklagten, daß er wohl Anarchist, aber nicht für Gewalttaten sei, spöttisch bemerkte: „Also ein Regierungsanarchist! Genosse Willm, einer der Verteidiger, griff die Wendung schlagfertig auf und sagte: „Die Regierung und besonders Herr Brand werden Ihnen für dieses Wort erkenntlich sein.“ „Ja, ich bitte, meine Herren, keine Politik!“ rief Herr Verius ängstlich. Aber der Dief sah, . . .

### Belgien.

#### Das Verkaufsverbot sozialistischer Zeitungen auf belgischen Bahnhöfen.

Anlässlich der Trennung von Kirche und Staat in Frankreich wiesen die französischen Merikalen mit schmerzlich-neidischer Miene auf die belgischen Verhältnisse. In der Tat, dem belgischen Merikalismus geht es nicht übel, und er genießt Freiheit und Einsicht, die der Merikalismus in republikanischen Nachbarlande Belgiens nicht mehr hat. Die „Intoleranz“ in Frankreich wurde denn auch in der belgischen Presse und im Parlament von den Merikalen ingrimig verurteilt. Wie es freilich die belgischen Merikalen mit der Freiheit andergeringer Staatsbürger halten, das zeigt, unter vielem Mißfallen, der Erlaß des ehemaligen Ministers Vandenspeereboom, betreffend das Verbot des Verkaufes von sozialistischen Blättern auf den belgischen Bahnhöfen. Damit begründeten seinerzeit die Merikalen dieses unerhörte Attentat auf die Freiheit? Damit, daß die Bahnhöfe Staatseigentum sind und jeder Herr in seinem eigenen Hause ist! Daß die staatliche Post die Abonnements für diese mit dem Merikalen Bann belegten sozialistischen Blätter übernimmt und ihre Weiterbeförderung anstandslos besorgt, das macht das unerhörte bezorgliche Verbot natürlich um so sinnloser und lächerlicher.

In einem Artikel, in dem Vanderveelde kürzlich die öffentliche Meinung zu einem Feldzug wider das im Gegensatz zur sonstigen Freiheit der Presse in Belgien stehende Verbot aufrief, wurde erzählt, daß der Arbeitsminister eines dieser verbotenen sozialistischen Blätter, in dem ein Artikel über die Bergarbeit hand, seinen Beamten zur Information übergeben ließ!

Die Maßnahme gegen die sozialistischen Blätter erweist sich, von welcher Seite man sie immer betrachtet, einfach als eine Schikane gegen den sozialdemokratischen Feind. Das gegenwärtige belgische Ministerium besitzt nun in Herrn Sclapette einen Eisenbahnminister, der als schlichter Merikaler Abgeordneter sich in mancher Beziehung als einen modernen Mann zeigte. In den vielen Dingen, die seiner warten, gehört die Aufhebung des Erlasses Vandenspeerebooms.

In der letzten Sitzung des Zentralkomitees für die Prüfung des Budgets der Eisenbahnen hat Genosse Bertrand, wie auch ein bürgerlicher Abgeordneter, eine Beschwerde über das Verkaufsverbot der sozialistischen Presse vorgebracht und den Wunsch nach Aufhebung des Erlasses ausgesprochen. Es wird sich nun zeigen, wie weit Herr Sclapettes „Modernität“ reicht.

### Rußland.

#### Peitsche — Zuckerbrot.

Petersburg, 23. Nov. (Privatdep. des „Vorwärts“).

In Kiew wurden 688 Studierende wegen Abhaltens von Versammlungen zu Gefängnisstrafen verurteilt bezw. mit Geldstrafen belegt.

Einem Schtruppenverein im Gouvernement Zekaterinoslaw schenkte der Zar sein Porträt mit eigenhändiger Unterschrift.

### Amerika.

Das Verdeckspiel Roosevelts in bezug auf seine Kandidatur für den nächsten Präsidentschaftstermin wurde von Richter Brewer, einem Mitglied des Oberbundesgerichts, scharf kritisiert in einer Rede, die dieser in New York hielt. Man glaubt, daß Roosevelt sehr gern wiedergewählt sein möchte; da er aber dem Volk sein Wort gegeben hatte, daß er das Amt nicht wieder annehmen würde, so will er jetzt nur einem Druck „nachgeben“, den er selbst insgeheim möglichst hart zu machen sucht.

Daß ein Mitglied des obersten Gerichtshofes den Präsidenten öffentlich kritisiert und von ihm sagt, daß er „ein Verdeckspiel“ mit dem Volke treibe, hat große Sensation erregt, und diese Neuerung wird von der Anti-Rooseveltpresse nach Kräften ausgedeutet.

## Aus der Partei.

#### Ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften

hat der Bildungsausschuh der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegeben. Es enthält 83 Nummern, die in die vier Abteilungen: „Für die Kleinen“, „Von 8.—11. Lebensjahr“, „Von 11.—14. Lebensjahr“ und „Für die reifere Jugend“ gegliedert sind. Die Liste ist als das Ergebnis gründlicher und ernstlicher Prüfung zustande gekommen. Jedes einzelne Buch ist von drei verschiedenen Personen gelesen und geprüft worden; der Bildungsausschuh hat auf Grund der drei Urteile, die in zweifelsfreien noch nachgeprüft wurden, über die Aufnahme oder Ablehnung eines Buches entschieden.

Die meisten der empfohlenen Bücher befinden sich auch in dem Verzeichnis, das der Jugendschriften-Ausschuh der deutschen Lehrerschaft herausgibt. Aber unter den vom Bildungsausschuh abgelehnten Büchern befindet sich ebenfalls manches Buch, das in der Liste der Lehrerschaft verzeichnet ist, gelegentlich sogar an hervorragender Stelle. In dem Verzeichnis des Bildungsausschuhes vorläufig nur einen Teil der von der Lehrerschaft angenommenen Bücher (etwa 120) einer Nachprüfung unterziehen, so daß sich in dem Lehrerverzeichnis noch zahlreiche einwandfreie und vortreffliche Jugendschriften befinden, durch die er wahrscheinlich im Laufe der Zeit auch sein Verzeichnis ergänzen wird. Aber eine Verantwortung übernimmt der Bildungsausschuh nur für die in seinem Verzeichnis enthaltenen Schriften.

Der Ausschuh hat sich nicht nur darauf beschränkt, die Titel der Bücher zu verzeichnen, sondern er hat auch eine kurze Kennzeichnung des Buches beigefügt, um den Eltern dadurch die Auswahl zu erleichtern. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil veranl.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

leichtern. Ein Titel besagt oft wenig über den eigentlichen Inhalt des Buches, während sich aus den kennzeichnenden Worten leichter erkennen läßt, ob sich ein Buch für das eigene Kind mit seinen besonderen Neigungen und Eigenschaften eignet.

Der Bildungsausschuh gibt sich der Hoffnung hin, daß das Verzeichnis sich als ein Führer durch die verwirrende Masse der auf den Weihnachtsmarkt geworfenen Jugendliteratur erweisen wird. Insbesondere hofft man, daß kein denkender Arbeiter, dem seine Kinder lieb sind und der die hohe Bedeutung der Jugendliteratur auf den kindlichen Geist und das kindliche Gemüt zu beurteilen weiß, fürderhin auch nur noch einen Pfennig für die vergiftenden oder verblödenden Nachwerke ausübt, die sich zu Weihnachten als „Geschenkliteratur“ auf dem Büchermarkt spreizen. Das Verzeichnis des Ausschusses enthält Bücher für alle Altersstufen und zu den verschiedensten Preisen, so daß jeder Arbeiter darunter leicht das für seine Verhältnisse am besten geeignete Buch finden wird.

In Königsberg erzielte die Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung am 21. November gegen die Wahl von 1905 einen Zuwachs von über 800 Stimmen, während die vereinigten konservativ-liberalen Gegner einen Rückgang von 48 Stimmen zu verzeichnen hatten. Trotzdem gelang es den Sozialdemokraten nicht, Mandate zu erlangen, da die Gegner dank der schamlosen Wahlentziehung, die sie der arbeitenden Klasse vor zwei Jahren bescherten, einen zu großen Vorsprung hatten. Sämtliche vier Mandate, die die Sozialdemokratie seit sechs Jahren besaß, standen zur Neuwahl und gingen so verloren.

Die bei starker Beteiligung erfolgte Stadtverordnetenwahl in Duisburg brachte in der dritten Wählerabteilung der Sozialdemokratie 147 Stimmen zu was. Insgesamt wurden 784 Stimmen für ihre Kandidatenliste abgegeben, gegenüber 637 Stimmen im Jahre 1905. Mandate wurden noch nicht erobert.

## Soziales.

(Siehe auch 3. Beilage.)

#### Das veränderte Arbeitsverhältnis.

Der Kaufmann Frißche war bei der Gesellschaft Presto-Phonogramm als Voder eingetreten und hatte Kündigungsausschuh durch Unterschrift anerkannt. Er erhielt damals 24 M. Lohn. Später wurde er mit der Kontrolle der in dem Betriebe fabrizierten Walzen beschäftigt. Er nahm die Walzen, wie sie aus der Fabrik kamen, in Empfang, schrieb die Stückzahl auf und beauftragte die Mädchen beim Abwägen der Walzen. Ursprünglich machte er dies in Akford, wobei er für sich 40 bis 70 M. verdiente. Pro Walze erhielt er einen Pfennig. Von dem Gesamtertrag hatte er den beiden ihm unterstellten Mädchen den Lohn zu zahlen. Später erhielt er für dieselbe Tätigkeit 36 M. Wochenlohn. — Nach Lösung des Arbeitsverhältnisses klagte F. gegen die Firma beim Berliner Gewerbegericht auf Zahlung einer Lohnentziehung von 72 M., weil er ohne vorherige Kündigung entlassen sei. Er machte geltend, der Kündigungsausschuh habe keine Geltung mehr, weil inzwischen sein Arbeitsverhältnis sich vollständig geändert habe; er sei gleichsam Pupmeister geworden. Da bei Veränderung des Arbeitsverhältnisses über die Kündigungsfrist nichts gesprochen sei, so wäre die gesetzliche Kündigungsfrist für gewerbliche Arbeiter von da ab in Kraft getreten. — Die Kammer des Gewerbegerichts anerkannte am Sonnabend, daß Kläger an sich mit seinem Anspruch im Recht sei. Gleichwohl müsse Kläger abgewiesen werden, weil er bei der Entlassung ausdrücklich unterschrieben hatte, er habe keinerlei Ansprüche gegen die Firma mehr. Durch diese Generalquittung hatte er sich seiner sonst ihm nach dem Gesetz zustehenden Ansprüche begeben.

## Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

#### Zur Frage der gewerkschaftlichen Einigung.

Am Freitag nahm eine Versammlung des Ortsvereins der Freien Vereinigung der Maurer Stellung zu der Konferenz, welche sich am 27. und 28. Dezember mit der Einigungsfrage zu beschäftigen hat. Der Vereinsvorsitzende Jegin hielt ein einleitendes Referat. Er verwies auf die seither in der Einigungsfrage unternommenen Schritte und auf die von einer Versammlung am 20. Oktober angenommene Resolution, welche sich für Einigung erklärt unter der Voraussetzung, daß den Mitgliedern der Freien Vereinigung die politische Betätigung im Sinne ihres bisherigen Programms auch im Verbands als Recht gewährt werde. Weiter führte der Redner aus, daß sich nach jener Versammlung die Kollegen in den Abendsprachen der Bezirke mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben. Von allen Mitgliedern des Vereins haben sich nur 26 gegen die Einigungsbedingungen erklärt. Auch von den Ortsvereinen der Vereinigung haben die meisten der Resolution des Vorstandes zugestimmt. Diese Versammlung habe nun Gelegenheit, Anträge für die bevorstehenden Einigungsverhandlungen zu stellen. Der Vorstand hat eine Reihe von Bedingungen mehr formaler Natur aufgestellt, die der Versammlung vorliegen. Jetzt sei die Zeit gekommen, um die Streitfrage zu begraben und mit der Bruderorganisation vereint den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner zu führen. Das sei um so mehr möglich, als ja durch die Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart der letzte Gegensatz zwischen beiden Organisationsrichtungen beseitigt ist. Der Einigung stehen keine grundsätzlichen Bedenken mehr entgegen. Wenn sie zustande komme, so könne jeder stolz sein, der an diesem Werk mitgearbeitet hat.

Eine längere Diskussion entstand dadurch, daß sich zwei Redner entschieden gegen die Einigung erklärten. Das gab mehreren anderen Rednern Veranlassung, nochmals die bekannten Gründe, welche für die Einigung sprechen, eingehend darzulegen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß ja der Eintritt in Verhandlungen schon früher beschlossen sei und heute nur über die aufzustellenden Bedingungen diskutiert werden könne. Die Versammlung nahm die vom Vorstande aufgestellten Bedingungen gegen zwei Stimmen an. — Als Delegierte zur Konferenz der Freien Vereinigung der Maurer wurden gewählt: Dietrich, Klein, Genzmer, Kling und als Ersatzmann Strohschein.

**Achtung, Schuhmacher!** Vom Arbeitsnachweis der Schuhmacher-Innung, Fischerstr. 25, wird versucht, Arbeitskräfte nach Potsdam zu lancieren. Wir betonen demgegenüber, daß der Streik in Potsdam fort dauert, und es Ehrenpflicht jedes Kollegen ist, den Lockungen des Arbeitsvermittlers Laug! nicht Folge zu leisten.

Zentralverband der Schuhmacher. Gaudertw. Berlin.

#### Deutsches Reich.

**Bliesentlager.** Ueber die Plattenbelegfirma Lottes, Vertreter Klingenberg in Nürnberg ist wegen Vertragsbruch die Sperre verhängt. Für die Streikleitung: Werber, Nürnberg, Obere Seitenstr. 9.

## Ausland.

#### Das Ende des Streiks im Rotterdamer Hafen.

Wie bereits durch ein Telegramm mitgeteilt wurde, hat die Schiffs- und Bootarbeiterorganisation beschlossen, den Streik im Rotterdamer Hafen zu beenden. Am Dienstag ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der langwierige, von der großen Masse der Streikenden mit musterhafter Ausdauer geführte Kampf hat zunächst keinerlei Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht. Was erreicht wurde, ist, daß eine Kommission von Vertretern der Arbeiter- und der Unternehmerorganisation zur Untersuchung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingesetzt wurde. Sie ist denn auch sofort in Tätigkeit getreten, und die Unternehmer haben Lohnhöhungen angeboten, die zum Teil den Forderungen der Arbeiter entsprechen. Der lange Kampf hat offenbar auch den Unternehmern große Opfer gekostet, daß sie es für notwendig erachten, den Arbeitern entgegenzukommen, die, als sie die Aufhebung des Streiks beschloßen, sich auch bereit erklärten, die Arbeit sofort wieder niederzulegen, falls die Kommissionsverhandlungen nicht ihren Wünschen entsprechen ausfallen würden.

Im allgemeinen sind jedoch die Unternehmer die Herren der Situation. Es ist ihnen im Laufe des Kampfes gelungen, eine große Zahl von Streikbrechern heranzuziehen, was nicht zu verwundern ist, da es im Lande selbst eine große Masse unangelernter Arbeiter gibt, die arbeitslos oder in irgend einem Beruf zu Hungerlöhnen beschäftigt, ein wunderbares Glück darin sehen, wenn ihnen in der großen Hafenstadt ein Wochenverdienst von 18 Gulden in Aussicht gestellt wird. Unter den vielen unbrauchbaren Leuten, die herangezogen wurden, fand man mit der Zeit natürlich auch ein gut Teil brauchbarer, oder zur Not brauchbarer Arbeitskräfte. Diese Leute aufzuklären, wurde den Streikenden durch die Polizei im Grunde mit dem Unternehmertum aufs äußerste erschwert. Dazu kam, daß auch die Unterstützung der Streikenden auf eine allzulange Dauer des Kampfes schließlich zu große Opfer erforderte. Der Schiffs- und Bootarbeiterverband ist dem Verband der niederländischen Gewerkschaften nicht angeschlossen und darum lehnte es dieser Verband, seinen Grundfähen gemäß, ab, sich an der Unterstützung der Streikenden zu beteiligen.

Inzwischen ist der Friede im Rotterdamer Hafen dadurch endgültig abgeschlossen, daß die Arbeiter die von den Unternehmern vorgeschlagene Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angenommen haben. Dies geschah in einer Versammlung, die der Schiffs- und Bootarbeiterverband am Donnerstag nach der Rotterdamer Börse einberufen hatte. Die Vorteile, die die Arbeiter erreicht haben, sind eine Erhöhung des Akfordlohnes für die Getreidearbeit von 10 auf 11 Cent per Last sowie die Bestimmung, daß die Arbeit schon von abends 7 Uhr, statt von 9 Uhr, ab als Nacharbeit gelten und als solche bezahlt werden soll. Die für die Arbeit auf Stützschiffen geforderte Erhöhung der Stundenlöhne von 20 auf 30 Cent (51 Pf.) lehnten die Unternehmer ab. Auch wollen sie die festen Arbeiter, die am Streik teilnahmen, nicht wieder als „fest“ anstellen, und die Kautions- und die Arbeiter geleistet hatten, soll als endgültig verfallen gelten. — Gegen diesen Punkt protestierte die Versammlung in einer Resolution, die im übrigen die Vorschläge der Unternehmer gutheißt. Die Kautionsangelegenheit wird wohl noch die Gerichte beschäftigen, da das Uebereinkommen ja dem einzelnen Arbeiter nicht verwehrt, auf Auszahlung seines Geldes zu klagen.

Zur Vermeidung von Arbeitseinstellungen auf den einzelnen Schiffen wird eine Schiedskommission von Arbeitgebern und Arbeitern eingesetzt.

**Erfolgreicher Streik schwedischer Konfektionärinnen.** In der nordschwedischen Stadt Gölle traten am Dienstag die Damenkonfektionärinnen, sowohl die im Säbnerverband organisierten, wie auch die nur noch geringe Zahl der unorganisierten in den Streik, weil die Unternehmer es rundweg abgelehnt hatten, über die Einführung eines Tarifvertrages zu verhandeln. Der Streik hatte nach am selben Tage den Erfolg, daß der Tarifentwurf der Arbeiterinnen von allen Geschäften bis auf eines, das wohl inzwischen dem Beispiel gefolgt sein wird, unterschrieben anerkannt wurde. Gingen bei der bisher willkürlichen Begahlung die Wochenverdienste bis auf 2 Kronen herab, so ist jetzt für die Arbeiterinnen, die eine Lehrzeit von 18 Monaten durchgemacht haben, der Minimallohn auf 12 Kronen, für die Lehrlinge auf 3 bis 10 Kronen festgesetzt, und der Akfordtarif bietet Erhöhungen von 30 Proz. gegenüber den bisher üblichen Sätzen. Die tägliche Arbeitszeit ist auf 10 Stunden beschränkt, und für Ueberstunden, die man, wenn überhaupt, mit 5 bis 7 Öere zu bezahlen pflegte, müssen jetzt mindestens 20 Öere bezahlt werden.

#### Der Streik der indischen Eisenbahner

ist noch nicht beendet, wie wir gestern nach einer Mitteilung der indischen Polizeiverwaltung meldeten. In der Tat verkehren nur wenige Züge. Unter diesen befinden sich allerdings die Züge, welche die englische Post befördern. Die Entlassung des Leiters des Ausstandes hat unter den Eisenbahnern Aufregung verursacht und die Eisenbahner bestehen darauf, daß vor einer Beilegung des Ausstandes die Wiedereinstellung des Entlassenen erfolgen müsse. Auf der Eisenbahnlinie Bengalen—Ragpur ist die Lage ernst, die Schaffner drohen in den Ausstand zu treten. In Kalkutta sind Tausende von Kulis ohne Beschäftigung.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Geborstene Ordnungssäule.

Essen a. Ruhr, 23. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Duisburger Stadtverordnete Johann Marig, Obermeister der dortigen Fleischerinnung, hat sich Wechselfälligkeiten im Betrage von einer halben Million Mark zuschulden kommen lassen. Als sich die Fälligkeiten nicht mehr verdecken ließen, ist er geflüchtet und hat Selbstmord begangen.

#### Gasarbeiterausstand.

Mannheim, 23. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der hiesigen städtischen Gasanstalt traten heute die Arbeiter in den Ausstand, weil einigen von ihnen pro Tag 30 Pfennig von ihrem bisherigen Lohn abgezogen wurden.

#### Das Kriegsmittel der Zukunft

Berlin, 23. November. (B. T. Z.) Der lenkbare Militärballon „Patrie“ ist, nachdem er um 2 Uhr 10 Minuten St. Remond passierte, am 3. Uhr 20 Minuten über der Stadt Verdun eingetroffen, wo er vor seiner Landung noch verschiedene Evolutionen machte.

#### Ein böser Reher.

Rom, 23. November. (B. D.) Das Komitee der hiesigen Katholiken hat beschlossen, die Katholiken der ganzen Welt zu ersuchen, gegen die Wahl des Bürgermeisters von Rom Einspruch zu erheben. Der Bürgermeister Nathan ist bekanntlich jüdischer Konfession und Oberhaupt der internationalen Freimaurerei.

Reichstag.

56. Sitzung. Sonnabend, den 23. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Rieberding. Der Präsident teilt mit, daß eingegangen sind: eine Interpellation Albrecht und Genossen über die hohen Lebensmittelpreise sowie Interpellationen Dahn und Krennd über die hohen Kohlenpreise. Die Besprechung der Interpellationen soll am Montag bzw. Dienstag stattfinden.

Erste Beratung des Staatsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden bezüglich der Unfallversicherung.

Abg. Dr. Junz (natl.) ist mit dem Vertrage im allgemeinen einverstanden, bemängelt aber die Fassung einiger Artikel.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Trotz eifrigen Studiums ist mir nicht klar geworden, inwiefern die Arbeiter Vorteile oder Nachteile von dem Gesetze haben sollen. Der Vortrager hat mit Recht erklärt, daß die Fassung des Vertrages nicht klar genug ist. Ich exemplifiziere auf folgenden Fall: Ein Schiffbauunternehmen läßt in Mannheim lösen. Wenn nun die Lösung statifindet durch einen deutschen Unternehmer, so sind die Arbeiter versicherungspflichtig. Wie aber, wenn die Arbeiter von einem niederländischen Unternehmer in Mannheim angenommen sind? Gilt da das deutsche oder das niederländische Recht? Die Entscheidung in dieser Frage ist durchaus nicht gleichgültig, weil erhebliche Rechte der Arbeiter in Betracht kommen. In einer großen Reihe von Fällen ist der Arbeiter viel besser daran, wenn er dem niederländischen Gesetze unterliegt. So sind bei Unfällen Witwen und aufersehliche Kinder nach niederländischem Recht besser gestellt als bei uns in Deutschland. Auch gehen unsere Versicherungsbedingungen, z. B. bei Krankheiten u. a., zuungunsten der Arbeiter viel weiter als die niederländischen. Schließlich können in den Niederlanden die Kinder eines Verunglückten über die Rente hinaus einen weitergehenden Anspruch zivilrechtlich geltend machen, was bei uns ausgeschlossen ist. Zudem hat sich der deutsche Arbeiter zur Erlangung seines Anspruchs an seinen Gegner, die Berufsgenossenschaft, zu wenden, die der niederländische Arbeiter nicht kennt. Der Einfluß der Berufsgenossenschaften wird ja von unseren Arbeitern ohne Unterschied der Richtung allgemein beklagt. Vor allem kommt in dem Vertrage das Prinzip der Ausstrahlung nicht klar zum Ausdruck. Es handelt sich um die Frage: Wird der Kreis der Personen, die nach deutschem Recht versicherungspflichtig sind, auch versicherungspflichtig, wenn das Unternehmen von den Niederlanden auswirkt? Es wäre doch eine Ungerechtheit, wenn das nicht der Fall wäre. Wollte Klarheit über diese Bedenken kann nur eine eingehende Besprechung bringen, weshalb ich die Verweisung des Vertrages an eine Kommission beantrage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern Geheimrat Caspar: Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß wenn Kommissionsberatung beschlossen werden sollte, der Vertrag spätestens bis zum 1. Januar zustande kommen wird. Und auf diesen Termin wird von beiden Staaten außerordentlich hoher Wert gelegt. Der Vertrag ist notwendig im Interesse der Arbeiter wie der Unternehmer, die vielfach doppelte Beiträge zahlen müssen. Der Vortrager wollte nachweisen, daß die niederländischen Arbeiter nach dem Vertrage durchweg günstiger gestellt sind als die deutschen. Der Beweis ist ihm aber nicht geglückt. Die Schwierigkeit der Materie und die mannigfachen Rechtsstreitigkeiten, die daraus entspringen, lassen es nötig erscheinen, den Gegenstand durch einen Staatsvertrag zu regeln. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Leihbühne unterständig.

Abg. Dove (fr. Vg.): Wir stimmen dem Antrage auf Kommissionsberatung zu, hoffen aber, daß der Vertrag trotzdem noch im Laufe dieses Monats erledigt werden kann. Die von Stadthagen erhobenen Einwände können in genügender Gründlichkeit im Plenum nicht behandelt werden.

Abg. Schiffer (Z.): Der Vertrag ist gewiß an manchen Stellen unklar; ich glaube aber nicht, daß wenn Herr Stadthagen ihn verfaßt hätte, ein Meisterstück von Klarheit daraus geworden wäre. Gegenüber Herrn Stadthagen bemerke ich noch: Mit tausend Freuden würde die niederländische Arbeiterschaft die Einführung der gesamten deutschen Arbeiterversicherung begrüßen. Ich weiß das aus persönlichen Reiseerfahrungen. Der Vertrag bringt Verbesserungen, und schon die Tatsache, daß ein solcher Vertrag abgeschlossen ist, ist zu begrüßen. Wir hoffen, daß derartige Verträge auch mit anderen Ländern abgeschlossen werden.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Abg. Schiffer begrüßt den Vertrag als Beginn derartiger internationaler Verträge, aber nicht darauf kommt es an, sondern auf den Inhalt, und hierbei zeigt sich, daß die Rücksicht auf die einzelnen Bestimmungen gegeben hat. Nur ein Beispiel: Wenn eine niederländische Vagabunde ihr Unternehmen in Deutschland betreibt, so unterliegen die Arbeiter, da es sich hier um einen versicherungspflichtigen Betrieb handelt, in Deutschland der Unfallversicherung. Nach dem Vertrage aber sollen sie während der ersten sechs Monate in den Niederlanden versicherungspflichtig sein. Ob sie dort eine genügende Vertretung zur Verfolgung ihrer Ansprüche haben, erscheint doch sehr zweifelhaft. Die einzelnen Bestimmungen des Vertrages müssen so klar gefaßt werden, daß jeder erkennen kann, was eigentlich gemeint und gewollt ist. Gar mancher wird, wenn er die volle Tragweite der einzelnen Bestimmungen kennt, sich überlegen, ob der Vertrag im Interesse der Arbeiter angenommen werden kann. Geheimrat Caspar wendet sich noch einmal gegen die erhobenen Bedenken.

Abg. Schiffer (Z.): Ich stelle fest, daß die Sozialdemokratie gegen die Arbeiterversicherung gestimmt hat und unschuldig daran ist, daß die deutschen Arbeiter aus ihr 1 1/2 Milliarden ausgezahlt erhält.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Auf die letzten Bemerkungen des Abg. Schiffer gehe ich nicht ein; derartige unrichtige Vorwürfe gegen uns zu erheben ist bei Ihnen schon Gewohnheit geworden. Fragen will ich Herrn Schiffer nur, weshalb er nicht davon redet, daß das ganze Zentrum die Invalidenversicherung abgelehnt hat!

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Vorteile, die das niederländische Gesetz den Arbeitern bietet, haben wir in verschiedenen Anträgen niedergelegt. Leider hat gerade das Zentrum diese unsere Anträge abgelehnt. Dazu gehört z. B. auch der Antrag über das Entschädigungsrecht der Arbeiter. Die große Summe, die für Unfallentschädigung gezahlt wird, ist erst recht ein Beweis dafür, wie wenig die Unfallversicherungsbedingungen befolgt werden. Und warum rechnet man uns nicht vor, um wieviel Millionen sich das Unternehmertum durch die Ausnahmebestimmungen bei Unfällen bereichert, die das niederländische Gesetz gar nicht kennt. Man schätzt diesen Gewinn auf jährlich 30 Millionen. Das Reichsversicherungsamt neigt so dazu, den Begriff der Ausstrahlung möglichst weit zu fassen, doch steht diesem Bestreben die Gesetzgebung entgegen. Diese Gesetzgebung bringt es ja auch fertig, Kolonnenarbeiter bei Unfällen als „Unternehmer“ zu betrachten! Es ist dringend notwendig, über viele Punkte des Vertrages Klarheit zu schaffen, und diese Klarheit kann nur in der Kommission geschaffen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hue (Soz.):

Was Unklarheiten in einem Gesetze für die Arbeiter bedeuten, das haben wir am Vergesetz erlebt. Das übrigens mit dem Vergesetz

gesetz das Zentrum die Interessen der Arbeiter verraten hat, hat selbst die „Essener Volkszeitung“, das Organ des Herrn Schiffer, zugegeben. Es ist möglich, daß der Vertrag einige Vorteile bringt, die Arbeiter verlangen aber Ablehnung eines Gesetzes, dessen Nachteile die wenigen Vorteile überwiegen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schiffer (Z.) versucht auf das preussische Vergesetz einzugehen, wird aber vom Vizepräsidenten Paasche zur Sache verwiesen.

Abg. Sachse (Soz.) weist einige unrichtige Behauptungen des Abg. Schiffer zurück.

Hierauf wird das Gesetz mit großer Mehrheit an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die

erste Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Bestrafung der Majestätsbeleidigung.

Staatssekretär Dr. Rieberding: Mit dem gegenwärtigen Entwurf wünsche die verbündeten Regierungen einen vorläufigen Ausgleich zu erhalten zwischen dem jetzt herrschenden Zustande und dem, was auf dem demüthigten Gebiete der Majestätsbeleidigungen unter dem Einfluß der Anschauungen der neueren Zeit als recht und billig und vernünftig angesehen wird. Der Gesetzentwurf hat nur eine interimsistische Bedeutung; nach dem Stande und dem Fortgange der Revisionsarbeiten für das Strafgesetzbuch glaube ich annehmen zu dürfen, daß der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches in erster Lesung im Laufe des Sommers zum Abschluß kommen wird. Wenn trotzdem dieser Gesetzentwurf jetzt dem hohen Hause zugeht, so geschieht es in Erfüllung der in den kaiserlichen Erlässen vom Januar d. J. hinsichtlich der Majestätsbeleidigung ausgesprochenen Absichten. Sie durch Anwendung des Begnadigungsrechtes zu erreichen, ist nicht möglich. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß schon dieser vorläufige Gesetzentwurf dazu beitragen wird, die Gefahren zu beseitigen, die nicht zu beseitigen, welche damit verbunden sind, daß in vielen Majestätsbeleidigungsprozessen Urteile ergehen, die mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein nicht verbinden lassen, obwohl sie auf Grund eines Gesetzes ergehen, das den Richter zwingt, so und nicht anders zu erkennen. Der Entwurf hat das Bestreben, den Kreis der Majestätsbeleidigungen begrifflich so weit einzuschränken, als es im allgemeinen Staatsinteresse irgend möglich ist. Wir haben uns bemüht, ganz loyal und unvoreingenommen einen Ausdruck zu finden, der gegen jede falsche Auslegung gesichert ist. Trotz aller Bemühungen ist es uns nicht besser gelungen als durch die im Entwurf gewählte Fassung. Sollte das hohe Haus eine bessere Fassung finden, so zweifle ich nicht, daß die verbündeten Regierungen keinen Anstand nehmen werden, dem Vorschlage des hohen Hauses Folge zu geben. Auf Einzelheiten des Entwurfes will ich nicht eingehen. Ich konstatiere das eine, daß er eine Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse für die Zukunft zur Folge haben wird. Wenn er Gesetz wird, so wird er nach zwei Richtungen hin eine sehr wohlthätige Wirkung äußern. Einmal, indem er die Gerichte von derartigen Prozessen entlastet und dadurch das Ansehen und das Vertrauen in die Gerichte stärken wird, dann aber wird er auch, indem er Mißstimmungen beseitigt, zur Festlegung des inneren Friedens beitragen. Ich bitte Sie um eine wohlwollende Prüfung und rasche Erledigung des Gesetzentwurfes.

Abg. Giese (L.): Als Mißstand bei Majestätsbeleidigungsprozessen ist es mit Recht empfunden worden, daß Leute bestraft worden sind, die sich der Tragweite ihrer Äußerungen nicht bewußt waren; ein weiterer Mißstand ist es, daß zuweilen Äußerungen, die im engen Kreise gefallen sind, erst durch eine Denunziation an die Öffentlichkeit kamen und als Majestätsbeleidigungen geahndet werden mußten. Durch die Notwendigkeit, jede Majestätsbeleidigung zu verfolgen, ist ein tiefes Denunziantentum groß gezogen worden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Diese häßlichen Denunziationen kamen oft erst zu einer Zeit, wo die betreffende Äußerung längst vergessen war. Wir begrüßen es deshalb mit lebhafter Freude, daß die Verjährungsfrist für die Strafverfolgung für Majestätsbeleidigungen von 3 Jahren auf 6 Monate herabgesetzt ist. Wer in Zukunft öffentlich

„böswillig und mit Vorbedacht“

eine Majestätsbeleidigung ausspricht, soll nach den jetzt geltenden Strafbestimmungen bestraft werden, nur daß die Verfolgungsfrist auf 6 Monate herabgesetzt ist. Wer eine Majestätsbeleidigung böswillig und mit Vorbedacht, aber nicht öffentlich ausspricht, auch für den soll es bei den jetzigen Strafbestimmungen bleiben, doch soll die Strafverfolgung an die Zustimmung desjenigen Staates gebunden sein, gegen dessen Oberhaupt die Beleidigung sich richtet. Mit beiden Bestimmungen sind wir einverstanden. In allen anderen Fällen der Majestätsbeleidigung sollen die Bestimmungen wie bei Privatbeleidigungen eintreten. Hiergegen haben wir Bedenken. Während bei Beleidigung einer parlamentarischen Körperschaft die Staatsanwaltschaft von selbst einschreiten muß, soll die Majestät den Staatsanwalt anrufen. Das verträgt sich nicht mit unserem Empfinden von der Würde der Majestät. Ebenso haben wir Bedenken gegen das Strafminimum von 3 M. — Meine politischen Freunde weisen es von der Hand, die Majestät sozusagen zu teilen in den Träger der Staatsgewalt und in die Person. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß Majestätsbeleidigungen, die öffentlich und „mit Vorbedacht“ geschehen, von Amtswegen verfolgt werden, die anderen nur, wenn dazu die Genehmigung erteilt wird. Weiter wünschen wir jedoch, daß die hohen Strafen herabgemildert werden und daß auch auf mildernde Umstände erkannt werden kann. Allgemein möge man bei Angriffen auf den König bedenken, daß des Fürsten Ehre auch des Volkes Ehre ist. Wir beantragen die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Abg. Träger (fr. Vg.): Die Ausdrücke „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ bilden eine Tautologie. Den Bedenken gegen diese Ausdrücke hat ja auch schon der Herr Staatssekretär Ausdruck gegeben. Es ist schwer anständig, den subjektiven Tatbestand, der doch auf inneren Vorgängen beruht, durch den Begriff „böswillig“ einzufassen. (Sehr richtig! links.) Viel richtiger wäre es, wenn man den objektiven Tatbestand in irgend einer Weise charakterisieren könnte. Offentlich wird die Kommission etwas Besseres finden, als der Entwurf der verbündeten Regierungen darstellt. Bedenken haben wir vor allem gegen die Antagilität. An der Unbestimmtheit, der Nichtbeeinflussung unserer Richter will ich nicht zweifeln, aber wenn so ein Antrag von oben kommt, werden sicherlich Inponderabilitäten ausgelöst, die unwillkürlich und unbemerkt wirken. Die Strafminima möchten wir am liebsten ganz ausmerzen; denn es können Fälle vorkommen, wo selbst das Strafminimum noch zu hoch ist. Notwendig wäre es, den § 103, der von der Wahrung berechtigter Interessen handelt, in den Entwurf hineinzubringen, der ja z. B. auch die tadelnde Beurteilung künstlerischer Betätigung strafrei macht. (Heiterkeit.) Daß der König oder Regent als Antagist auf dem Platze erscheinen soll, hat ebenfalls sein Bedenkliches. Es ist dadurch die Möglichkeit zur Widerlage und zu Komplikationen gegeben, es kann dem Antragsteller mancher Schabernack gespielt werden. Im allgemeinen ist die Vorlage als Fortschritt zu begrüßen.

Abg. Brankermann (Rp.) wünscht Beratung der Vorlage in der Kommission.

Abg. Osann (natl.) will den Ausdruck „mit Vorbedacht“ ersetzen durch „mit Ueberlegung“. Unklarheiten enthält die Vorlage in der Frage der Zuständigkeit der Strafverfolgenden Behörde, über die Form des Strafantrages, die Zustellung des Urteils an den Kläger u. a. Mit Kommissionsberatung sind wir einverstanden.

Abg. Kirsh (Z.): Die Hoffnung des Staatssekretärs, daß der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches uns sehr bald beschäftigen wird, teile ich nicht. Wird aber der vorliegende Entwurf voranschreitlich für viele Jahre Gesetz, so müssen wir ihn um so eingehender prüfen. In formeller Beziehung hat der Staatssekretär die Bereitschaft der verbündeten Regierungen erklärt, Wünschen aus dem Hause Rechnung zu tragen; erwünscht wäre mir gewesen, ob diese Bereitschaft auch bei Änderungen materielle Art vorhanden wäre. Der Herabsetzung der Verjährungsfrist stimmen wir zu; doch muß deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß durch die Fassung des Gesetzentwurfes nicht etwa in Fällen, bei denen heute eine Verjährungsfrist von 3 Monaten Platzgreift, diese erhöht werden soll; dafür zu sorgen, wird Sache der Kommission sein.

Abg. Heine (Soz.):

Meine politischen Freunde werden dem Antrage auf Verweisung des Gesetzentwurfes an eine Kommission von 21 Mitgliedern nicht widersprechen. Dort werden auch dann die juristischen Komplikationen zu erörtern sein, die der Vortrager angeführt hat. Ich erkläre aber schon jetzt namens meiner Partei: Wenn das Gesetz in der Kommission nicht bedeutend verändert wird, wenn es nicht auf eine ganz andere Grundlage gestellt wird, so müssen wir es glatt ablehnen. Der Gesetzentwurf bringt eigentlich nur eine einzige Verbesserung, das ist die Herabsetzung der Verjährungsfrist. Im übrigen müssen wir doch sagen, das Gesetz ist zwar im Rechtsjustizamt ausgearbeitet, aber es stammt aus Preußen, und diesen Ursprung verleiht es nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn dieser Gesetzentwurf Gesetz wird in der vorliegenden Form, so wird die Rechtsprechung noch mehr der Parteipolitik dienstbar als bisher, der Richter wird noch mehr zum Werkzeug der Günst oder Ungünst, welche politisch Wahlgewinn zu belohnen, politisch Schlichtgefinnte zu bestrafen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Politisch „schlichtgefinnt“ kann aber heute sehr leicht jeder Mann von Rüdgrat werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz kommt aus der Zeit der Wahlbewegung. Mit größerer Darmlosigkeit könnte dieser Zusammenhang gar nicht dargelegt werden, als es hier geschehen ist. Auf die Begeisterungsszenen der Wahlnacht, an denen die antisemitischen Handlungsgesellen sich das Hauptverdienst zuschreiben, (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) folgte der bekannte Erlaß des Kaisers noch vor den Stichwahlen, und nach sanften Mahnungen der liberalen Presse kam noch im Mai dieser Gesetzentwurf. Trotzdem also der politische Zusammenhang des Gesetzentwurfes mit den Wahlen ganz klar ist, verüble ich es keinem Minister, wenn er seinem Monarchen den Rat gibt, sich dadurch populär zu machen, daß er ungerade Gesetze abschafft. Ja, wenn man an besonders gefährlicher Stelle steht, so ist es geradezu eine Pflicht an d a s p f l i c h t, Beleidigungen nicht zu verfolgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz ist aus diesem Anstandesgefühl, aus demselben Gefühl geflossen, aus welchem die Neuerung des Kaisers Theodoros im Jahre 93 floh. Vom Kaiser Theodoros ist ja bekannt, daß er verordnete: wenn jemand den Kaiser beleidigt, so soll er, wenn er es aus Leichtsinne getan hat, bestraft werden, hat er es aus Krankheit getan, so solle er bemitleidet werden, wenn er es aber aus Bosheit getan habe, so fühle die Majestät sich verpflichtet, ihm zu vergehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man an so hervorragender gefährlicher Stelle steht, so hat man auch die Pflicht der Toleranz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und wer selber ein offenes Wort auszusprechen liebt, soll es auch nicht mißbilligen, wenn es von anderer Seite ausgesprochen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Zuruf rechts: à la Mehring!) In Wahrheit stellt aber der Gesetzentwurf den Gedanken der politischen Toleranz auf den Kopf. In den Motiven spielt es eine große Rolle, daß

das Emporwuchern des Denunziantentums

dem Ansehen der Monarchie nicht förderlich sei. Aber um dem vorzubeugen, brauchen wir kein besonderes Gesetz. Die Justiz selbst ist daran Schuld, wenn ein derartiger Mißbrauch mit dem Majestätsbeleidigungsparagraphen getrieben werden konnte. Es hat sich gezeigt, daß unsere Justiz, unsere Richter vollkommen hilflos einem perfiden Denunziantentum gegenübersehen. Dazu kommt, daß der Beleidigungsbegriff ganz maßlos ausgedehnt worden ist, nicht nur der Begriff der Majestätsbeleidigung, sondern der der Beleidigung überhaupt. Darauf werde ich nachher noch eingehen. Aber sich der Denunzianten zu erwehren, das hätte die Justiz sehr leicht gehabt. Wenn jemand mit einer Denunziation über eine vor Jahren gefallene Äußerung kommt, so ist er eben von vornherein unglaubwürdig. Ich habe einmal, um die Unglaubwürdigkeit eines Mannes zu beweisen, der seinen Bruder denunziert hatte, 19 Zeugen geladen. Der vorstehende Landgerichtsrat sagte zu mir: „Glauben Sie denn, daß wir die 19 Zeugen nötig haben, daß wir einem solchen Subjekt, wie der Befragungsgenosse ist, auch nur ein Wort glauben würden?“ — Leider denken nicht alle Richter so.

Die Verfolgung der nicht öffentlich ausgesprochenen Majestätsbeleidigung soll an die Genehmigung der Landesjustizverwaltung gebunden sein. Wie wird das wirken? — Die Spießbürger werden über den Kaiser schimpfen, wenn die Steuern zu hoch sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die Avarier schimpfen, wenn die Hölle nicht hoch genug ist (Heiterkeit links), die Patrioten ergehen sich in Majestätsbeleidigungen, wenn der Kaiser eine Politik einschlägt, die ihnen nicht paßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) Na, Sie kennen ja die Zeit der 89 Tage, die Zeit, wo die Majestätsbeleidigungen billig waren, aber nicht zur Anklage führten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Leute werden den Vorteil von der Bestimmung haben. Nun, ich gönne es ihnen, sich einmal nach Herzenslust in ihren vier Wänden auszuschimpfen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen ist, so liegt darin ein erhebliches Bedenken; ich befürchte, daß dieser oder jener Richter Bedenken tragen wird, in einem solchen Falle freizusprechen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); er wird die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht als Genehmigung auffassen, sondern als einen Wunsch nach Bestrafung des Angeklagten, und er wird sich scheuen, einem solchen Wunsche nicht zu willfahren. Die Worte „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ bedeuten keine Einschränkung, sondern eine Verschärfung der politischen Tendenz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Große Schwierigkeiten werden namentlich durch den letzten Absatz des Paragraphen entstehen. Soll etwa der Fürst den Justizrat v. Gordon in Berlin mit einer Privatklage beauftragen? (Heiterkeit.) Ich glaube, dieser letzte Absatz wird ein totes Gebot sein bleiben. Wenn der Angeklagte erklärte: „Ich bin ein konfessioneller Mann, Mitglied eines Kriegervereins, ich habe mich überreißt und bitte hundertmal um Entschuldigung,“ dann wird man sagen: „Der Mann ist unschuldig,“ und man wird ihn freisprechen. Wenn ein Freisinniger erklärte: „Ich bin ein freisinniger Mann,“ dann ist es schon zweifelhaft. (Große Heiterkeit.) Zentrum und Polen haben ja heute schon die gesetzliche Vermutung gegen sich, daß sie „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ handeln. Es ist das nicht immer so gewesen und wird wohl auch in Zukunft wieder anders sein. (Erneute große Heiterkeit.) Wir Sozialdemokraten sind in der Beziehung „konfessionell“. Sei uns wird — mag unsere Kritik aus der reinsten Ueberzeugung kommen, mag sie noch so berechtigt sein — bei uns wird immer „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ vorliegen. Die politische Richtung spielt bei Majestätsbeleidigungsprozessen heute schon die größte Rolle. In einem nach den Wahlen herausgegebenen Erlaß lenkt der Justizminister die Aufmerksamkeit der Behörden darauf, ob die Zeitungen nicht etwa verkappte Angriffe gegen den Monarchen brähten! Eventuell müßte gegen den Kaiser sofort die Untersuchungshaft verhängt werden. So der Erlaß öffentlich ist

oder nicht, gehandelt wird jedenfalls danach. Im Kaiser-  
inselforschung erklärte der Staatsanwalt, es sei jetzt zum Sport  
geworden, dem Monarchen die sogenannte Wahrheit zu sagen. Ich,  
du lieber Gott, für diese Herren ist jede Wahrheit eine so ge-  
nannte Wahrheit. Der Staatsanwalt erklärte weiter, man  
rede von Hofleuten, meine aber den König, deshalb müsse geprüft  
werden, ob die Worte auf den König bezogen werden könnten.  
(Hört, hört!) bei den Sozialdemokraten.) Diese Praxis ist ja all-  
die indirekte Majestätsbeleidigung haben wir seit annähernd  
20 Jahren. Damals ist ein Mann verurteilt worden, der von dem  
Abolitionisten von Wilsdorf bei einer Hofjagd sprach, ohne auch  
nur zu erwähnen oder zu ahnen, daß bei dieser Hofjagd auch der  
Kaiser dabei war! Resultat: 3 Monate Gefängnis! Die  
Schmähung der Hofjagd sei eine Schmähung der kaiserlichen  
Person! Ein Redakteur erhielt 6 Monate Gefängnis, weil er die  
Schmähung der Hofjagd geschmäht hat; dabei hatte der Redakteur nur von  
einer helleuchtenden Medaille gesprochen und sich lustig gemacht  
über die Leute, die, 1700 an der Zahl, darum eingekommen waren,  
sie tragen zu dürfen. Durch die Schmähung sei, wie es in dem  
Urteil heißt, der Stifter der Medaille beleidigt worden! Ein  
anderer wurde verurteilt, weil er es als zweifelhaft hinstellte,  
ob der Sang an Regie von dem Kaiser oder dem nunmehr ent-  
schwundenen Fürsten Eulenburg herrühre! (Heiterkeit.) Derselbe  
Redakteur wurde verurteilt, weil er von der „unter dem Aller-  
gnädigsten Bewahnde des Spielteufels niedergelegten Schloßfreiheit“  
sprach. Sie müssen nicht denken, daß ich Wiße mache, ich habe das  
Urteil zu Hause. Ein Redakteur wurde verurteilt, weil er die  
Thronrede kritisiert hatte. Der Richter stellte fest: die Thronrede  
enthalte die persönliche Ansicht des Monarchen. . . . Zahlreiche  
Redakteure sind verurteilt worden wegen ihrer Kritik der Aus-  
übung des Vornamensrechts. In einem Falle wurde ein  
Redakteur verurteilt, der von dem „nichtigen Inhalt von Intelligenz-  
blättern“ sprach, die lediglich kaiserliche Dankschreiben enthielten.  
Es sind Leute verurteilt worden, die die Vorfahren des  
Monarchen einer historischen Kritik unterzogen. Im Jahre 1888  
wurde in einem solchen Falle ein Redakteur der Berliner „Volks-  
zeitung“ freigesprochen. Jetzt hat sich ja die Justiz glänzend  
weiterentwickelt. Es ist etwas Willkürliches, daß sozialdemokratische  
Redakteure verurteilt werden, weil sie die Vorfahren des Kaisers  
einer Kritik unterzogen. Es heißt in einem Urteil: Der Angeklagte  
sei Sozialdemokrat. Er habe beabsichtigt, durch scheinbar harmlose  
Worte eine Majestätsbeleidigung zu begehen. Strafscharfend sei  
es, daß er seine Absicht habe verschleiern wollen, daß er die  
Majestätsbeleidigung auf einem Umwege begangen habe! Diese  
Deduktion ist regelmäßig falsch. Ich kenne nicht einen einzigen  
Fall, daß ein sozialdemokratischer Redakteur eine Beleidigung  
gegen den Kaiser mit Absicht ausgesprochen hat. (Lebhafter  
Widerspruch rechts.) In allen Fällen, die mir bekannt sind, wird  
es ihnen lediglich untergeschoben. Es hat auch immer  
Gerichte gegeben, die es für unmöglich hielten, sich zu Handlungen  
des politischen Fanatismus herzugeben. Wird aber der Entwurf  
der verbündeten Regierungen Gesetz, so wird die politische Leiden-  
schaft auf den Richterisch gehoben. Der Richter wird geradezu  
provokiert, auf die politische Anschauung des Angeklagten  
zurückzugreifen. Prüfte man die politische Ueberzeugung mit  
Wohlwollen, so hätte gerade die Sozialdemokratie am allerwenigsten  
Ursache, das Gesetz zu fürchten. Gerade wir Sozialdemokraten sind  
am wenigsten geneigt, unseren Unmut über politische Mißstände an  
den Personen auszulassen. Für uns sind Personen, auch  
Selben, nur Werkzeuge der Mächte, die die Gesetze lenken,  
sie sind nur der Hammer, mit dem die Zeit geformt wird. Das gilt  
freilich nur von den Helden, keineswegs von allen Fürsten.  
Sind schon Helden dem Einfluß der Zeit unterworfen, um wie  
viel mehr die Fürsten, bei denen man weniger von einem Hammer  
als von dem Einfluß des Nämmerchens sprechen kann. Was  
wir aber nicht unterlassen können, das ist, schärfste Kritik zu üben  
an den Mißständen der Verwaltung, an den Handlungen der Re-  
gierung, um das Interesse des Volkes zu wahren. Wenn das nicht  
unser Pflicht wäre, wüßten wir eine angenehme Beschäftigung.  
Diese Kritik, zu der wir verpflichtet sind, will man mit Hilfe des  
Majestätsbeleidigungsparagrafen unterbinden. Der Entwurf will  
da noch eine Verschärfung eintreten lassen. Wenn jetzt der Richter  
feststellt, daß die Beleidigung „böswillig“ gewesen, so  
muss er mit dem Strafmaß noch höher gehen als heute. Das  
sind die psychologischen Wirkungen des Gesetzes, so wird das Gesetz  
ein Ausnahmengesetz, namentlich gegen die Sozialdemokratie. (Leb-  
hafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Im Gesetz steht von einem Unterschied zwischen der Be-  
leidigung des Fürsten und der eines Privatmannes nicht ein  
Wort. Lediglich die Praxis hat es fertiggebracht, daß der  
Majestätsbeleidigungsparagrafen kein Verbot der Wahrheit zuge-  
lassen wird, daß die Bestimmung nicht gilt, nach der man, wenn  
man in Wahrheit berechtigter Interessen handelt, straflos ist. Das  
sind Dinge, die die Justiz in das Gesetz hineingeschoben  
hat. Das muß wieder heraus! (Sehr richtig! bei den Sozial-  
demokraten.) Es kann nichts gebessert werden, wenn man nicht  
überhaupt den Begriff der Beleidigung einschränkt. Der Krebs-  
schaden unserer Zeit liegt in der maßlosen Ausdehnung des Be-  
leidigungsbegriffes auch in bürgerlichen Kreisen. Der Spott ist  
immer eine Beleidigung, ebenso die Karikatur, die immer mehr  
gemessen wird mit der Elle des Alltags, wie wir es in dem Prozeß  
gegen den Simplizissimus wegen des Herra Wermann ge-  
macht haben. Mit ist eine Beleidigungslage bekannt wegen des Aus-  
drucks „Generalcharfmacher“. Charfmacher, so sagte der  
Richter, ist keine Beleidigung, aber der General! (Große Heiter-  
keit.) Durch die Verfolgung der Majestätsbeleidigungen wird ein  
widerliches Denunziantentum gehoben.

Man wird sagen, daß in einer Zeit, wo alle Welt über feine  
Beleidigungen klagt, wir für eine Beschränkung des Be-  
leidigungsbegriffes eintreten. Wer hat denn über die Schuld  
an diesen Dingen? Wer hat denn in dem Fall Molitor-Hau in  
der widerwärtigsten Weise den Schmutz aufgewühlt. Das war  
die „Kaiserhaltende“ Besse. (Sehr Zustimmung bei den Sozial-  
demokraten.) Die sozialdemokratische hat nicht mit einem  
Finger an diesen Schmutz gerührt. Gegen uns aber geht man  
mit Verleumdungen der allerwidrigsten Art vor. (Sehr richtig!  
bei den Sozialdemokraten.) Im letzten Wahlkampf wurde be-  
hauptet, man habe Singer und Bebel irgendwo in einem Wein-  
restaurant zusammenhaken sehen. Das war ein Schwindel, und  
obwohl er sofort aufgedeckt wurde, ist er immer weiter durch den  
ganzen Wahlkampf getragen worden. Hat nicht Herr Max Lorenz  
öffentlich berichtet, wie er sich angeboten habe, dem Reichsverband  
zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wissenschaftliche Artikel gegen  
die Sozialdemokratie zu liefern? Das hat man aber dankend  
abgelehnt; man wollte nur Mittelungen über persönliche  
Verhältnisse der sozialdemokratischen Führer haben! Wenn eine  
Partei durch Verleumdungen niedriger Art verfolgt wird, dann  
sind wir es. Die tiefe Verworfenheit der Verleumdungspolitiker  
wird aber nicht durch Strafgesetze gebessert. (Sehr richtig!  
bei den Sozialdemokraten.) Der Verleumdungs- und Beleidigungs-  
begriff muß präzisierter werden. Wenn der Entwurf sagt, die  
Verleumdung der Majestätsbeleidigungen muß abhängig gemacht  
werden von der Böswilligkeit und dem Vorbedacht der  
Handlung, so ist das ein Versuch, den Begriff zu präzisieren,  
aber kein glücklicher. Mit Hilfe des Dolus eventualis hat man es  
dahin gebracht, daß die Presse verurteilt werden muß wegen Majes-  
tätsbeleidigung, nicht nur, wenn ein verständiger Leser,  
sondern auch wenn ein unverständiger eine solche in einem  
Artikel findet. Um die hohe formale Beleidigung zu verfolgen,  
dazu sollte uns die Justiz zu gut sein. Es gibt Staaten, wo es  
keine Majestätsbeleidigungen gibt, und wenn man den Begriff der  
Beleidigung präzisiert, so müßte diesem Begriff der der Majes-  
tätsbeleidigung gleichgestellt sein. Das haben wir seit Jahren hier  
beantragt. Wenn ein Staatsanwalt sich unterfängt, vielleicht  
wider dem Willen eines Fürsten die Anklage wegen Majes-  
tätsbeleidigung zu erheben, so möchte ich beinahe sagen: warum soll  
ein Fürst weniger das Recht haben als ein anderer Mensch, dar-  
über zu verfügen, ob er sich diese Last aufladen will, die mit jedem

Klageverfahren verbunden ist? Deshalb liegt unser Antrag durch-  
aus im Interesse der Monarchie. (Heiterkeit.) England hat keine  
Verfolgung von Majestätsbeleidigungen, die Engländer haben das  
freie Wort auch dem Fürsten gegenüber, wie es unsere alten  
deutschen Vorfahren hatten. Die Majestätsbeleidigungen sind ein  
Gewächs, eingeführt im 18. Jahrhundert unter noch dazu miß-  
bräuchlicher Anwendung römischer Rechtsbegriffe. Ich sehe  
in diesen Majestätsbeleidigungsprozessen eine Gefährdung der  
männlichen Offenheit der Nation, und ich meine, man kann nichts  
tun, was nationaler wäre, als wenn man den Begriff der  
Majestätsbeleidigung und der politischen Beleidigung überhaupt  
beiseite schiebt. (Sehr Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Rieberding:  
Ich kann es nur lebhaft bedauern, daß im ersten Augenblick,  
wo dieses Zeichen des Vertrauens der verbündeten Regierungen  
gegenüber dem Volke im Reichstage besprochen wird, wir solche  
Auseinandersetzungen hier hören müssen. (Sehr wahr! rechts. Wider-  
spruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn man an den Erlaß Seiner  
Majestät des Kaisers denkt, der die Grundlage gewesen ist zur  
Reinbarung unserer Gesetzgebung, wie wir sie Ihnen vorgeschlagen,  
und wenn diese Tatsache, daß der Kaiser der Antrag für diese  
Gesetzgebung ist, hier damit beantwortet wird, daß man eine  
Reihe von Prozessen erwähnt, die nicht hierher gehören, die nicht  
beweisen, und dann Angriffe gegen Seine Majestät richtet, die  
jedermann verfehlt werden. (Sehr wahr! rechts. Widerspruch bei den  
Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete hat gemeint, der Entwurf  
stamme aus einer Tendenzpolitik, er sei juridisch unzulässig auf die  
letzten Reichstagswahlen. Das ist nicht richtig. Wenn das der  
Abg. Heine besser weiß, so mag er vorziehen. Die Wahlbewegung  
hängt nicht damit zusammen. Es ist auch unrichtig, daß in dem  
Erlaß vom 27. Januar bereits auf das Gesetz hingewiesen sei. Die  
beiz. Stelle in dem Erlaß war gemeint als ein Hinweis auf  
eine künftige Vorlage, keineswegs war dabei daran gedacht worden,  
daß sofort eine solche Vorlage kommen werde. Keines Wissens  
ist von einer Tendenzpolitik hier keine Rede, und ich müßte es  
wissen, wenn es der Fall wäre. Der Abgeordnete hätte nicht nötig  
gehabt, der Vertrauensumgebung der verbündeten Regierungen  
gegenüber derartige Anschuldigungen vorzunehmen.

Der Abgeordnete hat von der Verwerflichkeit der Majes-  
tätsbeleidigungsprozesse gesprochen. Ich habe so viele Jahre hindurch  
mich oft in die Notwendigkeit verfehlt gesehen, die deutschen Richter  
gegen die Angriffe des Abgeordneten zu verteidigen, und ich habe  
keine Lust, nochmals oft Gefogtes zu wiederholen. Ich vermahne  
mich aber dagegen, daß irgend eine Tatsache angeführt werden  
könnte, aus welcher der Schluß berechtigt wäre, daß die deutschen  
Richter gegen ihr Gewissen und gegen ihre Ehre Urteile in  
Majestätsbeleidigungsprozessen gesprochen hätten. (Beifall rechts.)  
Die Unterstellungen des Vorredners kann ich nicht widerlegen, ich  
stelle es dem Hause anheim, entweder den Ansichten des Herrn Heine  
zu vertrauen oder den Ansichten der verbündeten Regierungen. Der  
Abgeordnete hat gesagt, daß die Majestätsbeleidigungsprozesse der  
Partei politisch dienstbar gemacht werden, und mit dieser Worte  
nicht genau auf die Wagschale legt, der wird zu der Ansicht gebracht,  
daß es die Absicht der Regierung wäre, mit Hilfe eines harm-  
losen Gesetzes gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Diese Unter-  
stellungen weise ich mit Entrüstung zurück. (Zuruf des Abg. Heine:  
Das glauben Sie!) Gegenüber den gebotenen Ausführungen kann  
ich mir nicht anders helfen, als das Haus zu bitten, sich zu über-  
legen, ob es den Ansichten des Abg. Heine glauben oder unseren  
Ansichten vertrauen will. Wenn der Abg. Heine sagt, der von ihm  
erwähnte Antrag läge im Interesse der Monarchie, so werden die  
Vertreter der Monarchie darüber anderer Meinung sein. Die ver-  
bündeten Regierungen haben den Entwurf gemacht im Vertrauen  
auf das Volk, das nachher in die Lage kommt, sein Verhalten dem  
Gesetz entsprechend einzurichten. Die deutschen Fürsten haben dem  
Gesetzentwurf ihre Zustimmung gegeben, nicht ohne manches Be-  
denken. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, die deutschen  
Fürsten haben ebenso das Recht, an ihre Interessen zu denken wie  
jeder andere. Wir können doch nun aber auch vom Hause ver-  
langen, daß sich uns gegenüber ein Vertrauen kundgibt. Ich ver-  
währe die deutschen Fürsten und die deutschen Regierungen da-  
gegen, daß sie irgend einen von den Gedanken gehabt haben, die  
der Abg. Heine angedeutet hat.

Der Abg. Träger hat einen Vorstoß gegen die Jurisdikatur ge-  
macht; er geht davon aus, daß die Zahl der Majestätsbeleidigungs-  
prozesse gewachsen sei. Da befindet er sich in einem Irrtum. Auf  
je eine Million strafmündiger Personen wurden Anklagen wegen  
Majestätsbeleidigungen erhoben 1883 10, 1891 15, 1899 11, 1900 8,  
1901 7, 1902 7. Die Zahl der Majestätsbeleidigungsprozesse ist  
also in der Abnahme begriffen. Ich möchte das Haus auch  
warnen, auf den Gedanken einzugehen, die Begriffe „böswillig“  
und „mit Vorbedacht“ zu streichen. Bedenken sind geltend gemacht  
worden gegen die Ausdehnung der Bestimmung über die Be-  
leidigung von Privatpersonen. Die Bestimmung über die Majes-  
tätsbeleidigungen schließt im wesentlichen nur die Landesherren, aber  
keineswegs die landesherrlichen Familien überall im Deutschen  
Reich. Selbst die Mitglieder der deutschen Fürstentümer sind,  
wenn sie sich innerhalb ihres Landes befinden, nicht anders geschützt  
als jeder andere Mann. Davon macht auch die deutsche Kaiserin  
keine Ausnahme. Hier handelt es sich um nichts anderes als um  
eine Ausdehnung dieser Bestimmung, die seit langer Zeit  
besteht. Im dem Augenblick, wo die deutschen Fürsten auf einen  
Teil des ihnen zustehenden Schutzes verzichten, wollen Sie ihnen  
denjenigen Schutz nicht gewähren, den jeder Mann aus dem Volke  
hat? Das würde dazu führen, daß die deutschen Fürsten im Aus-  
lande besser geschützt wären gegen Beleidigungen als in Deutsch-  
land. Wir würden dann dem Ausland gegenüber eine sonderbare  
Rolle spielen. Das Vertrauen, das die deutschen Fürsten Ihnen  
entgegenbringen, verlangt Gegenvertrauen. Wenn Sie aber  
mit dem Entwurf nicht zufrieden sind, wenn Sie die Bedenken des  
Abg. Heine teilen, so lehnen Sie den ganzen Entwurf ab.

Abg. Graf (Witzig, Wg.): Einige Bestimmungen des Gesetz-  
entwurfes können ohne weiteres nicht gebilligt werden und be-  
dürfen einer Kommissionsberatung.  
Abg. Dr. Heiser (rs. Wg.): Die Tendenz des Gesetz-  
entwurfes billigen wir. Von unserem Richterstand habe ich eine sehr  
hohe Meinung. (Natürlich! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir  
wissen doch, daß vorstehende Richter den Angeklagten gefragt haben:  
Sind Sie Sozialdemokrat? Solche Fälle würden sich  
mehren; denn wie soll man überhaupt die „böswillige Absicht“ fest-  
stellen? (Sehr richtig! links.) Was aber heute den Sozialdemo-  
kraten passiert, kann morgen den Liberalen und dem Zentrum  
passieren, ja auch die Konservativen sind dabei nicht sicher. (Nat-  
ürlich! bei den Sozialdemokraten.) In politisch erregten Zeiten können  
auch einmal die Konservativen in Ungnade fallen, und dann kann  
auch aus konservativer Bestimmung auf die böswillige Absicht der  
Majestätsbeleidigung geschlossen werden.

Mit Wärme trat der Staatssekretär für die Beibehaltung des  
letzten Ablasses des Entwurfs ein. Doch würde dieser Ablass ein  
Damaergeschick für den Kaiser sein. Wir können nicht wünschen,  
daß der Kaiser in der Rolle des Privatklägers wegen Beleidigung  
vor Gericht erscheint. Der Gesetzentwurf will das Denunzianten-  
tum vermindern. Das billigen wir. Dann müssen aber alle nicht  
öffentlich ausgesprochenen Beleidigungen straflos bleiben. (Sehr  
richtig! links.) Dadurch würde auch unsere Achtung im Auslande  
steigen. Ich bitte den Staatssekretär, und in der Kommission bei  
der Verbesserung des Gesetzentwurfes zu unterstützen. (Beifall bei  
den Reichsmitgliedern.)

Abg. Bindewald (D. Reform.): Der Abg. Heine sagt, Gerech-  
tigkeit existiere nicht gegenüber Sozialdemokraten, und er wirft dem  
deutschen Richterstand vor, das Richteramt parteipolitisch zu miß-  
brauchen. Gegen diesen schmachvollen Vorwurf protestiere ich ganz  
energisch. (Beifall rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dem  
Abg. Heiser stimme ich bei, daß nicht öffentlich gemachte  
Auseinandersetzungen überhaupt nicht als Majestätsbeleidigungen  
verfolgt werden sollten. Im ganzen begründen wir den Geset-  
zentwurf mit Freuden; Verbesserungen wird die Kommissions-  
beratung noch bringen. — Der Abgeordnete Heine ist auf die

patriotischen Szenen in der Wahlnacht eingegangen und hat sie den  
antisemitischen Handlungsgeschäften zugeschrieben. Das ist ein  
Anerkennung für das Verdienst des deutsch-nationalen Handlungs-  
geschäftsverbandes. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die  
Sozialdemokraten sind bei Beleidigungen ihrer Parteigänger sehr  
empfindlich. Hätten Sie die Macht und würden Sie uns einen  
sozialdemokratischen Präsidenten an die Spitze stellen, so könnten  
auch Sie den Majestätsbeleidigungsparagrafen gar nicht ent-  
behren. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das  
deutsche Volk empfindet es als Schmach, wenn die hehre Lichtgestalt  
der Königin Luise und die Gestalt Friedrichs II. in den Zeitungen  
verunglimpft wird. Hiergegen verlangen wir ein besonderes  
Gesetz. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.):  
Nur wenige Worte. Der Abg. Bindewald sagte, ich hätte an-  
erkannt, daß die antisemitischen Handlungsgeschäfte durch ihr  
Treiben in der Wahlnacht positiv in diesem Gesetz mitgearbeitet  
haben. Ich habe nur gesagt, daß sie in der Wahlnacht für m-  
fassenen veranlassen haben, und diese Sorte „positiver“ Arbeit  
ist unsere Art nicht. Dagegen habe ich erklärt, daß wir in der  
Kommission mitarbeiten wollen. Sie werden mir nicht abstreiten,  
daß ich eine Reihe positiver Vorschläge zur Verbesserung des Ge-  
setzentwurfes gemacht habe, und da fürchte Sie: Die Sozialdemo-  
kraten der weigern die positive Mitarbeit? Dies ist aber schon  
ein altes Lied. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär Dr. Rieberding sagte, er habe sich oft in  
der Notwendigkeit gesehen, den deutschen Richterstand gegen den  
Abg. Heine zu verteidigen. Ich muß ihm bezeugen, daß er  
jedemal, wenn ich Fehlsprüche oder unrichtige Handhaben der  
Gesetze hier kritisiert habe, die selbe Art der Verteidigung gegen  
mich hatte. Immer ist die Geschichte nach derselben Melodie ge-  
gangen: Der Abg. Heine hat gesagt, der gesamte Richterstand beuge  
das Recht böswillig, und dann ist es natürlich leicht, das zurückzu-  
weisen. Die Herren Antisemiten wiederholen dasselbe dann in  
größerer Form. So geht das seit neun Jahren, seitdem ich die  
Ehre habe, Herrn Dr. Rieberding hier gegenüberzustehen. Auf  
die Länge wirkt es ermüdend, wenn jemand immer etwas unter-  
stellt wird, was er nicht gesagt hat. Was ich gesagt habe, steht im  
stenographischen Bericht, ich pflege deutlich zu sprechen, und jeder  
im Hause weiß das. Die Art des Polemiserens des Dr. Rieber-  
ding ist aber nicht nur ermüdend, sondern es verdient noch ein  
anderes Wort. Es wird Herrn Dr. Rieberding nicht entgegen-  
kommen, daß ich einen von mir hochgeschätzten Richter heute mit Namen  
genannt habe, und daß ich heute gesagt habe: „In allen Zeiten hat  
es Richter gegeben, die sich zu gut dünken, sich zu Instrumenten  
der politischen Verfolgung herzugeben, die es abgelehnt haben, die  
politische Bestimmung des Angeklagten zu erforschen.“ Davon hat  
er in seiner Rede nichts hören lassen (Zuruf bei den Sozialdemo-  
kraten: Er hat es nicht hören wollen), er behauptet vielmehr, ich  
hätte den ganzen Richterstand angegriffen. In dieser Art des  
Dr. Rieberding liegt Reiz und. So wie er es gesprochen hat,  
geht es in die Zeitungen hinaus, und alle Welt liest natürlich nur,  
daß der Staatssekretär Dr. Rieberding „die empörenden Angriffe  
des Rechtsanwalts und Abg. Heine gegen den deutschen Richterstand  
widerlegt“ habe. Die wichtigsten Zeitungen bringen ja vollständige  
Berichte, und die wenigsten Leser lesen die Berichte vollständig.  
Ich verfolge diese Methode nunmehr seit vielen Jahren und finde  
jedemal die entwürstigten Artikel gegen mich in der Presse. Ich  
wiederhole: Ich kenne eine Menge ehrenwerter Richter; ich schätze  
die Bedeutung und Stellung des Richterberufes hoch, höher sogar  
als die der Verteidigung, aber ich verlange von ihm auch ein be-  
sonderes Maß der Objektivität in politischen Dingen und ich ver-  
lange von der Gesetzgebung, daß sie ihm diese Objektivität nicht noch  
erschwert.

Der Herr Staatssekretär sagte, man möge Vertrauen haben  
zu den verbündeten Regierungen. Die Absichten der Regierung  
können uns aber nur interessieren, soweit sie sich in Latein  
äußern. Wir haben nur zu fragen: Welche Folgen hat das  
Gesetz? Der Staatssekretär erklärte auch, man könne Vertrauen  
haben zu den Fürsten, die uns mit dem Gesetze die Hand entgegen-  
strecken. Aber die deutschen Fürsten sitzen ja nicht selbst unter  
der Eiche und sprechen Recht, der Richter hat nach dem Gesetz zu  
verfahren, das hier vorliegt. Was nützt dem Volke das Vertrauen  
zu den Fürsten, wenn das Gesetz von anderen angewandt  
wird? Ich habe volles Verständnis dafür, wenn Fürsten sich  
populär machen wollen dadurch, daß sie auf schändliche und un-  
gerechte Gesetze verzichten. Wenn Fürsten eine Gabe machen wollen,  
dann möge es aber auch eine fürstliche Gabe sein. Das vor-  
liegende Gesetz kann ich nicht dafür halten; denn gerade auf dem  
Gebiete der freien politischen Rede, der freien Kritik läßt das  
Gesetz alles beim alten. Ich glaube, es paßt darauf das Wort,  
das die Griechen an Friedrich den Großen schrieb:

Ein Taler ist kein König, ein Taler ist kein Glau.  
Ein Taler ist zu wenig, drum schied ich ihn zurück.  
(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Entwurf geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.  
Das Haus vertagt sich hierauf.  
Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.  
Tagesordnung: Gesetzentwurf über Errichtung zweier  
Stiftungen aus dem Nachlaß des Malers Müller. — Interpellation  
Abrecht über die Lebensmittelpreise. — Interpellation Abrecht  
sowie Gabn und Arenst über Kohlenpreise. — Gesetzentwurf über  
den Versicherungsvertrag. — Gesetzentwurf über die  
Sicherung der Bauforderungen.  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Geschäftsdispositionen des Reichstags.  
In der Sonnabend Sitzung des Senatorenkonvents wurde be-  
schlossen, die erste Lesung des Etats in Verbindung mit dem  
Flottengesetz nächsten Donnerstag vorzunehmen. Montag und  
Dienstag sollen die Interpellationen der Sozialdemokraten  
und der Konserverativen zur Verhandlung kommen. Eventuell sollen  
die Gesetzentwürfe über den Privatversicherungsvertrag  
und die Sicherung der Bauforderungen in erster Lesung  
beraten werden. Nach der Lesung des Etats- und Flottengesetzes  
sollen weiter noch vor Weihnachten die ersten Lesungen der  
Süßmilchgesetz- und der Vereinigungsvorlage statt-  
finden. Freie Tage sollen vor der Weihnachtsvertretung nicht ein-  
treten; man hofft, am 18. Dezember in die Weihnachtsferien gehen  
zu können.

Am Mittwoch soll Scherwinstag abgehalten werden. Nach der  
Geschäftsordnung kommt einer der zu Beginn der Reichstagsession  
von den Sozialdemokraten eingebrachten Anträge zur Beratung und  
zwar der Antrag, der für jeden Bundesstaat eine Volks-  
vertretung fordert, die auf Grund des allgemeinen,  
gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt ist und zu der  
alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des  
Geschlechts wahlberechtigt und wählbar sind. Zu Rednern hat die  
Fraktion für diesen Gegenstand die Genossen Em mel und Richard  
Bischoff bestimmt.

Für die Kommission zur Vorbereitung des Vertrages mit  
den Niederlanden über Unfallversicherung sind von  
den sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Stadthagen  
und Schmidt, in die Kommission zur Vorbereitung des Ge-  
setzentwurfes betreffend Majestätsbeleidigungen die Genossen  
Heine, Böhle und Eichhorn designiert.

## Eingegangene Druckschriften.

Revue für Internationalismus. I. Jahrg. Heft 3. — Verlag von  
Maas u. van Suchtelen, Amsterdam-Leipzig.  
Plutus. Heft 47. Wöchentlich erscheinend für Volkswirtschaft und  
Finanzwesen. (Herausgeber: Georg Wenhard.) Verlag Berlin-Charlotten-  
burg, Gochstraße 69.  
Amerikanische Gedächtnisse von Th. Barth. Prof. 2 B., geb. 2,50 M.  
Verlag G. Reimer, Berlin W. 35.

# Dienstag, den 26. November

## 8 Uhr abends:

# Volkssversammlungen in Berlin und Umgegend.

### TAGES-ORDNUNG:

# „Der Wahlrechtskampf“.

Freie Diskussion.

#### I. Kreis.

Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

#### II. Kreis.

Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.

#### III. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.  
Luisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.

#### IV. Kreis.

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.  
Glysum, Landsberger Allee 40—41.  
Markgrafen-Säle, Markgrafendamm 34.  
Sansouci, Kottbuserstr. 6.  
Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.

#### V. Kreis.

Union-Festsäle, Greifswalderstr. 222.

#### VI. Kreis.

Groterjan, Schönhauser Allee 130.  
Wilkes Salon, Brunnenstr. 188.  
Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.  
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.  
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47—49.

Referenten: Dr. Leo Arons, Augustin, Eduard Bernstein, Bloek, Dietz-Samburg, Hugo Heimann, Paul Mirsch, Dr. Herzfeld, Kubig, Ledebour, Scheidemann-Raffel, Schippel, R. Schmidt, Singer, Ströbel, Stücklen, Wurm.

#### Teltow-Beeskow.

Adlershof: Kähne, Bismarckstr. 60.  
Alt-Glienke: Terrassen, Inh.: Knoche.  
Britz: Bethge, Chausseestr. 39.  
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.  
Köpenick: Kaiserhof, Grünstr. 10.

Friedenau: Rheinschloß, Rheinstr. 60.  
Gr.-Lichterfelde: Kaiserhof, Am Kranoldplatz.  
Grünau: Jägerhaus, Bahnhofstr. 1.  
Johannisthal: Rittershaus, Inh.: Meyer.  
Königs-Wusterhausen: Wedhorn.  
Lankwitz: Bräuert, Mariensfelderstraße.  
Mariendorf-Mariensfelde-Lichtenrade: Mariendorf bei Purschke.  
Nieder-Schöneweide: Wirtshaus Loreley.  
Nowawes: Schmidt, Wilhelmstr. 3.  
Rixdorf: Neue Welt, Hasenheide.  
Schöneberg: Obst, Weiningerstr. 8.  
Steglitz: Birkenwäldchen, Schützenstraße.  
Tempelhof: Wilhelmgarten, Berlinerstr. 9.  
Treptow-Baumschulenberg: Wernicke (Restaurant zur Rennbahn); Speers Festsäle, Baumschulenberg, Baumschulenbergstraße.  
Wilmerdorf: Luisenpark, Wilhelmstraße 112.  
Zehlendorf: Gesellschaftshaus, Karlstr. 12.

Referenten: Basner, Julian Borchardt, Bauer, Dr. Oskar Cohn, Düwell, Emmel-Mühlhausen, Gehl, Grünwald, Kiesel, Litfin, Waldeck Manasse, Metzke, Molkenbuhr, Pick-Bremen, Poetzel, Schenk, Schulzki, Silberschmidt, Sonnenburg, Rössel, Wermuth, Zuhell.

#### Nieder-Barnim.

Erkner: Degebrodts Gesellschaftshaus.  
Friedrichsfelde: Bube, Prinzen-Allee 30.  
Karlshorst: Bartels, Hönower Wiesenweg.  
Lichtenberg: Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151.  
Kronprinzen-Garten, Frankfurter Chaussee 130.  
Nieder-Schönhausen: Schwarzer Adler, Blankenburgerstr. 4.  
Pankow: Zum Kurfürsten, Berlinerstr. 102.  
Ober-Schöneweide: Wilhelminenhof.  
Rummelsburg: Ww. Weigel, Türschmidstr. 45.  
Tegel: Trapp, Bahnhofstr. 1.  
Weißensee: Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150.

Referenten: Eugen Brückner, Hildenbrand-Stuttgart, Link, Nähr, Artur Schmidt, Dr. Silberstein, Stadthagen, Stolle-Gesau, Dr. Weyl, Vesper, Zeglin.

## Männer und Frauen! Erscheint in Massen zu diesen Versammlungen!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Ackerstraße 162.

Wer bei  
Jandorf  
kauft  
spart Geld!

# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

## Handschuhe

|                                                      |                                                                     |                                                                                     |                                 |
|------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------|
| Glacé farbig, mit 2 Druckknöpfen                     | Paar 1.20, 1.35, 1.65, 1.90                                         | Trikot für Damen, farbig gemustert                                                  | Paar 45 Pf.                     |
| Glacé weiss, mit 2 Druckknöpfen                      | Paar 1.25, 1.45, 1.90, 2.45                                         | Trikot für Damen, farbig, schwarz, weiss, mit 2 Druckknöpfen                        | Paar 68 Pf.                     |
| Glacé weiss, Form Mousquetaire                       | Länge 6 Knopf 8 Knopf 12 Knopf 16 Knopf<br>Paar 3.75 4.75 5.75 6.75 | Trikot für Damen, mit Wollfutter, farbig, mit 2 Druckknöpfen                        | Paar 75 Pf.                     |
| Glacé schwarz, Form Mousquetaire, Länge 12 Knopf     | Paar 5.75                                                           | Trikot für Damen, farbig u. schwarz, mit Seidenaufnaht u. 2 Druckknöpfen            | Paar 80 Pf.                     |
| Glacé gefüttert, für Damen                           | Paar 1.90, 2.60, 2.90                                               | Trikot für Damen, mit imitiertem Wildlederfutter, farbig und schwarz, 2 Druckknöpfe | Paar 85 Pf.                     |
| Glacé gefüttert, für Herren                          | Paar 1.90, 2.90, 3.25, 3.50                                         | Gestrickt für Damen, weiss, halblang                                                | von 1.15 an                     |
| Ball- und Gesellschaftshandschuhe in grosser Auswahl |                                                                     | Fäustel für Kinder, in weiss, blau, rot                                             | Paar 25, 30, 35, 50 Pf.         |
|                                                      |                                                                     | Kinder-Strickhandschuhe                                                             | Paar 30, 38, 55, 65, 75, 80 Pf. |

Montag  
Dienstag  
Mittwoch

## Schuhwaren

|                                                    |                  |                                                     |                                                    |
|----------------------------------------------------|------------------|-----------------------------------------------------|----------------------------------------------------|
| Damen-Boxcalf-Knopf-od. Schnürstiefel              | 6.75, 8.75       | Herren-Lederhausschuhe m. Filzfutter-u. Absatzfleck | 2.90, 4.25                                         |
| Damen-Boxcalf-Knopf-od. Schnürstiefel              | 10.75, 12.75     | Herren-Lederniedertreter mit Filzfutter             | 2.90, 3.50                                         |
| Damen-Chevr.-Knopf-od. Schnürstiefel               | 10.75, 12.75     | Herren-Filzschnallenstiefel mit Filz- u. Ledersohle | 2.75, 4.25                                         |
| Damen-Lederhausschuhe m. Filzfutter u. Absatzfleck | 2.25, 3.75       | Kinder-Rossleder-Schnür- oder Knopfstiefel          | 21-24 25-26 27-30 31-35<br>2.25 2.75 3.55 3.95     |
| Damen-Lederniedertreter mit Filzfutter             | 2.25, 2.95       | Kinder-Boxcalf-Schnür- oder Knopfstiefel            | 21-24 25-26 27-30 31-35<br>3.50 4.25 5.25 6.25     |
| Damen-Filzschuhe                                   | 1.25, 1.75, 2.50 | Kinder-Filzschuhe mit Filzsohle                     | 90, 1.25                                           |
| Damen-Filzschnallenstiefel mit Filz- u. Ledersohle | 2.35, 3.50       | Kinder-Filzschuhe mit Filz- und Ledersohle          | 1.10, 1.45                                         |
| Damen-Filzschnürstiefel mit Lederbesatz und Absatz | 4.50, 5.75       | Deutsche Gummischuhe                                | Kinder Mädchen Damen Herren<br>1.60 1.90 2.15 3.00 |
| Herren-Boxcalf-Schnürstiefel                       | 7.75, 9.75       | Russische Gummischuhe                               | 2.00 2.50 3.00 4.50                                |
| Herren-Boxcalf-od. Chevr.-Schnürstiefel            | 12.75            |                                                     |                                                    |

## Damen-Konfektion und Pelzwaren

|                                                                       |                     |                                                                                                            |                     |
|-----------------------------------------------------------------------|---------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------|
| Abendmäntel in prima Tuch, moderne Farben                             | 28.50               | Astrachan-Paletots, Boleros und Liftboys                                                                   |                     |
| Fancy-Paletots in Stoffen englischen Charakters, vorzügliche Qualität | 12.75, 16.75, 19.75 | in prima Mohair-Astrachan, Breitschwanz und Kikkreuz-Imitation in allen Grössen ganz erheblich unter Preis | 15.50, 19.75, 26.50 |
| Kostüme in allen Fassons, modernste Stoffe                            | 12.50 bis 78.00     | Kimono in Eskimo mit japanischen Tressen garniert, in mehreren modernen Farben                             | 19.00               |
| Samt-Jacketts, Liftboys in den apartesten Ausführungen                | 15.50, 23.50        | Eskimo-Jacketts und Paletots                                                                               |                     |
|                                                                       |                     | moderne anliegende Form in allen Grössen                                                                   | 19.50 bis 56.00     |

Ca. 2000 Kostümröcke schwarz und farbig, fussfrei und lang, moderne Falten-fassons, hübsch garniert, ausssergewöhnlich preiswert . . . 3.95 bis 25.00

|                                                                                                                       |       |                                                             |                     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-------------------------------------------------------------|---------------------|
| Tibet-Kollier oder Stola weiss oder schwarz, in verschiedenen Längen                                                  | 7.85  | Hermelin-Krawatten imitiert, in verschiedenen Längen        | 1.95 bis 9.75       |
| Tibet-Stola weiss oder schwarz, ca. 200 bis 225 cm lang, vorzügliche Qualität                                         | 13.50 | Skunks-Kollier oder -Stola                                  |                     |
| Kaninrasé-Stola mit 4 Schweifen, ca. 180 cm lang, breite Form, teils mit Posamenten                                   | 8.75  | in verschiedenen Formen und Längen                          | 16.50, 28.50, 48.50 |
| Sealkanin-Stola breite moderne Form mit 10 Feeschweifen und Köpfchen garniert, prima Qualität, tadellose Verarbeitung | 16.50 | Nerzmurmel-Kollier mit 6 Feeschweifen, ca. 165 cm lang      | 13.50               |
| Sealkanin-Stola moderne Form, mit Feeschweifen                                                                        | 12.50 | Mufflon-Stola mit Schweifen, ca. 180 cm lang, gute Qualität | 6.75                |
|                                                                                                                       |       | Mufflon-Stola breite elegante Form, ca. 220 cm lang         | 10.75               |

### Strümpfe

|                                                                            |                                 |
|----------------------------------------------------------------------------|---------------------------------|
| Damenstrümpfe schwarz, deutschlang, Wolle plattiert                        | 55, 85 Pf.                      |
| Damenstrümpfe deutschlang, schwarz, „Reine Wolle“                          | 1.10, 1.35                      |
| Damenstrümpfe schwarz, englisch lang, graue Ferse und Spitze               | 85 Pf.                          |
| Damenstrümpfe englisch lang, hell und dunkel-farbig geringelt, reine Wolle | 1.25                            |
| Herren-Socken meliers, Winter-qualität                                     | 38, 48, 60 Pf.                  |
| Herren-Socken schwarz oder normalfarbig, „Reine Wolle“, Fuss ohne Naht     | 95 Pf.                          |
| Kinderstrümpfe 1x1 gestrickt, schwarz, englisch lang                       |                                 |
| Grösse 1 2 3 4 5 6 7 8                                                     |                                 |
| Wolle plattiert                                                            | 38 45 50 55 60 65 75 85 Pf.     |
| Reine Wolle                                                                | 60 70 80 95 1.05 1.15 1.25 1.35 |

### Trikotagen

|                                                        |                                        |
|--------------------------------------------------------|----------------------------------------|
| Herren-Hemden Normalfasson                             | 1.35, 1.45, 1.60, 1.95, 2.15, 2.35     |
| Herren-Hosen Normalfasson                              | 1.35, 1.50, 1.65, 2.10, 2.30, 2.45     |
| Kinder-Trikots Normalstoff mit Uberschlag, in Qualität |                                        |
| Grösse ca. 58 62 70 77 85 92 100 cm                    |                                        |
|                                                        | 95, 1.10, 1.25, 1.45, 1.60, 1.75, 1.90 |
| Barchend-Beinkleider für Damen                         | 98, 1.35, 1.75                         |
| Barchend-Röcke für Damen                               | 1.25, 1.45, 1.95                       |
| Lungenschützer Brust- u. Rückenwärmer                  | 85, 1.25                               |
| Kniewärmer gestrickt, normalfarbig                     | 1.35                                   |

### Wollwaren

|                                                                                                                  |                      |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|
| Golfblusen für Damen, hell u. dunkelfarbig                                                                       | 2.95, 4.25, 6.75     |
| Blusenschoner weiss Wolle                                                                                        | 2.45                 |
| Kopftücher unterlegt, weiss u. schwarzgründig                                                                    | 95, 1.25, 1.65       |
| Tailentücher schottisch gemustert                                                                                | 1.95, 2.65, 3.25     |
| Zuavenjacken für Damen                                                                                           | 98, 1.50, 1.95, 2.95 |
| Herren-Westen gestrickt                                                                                          | 2.85, 3.50, 5.00     |
| Eislaufmützen für Knaben, Wolle                                                                                  | 85, 95 Pf.           |
| Herren- und Knaben-Sweater in grosser Auswahl                                                                    |                      |
| Kinderkapotten Filz, Plüsch und Kieffestoffen, sehr kleidsame Fassons, in verschiedenen Grössen und Ausführungen |                      |

Photographisches Atelier 1 Dutzend Visit 1 Person 1.80 1 Dutzend Kabinet 1 Person 4.80  
Weihnachts-Aufträge erbitten rechtzeitig!



Parteitag der preußischen Sozialdemokratie.

Berlin, den 23. November 1907.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Zunächst erstattet

Gaase-Königsberg

den Bericht der Kommission zur Vorberaterung des Organisationsstatutes.

Die Kommission hat ihren Auftrag ausgeführt und das Ergebnis ihrer Arbeiten in dem vorliegenden Entwurf niedergelegt. Die meisten Beschlüsse haben wir einstimmig, die übrigen mit großer Mehrheit gefaßt. Abgelehnt wurde der Antrag, einen Landesvorstand neben dem Parteivorstand zu schaffen. Der weiteren Beratung wurde dann der Berliner Entwurf zugrunde gelegt, es wurde jedoch beschlossen, an der Spitze des Statutes die Organe der Organisation klar zu bezeichnen und ihre Funktionen zu bestimmen, wie es im hessen-nassauischen Entwurf geschehen ist. Wir haben uns dahin geeinigt, daß die Landeskommission nicht durch Wahl auf dem Parteitage gebildet wird, sondern daß die Bezirkskomitees je ein Mitglied in die Landeskommission delegieren. Wir haben keine Bestimmung aufgenommen, nach der diejenigen der Wahlvereine, welche mit außerpreussischen Organisationen zusammengeschlossen sind, einen eigenen Vertreter haben, weil wir davon ausgegangen sind, daß unmöglich im Statut eine bestimmte Zahl festgelegt werden kann oder bestimmte Agitationsbezirke auch nur angegeben werden können, weil ja in dieser Beziehung sehr leicht eine Fluktuation eintreten kann. Es ist weiter einstimmig beschlossen worden, daß die Landeskommission nicht aus ihrer Mitte heraus einen geschäftsführenden Ausschuss einsetzen, sondern daß ein für allemal als geschäftsführender Ausschuss fungieren sollen der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer der Parteioorganisation von Groß-Berlin. Nachdem so die Grundlagen bestimmt waren, ist die Kommission an die Beratung der Einzelheiten gegangen, und zwar unter Berücksichtigung sämtlicher Anträge. Es ist zunächst beschlossen worden, daß als Ort des Parteitages nicht ein für allemal Berlin festgesetzt werden soll, sondern daß jeder Parteitag den Ort des nächsten bestimmen soll. Als Wahlsystem für die Delegation zum Parteitage ist das Proportionalssystem festgehalten worden. Eine längere Erörterung knüpfte sich an die Frage, welches die Höchstzahl der Delegierten für die einzelnen Wahlkreise sein solle. Wir haben schließlich uns dahin entschieden, daß der Berliner Entwurf das richtige treffe. Man kann nicht behaupten, daß bei Annahme dieses Vorschlages die kleinen Wahlkreise von vornherein durch die großen ebedrückt werden. Es kann nicht als unbillig angesehen werden, wenn angeführt der Tatsache, daß ein kleiner Verein mit etwa 100 Mitgliedern das Recht hat, einen Delegierten zu entsenden, Wahlkreise mit mehr als 10000 Mitgliedern das Recht haben sollen, fünf Delegierte auf den Parteitag zu schicken. Es wurde mit Recht betont, daß die großen Wahlkreise diesen kleinen Vereinen nicht nur an finanzieller Leistungsfähigkeit überlegen sind, sondern daß auch ihre politische Leistungsfähigkeit eine bedeutendere ist.

Im § 5 hat die Kommission dann noch ausdrücklich dem geschäftsführenden Ausschuss das Recht der Teilnahme am Parteitage eingeräumt. Das ergab sich als notwendige Konsequenz aus dem Beschlusse, daß der geschäftsführende Ausschuss nicht mehr aus der Landeskommission selbst gewählt wird. Es würde sonst dahin kommen, daß der Geschäftsführer, Vorsitzende und Kassierer der Parteioorganisation Groß-Berlins kein Recht der Teilnahme an unseren Parteitagen hätten. Wir haben auch beschlossen, ausdrücklich noch dem deutschen Parteivorstande ein solches Recht im Statut einzuräumen. Wir waren uns darüber einig, daß allerdings der Parteivorstand ohne weiteres das Recht hat, auf den Parteitagen sämtlicher einzelnen Landesorganisationen zu erscheinen. Aber er hätte nicht das Recht mitzusprechen, wenn eben dies Recht nicht ausdrücklich festgelegt worden wäre. — Im § 7 haben wir als Publikationsorgan ausdrücklich den „Vorwärts“ festgesetzt und im § 8 haben wir entsprechend der Anregung, die ich bereits in meinem Referat gegeben habe, die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages von dem Antrage von wenigstens 7 Bezirkskomitees abhängig gemacht. Im übrigen sind die Bestimmungen des Berliner Entwurfs angenommen, abgesehen von redaktionellen Änderungen. Ich glaube, der Zustimmung des ganzen Parteitages sicher zu sein, wenn ich erkläre, daß wir einmütig der Ansicht waren, daß der Ausdruck „Landeskonferenz“ durch den Ausdruck „Preussischer Parteitag“ ersetzt werden sollte. Dieser Name wird Ihnen hoffentlich angenehmer klingen. (Gellerkeit.) Aber es kommt nicht auf den schönen Klang an, sondern darauf, was die Parteitage an Arbeit leisten werden. Letzten Endes ist jede Organisation das, was die Parteigenossen aus ihr machen. (Sehr richtig!) Ich kann mein Referat nur mit dem Wunsche schließen, daß, wenn das Organisationsstatut angenommen ist, die Parteigenossen im Lande alle ihre Kraft einsetzen, um die Mitgliederzahl der Wahlvereine zu vermehren, unsere Reihen zu schließen, unsere Macht in jeder Beziehung zu stärken, damit wir die großen, schweren politischen Aufgaben, die unserer Partei, zum Ruhne der Partei lösen können. (Lebhafte Beifall.)

Vorlesender Singer schlägt vor, die Kommissionsvorlage paragrafenweise zu beraten.

Zu § 2 liegt folgender Antrag Arons-Loebe vor: Die besonderen Organe der Landesorganisation sind der preussische Parteitag, der von diesem gewählte Landesvorstand und die Landeskommission.

Arons beantragt, eine Generaldiskussion über den Entwurf der Kommission vorzunehmen.

Singer: Parlamentarischem Gebrauche nach ist eine Generaldiskussion nach dem Bericht der Kommission nicht zulässig.

Der Parteitag ist mit dieser Auffassung einverstanden.

§ 1 wird debattelos angenommen.

Zu § 2 spricht

Dr. Arons:

Ich — das nach meiner Meinung beschreibende „wir“ ist ja hier benannt worden — habe Bedenken gegen eine ganze Reihe von Punkten des Entwurfs. Bei § 2 müssen wir unsere Bedenken gegen den ganzen Aufbau der Organisation zum Ausdruck bringen. Nach meiner Meinung müßten wir erstens den preussischen Parteitag haben, zweitens einen preussischen Parteivorstand und drittens die Landeskommission, die etwa die Befugnisse der Kontrollkommission der deutschen Partei haben sollte und sei es vom Parteitag, sei es von den Landesorganisationen zu wählen wäre. Die Landeskommission, wie sie der Kommissionsentwurf vorschlägt, ist und kann weiter nichts sein, als etwa der Vereinigte Landtag in der absoluten Monarchie war. Wenn und gegenüber immer auf die Möglichkeit von Reibereien zwischen dem deutschen und dem preussischen Parteivorstand hingewiesen wird, so trifft diese Möglichkeit gerade auf die im § 2 des Kommissionsentwurfs vorgeschlagene Landeskommission zu. Zwischen dem deutschen Parteivorstand und dem preussischen Landesvorstand würde eine Einigung immer erfolgen. Die Männer sitzen ja in denselben Orte, und wir könnten so die engste Personalunion zwischen Landesvorstand und Parteivorstand schaffen. Das alles trifft nicht zu auf die Landeskommission. Die Landeskommission wird aus 20 Mann gebildet und soll in Berlin gelegentlich mit dem Vorstand und dem geschäftsführenden Ausschuss beraten. Wenn die ganze Landeskommission einer Meinung ist, so kann sie sich doch dem Parteivorstand und dem Ausschuss gegenüber nicht durchsetzen. Im Statut steht nicht einmal da, wie abgestimmt werden soll. Der Partei-

vorstand kann machen was er will, er ist vollständig unabhängig und ebenso auch der geschäftsführende Ausschuss. Meines Erachtens müßte der preussische Parteitag die Grundlage des ganzen Organisationsaufbaues sein. Der im Statut erwähnte Parteitag ist einfach ein Parlament — in dem Sinne, als Parlament von parlier, sprechen, herkommt. Er hat weder den Vorstand noch den Ausschuss zu wählen, sondern nur Berichte entgegenzunehmen. Das hielten wir prinzipiell für falsch und deshalb verjagen wir noch in letzter Stunde eine Änderung. Wir folgen in unserem Antrage: „Besondere Organisation“, weil die anderen Organisationen, die allgemeinen, im § 1 genannt sind. Wir beantragen namentliche Abstimmung über unseren Antrag. Wir möchten festgestellt sehen, wer diejenigen sind, die es mehr oder weniger bei dem bisherigen Zustande belassen wollen. Die namentliche Abstimmung wird keine Zeitverschwendung sein, weil ich, sobald über unseren Antrag abgestimmt ist, gegen eine en bloc-Akklamation des Restes nichts mehr einzubringen hätte. Auch der anderen Seite wird die namentliche Abstimmung nicht unerwünscht sein. Uns kommt es nicht darauf an, eine große Zahl zu vereinigen, sondern nur die Namen derjenigen Männer und Frauen festzustellen, die schon heute der Meinung sind, daß etwas Endgültiges und Neues geschaffen werden muß, von dem wir überzeugt sind, daß es in Zukunft doch kommen muß.

Rittmann-Frankfurt a. M.:

Nach dem Verlaufe der Generaldiskussion glaube ich voraussetzen zu dürfen, daß die Mehrheit nicht auf dem Standpunkte von Arons steht. Es wäre deshalb überflüssig, noch einmal gegen ihn aufzutreten. Ich will nur ein paar seiner Argumente beleuchten. Er hat den Aufbau, wie er im Berliner und noch deutlicher im hessen-nassauischen Entwurf vorgeschlagen war und wie jetzt auch die Kommission ihn vorschlägt, verglichen mit dem früheren preussischen vereinigten Landtag und hat geglaubt damit den Aufbau der Organisation distinktionieren zu können. Er hat aber ein Wesentliches vergessen. Ein solcher Vergleich läßt sich nur rein formal anstellen. Der vereinigte Landtag beruhte doch nicht, wie es bei uns der Fall sein wird, auf dem denkbar demokratischsten Wahlsystem. Bei uns werden die Bezirkskomitees jährlich neu gewählt. Die Genossen sind in der Lage, wenn sie mit der Tätigkeit ihrer Vertreter nicht einverstanden sind, andere Genossen in die Komitees hineinzuwählen, und zwar auf Grund eines Wahlsystems, das in keiner Weise einem Mitglied der Partei eine Beschäftigung aufzuerlegt. Das ist das Wesentliche, was Arons übersehen hat, und deshalb trifft sein Vergleich schließlich nicht zu. Dann hat Arons gemeint, die Landeskommission hat eigentlich keine Befugnisse, sondern alle Befugnisse liegen beim deutschen Parteivorstande. Auch das ist nur formell zutreffend. Auf jedem deutschen Parteitage sind doch auch die preussischen Genossen vertreten und sie sind in der Lage, dem Parteivorstande zu sagen: Wir sind mit der Art, wie du verfahren hast, die Meinung der preussischen Genossen hinzuzusetzen, nicht einverstanden, und dann können die preussischen Genossen dem deutschen Parteivorstande sagen, wie er sich in bezug auf die preussischen Angelegenheiten verhalten soll. Also auch der deutsche Parteivorstand untersteht nach jeder Richtung der Kontrolle der preussischen Genossen. Ich bitte Sie daher, dem Aufbau der Organisation, wie ihn die Kommission vorschlägt, zuzustimmen.

Gaase-Königsberg.

Arons hat wiederholt behauptet, daß unsere Landeskommission sich nur vergleichen lasse mit dem vereinigten Landtag der preussischen Monarchie. (Arons: Nach seinen Befugnissen!) Er hat dabei nur das eine vergessen, daß in der preussischen Monarchie neben dem vereinigten Landtage nicht noch eine Vertretung des Volkes auf der breitesten demokratischen Grundlage bestand. (Sehr richtig!) Nach unserem Statut ist die oberste Vertretung der Partei der preussische Parteitag, der zusammengesetzt wird in erster Linie von Delegierten, und der es in der Hand hat, jeden Augenblick dem Parteivorstand Direktiven zu geben, d. h. zu erklären, ob er mit seinem Verhalten einverstanden ist oder nicht. Wenn Arons meint, daß bei Streitfällen zwischen Landeskommission und geschäftsführendem Ausschuss diese letzteren Organe zur Unfähigkeit verurteilt werden, so irrt er, denn es haben ja sieben Bezirke es jederzeit in der Hand, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, und wenn der Parteivorstand sich in Widerspruch setzen wollte zu der großen Mehrheit der Genossen, dann würde ein solcher Parteitag sein ganzes Gewicht in die Waagschale einlegen, und ich möchte den Parteivorstand sehen, der dann nicht dem Willen der Genossen Folge leisten würde. Mit Recht hat der Redner darauf hingewiesen, daß auch auf den deutschen Parteitagen die Preußen nicht eine so kleine Minderheit sind, die man so mir nichts dir nichts an die Wand drücken kann. Wir haben uns in der Kommission wiederholt gefragt, ist es denn möglich, eine Formulierung zu finden für spezifisch preussische Angelegenheiten, die jeden Zweifel beseitigt? Aber wir sind zu dem Resultat gekommen, daß das nicht möglich ist. Preussische und Reichsfragen greifen derzeit ineinander über, daß man unmöglich neben dem deutschen Parteivorstand noch einen preussischen einsetzen kann. Es würden die schwersten Fehler eintreten, wenn Sie dem Vorschlag der Kommission nicht folgen wollten. Ich bitte Sie, den Antrag Arons abzulehnen. (Beifall.)

Hiermit schließt die Debatte.

Zunächst wird über § 2 der Kommissionsvorlage abgestimmt. Das Resultat ist die Annahme entsprechend dem Kommissionsvorschlage unter Ablehnung des Antrages Arons. Die Abstimmung hierüber ist eine namentliche; es stimmen 20 Delegierte für und 175 gegen den Antrag Arons. Für den Antrag Arons stimmen: Arons-Berlin, Dr. Vorchardt-Charlottenburg, Bruhns-Stettin, Baumann-Altona, Bernstein-Berlin, Heinrich-Altona, Harsing-Weuthen, König-Gollnow, Löbe-Breslau, Lohse-Striegau, Paul Müller-Hamburg, Raurenbrecher-Soran, Pabst-Linden, Rauch-Zimmer, v. Rosbühl-Wandlitz, Schmidt-Linden, Schimanski-Eilenburg, Schüh-Breslau, Tuhauer-Breslau, Wolderski-Berlin.

Ohne Debatte gelangen die §§ 1, 3 und 4 in der Kommissionsfassung zur Annahme.

Zu § 5, der die Vertretung zum preussischen Parteitag regelt, beantragt

Abbe-Breslau, daß, ebenso wie zum deutschen Parteitag, jeder Wahlkreis bis zu drei Delegierten entsenden darf.

Raurenbrecher-Soran

erklärt sich in erster Linie für den Antrag Löbe und beantragt, im Falle der Ablehnung dieses Antrages zu beschließen, daß bereits bei einer Mitgliederzahl von mehr als 500, und nicht erst, wie es der Entwurf vorschlägt, von mehr als 1000 zwei Delegierte entsandt werden dürfen. Dies liege hauptsächlich im Interesse der Provinz Brandenburg. Würde der Vorschlag der Kommission angenommen, dann könnten die Wahlkreise der Provinz mit einer oder zwei Ausnahmen nur einen Delegierten entsenden, und sie würden naturgemäß ihre Reichstagskandidaten delegieren, die meistens Parteigenossen mit dem Wohnsitz in Berlin sind. Die Genossen der Wahlkreise selbst könnten nicht auf dem Parteitag erscheinen, das sei aber sehr notwendig, damit sie die Wirkung des lebendigen Verkehrs und der gegenseitigen Beziehungen selbst verspüren. (Sehr richtig!)

Wolff-Bodum beantragt, die Eingangsworte des § 5 folgendermaßen zu fassen: Die Delegierten der Wahlkreise, wo Kreisvereine bestehen, der Wahlkreisevereine mit der Aufgabe, daß bis 1000 Mitglieder . . . usw.

Wannsch

wendet sich gegen den Antrag Wolff. Auch im deutschen Parteistatut ist bestimmt, daß, wo keine unüberwindlichen Hindernisse

bestehen, die Kreisorganisation eingeführt werden muß. Es sind also nur ganz vereinzelte Ausnahmen, wo sie nicht eingeführt werden kann, und da wird die Vertretung ebensowenig wie auf dem deutschen Parteitage auch auf dem preussischen einem Hindernis begegnen. In der Kommission hat man auch in diesem Sinne entschieden. Für den Parteivorstand kann ich wohl erklären, daß der Übernahme der entsprechenden Bestimmungen des deutschen Parteistatutes seinerseits nichts im Wege steht. Wir sind aber so wohl im Parteivorstande wie in der Kommission fast einmütig der Meinung gewesen, daß eine ideale Vertretung bisher noch nicht gefunden worden ist und auch bei dem Proportionalssystem nicht vorhanden ist. Die Kommission hat sich aber für dieses System entschieden, weil es unserer programmatischen Forderung entspricht. Auf Grund dieses Systems kommt der letzte Parteigenosse im Lande zu seinem Rechte und findet eine Vertretung auf dem Parteitage. Ich kann Ihnen daher nur die Annahme der Kommissionsvorlage empfehlen.

Gaase-Königsberg:

Auf die Einzelheiten des Ihnen vorliegenden Antrages Raurenbrecher lege ich keinen großen Wert. Keinen Randabgebern kommt es vor allem darauf an, daß die Höchstzahl der Delegierten nicht größer ist als drei. Im übrigen wird die Entsendung von Delegierten aus den kleineren Wahlkreisen doch immer davon abhängen, wie ihre finanziellen Verhältnisse liegen. Auch auf die deutschen Parteitage entsendet ja die große Mehrzahl der Wahlvereine nur einen Delegierten.

Gaase-Königsberg:

Die Befürchtung des Genossen Loeb, daß bei Annahme des Kommissionsantrages der Parteitag von Berlinern überschwemmt würde, ist ganz unbegründet. Das Gegenteil ist der Fall. Nach den Angaben des Berichtes des Vorstandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins über den Mitgliederbestand dieser Wahlvereine läßt sich genau berechnen, daß nach dem Wahlsystem der Kommission Berlin im ganzen 20 Delegierte entsenden würde. Nach dem Antrag Loeb würde Berlin in Zukunft 8 mal 3 gleich 24 Delegierte entsenden können. Es handelt sich also um eine Differenz von genau zwei Delegierten. (Hört! hört!) Nun aber kommt die Mehrheit der Redakteure. Es wird darauf hingewiesen, daß nach der Präsenzliste eine Reihe Berliner anwesend seien. Das sind aber nicht alles Delegierte der Berliner Wahlkreise, sondern sie sind zum Teil Vertreter von Breslau, Gießen und zum Teil Brandenburg. Nach unserem Antrage würde eine große Zahl dieser brandenburgischen usw. Kreise nur ein oder zwei Delegierte entsenden können, nach dem Antrage Loeb aber drei. Gerade nach unserem Antrage also würden viel weniger Berliner auf dem Preussen-Parteitage anwesend sein. Ein absolut gerechtes, ideales System gibt es allerdings nicht; es kommt vor allem darauf an, daß auch der kleinste Wahlkreis einen Delegierten entsenden kann.

Dr. Vorchardt-Charlottenburg:

Ich bin ein unbedingter Anhänger des Proportionalwahlsystems und empfinde daher auch die Art der Delegation zum deutschen Parteitag als eine Ungerechtheit. Hier kommt es aber nicht auf das Prinzip an, sondern es handelt sich um rein praktische Fragen. Die Hauptsache ist im Interesse des Parteilebens, daß den kleinen Kreisen die aktive Teilnahme an den Verhandlungen des Preussenlages nicht erschwert wird. Deshalb halte ich es für einen großen Mißgriff des Statutes, daß bestimmt werden soll, daß gewisse Kreise nur einen Delegierten entsenden dürfen. Will man nicht einfach die deutsche Organisation auf die preussische Delegation übertragen, so muß man auch dem kleinsten Kreise mindestens zwei Delegierte zugestehen. Ich bitte Sie daher, in erster Linie den Antrag Loeb anzunehmen, und bitte den Genossen Raurenbrecher, seinen Eventualantrag dahin zu ergänzen, daß jeder Kreis mindestens zwei Delegierte zu entsenden berechtigt ist.

Es läuft ein Antrag Peins ein, der wünscht, daß die Zahl der von jedem Kreis zu entsendenden Delegierten berechnet wird nach der Zahl der geleisteten Beiträge.

Leinert-Hannover:

Der Antrag Raurenbrecher ist praktisch unbrauchbar, denn die kleinen Wahlkreise werden nie zwei Delegierte entsenden können. Wenn sie weiter von Berlin liegen, haben sie kein Geld dazu. Diese Bestimmung hätte erst dann Wert, wenn beschlossen wird, daß die Delegationskosten aus der Landeskasse bezahlt werden. (Sehr richtig!) Sonst würde der Antrag Raurenbrecher nur dazu führen, der Provinz Brandenburg und Berlin das Uebergewicht zu geben. Der Genosse Gaase meinte, in Berlin würden nach dem Kommissionsantrage nur zwei Delegierte mehr gewählt. Er scheint zu glauben, daß bis zum nächsten Preussentag Berlin nicht ein einziges Mitglied für seine Wahlvereine neu gewinnen wird. Das wird natürlich sowohl in Berlin wie in Brandenburg der Fall sein, und da von hier aus die Delegation keine besonders hohen Kosten verursacht, werden Berlin und Brandenburg am meisten Delegierte entsenden. Ich bitte darum den Genossen Raurenbrecher, seinen Antrag zurückzugeben.

Es läuft folgender Antrag Vorchardt ein: Im § 6a Zeile 2 die Worte „bis 1000 Mitglieder einen“ zu streichen.

Wolff-Bodum zieht seinen Antrag zurück. Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Peins, die Zahl der Delegierten jedes Wahlkreises nach der Zahl der geleisteten Beiträge zu berechnen, abgelehnt.

Der Antrag Loeb wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind die Eventualanträge Vorchardt und Raurenbrecher erledigt. § 5 der Vorlage wird hierauf in der durch den Antrag Loeb veränderten Fassung mit großer Mehrheit angenommen.

Ohne Debatte gelangt alsdann der Rest des Statutes unverändert zur Annahme.

Im Anschluß an das gültige Statut wird die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag vorgenommen. Vorgeschlagen wird von vielen Seiten Berlin. (Auf eines Berliner Delegierten: Dann ist der 8. Band der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung raus! Große Heiterkeit.) Berlin wird darauf zum Tagungsort bestimmt. Damit ist der Punkt 1 und sämtliche dazu gestellten Anträge erledigt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist Punkt 4: Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen.

Der Referent Genosse Legien schlägt folgende Resolution vor: 19. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Preußen erklärt, daß auf Grund der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Minister für Handel und Gewerbe alljährlich dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegten Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preussischen und hessischen Staats-eisenbahnen und des Betriebes der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung,

sowie auf Grund der Ergebnisse einer privaten Erhebung über die soziale Lage der Eisenbahner in Preußen (abgesehen von den Mittelungen, die von Arbeitern der staatlichen Betriebe an die Arbeiterpresse gelangt sind), sowie auf Grund der Anweisungen, welche die genannten Minister den nachgeordneten Behörden gegeben und nach den Erklärungen, die diese Minister im preussischen Abgeordnetenhaus abgegeben haben,

sich ergibt, daß die staatlichen Betriebe in Preußen weit davon entfernt sind, Musterbetriebe zu sein, die sie doch dem Erlaß Wilhelm's II. vom 4. Februar 1890 sein sollen.

Wenn nach den genannten Berichten im Jahre 1906 der staatliche Eisenbahnbetrieb, nach Abzug des von dem Heberich an Vaden zu zahlenden Anteils, einen Heberich von 600 164 M., oder pro Kopf der 419 734 im preussischen Eisenbahndienste Beschäftigten Beamten und Arbeiter 1572 M.,

oder nach Abzug des Zinsbetrages für eine vierprozentige Verzinsung des Anlagelapitals noch einen Ueberschuss von 382 371 335 Mark, oder pro Kopf der beschäftigten Beamten und Arbeiter 758,90 M. erzielt.

und der Ueberschuss aus dem Berg-, Hütten- und Salinenbetrieb 30 651 688 M. oder pro Kopf der 84 244 in diesen Betrieben Beschäftigten 363,80 M. beträgt, so ergibt sich, daß diese staatlichen Betriebe in gleichem oder in noch erhöhtem Maße auf die Erzielung von Ueberschüssen hinarbeiten, als die Privatbetriebe.

Infolgedessen werden die Löhne der in staatlichen Betrieben beschäftigten Beamten und Arbeiter auf einem Niveau gehalten, das völlig unzulänglich zur Fröstung des Lebens ist und in keinem Verhältnis steht zu den infolge der Zollpolitik in den letzten Jahren enorm gestiegenen Preisen der Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter.

und wird die Dauer der Arbeitszeit der in staatlichen Betrieben Beschäftigten, besonders die der im Eisenbahndienst Tätigen in ungehöriger Weise ausgedehnt, was eine Schädigung der Gesundheit und frühzeitigen Verbrauch der Arbeitskraft der Arbeiter nach sich zieht und bei dem Eisenbahndienst zu einer sich steigenden Gefahr für das reisende Publikum führt, wie sich aus der Untersuchung von Eisenbahnunfällen aus der letzten Zeit ergeben hat.

Der Parteitag fordert deshalb eine angemessene Erhöhung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit der Beamten und Arbeiter auf höchstens 8 Stunden täglich. Vor allem aber fordert der Parteitag, daß den Beamten und Arbeitern der staatlichen Betriebe das jedem Staatsbürger zustehende Recht der Koalition und der freien politischen Betätigung gewährleistet wird. Er protestiert dagegen, daß die Verwaltungen der staatlichen Betriebe den Beamten und Arbeitern diese ihnen nach der Verfassung und den Gesetzen zustehenden Rechte durch Maßregelung, Berufsverleumdung und Behinderung an der freien Ausübung der Arbeit zu rauben bestrebt sind. Dieses Vorgehen der Verwaltungen der staatlichen Betriebe muß dazu führen und hat leider dazu geführt, Beamte und Arbeiter nicht zu frei denkenden und sich selbstschützenden Menschen sich entwickeln zu lassen und der Gefinnungsriecherei und dem Denunziantentum Vorschub zu leisten.

#### Referent legt:

Werte Genossen und Genossinnen. Daß der Parteitag sich mit den Staatsarbeitern beschäftigt, ist deshalb selbstverständlich, weil die materielle Lage und die rechtliche Stellung der Staatsarbeiter gewissermaßen ein Symptom für den Staatsorganismus selber sind und weil die Einwirkung auf die Lage der Staatsarbeiter von dem Einflusse abhängt, den das Proletariat auf die Verwaltung und Gesetzgebung des Staates ausübt. Es ist deshalb notwendig und zweckmäßig, im Anschluß an die bisherigen Erörterungen dieses Parteitages die Lage des Staatsarbeiters des näheren zu besprechen.

Die preussischen Staatsbetriebe sind unbedingt als Großbetriebe zu bezeichnen. Ich sehe davon ab, die Verhältnisse der Staatsarbeiter einer Reihe von Betrieben im einzelnen zu betrachten, die Arbeiter nur gelegentlich beschäftigen. Freilich wäre es interessant, sich die Grundsätze anzusehen, wonach die Staatsverwaltung bei der Herstellung des Großschiffahrtsweges von Berlin nach Stettin Arbeiter beschäftigt. Hier zeigt es sich recht deutlich, welche Auffassung die Verwaltung von dem Recht der Arbeiter und ihrer Verpflichtung gegen die öffentlichen Interessen hat. So hat der Regierungspräsident von Potsdam angeordnet, daß Arbeiter für den Kanalbau nicht angenommen werden dürfen, die in einem Bezirk von 25 Kilometern innerhalb 12 Monaten 3 Monate in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen sind. Diese Bestimmung hindert die Arbeiter an der freien Ausübung der Arbeit nur deshalb, weil der Staat den Arbeitern dient. Allein das würde zu weit führen. Ich nehme auch Abstand, von jenen Staatsbetrieben zu sprechen, die nur im Zusammenhang mit der preussischen Verwaltung stehen. So von den Militärwerkstätten. Auch die kleinen Staatsbetriebe lasse ich außer Betracht, wie die Materialprüfanstalt in Groß-Lichterfeld, obwohl mir eine große Anzahl Beschwerden gerade über diese Anstalt vorliegen. Ich beschränke mich auf die Behandlung derjenigen Betriebe des preussischen Staates, die als Erwerbsbetriebe zu bezeichnen sind, also auf die Bergwerke, Salinen und Hütten und auf das Eisenbahnwesen. Das alles sind Großbetriebe. Bekanntlich ist die preussische Staatsbahn das größte einheitliche Eisenbahnunternehmen der Welt. In ihm waren nach dem letzten im Abgeordnetenhaus im Jahre 1905 vorgelegten Bericht 419 734 Beamte und Arbeiter beschäftigt. Im staatlichen Bergbau waren 78 429 Angestellte beschäftigt; bei der Gewinnung von Steinen und Erden 1096, im Hüttenbetrieb 3716, im Salinenbetrieb 809, bei den Laboranstalten 153 und bei der Bohrverwaltung 102. Im ganzen waren also — von der Eisenbahnverwaltung abgesehen — 84 244 Personen in Staatsbetrieben tätig, und mit der Eisenbahnverwaltung 503 978 Personen. Es handelt sich also um gewaltige Betriebe, um eine gewaltige Arbeiterzahl, die unmittelbar der preussischen Staatsverwaltung untersteht.

Bei meiner Darstellung werde ich mich nicht auf Mitteilungen oder Ausführungen stützen, die der Arbeiterpresse entnommen sind, und von denen man sagen könnte, daß sie aus interessierten Kreisen stammen. Ich werde ausschließlich amtliches Material benutzen, und zwar die Berichte, die der Minister für Handel und Gewerbe, dem das Berg- und Hüttenwesen untersteht, und der Minister der öffentlichen Arbeiten, dem das Eisenbahnwesen untersteht, dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegen verpflichtet sind. Ferner werde ich mich auf die private Erhebung stützen, die vom Verein für Sozialpolitik veranstaltet worden ist. Ich beschränke mich deswegen auf dieses Material, um von vornherein dem Einwand zu begegnen, die Darstellung, die ich hier bezüglich der Staatsarbeiter in Preußen gebe, habe irgendwie die Tendenz, die Lage der Arbeiter als besonders schlecht hinzustellen. Der Verein für Sozialpolitik beschloß im Jahre 1897, eine Erhebung über die Lage der im Verkehrsberufe beschäftigten Arbeiter zu veranstalten. Zu diesem Zweck wurde ein Ausschuss eingesetzt, der seit 1898 zum Vorstehen den früheren preussischen Minister für Handel und Gewerbe Hr. v. Berlepsch hat. Hr. v. Berlepsch wandte sich an seinen Kollegen, den Minister für öffentliche Arbeiten, mit dem Ersuchen, er möchte diese Erhebungen unterstützen. Es heißt in dem Erlaß, „daß entweder die Eisenbahnbehörden angewiesen werden, den vom Verein für Sozialpolitik bestellten Referenten bei der Vornahme der Erhebungen zur Seite zu stehen, oder daß sie angewiesen werden, die Erhebungen unter Mithilfe der Referenten selbst vorzunehmen.“ Hr. v. Berlepsch wollte also nicht, daß die Untersuchungen vollständig selbständig von dem Referenten des Vereins für Sozialpolitik vorgenommen werden, sondern ausdrücklich betont er, daß bei allen Untersuchungen und Erhebungen ein Beamter der Eisenbahnverwaltung zugegen sein sollte. Also gewiß eine sehr harmlose Sache. (Sehr wahr!)

Aber was geschieht? Der frühere Kollege des Herrn v. Berlepsch lehnt das Gesuch ab und resigniert erklärt in der Einleitung zu den Erhebungen der Referent des Vereins für Sozialpolitik: „Der Herr Minister hat das Ersuchen ohne Angabe von Gründen abgelehnt, und seinem Beispiele sind die Eisenbahnverwaltungen von Bayern, Sachsen, Baden, teils mit, teils ohne Begründung gefolgt.“ Der Referent sagt in dem Vorwort: „Es konnte keine genügende Darstellung entstehen, weil der Eisenbahnbetrieb nach außen fast abgeschlossen ist, eine öffentliche Erörterung sozialer Verhältnisse unter den Beamten aber durchaus vermieden wird, da

#### das Obium sozialdemokratischer Tendenzen an dieser Betätigung allzu leicht anhaftet.“

Das wird einem preussischen Minister gesagt, ihm haftet das Obium der Unterstützung der Sozialdemokratie an und zwar posiert das einem Minister, der während seiner Amtszeit in seiner Instruktion gesagt hat: „An und für sich gehören Mitglieder einer Partei, deren Ziele auf Beseitigung des Staates gerichtet sind, in staatliche Betriebe nicht hinein. Gleichwohl wird der in staatlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter auf sein politisches

Glaubensbekenntnis nicht untersucht. Wenn er sich aber an sozialdemokratischen Agitationen beteiligt, an Agitationen, die darauf gerichtet sind, den Frieden zwischen der Verwaltung und den Arbeitern zu zerstören, dann wird er aus der Arbeit der fiskalischen Betriebe entlassen.“ Das sagte der Minister, der nunmehr nach der Auffassung seines Kollegen den Frieden zwischen der Verwaltung und den Arbeitern gleichfalls stören wollte. So ändern sich die Zeiten und die Ansichten über Minister, sind sie aus dem Amte heraus, so stellen sich ihnen die Dinge ganz anders dar. Ich will mich nun zu der

#### Lage der staatlichen Bergarbeiter

wenden. Im allgemeinen ist ihre Lage nicht wesentlich anders als die der Bergarbeiter überhaupt, und ich will daher davon absehen, eine eingehende Darstellung dieser Lage zu geben. Ich will nur feststellen, daß sich aus den Betrieben der Salinen usw., welche der preussischen Staatsverwaltung unterstehen, folgende Ueberschüsse ergeben haben. Im Jahre 1896 23 Millionen und 84 Tausend, im Jahre 1898 30 053 000, im Jahre 1900 37 056 000, im Jahre 1905 30 651 688 M. Die einfache Konstatierung dieser Tatsache, daß die Staatsbetriebe derartige Ueberschüsse abwerfen, genügt, um darzutun, daß es sich bei ihnen nicht darum handelt, im allgemeinen Staatsinteresse zu handeln und auch nicht darum, für die Arbeiter angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, sondern daß man in den Staatsbetrieben, genau wie bei jedem Privatbetriebe, nur darauf ausgeht, Ueberschüsse zu erzielen und daß die Lage der Arbeiter in den fiskalischen Betrieben sich in nichts unterscheiden kann von der Lage der in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter. Ja, aus dem vorliegenden Material möchte man vielleicht den Entschluß ziehen, daß die Verwaltung in den fiskalischen Betrieben bestrebt ist, die Lohnbedingungen noch etwas unter denen in den Privatbetrieben zu halten. Das ergibt sich auch aus den gezahlten Löhnen. In Obersachsen betrug der Jahreslohn 807 M.; im Jahre 1896 hatte er 697 M. betragen. Wir haben also in einem Jahrzehnt eine Steigerung um nur 170 M. Im niederschlesischen Bezirk betrug der Jahreslohn 852 M., im Dortmund 1086 M., im Saarbrücker 1114 M. Die Löhne erreichen also kaum die Höhe der im Privatbetriebe gezahlten. Bezüglich der Arbeitszeit liegen die Verhältnisse genau so wie in den Privatbetrieben. Ebenso ist die Zahl der Unfälle die gleiche. Nur in einer Beziehung haben die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter vor den in Privatbetrieben beschäftigten etwas voraus. Das Spitem der Maßregelungen ist in den fiskalischen Betrieben ein viel ausgewählteres. Ist es doch der Bergwerksverwaltung in Saarbrücken gelungen, den Rechtschutzberein des Saarbrücker Meibers, der 2000 Mitglieder zählte, im Jahre 1893 zu vernichten. Die Verwaltung hat es erreicht, daß das Blatt der Organisation vernichtet wurde, daß das Versammlungsheim, welches sie erbaut hatte, unter den Hammer kam, kurz daß jede organisatorische Tätigkeit beseitigt wurde, und erst ganz allmählich gelingt es uns jetzt, durch die gewerkschaftliche Tätigkeit wieder in dem Saarbrücker Revier Einfluß zu gewinnen. Aber der Mangel der Organisation zeigt sich auch darin, daß in keinem anderen Bezirk die Arbeit der Arbeiter so groß ist wie im Saarbrücker Revier. Ich mache daraus den Arbeitern durchaus keinen Vorwurf, wohl aber der Verwaltung, welche den Arbeitern die Möglichkeit zur Erzielung genommen hat. (Sehr wahr!) Sie finden darüber ja sehr reichliches Material in der Broschüre „Arabien vor Gericht“. Dieses Material ist völlig ausreichend, um zu zeigen, in welcher Weise jeder Versuch, der Organisation der Arbeiter von der staatlichen Verwaltung unterdrückt wird. Auf der anderen Seite aber gibt man den Arbeitern nicht das Recht, an der Ueberwachung der Betriebe mitzuwirken. Die Verwaltung gibt sich den Anschein, als wäre tatsächlich den Bergarbeitern ein Anteil an der Grubenüberwachung gegeben. In einer Anordnung des Bergamts Saarbrücken vom 15. Dezember 1902 heißt es, daß die

#### Vertrauensmänner der Bergarbeiter von den Steigerabteilungen zu wählen sind. Dann fährt die Verordnung fort:

Die Befahrung der Steigerabteilung soll einmal im Monat erfolgen. Den Tag der Befahrung hat der Vertrauensmann auszuwählen. Er hat seine Absicht spätestens am Abend vor der Befahrung dem Abteilungssteiger zu melden.

#### Die Befahrung erfolgt in Begleitung des Abteilungssteigers oder eines anderen Berufsbeamten.

Der Vertrauensmann hat sich bei der Befahrung streng auf die Untersuchung der Baue zu beschränken und alles, was nicht zu dieser Aufgabe gehört, zu unterlassen. Zu Anordnungen ist er nicht befugt.

Der Vertrauensmann hat am Schlusse der Befahrung seine Beobachtungen und Bemerkungen in ein beim Obersteiger auf liegendes „Jahrbuch für Vertrauensmänner“ einzutragen oder zu Protokoll des Obersteigers zu erklären.

Also, der Vertrauensmann hat abzuwarten, ob der Obersteiger entsprechend seinen Anregungen eine Aenderung herbeiführen will. Will er das nicht, so liegt die Entscheidung in der Hand des Bergdirektors. Der Vertrauensmann hat also eine ganz untergeordnete Bedeutung; nennenswerten Einfluß auf die Verbesserung der Verhältnisse kann er nicht ausüben. Sie sehen also, daß nicht einmal das in den fiskalischen Gruben durchgeführt ist, was in den kaiserlichen Erlassen versprochen wurde. (Sehr richtig!)

Nach komme nun zu den sozialen

#### Verhältnissen der Eisenbahner.

An Ueberschüssen sind im Jahre 1905 erzielt 650 945 000 M., wovon 1 188 000 M. für die Benutzung der Rhein-Redarbahn abgehen. Nimmt man den Reinerlös ab, so ergibt sich auf den Kopf der Angestellten, Beamten und Arbeiter 1672 M. Man könnte demgegenüber ja einwenden, daß in den staatlichen Betrieben ein kolossales Anlagelapital steckt, das verzinst werden muß. Die Frage, ob man eine solche Berechnung anstellen darf, möchte ich eigentlich offen lassen, denn das Anlagelapital ist doch zum großen Teile herabgegangen aus Anleihen, und die Zinsen für diese Anleihen werden schon durch die Steuern der Staatsbürger gedeckt; man könnte also von Rechts wegen einen Abzug nach der Richtung nicht machen. Nach den Angaben des Ministers verzinst sich das Anlagelapital im Jahre 1905 mit 7,52 Proz., also eine ganz respektable Verzinsung. Wollen wir wirklich die Summe, die für die Verzinsung erforderlich ist, abziehen, so kann man höchstens einen Zinsfuß von 3 1/2 bis 4 Proz. annehmen. Selbst dann bleibt noch ein ganz enormer Ueberschuss pro Kopf übrig. Vergleichen wir damit einmal, was die Eisenbahnverwaltung an Löhnen und Gehältern ausgibt! Ich wiederhole, daß ich mich dabei auf amtliche Angaben stütze. Der amtliche Bericht teilt die Angestellten in 15 Kategorien ein, der Durchschnittslohn im Jahre 1905 betrug täglich 2,89 M., also noch weniger als der ortsübliche Tagelohn vieler Städte. (Hört! hört!) Im Jahre 1900 betrug der Durchschnittslohn 2,72 M.; in der Periode der künstlichen Verteuerung der Nahrungsmittel durch die Zollpolitik hat die Eisenbahnverwaltung sich doch wenigstens soweit aufgehoben, ihren Angestellten und Arbeitern eine Lohnzulage von barem 17 Pf. pro Tag zu geben. (Hört! hört!) Die Löhne stehen größtenteils unter dem in großen Städten ortsüblichen Tagelohn von 3 M., nur einige Kategorien erzielen einen höheren Lohn. (Nebsther zählt die Löhne der einzelnen Kategorien von einzelnen Angestellten auf.) Noch deutlicher aber als in diesen Löhnen kommen die Besoldungsverhältnisse der Eisenbahner zum Ausdruck, wenn wir die Angaben über die Pensionskasse näher untersuchen. Bei der Pensionskasse bestehen zwei Abteilungen; die Abteilung A umfaßt alle Arbeiter, die in die Staatsbetriebe kommen, während in Abteilung B nur diejenigen aufgenommen werden, die mindestens ein Jahr lang im Staatsbetriebe beschäftigt sind. In dieser Abteilung B befinden sich in Klasse 2, die ein Jahreseinkommen bis zu 550 M. umfaßt, 5017 Personen oder 3,60 Proz. sämtlicher Angestellten; in Klasse 3 mit einem Einkommen von 551—550 M. sind 70 150 gleich 31,7 Proz. Angestellte; in Klasse 4 mit einem Jahreseinkommen von 551—1050 M. sind 59 005 gleich 26,1 Proz. Ingesamt gehören

diesen drei Einkommensklassen 137 271 Personen an oder 61,58 Proz. der gesamten Angehörigen der Pensionskasse. Mit anderen Worten: 61 Proz. der Angestellten und Arbeiter im Staatsdienst Preußens haben ein Jahreseinkommen von weniger als 1050 M. (Hört! hört!) Damit ist bewiesen, daß trotz der enormen Ueberschüsse die Entlohnung der Arbeiter eine ganz miserable ist. (Sehr richtig!)

Nun rechtfertigt die Verwaltung diese niedrigen Löhne damit, daß eine gewisse Stetigkeit bei der Lohnzahlung gegeben sei. Es gilt in der Verwaltung als Prinzip, daß sie die von der Privatindustrie in Zeiten guter Konjunktur gezahlten Löhne nicht in gleichem Umfange bewilligen könne, da ihr sozialer Pflichtenkreis es ihr verbiete, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges den sinkenden Lohnentzügen zu folgen. Den einen Teil dieses Prinzips hat die Verwaltung strikte durchgeführt, nämlich die Niedrighaltung der Löhne. Nicht aber das andere Prinzip, daß bei rückläufiger Konjunktur die Angestellten die bisherigen Löhne weiter erhalten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten sagt in einem Erlaß vom 4. September 1901:

Die Eisenbahnverwaltung kann nicht umhin, wie sie dem Steigen der Arbeitslöhne gefolgt ist, auch beim Sinken der Löhne sich der allgemeinen Geschäftslage anzuschließen. Es sind die in dieser Beziehung erforderlichen Maßnahmen alsbald zu treffen. Namentlich aber den neu eintretenden Arbeitern entsprechend dem Andrang von Arbeitskräften nur ein angemessen ermäßigter Lohn anzubieten.

Je größer also das Angebot von Arbeitskräften, desto geringer soll die Lohnhöhe sein! Das ist die Tendenz, die bei der Verwaltung vorhanden ist:

#### Niedrighalten der Löhne.

aber nicht Aufrechterhalten dieser Lohnhöhe bei wachsender Konjunktur, sondern möglichst die Konjunktur auszunutzen, möglichst die niedrigsten Löhne zahlen. In diesem Erlaß sind noch weitere Hinweise gegeben, daß die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung reduziert werden müssen infolge der Verminderung der Einnahmen aus dem Güterverkehr. Es wird gesagt, daß die Bremsbesetzung vermindert werden muß, ebenso die Rangierlokomotiven und das Güterbodenpersonal. Verminderung der Arbeitskräfte, um infolge des Niederganges der Einnahmen auch die Ausgaben zu vermindern. In diesem Erlaß spricht sich die ganze Tendenz der Lohnpolitik der Verwaltung klipp und klar aus, das zeigt, wie es mit der Befahrung der Arbeiter beschaffen ist, wie weit die Eisenbahnverwaltung davon entfernt ist, den Arbeitern entsprechend dem Ueberschuss der Verwaltung auch einen angemessenen Lohn zu gewähren.

Ganz besonders wird über die Dauer der Arbeitszeit geklagt. Die amtliche Denkschrift weist die Dauer der Arbeitszeit für die verschiedenen Kategorien auf. Es wird bemerkt:

Die Dauer der einzelnen Dienstschichten ist unter Zugrundelegung der zur Zeit der Verhältnisse gültigen Dienstpläne berechnet. Wenn bestimmungsgemäß die Zulässigkeit eines Dienstes sich nach der Höhe der täglichen Dienstdauer „im monatlichen Durchschnitt“ oder der „durchschnittlichen täglichen Dauer“ richtet, ist der Dienst in der Weise ermittelt, daß die Gesamtzahl der Stunden, die im Laufe eines Monats ein Dienstnehmer im Dienste verbringt, durch die Zahl der Monats-tage (30) geteilt ist. . . . Bei dem Stationspersonal soll, wenn der Dienst eine ununterbrochene, angestrengte Tätigkeit erfordert, die durchschnittliche tägliche Dauer 8 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstschicht 10 Stunden nicht überschreiten. Bei dem Zwischenlegen von Dienstaufsen kann die durchschnittliche tägliche Dienstdauer bis zu 12 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstschicht bis zu 14 Stunden betragen. Ausnahmsweise kann bei einfachen Betriebsverhältnissen, bei denen in die Dienstschicht längere Pausen fallen, wie namentlich auf Nebenbahnen, die Dauer der Dienstschicht bis zu 15 Stunden ausgedehnt werden. . . . Bei dem Lokomotivpersonal soll die tägliche Dienstdauer im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 10 Stunden betragen. Nur bei einfachen Betriebsverhältnissen, wie namentlich auf Nebenbahnen, kann die durchschnittliche Dienstdauer bis zu 11 Stunden ausgedehnt werden. Die einzelne Dienstschicht darf 15 Stunden nicht überschreiten. Dienstschichten bis zu dieser Dauer dürfen nur angelegt werden, wenn sie durch ausgiebige Pausen unterbrochen werden. Wenn der Rangierdienst eine ununterbrochene, angestrengte Tätigkeit erfordert, soll die durchschnittliche tägliche Dauer 8 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstschicht 10 Stunden nicht überschreiten. . . . Bei dem Zugbegleitungspersonal soll die tägliche Dienstdauer im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 11 Stunden betragen. Die einzelne Dienstschicht darf 15 Stunden nicht überschreiten, Dienstschichten bis zu dieser Dauer dürfen nur angelegt werden, wenn sie durch ausgiebige Pausen unterbrochen werden. Bei dem Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal sind die in die planmäßige Dienstschicht fallenden, nicht mehr als einstufigen Ruhepausen am Stationsort und alle nicht mehr als 6 Stunden betragenden ununterbrochenen Ruhepausen als Dienst nachgewiesen. Solche Ruhepausen, in denen das Personal auch von der Dienstbereitschaft entbunden ist, kommen namentlich auf den Unterwegsstationen sehr häufig vor. . . .

Welchen Wert wir diesen amtlichen Angaben beimessen? Waldemar Zimmermann schreibt bezüglich des Lokomotivpersonals:

#### Wie gestaltet sich der

#### Dienst des Lokomotivpersonals

In seinen Details? Nehmen wir an, der Dienstplan schreibe ihm heute vor, um 4,12 Uhr vormittags — es gibt in der Dienst-einteilung des Lokomotivpersonals nur vormittags und nachmittags — einen Zug zu fahren. Die Maschine des Führers steht entweder in Lokomotivschuppen, oder bei doppelter Besetzung der Maschine bringt sie der „Kompagnon“ — auch „Kompaß“ genannt —, der die Wochenschicht leitet, im Laufe der Nacht von seiner Tour zum Schuppen heim. Jedenfalls muß die Maschine um 3 Uhr spätestens Dampf haben, wie sich der Maschinenpuffer in seinem Plan bemerkt und am Puffer der Lokomotive ankreidet. Die Maschine wird also auf 3 Uhr vorbereitet, d. h. die Räder reinigen, das Gangwerk vom größten Schmutz, räumen die Feuerliste, wenn die Maschine ohne Dienst die Nacht im Schuppen gestanden hat, und brennen reines Feuer an, so daß der Kessel um 3 Uhr einen gewissen Rindestampfdruck zeigt. Zimmermann beschreibt dann weiter den Dienst der Heizer, die um 1/3 Uhr im Schuppen zu sein haben und infolge der hohen Preissteigerung zweifeln von der Arbeitshälfte entfernt wohnen. „Der Heizer muß schon 1 1/2 Stunden vor Abgang des Zuges an der Maschine sein, um das Richtigste vorzubereiten. Der Führer ist spätestens um 3 Uhr da. Er muß sich rechtzeitig überzeugen, ob sein Heizer auf dem Posten ist, um nötigenfalls noch einen Ersatzmann beschaffen zu können. Er ist für die pünktliche Indienststellung der Maschine verantwortlich, er muß vorher in der Dienststube Einsicht in die Tagesbefehle, Fahrplanänderungen, Amtsblätter und dergleichen nehmen und dies mit seiner Unterschrift bescheinigen.“ Es ist also ein außerordentlich umfangreicher Vorbereitungsdienst, den das Lokomotivpersonal zu erledigen hat, oder nur in einer verhältnismäßig geringen Zahl von Fällen dürfte eine Einschränkung des Vorbereitungsdienstes Platz gegriffen haben.

Zimmermann schildert dann weiter den Dienst auf der Zwischenstation, wo je nach der Dauer des Aufenthaltes eine kürzere oder längere Revision der Maschine vorzunehmen ist. Auf der Endstation werden dann dieselben Arbeiten wie bei Beginn der Fahrt verrichtet. „Für den gesamten Schlußdienst von der Minute des Eintreffens auf dem Heimatbahnhof bis zum Verlassen des Lokomotivschuppens setzt der Dienstteilungsplan höchstens 30 Minuten an. Daß die Maschine bisweilen nach 30 Minuten erst bis zum Schuppen gelangt ist, wird dabei nicht berücksichtigt. In dem Falle unseres Beispiels sollte der Zug um 1,27 Uhr nachmittags planmäßig auf der Heimstation eintreffen. Das sind von 4,12 Uhr bis 1,27 Uhr 15 Minuten; dazu 1 1/2 Stunde Vorbereitungs- und Schlußdienst — das bedeutet 1 1/2 Stunden auf dem Papier des Dienstteilungsplanes. Der Heizer ist um 1/3 Uhr früh von zu Hause aufgedreht; um 1/3 Uhr nachmittags

trifft er wieder zu Hause ein. Der Führer, der dem Bahnhofs etwas näher wohnt, war von 1/3 Uhr früh bis 1/3 Uhr nachmittags von Hause fort.

Wir müssen also die Zahlen der amtlichen Statistik unter Berücksichtigung dieser Darstellung Zimmermanns bewerten. Die amtliche Statistik weist aus, daß von den gesamten beschäftigten Arbeitern und Beamten eine tägliche Arbeitszeit bis zu 8 Stunden 20 565 Personen haben, von 8-9 Stunden 55 065, von 9-10 Stunden 120 678. Unter diese Kategorie fallen vor allem die Werkstättenarbeiter mit 92 651 Personen. Dann 10-11 Stunden 104 828 Personen, 11-12 Stunden 63 743 Personen, 12 bis 13 Stunden 12 820 Personen, 13-14 Stunden 7422 Personen und 14-15 Stunden 3064 Beamte und Arbeiter. Wesentlich anders gestaltet sich

die Arbeitszeit unter Berücksichtigung der Arbeitsmethode, wie sie Zimmermann schildert, speziell bei dem Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal. Das erstere bezieht sich auf 34 163 Personen. Bei diesen weist die amtliche Statistik folgende Arbeitszeiten auf: Bei 5787 Personen bis zu 8 Stunden, bei 3487 Personen 8-9 Stunden, bei 6649 Personen 9-10 Stunden, bei 5018 Personen 10-11 Stunden, bei 5083 Personen 11-12 Stunden, bei 4204 Personen 12-13 Stunden, bei 2408 Personen 13-14 Stunden und 14-15 Stunden bei 1430 Personen. Für das Zugbegleitungspersonal mit 41 340 Personen betrug die Arbeitszeit bis 8 Stunden bei 6192 Personen, 8-9 Stunden bei 2746 Personen, 9-10 Stunden bei 7063 Personen, 10-11 Stunden bei 12 060 Personen, 11-12 Stunden bei 4828 Personen, 12-13 Stunden bei 3457 Personen, 13-14 Stunden bei 2900 Personen und bei 2217 Personen 14 bis 15 Stunden. Wenn wir diese Zahlen nun vergleichen mit Zimmermanns Berechnung, so ergibt sich für das Lokomotivpersonal folgendes: Nach der amtlichen Statistik ist eine Durchschnittsdauer des täglichen Dienstes monatlich berechnet auf 9 Stunden 51 Minuten. Diese Durchschnittsdauer beträgt nach Zimmermanns Feststellung 12 Stunden 53 Minuten, also mehr als drei Stunden mehr. Das Personal, das nach den amtlichen Angaben 10 Stunden 8 Minuten durchschnittliche Dienstdauer hat, hat nach Zimmermann 12 Stunden 40 Minuten; hat einer Durchschnittsdauer von 10 Stunden 30 Minuten stellt Zimmermann fest 11 Stunden 20 Minuten; hat 10 Stunden 32 Minuten, 11 Stunden 12 Minuten; hat 10 Stunden 35 Minuten 12 Stunden 6 Minuten; hat 10 Stunden 40 Minuten 12 Stunden 47 Minuten; hat 10 Stunden 47 Minuten 12 Stunden 58 Minuten und hat 10 Stunden 58 Minuten 13 Stunden 10 Minuten. (Hört! Hört!) Ich nehme an, daß die Zahlen im amtlichen Bericht im guten Glauben gegeben sind, ich sehe aber wie sie zu bewerten sind.

Dann wird in diesem amtlichen Schriftstück weiter gesagt: „Auch ist im übrigen noch zu berücksichtigen, daß beim Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal die planmäßigen Ruhetage verhältnismäßig zahlreicher sind, als bei dem übrigen Personal.“ Das trifft zu. Die Ruhetage betragen bei dem gesamten Eisenbahnpersonal durchschnittlich im Monat 3,5 Tage, während das Lokomotivpersonal 6,5 Ruhetage im Monat und das Zugbegleitungspersonal 4,1 Ruhetage im Monat hat. Also noch nicht einmal soviel wie jeder Industriearbeiter. Der amtliche Bericht fährt fort: „Da ferner ein großer Teil des Personals nicht jeden Tag einen Dienst von der nämlichen Dauer, sondern innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes Dienstdiensten von verschiedener Dauer leistet und daher nach Verhältnis in den verschiedenen Spalten nachgewiesen ist, so stellt die in den einzelnen Spalten 4-11 aufgeführte Anzahl des Personals nicht diejenige Zahl von Bediensteten dar, für welche ständig der tägliche Dienst auf die angegebene Stundenzahl festgesetzt ist. Dies ist insbesondere bei den angegebenen längeren Dienstdiensten und namentlich hinsichtlich des Zugpersonals, bei dem die Dauer des Dienstes zumeist fast täglich wechselt, zu beachten. Wenn beispielsweise 10 Zugpersonale einer Station in der Dienstdienst derart wechseln, daß ein und dasselbe Personal am ersten Tage 9 Stunden, am zweiten Tage 14 1/2 Stunden, am dritten Tage 6 Stunden, am vierten Tage 8 Stunden, am fünften Tage 10 Stunden, am sechsten Tage 10 Stunden Dienst verrichtet, am siebenten Tage ruht, am achten Tage 12 Stunden, am neunten Tage 7 Stunden und am zehnten Tage 10 Stunden Dienst tut, so trifft auf jedes Personal in einem zehntägigen Zeitabschnitt nur einmal eine Dienstdienst von 14 1/2 Stunden (einschließlich der Ruhepausen unter 6 Stunden). Da aber diese Dienstdienst täglich — wenn auch abwechselnd von den 10 Personen — geleistet wird, so erscheint in der Nachweisung ein Personal — etwa zu 4 Kopien gerechnet — in der Spalte mit einer Dienstdauer von 14-15 Stunden, ohne daß eine regelmäßige Inanspruchnahme eines bestimmten Personals von solcher Dauer vorliegt.“ Verstanden werden Sie diese Vorlesung wahrscheinlich nicht haben, ich verstehe es auch nicht recht. Ich wundere mich nur, warum die Eisenbahnverwaltung so komplizierte und umfangreiche Ausführungen macht, anstatt die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit jedes einzelnen Arbeiters nachzuweisen. Es ist hier genau dasselbe, wie bei den statistischen Aufstellungen der Reichsverwaltung bezüglich der dem Reiche unterstehenden fiskalischen Betriebe. Da werden auch alle möglichen Durchschnittsberechnungen und langen Ausführungen gemacht, anstatt positiv nachzuweisen, wie die Lohnhöhe und Arbeitszeit für einzelne Arbeiter oder bestimmte Kategorien sich stellt.

#### Ruh zu den sogenannten Ruhetagen.

Man sollte annehmen, daß bei einer so ausgedehnten Beschäftigung, wie sie viele Tausende von Arbeitern und Beamten der Eisenbahnen haben, nun auch für eine möglichst große Zahl von Ruhetagen mit einer Dauer von mindestens 36 Stunden gesorgt wäre. Was sagt aber der amtliche Bericht darüber? Von diesen 419 734 Beamten und Arbeitern haben einen Ruhetag von mindestens 18stündiger ununterbrochener Dauer — wozu dann noch die 12 Stunden eingekommen, die gewöhnlich als Ruhe für den einzelnen Tag gerechnet werden — 5150 Personen; anderhalb solcher Ruhetage 16 825 Personen, zwei Ruhetage 90 223 Personen und mehr als zwei Ruhetage 306 063 Personen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß unter diesen letzteren sich befinden: 10 126 Güterbodenarbeiter, 65 164 Bahnhüterarbeiter, 61 843 Werkstättenarbeiter, für die die Sonntagsruhe einfach durch die Gewerbeordnung vorgeschrieben ist, so daß sich die Eisenbahnverwaltung wirklich nicht zu rühmen braucht, daß diese Arbeiter mehr als zwei Ruhetage im Monat haben. Berücksichtigt man das gesamte Personal, so haben 22 Proz. der Beamten und Arbeiter mehr als zwei Ruhetage im Monat. Rechnet man davon diejenigen, für die die Gewerbeordnung die Sonntagsruhe gebietet, ab, so haben nur 65 Proz. mehr als zwei Ruhetage im Monat. Das sieht nicht besonders günstig aus. Eine Verbesserung ist in den letzten Jahren nicht erfolgt, denn die Ruhetage für das gesamte Personal betragen pro Kopf im Jahre 1900: 3,28, im Jahre 1901: 3,18 und im Jahre 1905: 3,5, und dann belagern sich die Herren Eisenbahnminister darüber, daß die Arbeiter und Beamten damit nicht zufrieden sind. So erklärte Herr Thielen am 3. Mai 1900: „Es ist soweit gekommen, daß die einzelnen Beamtencategorien es für ihre Pflicht gegen Weib und Kind und gegen sich selbst erachten, nur ja nicht aufzuhören und lieber zu lassen in dem Wettbewerbs um die Steigerung der Beamtensoldat. Meine Herren, daß dies nicht ohne den allernächsten Einfluß auf die Disziplin und die Verwaltung bleiben kann, liegt auf der Hand.“ Sehr richtig! recht heißt es hier im stenographischen Bericht. Für diese Herren allerdings sind höhere Lohnforderungen für die Beamten und Arbeiter gleichbedeutend mit Disziplinlosigkeit. Herr Thielen fuhr fort: „Und, meine Herren, die Aufrechterhaltung der scharfen Disziplin, namentlich in der Eisenbahnverwaltung, liegt nicht bloß im Interesse der Verwaltung, sie liegt im Interesse des ganzen Landes.“ Also die Arbeiter sollen nicht das Recht haben, höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen, sie sollen sich unter allen Umständen der Disziplin unterwerfen. Vielleicht glaubt die Eisenbahnverwaltung mit den

#### sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen

die Arbeiter an den Betrieb fesseln zu können. Die Darstellungen dieser Wohlfahrts-Einrichtungen fällt in dem amtlichen

Bericht nicht weniger als 13 eng bedruckte große Quartseiten. Und danach müßte man annehmen, es seien von der Eisenbahnverwaltung ganz vorzügliche Wohlfahrts-Einrichtungen getroffen. Ich kann sie Ihnen im einzelnen nicht schildern und will nur anführen, was hier unter Wohlfahrts-Einrichtungen verstanden wird. Daraus werden Sie allein schon erkennen, wie es mit ihnen beschaffen ist. Als Wohlfahrts-Einrichtungen werden aufgeführt: 1. Verbesserungen der Wohnungsverhältnisse der Beamten und Arbeiter, a) durch Herstellung staatseigener Wohnungen, b) durch Förderung von Pausenvereinen, denen Staatsbedienstete in größerer Zahl angehören, c) durch Mittel des Staates, zweitens aus Mitteln der Arbeiterpensionskasse. 2. gilt als Wohlfahrts-Einrichtung freie ärztliche Hilfe. 3. Einrichtung von Badeanstalten. 4. Belohnungen der Arbeiter. Deren Höhe ist wie folgt festgesetzt:

Bei 20jähriger Beschäftigung erhalten die Beamten und Arbeiter ein Geschenk von 20 M. und das steigt nach 5 Jahren bis zur 25jährigen Beschäftigung auf 150 M. Es sind im Jahre 1905 20 M. Belohnung gegeben worden an 4111 Arbeiter, für 25jährige Beschäftigung 30 M. an 3190 Arbeiter, für 30jährige Beschäftigung 40 M. an 2408 Arbeiter, für 35jährige Beschäftigung 60 M. an 1582 Arbeiter, für 40jährige Beschäftigung 80 M. an 616 Arbeiter, für 45jährige Beschäftigung 150 M. an 55 Arbeiter. Das sind die horrenden Belohnungen, die hier als Wohlfahrts-Einrichtungen angegeben werden, deren Gewährung aber natürlich von dem guten Verhalten der Arbeiter abhängt. Weiter werden aufgeführt als Wohlfahrts-Einrichtungen: Beamtenpensionskassen, Arbeiterpensionskassen, Arbeiterpensionskassen, also Kassen, zu denen die Arbeiter selbstverständlich auch Beiträge leisten. Dann kommt die Unfallversicherung — auch eine Wohlfahrts-Einrichtung! Weiter Fürsorge für Bedienstete während der Dienst- und Arbeitspausen, d. h. also Unterluntenräume, Lagerstätten, Koch- und Badeeinrichtungen. Solche Einrichtungen, die jeder Besitzer eines privaten Industrieetablissemens schaffen muß, werden von der preussischen Eisenbahnverwaltung als Wohlfahrts-Einrichtungen bezeichnet. Weiter gibt es eine Familienfürsorge, die in Zuschüssen an Krankenhäuser und Frauenvereine besteht, damit sie bei Erkrankungsfällen den Arbeiter oder seine Familie zur Pflege übernehmen. Weiter kommt dann als „Wohlfahrts-Einrichtung“ unter Ziffer 11 die Eisenbahnervereine. (Weiterkeit.) Dazu heißt es im Bericht: „Zur Belebung und Kräftigung des Bewußtseins der Zusammenghörigkeit der Beamten und Arbeiter der Staats-Eisenbahnverwaltung als Glieder einer großen staatlichen Verwaltungsklasse und zur Pflege guter, auf Vertrauen beruhender Beziehungen zwischen den Organen der Verwaltung und den Bediensteten sind in den letzten 10 Jahren an verschiedenen größeren Orten Eisenbahnervereine ins Leben gerufen, die den Beamten und Arbeitern aller Dienstzweige der Staats-Eisenbahnverwaltung offenstehen. An der Leitung dieser Vereine beteiligen sich neben den höheren Beamten der Eisenbahndirektionen und Inspektionen mitlere und untere Beamte und Arbeiter. Die Vereine bezwecken zum Besten ihrer Mitglieder: Pflege der Geselligkeit und Erhaltung und Fortbildung durch Einrichtung von Lesezimmern und Bibliotheken, Erteilung unentgeltlichen Rates in Rechts- und Wirtschaftfragen durch Beiräte sowie Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage durch Gründung von Wohlfahrts-Einrichtungen, Spar- und Darlehnskassen, Vermittlung von Lebensversicherungen und ähnliches.“ Also von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im gewerkschaftlichen Sinne ist keine Rede. Das sind die sogenannten Buddistenvereine, nach dem Minister Dudde, der sie besonders gefördert hat. Weiter kommen als Wohlfahrts-Einrichtungen in Betracht der Eisenbahndiözesanvereine und die Versicherung gegen Brandschaden. An diesen Einrichtungen hat die preussische Eisenbahnverwaltung gar keinen Anteil. Die dadurch entstehenden Kosten tragen die Mitglieder. Die Eisenbahnverwaltung tut aber doch etwas für diese Vereine, sie befördert gratis mit der Eisenbahn den Schriftwechsel und die Geldsendungen dieser Einrichtung. (Weiterkeit.) Das ist alles, was aus Wohlfahrts-Einrichtungen im amtlichen Bericht folgt; alles Dinge, zu deren Einrichtung die Eisenbahnverwaltung ohne weiteres genötigt ist, oder Dinge, die sich die Eisenbahner auf eigene Kosten eingerichtet haben. Uebrigens haben nach dem amtlichen Bericht durchaus nicht alle Arbeiter den Dienst bei der Eisenbahn als eine besonders glänzende Stellung angesehen. Im Jahre 1905 sind nämlich aus der Pensionskasse Abteilung A nicht weniger als 65 584 Personen ausgeschieden, das sind 24 Proz. der Bediensteten. (Hört! hört!) Im Jahre 1904 schieden aus 21 Proz., 1902 19 Proz., 1901 24 Proz. Das beweist eben, daß die Fürsorge und die Lohnhöhe für die Arbeiter und Beamten nicht im entferntesten den Anforderungen eines Mutterbetriebes, wie sie die Eisenbahnen nach der Auffassung Wilhelm II. sein sollen, entspricht. Wie liegen nun auf der Gegenseite die Anforderungen, die an das

#### Verhalten der Arbeiter im Dienst

gestellt werden. In den sogenannten gemeinsamen Bestimmungen, die für alle Dienstzweige des Eisenbahnbetriebes gelten, heißt es: „Die einzustellenden Arbeiter müssen sich in ihren bisherigen Lebensverhältnissen achtbar und unbescholten geführt und an ordnungsgemäßen Vereinen nicht beteiligt haben.“ Einen Betrieb mit so langen Arbeitszeiten und solchen Löhnen wie den preussischen Eisenbahnbetrieb, können wir allerdings als einen geordneten Betrieb nicht anerkennen; in diesem Sinne bekennen wir uns gerne als ordnungsgemäße Vereine. Weiter heißt es dort: „Die einzustellenden Arbeiter müssen aus ihrem letzten Dienstverhältnis ohne Verletzung der etwa eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen ausgeschieden sein. Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich achtbar und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an ordnungsgemäßen Vereinen fernzuhalten.“ § 3 Absatz 2 sagt: „Ohne besondere Genehmigung ist auch verboten die Vornahme gemeinschaftlicher Besprechungen sowie das Verlesen, Ausbieten, der Verkauf und die sonstige Verbreitung von Druckfachen und Schriftstücken während der Arbeitszeit in den Arbeitsräumen, Höfen oder sonstigen Flächen der Verwaltung. Bei außerordentlichen Bedürfnissen ist jeder Arbeiter verpflichtet, sich über die ein für allemal bestimmte Arbeitszeit hinaus sowie auch zu ungewöhnlichen Zeiten zu arbeiten. Im besonderen Falle können außerordentliche Belohnungen gewährt werden.“ Dann im § 11 Absatz 2 heißt es: „Den mit den Dienstverrichtungen der Unterbeamten dauernd betrauten Arbeitern wird für die Abfertigung, und den Arbeitern, welche an Sonn- und Festtagen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebes herangezogen werden, für die ihnen bewilligten Ruhezeiten und Zeiten zur Teilnahme am Sonntagsgottesdienst der Angelohn fortgewährt.“ Ich gebe ja zu, daß den Arbeitern ausnahmslos wohl die Bezahlung dieser Zeit viel angenehmer sein wird als das Anhören einer Predigt in der Kirche, aber ein Staatswesen, das wie Preußen die fromme Sitte und Gottesfurcht in den Vordergrund alles Seins und Denkens stellt, sollte doch nicht die Verhinderung am Gottesdienst durch eine Bezahlung ersetzen. (Sehr gut!) Dann im Absatz 3 dieses § 11 heißt es: „Die hierunter fallenden Arbeiter haben keinen Anspruch auf Vergütung geleisteter Ueberstunden; inwieweit ihnen eine solche ausnahmsweise gewährt werden kann und in welcher Weise den übrigen Arbeitern die Leistung der Ueberstunden zu entgelten ist, bestimmt die Eisenbahndirektion.“ Wenn ein Privatunternehmer einem Arbeiter einen solchen Vertrag vorlegen würde, so würde jeder Arbeiter, dem der Hunger nicht den Magen zerreißt, ihn den Vertrag einfach vor die Füße werfen. Diese Bestimmungen sollen also bewirken, den Arbeitern all und jede Anteilnahme am öffentlichen Leben unmöglich zu machen. Ihnen wird die gewerkschaftliche sowohl wie die politische Organisation verboten. Es ist ihnen nicht erlaubt, sich mit ihren Kollegen zu besprechen. Dabei gibt es kein Gesetz, das den Eisenbahnarbeitern die Organisation verbietet. Man müßte denn annehmen, daß die preussische Gewerbeordnung von 1855 noch zu Recht besteht, während sie doch längst durch spätere Gesetze ersetzt ist. Minister Dudde sagte einmal im preussischen Landtag: „Wir dürfen es nicht zulassen, daß sich in unserer Organisation, in unseren 365 000 Köpfen Bestrebungen geltend machen, die ich kurzweg mit Umsturz bezeichnen möchte. Meine ganze Vergangenheit bürgt Ihnen dafür, daß ich derartigen Bestrebungen mit aller

Energie entgegenzutreten werde. Ich fahre fort mit dem, was meine beiden Herren Amtsvorgänger auch getan haben, indem wir alle diejenigen ausmerzen, die dem nicht folgen wollen. Mein Herr Amtsvorgänger hat den Erlaß herausgegeben: Wer sich agitatorisch an sozialdemokratischen Bestrebungen innerhalb des Eisenbahnpersonals beteiligt, der wird als Arbeiter sofort entlassen, natürlich unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist. Wer als nicht ständiger Beamter dasselbe tut, dem wird ebenfalls gekündigt und er wird entlassen; wer aber als Beamter, der den Treueid geschworen hat, sich an Umsturzbestrebungen beteiligt, der wird einfach im Disziplinarverfahren bestraft.“

Als von liberaler Seite gesagt wurde, die Arbeiter auch bei der Eisenbahn hätten doch Staatsbürgerrechte und das Recht der Koalition, da erklärte er: „Es handelt sich hier einfach um eins: Wer soll Herr im Hause sein? — Die Umsturzpartei, die Sozialdemokraten, die die Sache umwerfen, und den Eisenbahnbetrieb unmöglich auf die Dauer machen wollen, wie mit dies im Nachbarlande gesehen haben, oder ich als Staatsminister? Solange ich da bin, verlange ich, Herr im Hause zu sein. Ich sage jedem Eisenbahner, er soll hingehen, wohin er mag, wo er mit seinen Umsturzideen arbeiten kann, ich nehme ihm das wirklich nicht übel, bin ihm gar nicht böse darüber, denn ich liebe schon Leute genug.“ Also die Kollage der Arbeiter ausnützend, erklärt der Minister, die Eisenbahner hätten

#### Kein Koalitionsrecht.

Es klingt nur zu komisch, wenn ein preussischer Minister davon spricht, er wolle Herr im Hause sein. Diese preussischen Minister kommen und gehen wie die Blumen auf dem Felde, ohne eine Spur zu hinterlassen. (Weiterkeit und Weisheit.) Sie sind nämlich nicht berufen, die Herren zu spielen. Solche Erklärungen sollten sie Privatunternehmern überlassen. Freilich schäpft dann wieder das Privatunternehmertum aus solchen Ministerworten die Ueberzeugung, daß es den Arbeitern nicht entgegenzukommen brauche. Und nicht genug damit; die Eisenbahnverwaltung sucht auch ihre Arbeiter an der freien

#### Ausübung des Wahlrechts

zu hindern. Zwar hat derselbe Herr v. Dudde am 24. Februar 1903 im preussischen Landtag erklärt, die Bediensteten können wählen, wen sie wollen, auch Sozialdemokraten; dagegen habe ich gar nichts. Das klingt ja wunderbar. Allein wie ist die Praxis der Direktional im Wahltag 1903 hat die Eisenbahndirektion Bromberg folgenden Anschlag an der Eisenbahnerkassette anheften lassen: „Durch die staatsfeindliche sozialdemokratische Presse wird die irrtümliche Ansicht verbreitet, der Herr Minister Dudde will, daß Sozialdemokraten gewählt werden. Wir haben Anlaß, darauf hinzuweisen, daß der Herr Minister ausdrücklich auf die gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige, § 3, verwiesen hat: „Der Arbeiter hat sich von der Teilnahme an ordnungsgemäßen Vereinen fernzuhalten.“ Die Sozialdemokratie beschäftigt sich aber damit, die Sicherheit des Betriebsdienstes der Eisenbahn zu untergraben. Es wird daher besonders von den bestgestellten und bestgelohnten Eisenbahnarbeitern, den Werkstättenarbeitern, ein einseitiges Benehmen bei der Wahl erwartet.“ (Hört! hört!) Und es ist nicht bloß bei diesem Anschlag geblieben. Die Eisenbahndirektion Bromberg hat damals einen Eisenbahnarbeiter entlassen, der 13 Jahre im Betriebe beschäftigt war, weil er erklärt hatte: Wir dürfen doch einen Sozialdemokraten wählen, Herr Minister Dudde hat nichts dagegen! (Hört! hört!)

Nach auf andere Weise sucht man die Eisenbahnarbeiter von dem Verlehr mit Arbeitern anderer Berufe, insbesondere von dem Verlehr mit organisierten Arbeitern fernzuhalten. Man verbietet den Eisenbahnenbediensteten nämlich, sich

#### an Konsumvereinen zu beteiligen.

So hat die Eisenbahndirektion Altona in folgendem Erlaß erklärt: „Es hat sich herausgestellt, daß die Leitung und Verwaltung des Konsumvereins für Harburg, Wilhelmshafen und Umgegend zu Harburg sich ausschließlich in den Händen von Personen befinden, die sich zur Sozialdemokratie bekennen und den sozialdemokratischen Charakter des Vereins offen nach außen betragen. Wie allen Beamten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung bekannt ist, verträgt sich die Zugehörigkeit zu einem derartigen Verein nicht mit den von ihnen gegenüber der Staatsverwaltung übernommenen Pflichten. Wir unterlagen daher zugleich im Namen der Kgl. Eisenbahndirektion Hannover und Münster allen Bediensteten der Staats-Eisenbahnverwaltung die Beteiligung und fordern diejenigen Bediensteten, welche gegenwärtig dem Verein angehören, auf, die Mitgliedschaft noch vor dem 1. Juli d. J. schriftlich mit eigenhändiger Unterschrift zu kündigen.“

Also nicht einmal das Recht sollen die Eisenbahner haben, sich an einem Konsumverein zu beteiligen, um ihre eigenen Konsumverhältnisse zu verbessern. Der Altonaer Erlaß steht nicht vereinzelt da. In Kotbus, Magdeburg und anderen Orten sind ähnliche Erlasse erfolgt.

Neuerdings sucht die Eisenbahnverwaltung den Einfluß der organisierten Arbeiter auf ihre Angelegenheiten noch dadurch fernzuhalten, daß sie in die Rechte anderer eingreift, die unmittelbar mit der Eisenbahn nichts zu tun haben. In einer ganzen Reihe deutscher Städte haben die sogenannten bahnamtlichen Spediture ihre Angestellten, Aufsichtern und Arbeitern erklärt, daß sie keinen Verband, auf keinen Fall dem Deutschen Transportarbeiterverband angehören dürfen; von der Bahnverwaltung seien sie aufgefordert worden,

#### keinen Organisierten zu beschäftigen.

Die Spediture nehmen dabei Bezug auf folgenden Erlaß der Kgl. Eisenbahnverwaltung: „Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands verfolgt ordnungsgemäße Bestrebungen und will den Frieden zwischen der Staats-Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern fördern. Der Beitritt zu dem Verband und seinen Ortsgruppen oder jede anderweitige Förderung seiner Bestrebungen würden sich deshalb als einen Verstoß gegen die Bestimmungen unter Ziffer 3 in § 2 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Staats-Eisenbahnverwaltung darstellen und die Entlassung zur Folge haben. Wir vertrauen, daß sich unsere Bediensteten dieser im Interesse der Ordnung notwendigen Bestimmung einseitig willigen und uns keinen Anlaß zum Einschreiten geben werden.“ Die Verwaltung sucht also nicht nur allen unmittelbar in ihrem Dienst befindlichen Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben, sie stiftet auch dritte an, die organisierten Arbeiter zu entlassen. Der Erlaß zeugt von jener klandestinen Furcht der Verwaltung, es könne sich der Einfluß der organisierten Arbeiter auf die Eisenbahner geltend machen. Ob dieser Einfluß durch solche Mittel zu behüten ist, das ist eine andere Frage. Zimmermann sagt darüber: „Ob indes die Disziplinierung der Bestimmung mit diesen Mitteln peinlicher Bevormundung gelungen ist, wird der, der im Betriebe unter den Beamten und Arbeitern die ungeschwankten Meinungsäußerungen vernommen hat, bezweifeln. Wo nicht die Denunzianten wuchern und die Eisenbahner ihre kritische Ueberzeugung nicht zu verkümmern geneigt sind, da findet man nicht dummweg jene Harmonisierung, wie sie auf den durch die Gegenwart der Vorgesetzten verschönten Besten zu Hause ist. In der Hochpresse, auch in der nicht gewerkschaftlichen, klingt es ja zum Teil schon anders, so wichtig sind die Redaktionen auch bewegen müssen, um sich und ihr Blatt nicht unmöglich zu machen. Die Zahl der jährlich dem Landtage zugehenden Petitionen ist schließlich auch ein Barometer für den Grad des Mißvergnügens unter der Beamtenschaft wie der Arbeiterschaft, das sich durch dieses Ventil in verhältnismäßig harmloser Weise Luft macht. Raubenfisch aber stimmt es, wenn man erzählt, wie tüchtige Eisenbahner, gut konigstreue Männer, heimlich sozialdemokratische Versammlungen besuchen: — denn ganz so unrichtig haben die Leute schließlich doch nicht“ — oder beobachtet man, wie Bahner, die der Sozialdemokratie durchaus fernstehen, ihre Beschwerden beim „Vorwärts“ und ähnlichen Organen einbringen, die Ueberzeugung, daß ihre Klagen auf diese Weise eher Berücksichtigung finden, als wenn sie sie den Vorgesetzten vortragen. Heute lassen gewedte Arbeiter — und tüchtige, intelli-

gente Elemente verlangt gerade das moderne, komplizierte Verkehrsgerüst — nicht mehr die Vorgesetzten allein für sie denken. Während sich rings in der gewöhnlichen Arbeitswelt die Bande des patriarchalischen Systems lösen, dürfte es sehr schwer halten, ein über das ganze Land vertriebenes Heer von mehr als 200 000 Arbeitern gegen diese Einflüsse der neuzeitlichen Arbeiterbewegung zu immunisieren. Die Gefinnungspolizei — den Einbruch habe ich durch meine Fahnenführung allenfalls empfangen — erreicht auf diesem Felde ihren Zweck nur äußerlich.

So urteilt ein guter Staatsbürger, ein getreuer Anhänger des Königtums über die Wirkung, die diese Disziplinarvorschriften gegenüber Beamten und Arbeitern haben. Es ist eben die Zeit vorüber, wo man die Eisenbahner mit militärischer Disziplin behandeln konnte. Die Eisenbahner sind auch keine Kinder mehr. Der Einfluss unserer modernen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Organisationen geht so weit, daß sich ihm auch die Eisenbahner nicht entziehen können. Sie kommen, wenn sie überhaupt Verkehr mit Arbeitern haben, auch mit organisierten zusammen, und so vernapelt sind die Eisenbahner nicht, daß sie nicht von dem, was sie da lernen, etwas behalten sollten. Ich bin fest überzeugt: gerade durch die Aufrechterhaltung der strammen Disziplin und des Zwanges kann es eines Tages zur Explosion kommen. Ich habe dem Minister im Reichstage zugezungen und wiederhole es: „Tauschen Sie sich nicht, was Sie erreichen, ist nichts anderes, als äußerliche Disziplin!“

Die Tatsachen zeigen, daß auch unter den Eisenbahnarbeitern eine ganz andere Auffassung verbreitet ist, als sie in den amtlichen Bekanntmachungen erscheint. Ich habe hier ein Blatt vor mir:

#### „Der deutsche Staatsbahnschaffner“

das Organ eines durchaus königstreuen Vereins. Die königstreue der Verein ist, das zeigen die Berichte aus den Ortsgruppen. So eröffnet Berlin die Versammlung des Vereins mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser und schließt sie mit einem dreifachen Hoch auf den Minister Breitenbach. Dasselbe wird von den Zweigvereinen Breslau I und Halle mitgeteilt. Kreuzburg O.-Schl. eröffnete die Verhandlung mit einem Hoch auf den — Allerhöchsten und gnädigsten Landesherren nachmittags 3 1/2 Uhr (Weiterkeit.) und schließt sie wieder mit einem Hoch auf Breitenbach. Das gleiche wird noch von Frankfurt a. M. berichtet, wo außer dem Hoch auf den Kaiser noch ein Hoch auf Sr. Maj. Doherty den Großherzog von Hessen und bei Rhein ausgebracht wird. Wie königstreue die Vereine sind, ergibt sich auch aus einer Petition: An Sr. Exzellenz den hochgebietenden Herrn Staatsminister! Darin wird es für wünschenswert erklärt, daß die Hülfsschaffner an Stelle der Hornknöpfe blaue Knöpfe (Hört! Hört! Weiterkeit.) erhalten, damit sie gleich als Beamter erkannt würden. Dann aber wird weiter gesagt, daß die Lohnhöhe für die Schaffner und Hülfsschaffner abzulassen unzureichend sei. Es werden Vergleiche angeführt mit dem Gehalte der Schaffner in Bayern und Württemberg, dessen Höhe in zahlreichen Fällen nicht erreicht wird. Dann heißt es wörtlich: „Der Dienst als Schaffner ist ein schwerer und verantwortungsvoller. Tag und Nacht ohne Rücksicht auf die Witterung ist er auf dem fahrenden Zuge unter beständiger Lebensgefahr. In unangenehmer Besorgnis um das Leben ihres Ernährers befindet sich die Familie, ungewiß, ob der Vater gesund wieder heim kommt, oder ob man ihn nicht vielmehr tot oder als Strümpel der Familie wieder zurückbringt. Fürwahr, ein niederdrückendes Gefühl, das noch niederdrückender wirkt, wenn der Beamte auch noch mit Not und Sorge um das tägliche Brot einen harten Kampf führen muß.“ Dann verbreitet sich die Denkschrift über die Verhältnisse, unter denen die Schaffner und Hülfsschaffner zu arbeiten haben. Es wird petitioniert über die Wiederherstellung des Dienstabteils in den Fernzügen: „Nach den neuen Fahrplänenvorschriften darf bei den Fernzügen ein Dienstabteil nur dann eingerichtet werden, wenn zwei oder mehr Zugbegleitungsbeamte im Zuge vorhanden sind. Ein Abteil I. oder II. Klasse darf, wenn der Zug nur diese Klassen führt, als Dienstabteil für die Zugbegleitungsbeamten nicht eingerichtet werden. Der Zugbegleitungsbeamte ist gezwungen, seine Dienstverpflichtungen, Zeitwache, Poletot, Kochkiste, Essen in den immer unreinen Bremshäusern unterzubringen, das Essen erkalten und im Winter sogar bei langen Fahrten einfrieren zu lassen. . . Die saubere Uniform, die er zur Hälfte von seinem geringen Gehalte sich erarbeitet hat, wird in dem unsauberen Bremshaus viel früher aufgebraucht, durch das Festhalten an den verzerrten und verfaulenden Trittschritten zum Bremshaus werden die Hände schwarz und schmutzig, und mit solchen Händen, da ihm die Waschgelegenheit während der Fahrt oder auf den Bahnhofen fehlt, soll er Reisende bedienen, Fahrkarten kontrollieren, hülfsschaffner Personen beim Ein- und Aussteigen behilflich sein. Die Erfahrung lehrt, daß die Reisenden unter solchen Umständen nur schmutzig gemacht werden und deshalb auf die Hülfsschaffner und selbst die Jurisdiktion der Beamten mit solchen Händen befähigen Fahrkarten zu verweigern. Daß gerade dieser Umstand nicht zur Hebung des Standesansehens beiträgt, braucht wohl nicht weiter nachgewiesen zu werden. Mit diesen schmutzigen Händen muß der Zugbegleitungsbeamte sein Essen einnehmen. Schwere hygienische Bedenken stehen einem solchen Verfahren entgegen.“

So also urteilen königstreue Männer über ihre Arbeitszeit! Weiter wird lebhaft Klage geführt über die Schlufsbremse an Güterzügen. Die Schlufssignale wiegen 80 Pfund, und diese muß der Schlufsschaffner oft bis 2 Kilometer weit tragen. (Hört! Hört!) Es heißt weiter:

„Im Winter ist dieser Beamte mit Filztiefeln und Pelz ausgerüstet, warm angezogen, und in diesem Zustande muß er 80 Pfund 1—2 Kilometer weit auf schlechten Wegen, auf Kies und Stein Schlag, tragen. Im Schnee gebadet kommt er am Zugschluß an, um dann noch den Zug zu tupfeln und hierauf 5—8 Stunden bei der strengsten Kälte, oft sogar auf offener Bremse zu sitzen. Die natürliche Folge ist, daß bei der einwirkenden Kälte der Beamte sich immer mehr einhält und dadurch viel leichter Signale des Lokomotiv- oder Strecken- oder des anderen Zugpersonals überhört. Außerdem wirkt die Kälte auf die vorher vom Schweiß durchnässten Kleidungsstücke so ein, daß Gesundheitschädigungen, Rheumatismus, Gicht, Influenza und dergl. die unausbleibliche Folge sind.“

Dann folgt eine anschauliche Schilderung des Aufenthalts der Wremier in den sogenannten Bremshäusern. Es wird gesagt: „Der Wremier ist gezwungen, geduldi in solchem, jedes ästhetische Gefühl tödenden Dienstraum stundenlang auszuharren, bis die Uebergabe des Zuges oder das Absetzen des Wagens ihn von seinem Leiden erlöst.“ Ich weiß nicht, ob diesen Beamten bei dem Aufenthalt in einem solchen Raum nicht mal der Gedanke kommt, einen Vergleichen anzustellen zwischen ihrem Aufenthaltsraum und dem des Ministers (Sehr gut!), ob sie nicht daran denken, wie Herr Breitenbach, auf den regelmäßig ein Hoch auszubringen sie bei ihren Versammlungen für ihre Pflicht halten, wohl wohnen und wie sein Arbeitsraum beschaffen sein mag. Dann würden die Leute ihren Arbeitgeber wohl nicht mehr verhimmeln. (Sehr wahr!) Man sollte meinen, so weit müßte doch selbst unter der strengen Disziplin im Eisenbahndienst das Verständnis schon entwickelt sein. Aber es kommt noch besser. Es werden die offenen Bremsen auf den Güterzügen beschrieben:

„Der Fahrplan gestattet nur selten, die Bremse zu verlassen, um sich durch Bewegung etwas zu erwärmen. Filztiefel und Pelz schützen ihn nur mäßig, und aus dem gewandten, befeuchten und kühlen Güterzugschaffner wird ein schwerfälliger, steifgefrorener Mensch, der kaum instande ist, sich selbst zu bewegen und die steifgefrorenen geballten Hände zum Festhalten zu benutzen. In ein Eingeweiden eines solchen dienstunfähigen gefrorenen Beamten bei einem Unfall ist nicht zu denken, da er selbst allein nicht mal in der Lage ist, seinen eigenen Pelz auszuziehen. Ein Verdrüßten der Notdurft in einem solchen Zustande ist nahezu ausgeschlossen, da der Beamte mit seinen steifgefrorenen Händen sich die Hufe weder ab- noch anknüpfen kann.“ gefrorenen Händen sich die Hufe weder ab- noch anknüpfen kann.“ Hoch auf den Minister auszubringen. (Große Weiterkeit.) Ich lege Gewicht darauf, daß es königstreue Arbeiter sind, von denen diese

Schuldungen stammen. Arbeiter eines von der Verwaltung geschaffenen und ständig von ihr kontrollierten Vereins. (Hört! Hört!) Da sollte man doch wohl annehmen, daß die Verwaltung mit einem derartigen System brechen würde. Dann heißt es:

„Kommt der Zugbeamte nach acht- bis zehnjähriger Fahrt auf offener Bremse in das Ueberwachungs- oder Aufsichtsbüro, so dauert es stundenlang, ehe die steifgefrorenen Glieder gebrauchs-fähig werden. An ein Schlafen in einem solchen Zustande ist nicht zu denken. Die steifen Glieder am Ofen oder Kochherd aufzutauen, ist gesundheitschädlich und sehr gefährlich.“

Daraus können Sie erkennen, was es mit den Behauptungen der Denkschrift über Ruhepausen auf sich hat.

Ich kann meine Ausführungen über die soziale Lage der Staatsarbeiter gar nicht besser schließen, als indem ich erkläre, daß ich dem, was hier von königstreuen, unter amtlicher Aufsicht stehenden Eisenbahnern gesagt ist, nichts hinzuzufügen habe. Diese Darstellung charakterisiert die Lage der Staatsarbeiter so treffend, daß man sich nur fragen muß: Wie ist es möglich, daß deutsche Arbeiter, die doch gewiß nicht zu den unintelligentesten gehören, sich so etwas gefallen lassen. (Sehr gut!) Wie ist es möglich, daß deutsche Arbeiter sich unter solchen Umständen ihr heiliges Recht, das Koalitionsrecht, das Recht der politischen Betätigung, nehmen lassen! Aber ich bin andererseits fest überzeugt: Die Disziplin in unseren Staatsbetrieben ist nur äußerlicher Natur, die dort tätige Arbeiterkraft kann sich nicht mehr dem Einfluß der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse entziehen. (Sehr richtig!) Auch bei diesen Arbeitern ist das Schwere nur die Kurat vor Entlassungen, es ist nicht etwa der Glaube an die Nichtigkeit der Maßnahmen der Verwaltung. Das dürfte einmal für unsere Verwaltung gefährlich werden. Glaubt sie vielleicht, eine so intelligente Arbeiterschaft dauernd unterdrücken zu können? Nein, es wäre an der Zeit, daß die Verwaltung sowohl der Eisenbahn als auch der übrigen Staatsbetriebe einlenkt. Sie möge es nicht erst dahin kommen lassen, daß die Empörung zu Ergebnissen führt, die dem gesamten Wirtschaftsleben nicht dienlich sind. Auf die Dauer läßt sich ein solches System nicht aufrecht erhalten. (Sehr richtig!) Die Eisenbahner denken heute zum großen Teil schon anders, wenn sie auch mit Rücksicht auf die erbärmlichen Denunzianten schweigen, die gerade im Eisenbahndienst so zahlreich sind. Auf der anderen Seite wollen wir, die in der Bewegung stehenden Arbeiter, nichts unterlassen, um auch diese Arbeiterkategorie aufzuklären über ihre Rechte und ihnen zu sagen, daß sie diese Rechte ohne Rücksicht auf die Drohung der Verwaltung ausüben. Diefem Zwecke soll eben meine Resolution dienen, die ich nicht näher zu begründen brauche. Ich habe mich nur wegen ihrer Länge zu entschuldigen. Ich bin kein Freund solcher bandwurmartigen Resolutionen, aber das, was hier gesprochen wird, das werden die Eisenbahner nicht erfahren, während ihnen die Resolution sehr bald bekannt werden wird. Daher die Länge, daher der Nachweis in der Resolution, wo der Schaden zu suchen ist. Die Resolution enthält so ziemlich alles, was wir den Staatsarbeitern, insbesondere den Eisenbahnern zu sagen haben. Ich bitte Sie, sie einstimmig anzunehmen, dann aber auch in dem Sinne der Resolution zu wirken. Tun wir das, dann — davon bin ich fest überzeugt — ist die Zeit nicht mehr fern, wo wir auch diese heute unter dem äußersten Zwange stehende Arbeiterkategorie der modernen Arbeiterbewegung zuführen werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird auf die Nachmittagsführung vertagt.

Schluß 1 Uhr.

#### Nachmittagsführung.

Vorsitzender Singer teilt mit, daß der Delegierte Stunwald mittelt, er sei durch anderweitige dringende Arbeiten im Parteidienst verhindert gewesen, der heutigen Vormittagsführung beizuwohnen. Wäre er dazugewesen, so hätte er gegen den Aronschen Antrag und für die Kommissionsvorlage gestimmt.

Die Diskussion über Punkt 4 und die Resolution des Referenten wird eröffnet.

#### Rudolf Frankfurt a. M.:

In seinen interessanten Ausführungen hat Regien gezeigt, wieviel noch für die Arbeiter in den preussischen Staatsbetrieben zu tun übrig bleibt. Lassen Sie mich den Gegenstand, der in dieser Beziehung zwischen Süddeutschland und Norddeutschland besteht, kurz bezeichnen. Noch immer gilt in Preußen die Instruktion des Ministers v. Vertapf; wir prüfen nicht die Bestimmung, aber wer agitiert, wird ohne weiteres entlassen. Im vorigen Jahre ist dieser Grundsatz bei den elsässischen Bahnen so angewandt worden — diese Bahnen stehen bekanntlich unter preussischer Verwaltung — daß die Verwaltungen des süddeutschen Eisenbahnerverbandes, der im Elsaß 1200 Mitglieder zählte, sofort aufgelöst worden sind und daß diejenigen Arbeiter, die im Verdacht standen, organisiert zu sein, gezwungen wurden, einen Revers zu unterschreiben, worin sie sich verpflichteten, keinen Zusammenhang mehr mit der Organisation, auch nicht in Zukunft, zu haben. Herr Breitenbach ist noch weiter gegangen. Als bei den Reichseisenbahnerberatungen unsere Abgeordneten die Angelegenheit zur Sprache brachten, hat er seine süddeutschen Ministerkollegen geradezu denunziert, indem er sagte, er bedaure, daß seine dortigen Kollegen nicht so Ordnung hielten wie er. Der Gegenstand zwischen der Behandlung preussischer und süddeutscher Eisenbahngestellten wird besonders deutlich, wenn man daran denkt, daß unser Genosse Koppbauer, der Arbeiter in den bayerischen Eisenbahnwerkstätten in München ist, sofort Urlaub erhielt, als er zum Abgeordneten gewählt war und seinen Lohn während der Tagung weiter bezog. Das war für den Süden eine Selbstverständlichkeit. Im Süden wäre man auch geneigter, auf sozialpolitischem Gebiete etwas zu tun, wenn es gar nicht oder spät geschähe, so liegt das am preussischen Druke. Bayern hat längst den Keunstuntentag für Eisenbahner eingeführt und Baden und Württemberg hat ihm gefolgt. Wie es mit dem Koalitionsrecht in Preußen beschaffen ist, hat Regien ja gezeigt. Er hat daran erinnert, daß die Eisenbahnerverwaltung die Wohnspekulation veranlaßt hat, ihre Arbeiter zu entlassen, wenn sie dem Transportarbeiterverbande angehören. In der Verfügung der Verwaltung ist die Rede von ordnungswidrigen Betretungen, von der Absicht, den Frieden zu stören. Das findet sich in allen diesen preussischen Verfügungen. Wenn die Arbeiter eine Lohn-erhöhung von 2 Pf. verlangen, dann stören sie schon den Frieden. (Sehr richtig!) Als das Organ der Transportarbeiter, der „Kurier“, den Erlaß an die Öffentlichkeit brachte, fanden in der bayerischen Kammer gerade Verhandlungen beim Etat des bayerischen Verkehrsministeriums statt, über einen Streik der Transportarbeiter bei den Wagenpediteuren. Dem Minister wurde vorgehalten, daß er Staatsarbeiter zum Ersatz der streikenden Transportarbeiter hingeschickt hatte, während der Streik doch nur wegen Innehaltung eines Tarifvertrages geführt wurde. Der Minister erwiderte, er begriffe vollständig, daß sich die staatlichen Arbeiter nicht gern zu Streikbrecherdiensten hergeben. Der Minister stellte es so dar, daß es ihm selber leid täte, daß er die ihm untergebenen Arbeiter zu Streikbrecherdiensten hätte zwingen müssen, aber in der Not sei es nicht anders gegangen. Auf eine Erwiderung unseres Genossen Schmidt erwiderte er dann: Hätte ich gewußt, daß es sich um die Innehaltung eines Tarifvertrages bei dem Streik gehandelt hätte, dann hätte ich schon seit längerer Zeit eine ganze andere Tonart den Speidituten gegenüber angelassen. Das sagte der Minister um 12 Uhr und um 2 Uhr waren die Forderungen der Arbeiter bewilligt. (Hört! Hört!) Die bürgerlichen Parteien kümmern sich um die Eisenbahner absolut nicht. Ein Schulbeispiel dafür, daß sich niemand um die Arbeiter kümmert, solange die Sozialdemokratie sich nicht ihrer annimmt. Erst in den jüngsten Tagen ist in Wiesbaden wieder einmal einem Arbeiter das Koalitionsrecht verboten worden. Ein Streckenarbeiter sollte fest angestellt werden. Die Eisenbahnschlebe erkundigte sich bei der Polizeibehörde, ob irgend etwas gegen den Mann vorläge. Die Revierpolizei erwiderte, der Mann sei unbestraft, es sei nichts gegen ihn einzuwenden, aber er sei Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Darauf wurde dem Manne sofort von der Behörde mitgeteilt: Leider können wir Sie nicht weiter beschäftigen, Sie sind Mitglied der Sozialdemokratie. So geben Eisenbahnschlebe und Polizei einträchtiglich Hand in Hand. Ein besonders komischer Fall ist in Oberhessen bei Gießen passiert.

Dort sollte ein Streckenarbeiter zum Wärter befördert werden. Diese Beförderung wurde aber von der Behörde abgelehnt, weil der Mann vor 6 Jahren als Schneider an einer Lohnbewegung teilgenommen hat. (Weiterkeit und Hört! Hört!) Da schwebte der Staat also schon in Gefahr. Auch in der Frage der Gewerbeinspektion für die Eisenbahnbetriebe ist Preußen besonders rückständig. Während in Bayern und Württemberg die Minister ihre Betriebe durch die Gewerbeinspektion kontrollieren lassen, hat Preußen vor wenigen Wochen bestimmt, daß die staatlichen Eisenbahnbetriebswerkstätten von der Gewerbeinspektion nicht mehr kontrolliert werden dürften und daß auch im Bericht der Gewerbeinspektoren nichts darüber enthalten sein dürfe. Erst wenn die Sozialdemokratie in den Landtag eingebracht ist, werden die Hunderttausende von Arbeitern in den Staatswerkstätten die Verbesserungen erreichen, die die Arbeiterschaft dank ihrer Organisation in den Privatbetrieben errungen hat und die in Süddeutschland durch die besseren staatlichen Zustände erreicht worden sind. Die ewigen Drohungen Preußens gegen Süddeutschland zeitigen Zustände wie den Fall Schäßlele in Karlsruhe. Dieser Genosse sah in einer Vorortgemeinde und gelangte dann in den Kreisrath Bürgerausschuß. Er wurde von der Behörde mit dem Verlaß seiner Stellung bedroht, wenn er auf das Mandat nicht verzichtete. Das ist preussischer Geist in Baden. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß das Betreiben Preußens, eine Eisenbahnkoalition mit Süddeutschland abzuschließen, im wesentlichen von dem Gedanken hervorgerufen ist, daß der Geist der Organisation sich im Süden bedenklich rührt und nicht vor den preussischen Grenzen Halt macht. Sobald Hessen in die preussische Eisenbahn-gemeinschaft aufgegeben war, wurden die dortigen bestehenden Eisenbahnorganisationen sofort vernichtet. Ich bitte Sie, die Resolution Regien einstimmig anzunehmen. (Bravo.)

#### Brüno-Beuthen

geht auf die Lage der Staatsarbeiter in oberschlesischen Bergwerken ein. Die Löhne sind in den fiskalischen Eruben in Oberschlesien außerordentlich gering. Sie erreichen bei den Arbeitern außer Tage durchschnittlich kaum 2 M. Bei diesen Zuständen war es kein Wunder, daß im August dieses Jahres plötzlich ein wilder Streik in Oberschlesien ausbrach. Ich verwahre mich aber mit aller Entschiedenheit gegen die Behauptung, als ob die Sozialdemokratie die Arbeiter in diesen Streik getrieben habe; wir haben von keinem Ausdruck nichts gewußt. Verwunderlich war es freilich nicht, daß es dazu kam. Die Arbeiter hatten wiederholt petitioniert und alle Wege beschritten, die ihnen die Arbeitsordnung erlaubte, aber man hat sie nicht gehört. Als nun der Streik ausbrach, hat man alles Mögliche getan, um mit Hilfe der katholischen Geistlichkeit den Kampf zu unterdrücken, und es ist ihnen auch gelungen. Die Polizeibehörden haben natürlich ihr redlich Teil dazu beigetragen. Als dann der Kampf beendet war, hat man die Arbeiter in der brutalsten Weise skandalisiert; besonders einige Steiger in der „Königsgrube“ haben sich dabei hervorgetan. In der königlichen Eisenbahnbetriebswerkstätte in Gleiwitz ist eine unerhörte Gefinnungsriederei verbreitet. Ein Agitator der katholischen Fachabteilung ist sogar in die Wohnung eines Arbeiters gegangen, der die „Metallarbeiter-Zeitung“ hielt, und am anderen Tage wurde dem Arbeiter von der Verwaltung vorgehalten, wie er dazu komme, die „Metallarbeiter-Zeitung“ in seiner Wohnung zu halten. (Beifall.) Dann noch ein Wort über die Lage der Rangierer und Streckenarbeiter im Eisenbahnbetriebe. Ihre Arbeitszeit ist eine unerhörte lange, während der Lohn selten 3 M. übersteigt. Wir haben bei der Agitation schwer zu arbeiten gegen den Einfluß der katholischen Geistlichen, aber die unerhörten Zustände werden es doch dahin bringen, daß die Tausende Staatsarbeiter in Oberschlesien eher als mancher glaubt der Sozialdemokratie zugeführt werden. (Bravo!)

#### Wohle-Spandau:

Ich war neun Jahre selbst Staatsarbeiter und bin erst durch jahrelange Skandalisierungen gezwungen, diesen Kustereintrichtungen der Staatswerkstätten den Rücken zu kehren. Aber es gibt viele Arbeiter in den Staatswerkstätten, die das infolge ihrer Verhältnisse nicht können und die mit den Häupten in der Tasche sich die Zustände dort weiter gefallen lassen müssen. Wie groß die Empörung ist, beweist die Stimmengahl, die wir in Spandau im Bereich der Militärwerkstätten bei der letzten Reichstagswahl erhalten haben. Liebknecht erhielt 7108 Stimmen, der „schlichte Mann aus der Werkstatt“, der konservative Abg. Pauli, der sich immer rühmt, für die Staatsarbeiter einzutreten, nur 817 Stimmen. Regien hatte wohl nicht Zeit genug zur Verfügung, um auch noch die Verhältnisse der Arbeiter in den Militärwerkstätten zu beleuchten. Ich habe hier eine Lohnordnung aus den Werkstätten. Da heißt es z. B.: Es werden zur Arbeit nur deutsche Reichsangehörige zugelassen, welche sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und sich in ihren bisherigen Lebensverhältnissen achthab geföhrt haben. Die deutsche Nationalität derselben muß zweifellos nachgewiesen werden. Abgesehen von diesen Vorschriften wird aber in der Praxis von den Arbeitern verlangt, daß sie ein polizeiliches Führungsattest mitbringen. Ja, in den letzten Tagen sprach ich einen Arbeiter, der bei seiner Einstellung in der Armer-Konfervenfabrik in Hahnsdorf noch vom Oberbürgermeister in Spandau eine Verweisung über sein bisheriges Betragen in Spandau hatte beibringen müssen. Ueber das Verhalten der Arbeiter untereinander und zu den Vorgesetzten werden dann in dieser Lohnordnung die ausführlichsten Vorschriften gegeben, und es fehlte bloß noch, daß man den Arbeitern vorschreibt, vor ihren Vorgesetzten stumm zu stehen. Und wie steht es mit den Löhnen? Ein Arbeiter, der 1888 mit einem Lohn von 4.75 M. angestellt ist, hat im Laufe von 7 Jahren im ganzen 105 M. Zulage bekommen. Bei den Wahlen werden die Arbeiter mit allen Mitteln beeinflusst, für die bürgerlichen Kandidaten, die sogenannten Arbeiterkandidaten, die aus ihren Betrieben genommen werden, zu agitieren und zu stimmen. Wer einen Sozialdemokraten wählt, wird entlassen, ebenso derjenige, der gar nicht stimmt. Wenn wir die Staatsarbeiter aufklären wollen, so sollte man uns auch die Mittel dazu geben. Auf der Provinzialkonferenz aber hat man unsere Forderungen eines Kreisblattes für Spandau mit dem Hinweis auf den „Vorwärts“ und die „Brandenburger Zeitung“ abgelehnt.

Es ist ein Antrag Kahrenstein eingegangen, im letzten Abfah der ersten Seite der Resolution Zeile 6 hinter „Koalition“ einzufügen: „der gewerkschaftlichen Organisation“.

(Fortsetzung in der 3. Beilage.)

#### Verfammlungen.

Der Zentralverband der Töpfer hatte am Freitagabend eine Vertrauensmännerversammlung einberufen. A. A. R. R. R. hielt zuerst einen Vortrag über „die bevorstehende Krise in der Industrie“. Dann lenkte der Vorsitzende Segawa die Aufmerksamkeit der Vertrauensmänner auf verschiedene Dinge in der Organisation, für die sie mehr als bisher in ihrer Eigenschaft als Vertrauensmänner eintreten müßten. Es gilt unter anderem, daß die Kontrollstation ausgiebig von den Verbandsmitgliedern in Anspruch genommen wird, um freis über die Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Bläsen unterrichtet zu sein. Manche Mitglieder sind in der Zahlung von Beiträgen zu lässig, andere haben noch Darlehen zurückzugeben. Wenn Zweifel über den Tarif irgendwo bestehen, sollte man sofort im Verbandsbureau anfragen. Jeder Vertrauensmann hat Aufgaben zu erfüllen, die von Wichtigkeit für die Organisation sind und er sollte sich nur dann von seinen Kollegen wahlen lassen, wenn er mit Ernst und Eifer diese Aufgaben erfüllen will. Eine Reihe von Beschwerden wurde von einzelnen Bläsen vorgebracht; einige Redner machten darauf aufmerksam, daß auf die zurückgehenden Acht zu geben sei; jeder müsse dafür eintreten, daß die Mitarbeiter der Organisation sich anfühlen und ihre Pflichten gegen den Verband in vollem Maße erfüllen. Gerade in schlechten Zeiten ist es doppelt wichtig, die Verbandsmitglieder zusammenzuhalten.

Parteitag der preussischen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

Brüder-Verein:

In einer ganzen Reihe von Eisenbahndirektionsbezirken werden den Streckenwärttern und Schrankenwärttern Tagelöhne von 1,50, 1,75, 2 M. usw. gezahlt. Leider sagt man bei der Zahlung derartiger Löhne den Arbeitern nicht, wie sie mit ihrer Familie damit auskommen. Arbeiter in den Forstweirtschaften, die auch nur im Gerüche stehen, mit Sozialdemokraten bei der Landagitation in Verbindung getreten zu sein, werden ohne weiteres entlassen. In Jech wurde vor kurzem eine Zahlstelle des Verbandes der freien Gastwirte gebildet, und bald darauf wurde den Arbeitern der Post- und Eisenbahnbehörde durch Anschlag verboten, bestimmte, namentlich aufgeführte Lokale zu besuchen. Es ist klar, daß die Eisenbahndirektion und die Postbehörde die Namen der Gastwirte, die sich der freien Vereinigung angeschlossen hatten, nur von der Polizei haben können. Es heißt in diesem Anschlag, daß, wenn die Arbeiter in einem solchen Lokale getroffen werden, das erste Mal eine Verwarnung erfolgt, daß sie aber das zweite Mal unnachlässiglich entlassen werden. Als Minister Sudde verstorben war, fiel die Weerdigungsfeier zufällig auf den 1. Mai. Da bekamen die Eisenbahnarbeiter Berlins frei, um an der Weerdigung teilzunehmen. Damit sie aber gar nicht etwa mit den 1. Mai feiernden Arbeitern in Verührung kämen, wurde ihnen nur ein Urlaub gewährt von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr. (Hört! hört!) Wenn das in Berlin möglich ist, so ist anzunehmen, daß es in kleinen Städten noch weit schärfer zugeht. Die Arbeiter in den Staatswerkstätten zu gewinnen, sollte die Sozialdemokratie ebenso wie die Organisation der Landarbeiter als eine ihrer nächsten Aufgaben für die Zukunft betrachten. Er fragt sich daher, ob es nicht angebracht ist, die Rede des Genossen Legien, die so viel wertvolles Material gebracht hat, besonders drucken zu lassen und unter den Arbeitern der Staatswerkstätten zur Verteilung zu bringen. (Bravo!) Güttern wir unter diesen Arbeitern, weisen wir sie darauf hin, daß kein Sozialdemokrat im Landtage sitzt, der diese Verhältnisse an den Schandpfahl bringen kann. Dann wird es in den Reihen der Staatsarbeiter auch allmählich dümmern, und sie werden bei der geheimen Abstimmung für uns zu haben sein. (Bravo!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, gegen den Rakenstein spricht, wird angenommen.

Legien (Schlußwort):

Ich möchte zunächst einen Wunsch des Genossen Wurm erfüllen. Er wolle darauf hinweisen, daß zu den reinen Ueberprüfungen, die im amtlichen Bericht ausgerechnet sind, noch die Abschreibungen und Neuanfassungen von Material als Mehrwert hinzukommen müßten. Das weiß ich natürlich auch. Ich habe nur die Sache so kurz und deutlich wie möglich dargestellt, um meine Ausführungen zur Verbreitung unter den Staatsarbeitern geeignet zu machen. Der Vorwurf des Genossen Wölke war unbedeutend. Er hat offenbar überhört, daß ich eingangs meiner Ausführungen ausdrücklich erklärte, ich würde ausschließlich auf die Verhältnisse in den preussischen Staatsbetrieben eingehen, die Erwerbszwecke verfolgen. Die Militärwerkstätten unterliegen dem preussischen Kriegsminister, der uns im Reichstage über Lohnhöhe und Arbeitszeitdauer Bericht erstattet, so daß wir in der Lage sind, im Reichstage über diese Dinge zu sprechen. Die Art, wie wir unter diesen Staatsarbeitern agieren, kann Genosse Wölke den in Betracht kommenden Organisationen überlassen. Das Amendement Rakenstein halte ich für überflüssig. Ich fordere Gewährung des Koalitionsrechtes für Staatsarbeiter, und darin ist natürlich die unbeschränkte Teilnahme an Konsumvereinen inbegriffen. Wollen Sie ihm aber zustimmen, ich habe nichts dagegen.

In der Abstimmung wird hierauf nach Ablehnung des Antrags Rakenstein die Resolution Legien unverändert angenommen. Ebenso wird der Antrag Brüdner, die Rede Legiens als Broschüre zu drucken und unter den Staatsarbeitern zur Verteilung zu bringen, angenommen.

Es folgt der Tagesordnungspunkt 5:

Selbstverwaltung und Gemeinde.

Hierzu liegen vor die Resolution 18 und die Anträge 15 und 17. Der Kampf um die Selbstverwaltung der Gemeinden kann nicht geführt werden losgelöst von dem allgemeinen Befreiungskampf des Proletariats. Voraussetzung der kommunalen Selbstverwaltung ist ein den Forderungen der sozialdemokratischen Partei entsprechendes Kommunalrecht, die Erlangung dieses Rechtes aber wiederum hat zur Voraussetzung eine demokratische Staatsverfassung.

Durchführung von der Notwendigkeit, den Gemeindevertretungen die Erfüllung ihrer Aufgaben insbesondere auf sozialpolitischen Gebieten zu ermöglichen, macht der preussische Parteitag es den Genossen zur Pflicht, in dem bevorstehenden Wahlrechtskampf auch die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Gemeindevahlrechtes für alle über 20 Jahre alten Gemeindeglieder ohne Unterschied des Geschlechts, und der Aufhebung aller die Befugnisse der Gemeinden einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen zu propagieren. Paul Hirsch.

Antrag 15. Die Genossinnen von Groß-Berlin:

1. Der zweite preussische Parteitag möge beschließen: In den Gemeindevertretungen sind durch unsere Genossen unverzüglich Anträge zu stellen zur Errichtung von Krippen und Kindergärten durch die Gemeinden. Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, in eine rege Agitation dafür einzutreten.

2. Zu den Gemeindevertretungen ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe auch für die Frauen zu fordern.

Generell fordern wir, daß die Genossen in den Stadtverwaltungen schon jetzt mit allem Nachdruck eintreten für die Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern.

Antrag 17. Genossen von Augsburg:

Die Landeskommission wird beauftragt, die Herausgabe einer Schrift zu veranlassen, in der vorwiegend die Geschichte und Entwicklung der preussischen Städteordnungen geschildert wird.

Referent zu diesem Punkt der Tagesordnung ist Genosse Paul Hirsch, der in vorzüglicher Weise die Eingriffe der verschiedenen Behörden in die Selbstverwaltung der Gemeinden illustrierte. Die Wiedergabe des Referates mußten wir leider wegen Raummangel für die nächste Nummer des Blattes zurücklassen.

In der Diskussion erhält das Wort

Frau Wehl-Berlin:

Wenn wir Ihnen unseren Antrag betreffend Kinder und Kindergärten wieder in Erinnerung bringen, so geschieht es, weil leider bis heute von den Parteigenossen in dieser Beziehung noch nichts geschehen ist. Wir wissen wohl, wie schwer es für die Genossen in den Stadtparlamenten ist, diese Frage in Angriff zu nehmen, aber sie liegt uns natürlich am Herzen. Die Schaffung von Kindergärten ist die logische Folge der Säuglingsfürsorge. Wir müssen dafür sorgen, daß die kleinen Kinder, wenn die Mutter zur Arbeit geht, nicht ohne Aufsicht bleiben oder zu schlechten Kindern kommen. Heute haben wir Krippen in großen Städten einfach im Anschluß an Kirchgemeinden, die natürlich in erster Linie die Kinder ihrer Gemeinde beschäftigen. Unsere Arbeiterfrauen wollen aber kein Gnadenbrot. Die Gesellschaft, die sie zwingt, für das tägliche Brot zu arbeiten, ist auch verpflichtet, dafür

zu sorgen, daß ihre Kinder gut untergebracht werden. Die Berliner Stadtgemeinde gibt circa 30 000 M. an diverse bürgerliche Vereine zur Pflege der Kindergärten. Diese werden aber nicht nach unseren pädagogischen Grundgedanken geleitet, wie wir sie in der Rheinheimer Resolution niedergelegt haben. Was die Gemeinden für Kindergärten ausgeben, sparen sie an Ausgaben für Krankenhäuser, Siechenhäuser, Gefängnisse. Die jugendlichen Verbrecher stammen zum überwiegenden Teile aus Kindern, die in den ersten Jahren mangelhaft beaufsichtigt wurden. Nachahmervort ist das Beispiel der Charlottenburger Genossen, die Elternvereine gegründet haben, um den Eltern Rat zu machen, wie sie sich mit Erziehungsfragen beschäftigen sollen. — Neben dem Wahlrecht der Frauen, das immer wieder in Erinnerung gebracht werden muß, fordern wir die Zulassung der Frau zur Waisen- und Armenverwaltung. Die Berliner freiwirtschaftlichen Arbeitervereine waren bis vor kurzem noch der Meinung, Frauen wären in der Armenpflege nicht am Platze, sie bräuchten viel Herz mit. Das wollen wir auch. (Sehr gut!) Ich bin der Meinung, die Frauen sind die geborenen Armen- und Waisenspflegerinnen. Die Männer lassen sich zu leicht blenden, wenn noch irgendwelche Ordnung in Haushalte ist, während es gerade in solchen Fällen gilt, eingzugreifen, um die armen Frauen vor gänglicher Verwahrlosung zu bewahren. Als dann Frauen zur Armenverwaltung zugezogen wurden, hat man bald den Wert ihrer Arbeit erkannt. Auf den Ton in den Sitzungen der Armenpfleger haben die Frauen sogar erzieherisch gewirkt. Ebenso wichtig ist die Mitwirkung der Frau bei der Waisenverwaltung. Ein Mann weiß ja gar nicht, was den Kindern, namentlich den Säuglingen alles not tut. Aber die Frauen müssen da nicht nur Recherchen zu machen haben, sondern wo die geeigneten Persönlichkeiten vorhanden sind, muß ihnen auch Selbständigkeit gegeben werden und müssen ihnen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Für uns Frauen sind diese Fragen ja viel wichtiger als für Sie, denn es handelt sich hierbei um das Wohl der Kinder. Ich bitte Sie, unsere Anträge den Genossen, die in den Kommunen tätig sind, als Material zu überweisen, und wir hoffen, daß diese Genossen unsere Anregungen recht sehr beherzigen werden. (Lebhafte Beifall.)

Schebs-Bunzlau:

Es ist bedauerlich, daß wir der vorgerückten Zeit wegen uns mit diesem wichtigen Thema nicht mehr eingehend beschäftigen können. Mit Recht hat der Referent auf das Verhalten der freisinnigen hingewiesen; denn die Freisinnigen sind Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Gemeindevahlrechtes. Wir hat kürzlich ein freisinniger Führer gesagt: „Wollen Sie denn die rohe Gewalt, die brutale Macht in den Städten herrschen lassen?“ (Hört! hört!) Man wirft uns immer vor, daß wir keine praktische Arbeit leisten, aber in den Gemeinden verdingert man uns daran. Leider läßt die Agitation für die Stadtverordnetenwahlen noch viel zu wünschen übrig. Wir haben in Schlesien Städte, wo die Genossen sich nicht an der Wahl beteiligen, weil sie kein Bürgerrecht bezahlen wollen. Aber wir müssen unsere Genossen dazu erziehen, daß sie dies Opfer bringen (Sehr richtig!), damit sie von ihrem Wahlrechtsgebrauch machen können. Bei angelegentlich Wahl wird es möglich sein, in vielen Städten die ganze dritte Klasse zu erobern. Ich beantrage, der Resolution Hirsch hinzuzufügen:

„Der Parteitag möge es den Parteigenossen an allen Orten, wo es irgend möglich ist, zur Pflicht, für die Stadtverordnetenwahlen zu agitieren und sich durch Aufstellung eigener Kandidaten an den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen.“

Friedländer-Berlin beantragt, die Debatte zu schließen. Er bemerkt, daß er diesen Antrag mit Rücksicht auf die Bedeutung der Sache schweren Herzens stelle, aber die Geschäftsliste erfordere es. Der Schlußantrag wird, nachdem Haupt-Ragdeburg dagegen gesprochen, angenommen.

Referent Hirsch verzichtet auf das Schlußwort.

Die Resolution Hirsch gelangt mit dem Amendement Schebs zur Annahme.

Die Anträge 15 und 17 werden den sozialdemokratischen Gemeindevertretern mit der Aufforderung überwiesen, denselben kräftig nachzukommen.

Singer teilt mit, daß folgende Resolution Sieh und Genossen eingegangen ist:

„Der preussische Parteitag hat mit Empörung davon Kenntnis genommen, daß gegen den, seine Festungsstrafe verbüßenden Genossen Liebnecht ein Verfahren eingeleitet ist, um ihm die fernere Ausübung seines Berufes unmöglich zu machen und seine Existenz zu vernichten. Dieses Verfahren ist um so verwerflicher, als selbst das Reichsgericht die ehrenhafte Befinnung des Genossen Liebnecht bei Abfassung seiner angeblich hochbeträgerischen Schrift anerkannt hat.“

Der Parteitag beantwortet dieses Vorgehen mit dem Gelöbniß, den Kampf gegen die kapitalistische Ordnung unverzüglich weiterzuführen und insbesondere nicht in dem Bestreben zu erlahmen, im Sinne und Geiste des Beschlusses des internationalen Kongresses zu Stuttgart, durch rücksichtslose Aufklärung über das Wesen und den Zweck des Militarismus diesen als Werkzeug der Klassenherrschaft im Kampfe gegen den inneren Feind unbrauchbar zu machen.

Dem Genossen Liebnecht beifolgt der preussische Parteitag seine Anerkennung und Sympathie für die aufopfernde und mutige Entschlossenheit, mit dem er vor dem Reichsgericht den Standpunkt der Sozialdemokratie und damit das Interesse des Proletariats vertrete hat.“

Frau Sieh-Hamburg:

Als das Hochverratsverfahren gegen Liebnecht eingeleitet wurde und später seine Verurteilung erfolgte, ging ein Schrei der Empörung durch die Reihen des Klassenbewußten Proletariats. Ein nicht minder lauter Schrei geht jetzt durch die Reihen, wo man sich nicht begnügt, Liebnecht auf 1½ Jahre auf die Festung geschickt und seiner Freiheit beraubt zu haben, sondern wo man ihm auch noch seine wirtschaftliche Existenz nehmen will. Sie alle sind gewiß mit mir der Ueberzeugung, daß Liebnecht auch diesen Kampf mit demselben Mut, derselben Entschlossenheit und getragen von derselben hohen Auffassung durchzuführen wird, wie er den ersten Kampf durchgeföhrt hat. (Lebhafte Beifall.) Sie werden weiter mit mir der Ueberzeugung sein, daß, so sehr man auch Liebnecht als Person treffen kann, man der Sozialdemokratie doch keinen Schaden zufügt. Hatte man die Aufsicht, durch den Prozeß gegen Liebnecht ihm jede Kritik an dem Militarismus zu unterbinden, so ist in Wirklichkeit durch seine Verurteilung die beste Propaganda gegen den Militarismus gemacht worden. (Sehr richtig!) Die Broschüre über die Verhandlungen wird ein ganz vorzügliches Agitationsmittel abgeben; sie wird die Massen aufklären über das Wesen des Militarismus, das heute als Unterdrückungsinstrument gegen das Proletariat gebraucht worden soll. Man hat es in bürgerlichen Kreisen so dargestellt, als ob juristische Bedenken die Herausgabe der Broschüre verzögert hätten. Wenn juristische Bedenken aufgetaucht sind, so nicht in unseren Reihen, sondern in den Reihen unserer Gegner. Die Broschüre wird außerordentlich viel zur Aufklärung beitragen. (Sehr richtig!) Wir können nichts Besseres tun, als zu erklären: Wir wollen unsere ganze Kraft anwenden, um noch weit mehr als bisher in dieser Richtung tätig zu sein und zu wirken, wie wir unseren Standpunkt präzisierter haben zum letzten Male auf dem internationalen Kongress in Stuttgart, wo Nipp und Har ausgesprochen ist, wie die Sozialdemokratie zum Militarismus, zu dem völkermörderischen Kriege steht und was sie zu tun gedenkt, um dem entgegenzutreten. Rechnen Sie die Resolution an und wirken Sie in Ihrem Sinne! Wenn wir dafür sorgen, daß in jedem Proletariat, männlich oder weiblich, ein Agitator entsteht, der die Massen nicht nur über den Kapitalismus, sondern auch über seinen Zwilling Bruder, den Militarismus, aufklärt, so haben wir das getan, was Liebnecht hat tun wollen. Ich bitte Sie, daß Sie Liebnecht, der in so tapferer,

mutiger und charaktervoller Weise den Standpunkt der Sozialdemokratie vor dem Reichsgericht vertreten hat, die Sympathie erklären. Das ist das wenigste, was wir ihm schuldig sind. (Lebhafte Beifall.)

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Singer:

Ich konstatiere dieses Resultat und ich füge hinzu, daß ich überzeugt bin, die Resolution wird Widerhall in den Millionen der deutschen und ausländischen Sozialdemokraten finden. (Lebhafte Beifall.) Das, was der preussische Parteitag, der erste Parteitag, der seit der Verurteilung Liebnechts zusammentritt, ausgesprochen hat, dieser flammende Protest dagegen, daß es in der bürgerlichen Gesellschaft verwehrt wird, öffentlich die Institutionen zur Befestigung der Klassenherrschaft zu kritisieren; ich sage, dieser flammende Protest wird überall Widerhall finden, wo in der Welt Herzen für Freiheit und Recht des Bürgers schlagen. (Lebhafte Beifall.) Und wenn wir Liebnecht durch Annahme der Resolution Anerkennung und Sympathie aussprechen für sein mutiges Verhalten, so geschieht das im wesentlichen aus demselben Grund, weil wir in ihm, der diesen Kampf so tapfer und selbstlos geführt hat, den Vorboten erblicken, und weil wir glauben, daß durch seine Tätigkeit und die damit verbundenen weiteren Erscheinungen, die Saat, die er ausgestreut hat, im Sinne der Sozialdemokratie aufgehen wird und daß die deutsche Sozialdemokratie sich als den Feind des heutigen Militärsystems, als den sie sich immer bekannt hat, auch für die Folge bekennen wird, trotz Reichsgericht, trotz Festung und trotz Entziehung des Berufs. (Stürmischer Beifall.)

Die Geschäftsliste des Parteitages sind erledigt.

Singer:

Genossen, ich glaube, in Ihrer aller Namen zu handeln, wenn ich für den Parteitag den Berliner Genossen, die die mühevollen Arbeit geleistet haben, unseren besten Dank ausspreche, zugleich auch dafür, daß sie den preussischen Delegierten Gelegenheit gegeben haben, die „Geschichte der Berliner Sozialdemokratie“ kennen zu lernen. (Lebhafte, allseitiger Beifall.) Unsere Verhandlungen haben wichtige und aktuelle Gegenstände behandelt. Wenn wir auf diesem Parteitag, meiner Erinnerung nach, zum ersten Male eingehend über die Lage der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter gesprochen haben, so geschah es nicht nur, um uns aufzurütteln, sondern auch in der Hoffnung, daß durch eine wahrheitsgetreue, nicht übertriebene, in jedem Punkte mit Beweisen verbundene Darstellung der Lohnflaure in den Staatsbetrieben die Staatsarbeiter selber aufgerüttelt werden, um sich ihre Menschenrechte zu erkämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Staatsarbeiter müssen sich bewusst werden, daß, wenn sie ernsthaft entschlossen sind, Schulter an Schulter ihre wirtschaftliche Macht zum Ausdruck zu bringen, keine Gewalt der Erde, keine Regierung und kein Berufsamt ihnen hindernd in den Weg treten kann. (Lebhafte Zustimmung.)

In dem Maße, wie die Staatsarbeiter sich bemüht werden in ihrer großen Mehrzahl, daß sie nur ihr Recht vertreten, werden die Maßregelungen der Arbeiter in den Staatsbetrieben machlos. Die Staatswerkstätten können Duzende von Arbeitern entlassen, alle Staatsarbeiter können sie nicht entlassen. (Sehr richtig!) Und darin liegt die Macht der Staatsarbeiter, wenn sie sich den Organisationen anschließen und unter dem Schutz der Organisation ihre wirtschaftlichen Rechte beanspruchen. (Lebhafte Zustimmung.) Das war der Grund, warum ich Referat auf diesem Parteitage gehalten wurde, und ich habe mit dem Referenten in der Hoffnung, daß von jetzt ab auch die Staatsarbeiter die Rechte in Anspruch nehmen werden, welche ihnen als Staatsbürger Preußens zustehen. (Sehr gut!)

Das Referat, das wir über die

Gemeinde- und Selbstverwaltung

gehört haben, hat, wie die kurze Diskussion gezeigt hat, außerordentlich große Bedeutung. Wenn auch im Rahmen dieser heutigen Verhandlungen das Thema nicht vollkommen erschöpft werden konnte, so geht doch aus der Aufnahme des Referats auf diesem Parteitage hervor, daß die preussischen Genossen, soweit sie als Delegierte hier anwesend sind, und ich bin überzeugt, daß diese Empfindung von den nichtanwesenden preussischen Genossen geteilt wird, durchdrungen sind von der Notwendigkeit, die sozialdemokratischen Forderungen mehr wie bisher und so stark wie möglich in den Gemeindeverwaltungen zur Vertretung zu bringen. Die Sozialdemokratie hat die große Aufgabe, mit den bereiteten Zuständen, die in den Gemeindeverwaltungen durch die reaktionären Städteordnungen bestehen, aufzuräumen. Dazu gehört das Hausbesitzerprivileg und vor allem das Dreiklassenwahlsystem. Diese Wälle zu stürmen, ist unsere Aufgabe in der Gemeindeverwaltung. Und gerade im Augenblick haben unsere sozialdemokratischen Gemeindevertreter eine besonders aktuelle Aufgabe. Sie müssen in ganz Preußen, wo es irgend geht, im Hinblick auf die wirtschaftliche Not und die Krisis die hereinzubrechende droht, vorbeugende Maßregeln treffen. Wir haben, wie Sie wohl schon gelesen haben, gestern in der Reichstagsfraktion beschlossen, im Reichstage eine Interpellation einzubringen, die sich mit der Verteuerung der Lebensmittel und der Kosten beschäftigt. In diesem Sinne, wenn auch nicht auf dem Wege der Interpellation, aber jedenfalls zur möglichen Verringerung der durch diese wirtschaftliche Notlage über das Proletariat hereinbrechenden Zustände müssen auch unsere Gemeindevertreter jetzt eingreifen. Es muß dafür gesorgt werden, von unseren Vertretern, daß überall da, wo es irgend möglich ist, Anträge gestellt werden auf Vereinfachung von Notstandsarbeiten. Mir ist mitgeteilt worden, daß wir in Berlin jetzt ungefähr 30 000 Arbeitslose haben (Hört! hört!), die die Arbeitsnadauseweisse stürmen, um Arbeit selbst zu den niedrigsten Löhnen zu finden. Mit der immer größeren Verteuerung der Lebensmittel, mit den fast unerträglichen Preisen des Brennmaterials usw. werden die Verhältnisse immer schlimmer werden. Aufgabe der Gemeinden ist es, nach Kräften dafür zu sorgen, daß diese arbeitslosen Mitglieder in die Lage versetzt werden, nicht der Armenverwaltung anheim zu fallen (Sehr richtig!), sondern sich durch ihre eigene Arbeit über die Notlage hinwegzuhelfen. (Bravo!) Wir werden bei dieser Gelegenheit wieder die Probe auf das Exempel machen, ob die soziale Fürsorge, deren sich die Gemeinden rühmen, in der Tat wascheit ist und ob sie soweit geht, diesen aktuellen Notstand, soweit ihre Kräfte reichen, wenigstens zu mildern.

Wir haben uns auf diesem Parteitage

eine Landesorganisation

geschaffen. Ich will auf die Einzelheiten nicht mehr eingehen, sondern nur betonen, daß wir mit voller Zueversicht der Ueberzeugung sind, daß auch diese neue Organisation uns eine neue Waffe sein wird im Kampfe des Proletariats für seine Befreiung. Die Organisation, die wir uns geschaffen haben — nach meiner Ueberzeugung in der allein richtigen Form — wird zu einer Kräftigung der preussischen Sozialdemokratie führen; die Agitationsfähigkeit, die Schlagfähigkeit der preussischen Sozialdemokratie wird dadurch, daß ihrer Organisation jetzt eine einheitliche Form gegeben ist, bedeutend vermehrt werden. (Bravo!) Ich will die Hoffnung aussprechen, daß bei dem nächsten preussischen Parteitage auch die Zweifel an der Richtigkeit der Art der Organisation werden zugehen müssen, daß diese Landesorganisation ihre Schuldtaxe getan hat, daß sie die Hoffnungen, die allseitig auf sie gesetzt werden, erfüllt hat. Es ist in der Debatte hervorgehoben worden und ich schließe mich dem an, daß es nicht darauf ankommt, wie die Organisation auf dem Papier aussieht, sondern die Hauptsache ist der lebendige Geist, die Latkraft, die Energie, die Entschlossenheit, den Feind zu schlagen, von dem eine solche Organisation berechtigt sein muß, wenn sie erfolgreich sein soll. (Lebhafte Beifall.) Deswegen grämen wir uns nicht über die Fassung einzelner Para-

graphen, sondern bemühen wir diese Waffe mit derselben Kraft und Geschlossenheit, wie wir bisher unser Organisationsstatut für Deutschland benutzt haben zum Wohle der Partei. (Bravo.)

Wahrscheinlich werden sich unsere Verhandlungen von der Wahlrechtsfrage.

Wie konnte es auch anders sein! Alles das, was die Sozialdemokratie an Reformen auf den verschiedensten Gebieten zu erreichen hat, alles was sie an die bürgerliche Gesellschaft an Anforderungen stellt, findet in Preußen zunächst noch an dem elenden Dreiklassenwahlrecht einen Widerstand, der hinweggeräumt werden muß, bevor man an diese Reformen gehen kann. Die Schmach des Dreiklassenwahlrechts, welche den preussischen Staatsangehörigen, soweit sie Wähler der III. Abteilung sind, also nicht auf dem Goldfuß stehen, so weit sie dem Mittelstand angehören, zugemutet wird, muß gebrochen, sollte es, was es wolle. (Lebhaftes Bravo!) Das Dreiklassenwahlrecht muß in Preußen beseitigt werden, und auch dabei kommt es nicht darauf an, jetzt mit der Feder in der Hand aufzuschreiben, wie man den Kampf führen will, nicht darauf, bis in die letzten Konsequenzen sich das Bild des Kampfes vorzuführen — nein, die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer Taktik immer noch den einzig vernünftigen Plan gehandelt: die Kampfstatistik muß immer aus der augenblicklichen Situation heraus geboren werden. (Sehr richtig!) So werden wir auch kämpfen gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen für die Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach unserer Programmforderung. Die wechselnde Situation wird wechselnde Kampfmethoden bringen; der Wert unserer Beschlüsse besteht darin, daß auch dieser Parteitag die unerwähnte Entscheidung ausgesprochen hat, alle ihm zu Gebote stehenden, alle anwendbaren, alle Erfolg versprechenden Mittel zu benutzen, um den Widerstand der Reaktion gegen das allgemeine Wahlrecht zu brechen. (Sehr richtig!) In dem Beschlusse, den wir gefaßt haben, liegt gleichzeitig das Gelöbniß und die Erkenntnis, daß dieser Kampf nicht ohne schwere Opfer zu führen ist. Wir wissen, was es bedeutet, wenn der Hauptteil der Reaktion in Preußen erstürmt werden soll und wir wissen, daß unsere Feinde sich nicht widerstandslos von diesem privilegierten Rotten abdrängen lassen werden. Aber wir wissen eben auch, daß in der Nacht der Tatsachen die Stärke der sozialdemokratischen Partei liegt. Mag der Kampf Opfer kosten, so schlimm und bedauerlich das sein mag, aufhören wird dieser Kampf nicht eher, als bis die Siegesfahne über den zertrümmerten Nationalen des schmachvollen Dreiklassenwahlrechts aufgezogen ist. (Stürmischer Beifall.) Ich glaube kaum nötig zu haben, an die Delegierten das Ersuchen zu richten, im Sinne der hier gefaßten Beschlüsse mit aller Energie in ihren einzelnen Wahlkreisen zu wirken. Lassen Sie als erstes Erfordernis zu dem herrlichen Ausgang des Kampfes und die Wohnung zum letzten Bienen: Organisiert! Organisiert! und Organisiert! zum dritten Male! (Bravo!) Die Organisation muß uns die Adressen stellen im Kampfe. Vor allem ist die Zusammenfassung der Arbeiterklasse nötig, Hand in Hand mit der Zusammenfassung geht dann die Aufklärung, die Belehrung, die Revolutionierung der Köpfe. Es gilt, die Köpfe und Herzen empfänglich zu machen für den großen Kampf, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, was ein Lohn beim Siege dem Proletariat winkt. Dieser Aufgabe haben wir uns zur Verfügung zu stellen; daß sie erfüllt wird, dafür bürgt die Entschlossenheit, der Kampfesmut, die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes, der die deutsche, wie in ihr die preussische Sozialdemokratie befeuert. Unser Organisationsstatut basiert darauf, daß wir nicht getrennt marschieren, nicht preussische Politik allein machen, sondern indem sich das Statut dem deutschen Statut angeschlossen hat, zwingt es die preussischen Parteigenossen, bereit mit der deutschen Partei den Kampf zu führen, der nicht nur für Preußen, sondern, wie mit Recht betont worden ist, für ganz Deutschland von hoher Bedeutung ist. Der ganze Kampf muß zusammengefaßt werden in die Worte: Nieder mit der preussischen Reaktion, nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht, nieder mit dem Herrenhause, her mit einem Wahlsystem, das der breiten Masse der Bevölkerung, die alle Werte und allen Wohlstand schafft, die ihr zukommenden Rechte gibt. In diesem Entschlusse lassen Sie uns wie immer am Ende unserer Verhandlungen auch heute auseinandergehen mit dem Gelöbniß, im Sinne der sozialdemokratischen Forderung Mann für Mann weiter zu kämpfen. Hoffen wir dies Gelöbniß in dem Ruf zusammen: Die deutsche Sozialdemokratie, die preussische Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten haben sich erhoben und stimmen begeistert in die Hochrufe dreimal ein und singen die ersten beiden Verse der Arbeitermarseillaise, deren zweiter Vers beginnt: Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir liegen. Nun wohnen!

## Soziales.

### Zum Kampf gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Den Lesern wird die Amidsetzung des Weihenstepfer Krankenkassenverbandes durch Dr. Rabe und die daraus entstehenden Konflikte noch in Erinnerung sein. Der Streit eskalierte die Bürgerchaft soweit, daß seit dem Jahresfeste Dr. Rabe seines Amtes als befristeter Schlichter entlassen und ein Verfahren auf Dienstentlassung gegen ihn schwebt. Nach und nach wird das Geschehene seines Vorgehens auch von den zuständigen Gerichten bestätigt. Nachstehend veröffentlichen wir ein kürzlich ergangenes Urteil des Bezirksausschusses in seinem Wortlaut, das unsere Ansicht bestätigt. Nach Dr. Rabes freier Meinung war der Restaurateur Content kein „Arbeitgeber“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. Deshalb entlohnte er ihn ohne weiteres vom Amt als zweiter Vorsitzender der Krankenkasse. Der Vorstand beantragte diese Maßregel als nicht zu Recht bestehend. Es erging eine zweite Verfügung der Aufsichtsbehörde resp. von Dr. Rabe, welche mit Zwangsmitteln drohte. Beide Parteien, Content und Krankenkassenverband, beschritten den Weg des Verwaltungsstreitverfahrens, auf dem jetzt folgender Entscheid gefaßt ist, der die Sach- und Rechtslage wiedergibt:

„In der Verwaltungsstreitsache I. des Vorstandes der Ortskrankenkasse in Weihenstepfer, 2. des Restaurateurs Franz Content in Weihenstepfer, Kläger, wider den Gemeindevorstand in Weihenstepfer, Beklagten, hat der Bezirksausschuss zu Potsdam in der Sitzung vom 22. Oktober 1907 ohne mündliche Verhandlung entschieden: Die an die Kläger gerichteten Verfügungen des Beklagten vom 20. Januar und 10. Februar 1906 werden, soweit sie die Wahl des Restaurateurs Content in Weihenstepfer, Kläger zu 2., zum Mitgliede des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gemeindebezirk Weihenstepfer betreffen, aufgehoben. Die Kosten werden unter Festsetzung des Betrages des Streitgegenstandes auf 100 M. dem Beklagten zur Last gelegt. Das Hauptquantum bleibt außer Ansatz.“

### Gründe.

Nach §§ 31 und 33 des Krankenversicherungsgesetzes haben Arbeitgeber, welche für die von ihnen beschäftigten Mitglieder einer Ortskrankenkasse an diese Beiträge aus eigenen Mitteln zu zahlen verpflichtet sind, Anspruch auf Vertretung im Vorstande und der Generalversammlung der Kasse — und zwar ist die Vertretung nach dem Verhältnis der von den Arbeitgebern aus eigenen Mitteln zu zahlenden Beiträge zu dem Gesamtbeitrage der Beiträge zu bemessen, mit der Einschränkung, daß mehr als ein Drittel der Stimmen den Arbeitgebern weder in der Generalversammlung noch im Vorstande eingeräumt werden. Die Wahlen der Generalversammlung zum Vorstande werden getrennt von den Arbeitgebern und Kassenmitgliedern vorgenommen. Nach § 33a a. a. O. sind die Arbeitgeber berechtigt, zu Mitgliedern des Vorstandes Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu den Beiträgen verpflichteter Arbeitgeber zu wählen. Nach § 45 a. a. O. überwacht die Aufsichtsbehörde die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften und kann dieselbe durch Androhung, Festsetzung und Vollstreckung von Ordnungsgeldstrafen gegen die Mitglieder des Vorstandes erzwingen. Sie kann insbesondere Wahlen, welche im Widerspruch mit dem Gesetz oder Statut erfolgt sind, für ungültig erklären.

Die von der Aufsichtsbehörde zu diesem Zweck getroffenen Anordnungen können vom Vorstande oder der Generalversammlung der Kasse oder von dem durch die Anordnung betroffenen Vorstandsmitgliede binnen vier Wochen nach der Zustellung im Verwaltungsstreitverfahren bei dem Bezirksausschuss angefochten werden, sofern die Ansetzung darauf gestützt wird, daß die getroffene Anordnung rechtlich nicht begründet und die Kasse oder das Vorstandsmitglied durch die Anordnung in seinem Rechte verletzt oder mit einer rechtlich nicht begründeten Verbindlichkeit belastet sei.

Durch eine Verfügung vom 20. Januar 1906 beantragte der Gemeindevorstand von Weihenstepfer als Aufsichtsbehörde (Dr. Rabe) der Ortskrankenkasse daselbst die am 3. November 1905 erfolgte Wahl des Restaurateurs Content als Vertreter der Arbeitgeber im Kassenvorstande, erklärte die Wahl für ungültig und forderte den Vorstand auf, in einer innerhalb 8 Wochen stattfindenden Generalversammlung ein Neuwahl vorzunehmen zu lassen.

Auf eine Gegenstellung des Kassenvorstandes erwiderte der Gemeindevorstand am 10. Februar 1906, daß die Verfügung vom 20. Januar 1906 aufrechterhalten werde und Content vom Tage der Zustellung der Verfügung ab, sich jeder Amtshandlung zu enthalten habe, sowie daß, falls ihm für seine Teilnahme an der Vorstandssitzung vom 31. Januar 1906 die Entschädigung von 1,50 M. gezahlt sei, dieser Betrag von ihm wieder einzuziehen sei.

Zur Begründung war geltend gemacht worden, daß die vom Restaurateur Content als Arbeitgeber zur Krankenkasse gemeldete Emma Kirch von ihm nur zu Küchenarbeiten für die Zeit von 7 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags angenommen sei und im Gewerbebetriebe auch keine Handreichungen geleistet habe, deshalb als Dienstmädchen der Versicherungsspflicht nicht unterlegen habe.

Gegen diese Verfügungen, welche beide an den Kassenvorstand gerichtet und dem Content zur Kenntnisnahme und Beachtung in Abschrift am 30. Januar 1906 und 10. Februar 1906 zugesandt sind, aber, soweit die Klagen erheben lassen, nicht förmlich zugestellt sind, hat sowohl der Kassenvorstand als auch der Restaurateur Content die am 20. Februar 1906 hier eingegangene Klage erhoben mit dem Antrage,

die Verfügungen des Beklagten vom 20. Januar und 10. Februar 1906 aufzuheben,

da sie rechtlich nicht begründet seien und sowohl dem Kassenvorstand als auch Herrn Content in ihren Rechten verletzten.

Zur Rechtfertigung ist ausgeführt: Die Emma Kirch sei im Gewerbebetriebe des Content beschäftigt und deshalb krankensicherungsspflichtig; denn sie habe dort die Geschäftsräume zu reinigen, das Geschirre für die Schankgäste abzuwaschen oder zu scheuern, bei der Zubereitung des Mittagbrotes für die Schankgäste mitzuhelfen, den Mittagsgästen das Essen aufzutragen und das Geschirre aufzuräumen. In den Nebenlokalitäten des Content gehören außer den Schankräumen nur noch ein einziger Raum, der Wohnungszweck diene und den die Kirch nur ein einzigesmal aufgeräumt habe, während dies sonst von der Ehefrau oder der Tochter des Content besorgt werde, wie verschiedene als Zeugen benannte Personen bezeugen würden. Die Arbeitszeit der Kirch habe aber nicht nur bis 4 Uhr, sondern häufig bis 6, 7 und 8 Uhr abends gedauert. Nach der Kirch sei das Dienstmädchen Agnes Höllert in gleicher Stellung und Beschäftigung dort gewesen und auch bei der Krankenkasse als versicherungspflichtig angemeldet und eingeschrieben worden.

Der Beklagte hat Klageabweisung beantragt, sich auf das Zeugnis der Kirch berufen und noch bemerkt: daß die Kirch nur eine Aufwartende dort gehabt, aber nicht Gewerbegehilfin gewesen sei, ergebe sich auch aus den Verhältnissen der Wirtschaft des Content. Es handele sich um eine einfache Schankwirtschaft, in der das eigentliche Geschäft sich nur in den Abendstunden abwickelte, in solchen Wirtschaften pflege das Geschirre nur in so geringer Menge vorhanden zu sein, daß die Wirte es nicht bis zum nächsten Tage stehen lassen könnten, sondern sofort wieder reinigen müßten. Diese Arbeiten könne die Kirch deshalb nicht ausgeführt haben. Mittagsgäste kämen wohl nur in geringer Zahl und nur gelegentlich dorthin. Die Reinigung des Lokals könne das Mädchen nur ganz kurze Zeit in Anspruch genommen haben, so daß deren Tätigkeit für den Geschäftsbetrieb des Content in gar keinem Verhältnis stehe zu den Küchenarbeiten, die sie stets dort habe ausführen müssen.

Nach dem Beschlusse vom 19. Februar 1907 ist Beweis erhoben. Aus der eideschwörenden Aussage der Agnes Höllert vom 16. April 1907, die noch einige Zeit mit der Emma Kirch gleichzeitig bei Content beschäftigt gewesen ist, war zu entnehmen, daß sie für dessen Schankwirtschaftsbetrieb im wesentlichen tätig gewesen und nicht bloß vorübergehend oder gelegentlich darin beschäftigt gewesen ist. Sie hatte im Restaurationsbetriebe ebenso wie im Haushalte alle vorkommenden Arbeiten zu verrichten. Nach den nicht bestrittenen Angaben der Kläger bestanden die von Content benutzten Räumlichkeiten bis auf einen Raum, der nur zu Wohnzwecken benutzt wurde, sonst nur aus Lokalitäten, welche dem Schankbetriebe dienten. In solchen Wirtschaften pflegt eine vollständige Trennung des Gewerbebetriebes von dem Privathaushalt überhaupt nicht stattzufinden, insbesondere die Küche und Küchen- sowie Speisegeräte gemeinsam benutzt zu werden. Die Höllert hatte die drei Restaurationsräume allein zu reinigen, das im Restaurant am vorhergehenden Abend gebrauchte Geschirre in der Küche abzuwaschen, die für den Privathaushalt und das Restaurant erforderliche Wäsche zu säubern, Kartoffeln zu schälen, den Wästen das fertige Mittagessen mit der Frau des Wirtes zusammenzubringen, das Geschirre nach beendigtem Mittagessen wieder fortzuräumen und zu säubern, auch nachmittags gelegentlich beim Bedienen der Gäste, Einkäufen von Bier zu helfen. Der Umstand, daß sie nachmittags von 4 bis 7 Uhr meist für den Privathaushalt tätig war, schloß es nicht aus, sie als Gewerbegehilfin und deshalb als Kraft des Gesetzes krankensicherungsspflichtig anzusehen.

Wenn auch eine genaue Feststellung der Tätigkeit der Emma Kirch bei Content nicht ausführbar gewesen ist, so ersieht doch die Annahme gerechtfertigt, daß sie im wesentlichen dieselbe Tätigkeit dort gehabt hat. Jedenfalls sprechen die Angaben ihres Vaters nicht dagegen.

Hiernach konnte der Ansicht des Beklagten, daß Content bei seiner Wahl zum Mitgliede des Kassenvorstandes als Arbeitgeber nicht angesehen gewesen wäre, nicht beigetreten werden. Die angefochtenen Verfügungen waren daher rechtlich nicht begründet und geeignet, die Kläger in einem Rechte zu verletzen und deshalb aufzuheben.

Die Entscheidung über den Kostenpunkt folgt aus §§ 103 ff. des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

Der Bezirksausschuss zu Potsdam.

Das Urteil wird natürlich nicht hindern, daß die durch den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie versorgte Presse, von der „Post“ bis zur „Freie Ptg.“, nicht das geschehene Vorgehen des Dr. Rabe, eines Mitgliedes des Reichsverbandes, bekämpfen, sondern nach wie vor mit der Wahrheit in Widerspruch behaupten wird, die Aufsichtsbehörden haben wegen geschwinderer Maßnahmen der Arbeiter einschreiten müssen.

## Aus Industrie und Handel.

Fleischpreise in Berlin.

Der Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Berlin enthält folgende Angaben über die Preise der wichtigsten Fleischsorten. Es kostete im Großhandel in den städtischen Markthallen das Pfund in Pfennigen:

|                       | 1906         | 1907      |
|-----------------------|--------------|-----------|
|                       | Durchschnitt | September |
| Dönsfleisch I . . .   | 68,2         | 70,4      |
| II . . .              | 62,1         | 65,0      |
| Rauhfleisch I . . .   | 48,9         | 53,4      |
| Rauhfleisch II . . .  | 76,6         | 80,1      |
| Hammel I . . . . .    | 72,4         | 74,3      |
| Schweinefleisch . . . | 67,7         | 61,1      |

Mit Ausnahme des Schweinefleisches, das im Vorjahre eine unerhörte Höhe erreicht hatte, weisen demnach alle Fleischsorten im September des Jahres 1907 einen noch höheren Preisstand auf als im Durchschnitt des Jahres 1906. Preisnot — Brot — Kohlennot: eine nette Dreieinigkeit, eine dreifache Weisheit, die der kommende Winter über die außerdem in ihren Erwerbsverhältnissen zurückgegangene arbeitende Bevölkerung schwingen wird.

Arbeitsmangel. In verschiedenen industriellen Werken sind werden Feierlichkeiten eingelegt. Man hofft, durch solche Maßnahme ohne weitere Reduktion des Arbeiterstandes auszukommen.

Rückgang des deutschen Außenhandels im Oktober.

Eine überraschende Bewegung zeigen die Warenumsätze Deutschlands im Verkehr mit dem Auslande. Im Oktober 1907 ist sowohl Einfuhr als auch Ausfuhr ganz wesentlich hinter den Oktoberdifferenz des Jahres 1906 zurückgeblieben. Das ist umso auffällender, als der Oktober nur ganz ausnahmsweise keine Steigerung gegenüber dem jeweiligen Vorjahre aufweist. Nachstehend folgen in Millionen Doppelzentnern die Ein- und Ausfuhrmengen für den Oktober dieses und der letzten sieben Jahre:

| Jahr           | Einfuhr | Ausfuhr |
|----------------|---------|---------|
| 1900 . . . . . | 44,8    | 29,7    |
| 1901 . . . . . | 41,1    | 29,8    |
| 1902 . . . . . | 43,3    | 34,5    |
| 1903 . . . . . | 46,2    | 38,8    |
| 1904 . . . . . | 46,3    | 34,8    |
| 1905 . . . . . | 52,4    | 38,1    |
| 1906 . . . . . | 63,5    | 40,4    |
| 1907 . . . . . | 59,6    | 37,3    |

Die Ziffern für 1906 und 1907 sind mit den früheren Jahren nicht genau vergleichbar, da seit März 1906 nicht mehr alle Waren nach dem Gewicht angegeben werden.

Postparassen werden unter den Mitteln gegen die herrschende Geldkrise in den Vereinigten Staaten von vielen Seiten warm empfohlen. Man glaubt, daß sich der Kongreß mit dem Vorschlag beschäftigen wird, da auch der General-Postmeister Meyer den Plan begünstigt. Dieser sagte in einer Rede in Chicago, daß die Einrichtung von Postparassen auch im Interesse der Einwanderer nötig sei. Ähnlich wurde festgestellt, daß während des letzten Fiskaljahres in den Staaten Colorado, Kansas, Oregon und Washington Postanweisungen, zusammen auf 100 000 000 Dollar lautend, ungültig wurden. Diese Anweisungen waren zweifellos von den Käufern zu Sparzwecken gekauft worden. Während des mit dem 30. Juni 1907 beendeten Fiskaljahres hat das Postdepartement Gelder von Einwanderern zur Höhe von 89 500 000 Dollar nach Europa geschickt. Die Leute senden ihr Geld nach ihrer Heimat, damit es in den Postsparganken deponiert werden soll. 19 000 000 Dollar gingen nach Italien, 8 755 000 nach Ungarn, 7 000 000 nach Oesterreich, 8 000 000 nach Rußland und 11 582 000 nach England.

## Aus der Frauenbewegung.

### Kumungung gegenüber Dienstboten.

Die in dieser Woche stattgefundene Dienstbotenkonferenz hat erklärlicherweise die Reichsverbändlerpresse mobil gemacht. Man ist wütend und schimpft. Wie notwendig eine energische Vertretung der Interessen der Dienstboten ist, dafür wurden auf der Konferenz Beispiele in Halle und Jülich beigebracht. Ueber die Kumungung einer Wäckermeisterstochter liegt uns nun folgender urkundlicher Beleg vor. Das Dienstmädchen M. B. hat in ihrem Dienstbuch zweimal verzeichnet: „Getragen gut“. Die dritte Eintragung lautet wie folgt: „Das Mädchen befindet sich in anderen Umständen“. Diesen Vermerk erlaubte sich die Tochter des Wäckermeisters Leopold Wille. Um die Geldentlastung dieses ehrbaren Handwerker-Tochterleins zu kennzeichnen, sei mitgeteilt, daß die B. nicht etwa unfreiwillig die traurige Stätte des Wäckermeisters verlassen hat; sie selbst hat gefündigt. Es bedarf wohl nicht langer Beweises, daß sie dabei nicht Schwangerschaft als Grund angegeben hat. Mit solcher Begründung hätte sie übrigens die Unwahrheit gesagt, denn sie hat den Dienst, den sie zwei Jahre innehatte, wegen stetig wachsender Arbeitslast aufgegeben und hat eine andere Stelle angenommen. Da sieht man wieder mal an einem konkreten Beispiel, in welcher Weise edle Seelen ihr — „Mitgefühl“ bekunden. Dienstboten sind ja schulplos und weislos, da kann eines Wäckermeisters tapferes, züchtiges Tochterlein sich zeigen; so wie des ehrbaren Wäckermeisters L. Wille's edle Sproßin.

### Der Wahlrechtskampf in England.

Die Kampfaktionen für das Frauenstimmrecht in England haben ihren Obstruktionskampf wieder aufgenommen. Der englische Kriegsminister Haldane, der am Mittwoch in Sheffield reden wollte, wurde bei seiner Ankunft von Stimmrechtlerinnen umzingelt. Die Damen, Fächchen schwenkend, verlangten Antwort auf die Thronrede König von dem Stimmrecht der Frauen nehmen werde. Der Minister wußte das nicht, er bemerkte, er selbst sei für die Ausdehnung des Wahlrechts auf das weibliche Geschlecht, er halte es aber für sehr töricht, daß die Damen anderen das Recht der ungehörten Rede verweigern wollten. In der Stadthalle von Birmingham sprachen Studenten eine Versammlung der Wahlrechtsdemonstranten. Zwischen der Polizei und den Studenten kam es zu lebhaften Handgemenge. In Leeds kam es am Freitag ebenfalls zu Kundgebungen. Die Versammlung, in welcher der Minister des Innern Gladstone sprechen wollte, mußte wegen des Lärmens der Frauenrechtlerinnen aufgehoben werden, wobei es zwischen Anhängern und Gegnern des Frauenstimmrechts zu einem Handgemenge kam. Gladstone und seine Gattin konnten nur mit Mühe das Lokal durch eine Seitentüre verlassen. Auch die anwesenden Journalisten wurden arg bedrängt.

**Tuchoe**

Cherchez, Kaufmann für Herren.

Auch Sonntag von 9-12 geöffnet

**Stoff-Reste**

englische Stoffe

Damen-Kostüm-Neueste Weiten-Elegante Futter-} Stoffe

kolossal billig

**H. & J. Friedlaender,**  
Berlin C., Mollkenmarkt 12

Annoucon-Vorleger erhalten Extravergüt.

**Kölnener Lotterie.**

Ziehung 20. November in Berlin.  
Gesamtgew. W.: **80 000 M.**

Hauptgew. W.: **10 000 M.**

**80 % bar Geld**

für jeden Gewinn werden sofort bei mir ausbezahlt.

Loss à 1 M., Porto u. Liste 30 Pf.

**Berliner Vogel-Lose**  
11 Stck. 5 M., à Stck. 50 Pf., Porto u. Liste 30 Pf.

**Gustav Haase**  
Berlin, Neue Königstr. 66.  
Gegründet 1878.

Haben Sie Stoff?  
Ich bringe davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, decor., Latzen, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Südth. Bspg.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonntag, 24. November.

**Freie Volksbühne.** Nachmittags 3 Uhr: 6.7. Abteilung: Im Reinen Schauspielhaus: Judith. 15.16. Abteilung, nachmittags 3 Uhr: im Berliner Theater: Das Tal des Lebens.

**Neue Freie Volksbühne.** Nachmittags 2 1/2 Uhr: Extra-Vorstellung im Kammertheater: Frühling's Erwachen.

Nachmittags 2 1/2 Uhr: 13. Abteil. im Deutschen Theater: Das Wintermärchen.

Nachmittags 3 Uhr: Extra-Vorstellung im Leistung-Theater: Die Weber.

Nachmittags 3 Uhr: 17. Abteil. im Neuen Theater: Ueber den Bäckern.

Nachmittags 3 Uhr: 19. Abteil. (1855-1900), 20. Abteilung (1901-1970) im Schiller-Theater O.: Das vierte Gebot.

Nachmittags 3 Uhr: 2. Abteilung (1901-2000), 3. Abt. (2001-2700) im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus: Nathan der Weise.

Nachmittags 3 Uhr: 6. Abteilung (2051-6000), 7. Abt. (6001-7000) im Schiller-Theater Charlottenburg: Donna Anna.

Nachmittags 3 Uhr: 10. Abteilung im Leistung-Theater: Die lustigen Weiber von Windsor.

Nachmittags 3 Uhr: 11. Abteil. im Leistung-Theater: Bar und Zimmermann.

Donnerstag abends 8 1/2 Uhr: Dritter Wagner-Abend im Schillertheater Charlottenburg.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kgl. Opernhaus.** Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.)

**Kgl. Schauspielhaus.** Die Braut von Messina.

**Neues Kgl. Opernhaus.** Jane Hading. Le maître de Forges. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Abends: Kuba und Ube.

Deutsches. Romeo und Julia.

Kammertheater. Frühling's Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)

Neues. Die Agrarier.

Nachmittags 3 Uhr.

Leistung. Rosa.

Berliner. Die Börse.

Theater an der Spree. Der Aktienhändler.

Neues Schauspielhaus. Judith.

Schiller O. (Wallner-Theater).

Kosmiersholm.

Schiller Charlottenburg. Die Hermannschlacht.

Neues Schauspielhaus. Judith.

Central. Frau Warren's Gewerbe.

Parodie. Cavalleria rusticana.

Neues Schauspielhaus. Judith.

Parodie. Cavalleria rusticana.

Neues Schauspielhaus. Judith.

Parodie. Cavalleria rusticana.

Neues Schauspielhaus. Judith.

Parodie. Cavalleria rusticana.

Neues Schauspielhaus. Judith.

Parodie. Cavalleria rusticana.

### Ferdinand Bonn's Berliner Theater.

Anfang 8 Uhr.

**Die Börse.**

Montag: Abends-Vorstellung: Andalusia.

Dienstag und Mittwoch: Geschlossen.

### Neues Theater.

Zum erstmalig:

**Die Agrarier.**

Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Das Ungeheuer.

Dienstag: Das Ungeheuer.

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Agnes Sorma.

Montag: Ein Puppenheim (Rosa).

Dienstag: Ein Theater Gatte.

Mittwoch: Maria Magdalena. (Klara: Agnes Sorma.)

### Theater des Westens.

Heute (Totensonntag): Geschlossen.

Morgen und folgende Tage: 8 Uhr: Die lustige Witwe.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Kriemhilds Rache.

Anfang 8 Uhr.

Montag: Kriemhilds Rache.

Dienstag: Brüderchen.

Mittwoch: Kriemhilds Rache.

### Lortzing-Theater.

Abends 8 Uhr:

**Rigoletto.**

Montag: Bar und Zimmermann.

Dienstag: Der Troubadour.

Mittwoch nachm. 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends 8 Uhr: Rigoletto.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.

Anfang 8 Uhr.

**Odette.**

Pariser Sittenbild in vier Akten von Victorien Sardou. Deutsch von H. Scheffer.

Montag zum 10. Male: Ganz der Papa. Baron des Andraus: Mich. Alexander.

Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Der Bräutigam.

### Lustspielhaus.

8 Uhr: Jahrmärkte in Walden.

Morgen Montag: Gularenfieber.

Volkstümliche Preise.

### Luisen-Theater.

Nachm. 3 Uhr: Keine Vorstellung.

Abends 8 Uhr:

**Der Leiermann und sein Pflegekind.**

Montag: Am Tage des Gerichts.

Dienstag: Berlin, wie es weint und lacht.

Mittwoch zum ersten Male: Das Heiratstest.

Donnerst.: Hoffmann's Erzählungen.

Freitag: Hoffmann's Erzählungen.

Sonabend 4 Uhr: Klein-Däumling.

Abends: Der Leiermann und sein Pflegekind.

Sonntag nachm.: Hoffmann's Erzählungen.

Abends: Das Heiratstest.

Montag: Das Heiratstest.

### Theater an der Spree.

Köpenickerstraße 68.

Heute Totensonntag 8 Uhr:

**Der Aktienhändler**

mit Josefine Dora und Heinz Gordon.

### BERNHARD ROSE THEATER

Or. Frankfurterstr. 132.

**Othello.**

Anfang 8 Uhr. — Sonntagspreise.

Montag: Spree-Alteiner.

Dienstag: Die jährlichen Verwandten.

### Metropol-Theater

Heute

Totensonntag, den 24. November:

Einmaliges

Ensemble-Gastspiel

des Lessing-Theaters:

**Die Stützen der Gesellschaft.**

Schauspiel in 4 Akten v. H. Ibsen.

Anfang präzise 8 Uhr.

Morgen und die folgenden Tage:

**Das muß man seh'n!!**

**W. Noack's Theater**

Direktion: Rob. Ott. Oranienstr. 16.

Ferdinand Avelli,

der Leichenräuber.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Sonabend: Extra-Vorstellung:

Am Rande des Abgrunds. Theresia Dolores in Berlin.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Sonntag, abends 8 Uhr: Kosmiersholm.

Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.

Montag, abends 8 Uhr: Reiterattacke.

Dienstag, abends 8 Uhr: Maria Stuart.

### Schiller-Saal (Schiller-Theater) (Charlottenburg)

Sonntag 8 Uhr: Theodor Fontane-Abend.

Montag abends 7 1/2-8 1/2 Uhr: Vortrag Dr. M. Doborn: Berlin zur Zeit der Freiheitskriege. Nächster Vortrag des Julius: Alt- und Neu-Berlin.

Montag abends 9-10 Uhr: Vortrag von Eduard Bernheim: Die französische Revolution und der Staatsidealismus. Nächster Vortrag des Julius: Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte.

### Zirkus Schumann

Heute Sonntag, den 24. November, abends präzise 7 1/2 Uhr:

**Große außerord. Gala-Vorstellung.**

Extra hierfür reserviertes Programm.

Der größte u. beste Luftakt d. Gogonow.

**6 liegende 2 Damen**

**8 Banvards 4 Herren**

Alles phänomenale Original-Tricks, welche in der Vollendung hier noch nie gesehen.

Prof. Dora Schumann, schwerste Vaguetesprung üb. schwere Hindernisse.

Chester H. Dieck,

der ausgezeichnete Trio-Chefist.

Dr. M. Schumanns neueste Monstre-Dressuren

und die großart. neuen Spezialitäten.

Um 9 1/2 Uhr:

Ein Fest

**Auf dem Neckar**

13. Saison.

**Zirkus Busch**

Bahnhof Börse.

Heute abends präzise 7 1/2 Uhr:

**Gala-Sport-Vorstellung.**

Biederreitreiten des Kanonen-Rittmeister Gustave Harris.

a) Fängt eine Granate 25 Kg schwer aus einem mit Pulver abgeseuerten Gefäß, 15 Meter Distanz, mit der Hand auf. b) Aufhängen einer 55 Kg schweren Granate mit dem Genick.

Orig. japan. Jochkämpf. One u. Ota. Geshin. Amata. Geshin. Biffatt.

Prof. Stelle. Vrenal. Schulmeisterin auf ihrem Schimmelbengel „White Star“.

Dr. Ernst Schumann mit den neuesten Dressuren.

Um 7 1/2 Uhr:

**Auf der Hallig.**

Dieß gr. Kunst-Pant. d. Zirk. Busch.

Die Wunder der Trollee. — Das Geheimnis d. tauchenden Sirenen.

Vorher: Gala-Programm.

### Schiller-Theater Charlottenburg.

Sonntag, abends 8 Uhr: Die Hermannschlacht.

Ein Drama in 5 Aufzügen von Heinrich v. Kleist.

Montag, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.

Dienstag, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.

### Restaurant Gewerkschaftshaus.

Engel-Ufer 15.

**Menu 75 Pf.**

Heute Sonntag: Süßsuppe.

Geht grün od. Blumentopf mit Kotelett.

Gammelleule englisch oder Reisleute mit Sahnesauce.

Kompott oder Salat.

× Reichhaltige Abendkarte. ×

Wochentäglich: Großer Bürgerlicher Mittagstisch Couv. 60 Pf.

Um zahlreichen Besuch bitten alle Genossen.

Rich. Augustin.

### Theater des Zentrums.

Sophien-Platz, Sophienstraße 17/18.

**Bis früh um Fünfe**

v. Aren u. Hippelich, Ruff u. G. Linde.

Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

### Parodie-Theater.

Dresdenerstraße 97. Anfang 8 Uhr.

Cavalleria rusticana.

Der Küchendragoner.

Die feindlichen Brüder.

Montag u. folg. Tage: Zapfenstreich.

**Das Ungeheuer.**

3. Schluss: Monna Vanna. Anf. 8 1/2 U.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Montag 8 Uhr: Im Ballon zum Pol.

Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Der Phosphor.

Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.

### ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Heute Sonntag 50 Pf. Kinder ab 10 Jähr. die Hälfte.

Eintritt: Ab nachm. 4 Uhr:

**Militär-Konzert.**

Morgen sowie täglich: Großes Konzert.

### Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a

Eingang: Schadow-Strasse No. 14.

Heute Sonntag Eintrittspreis 25 Pf.

Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc.

### Zentral-Theater.

Gottspiel des Heibel-Theaters.

Abends 8 Uhr:

**Frau Warren's Gewerbe.**

Drama in 4 Akten von Schup.

### Passage-Theater.

Heute zwei Vorstellungen.

Nachm. 6 Uhr (ermäß. Preise).

Abends 8-11 Uhr.

### Paula Wirth

und das glänzende November-Programm

### Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rosa.

Sonntag, den 24. November 1907, nachmittags keine Vorstellung.

Abends 8 Uhr:

**Der Müller und sein Kind.**

Drama in 11 Bildern von Hauptst. Vorverkauf vom 10 bis 1 Uhr.

Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Montag, den 25. November: Der Jesuit und sein Jüdling.

### Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Das vornehme Novbr.-Prog.

9 1/2 Uhr:

**Sylvester Schäffer jr.**

der berühmte Universal-Künstler.

Sonntag 1. Dezemb., nachm. 3 1/2 Uhr: Erste Familien-Vorstellung.

### Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.

**Das Ende der Liebe.**

### Kasino-Theater.

Köpenickerstr. 37. Abends 8 Uhr:

**Nick Carter.**

Vorher das heute Programm.

Morgen und folgende Tage:

**Biederleute.**

### Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.

Heute Anfang 8 Uhr.

Das glänzende

Spezialitäten-

Programm.

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××××××

××××××

## Weihnachts-Vergünstigung für unsere Kunden!

Von heute Sonntag, den 24. cr., bis Sonnabend, den 30. cr. verabfolgen wir bei Einkäufen von 5 Mark an

## Gratis-Photographie-Bons

Trotz dieser Extra-Vergünstigung bleibt unser 5% Rabatt-System bestehen.

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE 109-111

## Saison-Schlussverkauf der Putz-Abteilung

Die Bestände und letzten Neuheiten in PUTZ-ARTIKELN bringen wir in dieser Woche zu ganz aussergewöhnlichen Preisen zum Verkauf

### Neueste Glockenformen ungarniert

|                   |                              |                 |                |                 |
|-------------------|------------------------------|-----------------|----------------|-----------------|
| Rembrandt-Glocken | } schwarz u. farbig durchweg | 1 <sup>90</sup> | weiss durchweg | 2 <sup>40</sup> |
| Otéro-Glocken ... |                              |                 |                |                 |
| Frauen-Glocken .. |                              |                 |                |                 |
| Backfisch-Glocken |                              |                 |                |                 |
| Kinder-Glocken    | Bisher. Preis 3.50 bis 4.75  |                 | 4.50 bis 5.50  |                 |

### Neueste Glockenformen garniert mit Fantasiefeder, Blumen und Seldenstoff

|                   |            |                                                                 |
|-------------------|------------|-----------------------------------------------------------------|
| Rembrandt-Glocken | } durchweg | 5 <sup>90</sup> 6 <sup>50</sup> 7 <sup>75</sup> 8 <sup>75</sup> |
| Otéro-Glocken ... |            |                                                                 |
| Frauen-Glocken    |            |                                                                 |
| Backfisch-Glocken |            |                                                                 |

### Neueste Glockenformen mit Straussfedern garniert

|                   |            |                  |
|-------------------|------------|------------------|
| Rembrandt-Glocken | } durchweg | 10 <sup>25</sup> |
| Otéro-Glocken ... |            |                  |
| Frauen-Glocken .. |            |                  |
| Capelines .....   |            |                  |

Ein grosser Posten

**Straussfedern ... 1<sup>90</sup> 2<sup>40</sup> 3<sup>90</sup> 5<sup>75</sup>**  
lange Amazonen. Bedeutend unter Preis

Ein grosser Posten

**Straussfederköpfe ..... 1<sup>60</sup> 1<sup>90</sup>**  
ganz bedeutend unter Preis

Ein grosser Posten hochmoderner

**Fantasiefedern ..... 50 90 pr. 1<sup>20</sup>**  
zum Teil unter Herstellungswert

Ein grosser Posten

**Straussfeder-Stolas ..... 12<sup>75</sup>**  
bisheriger Preis 17.50

## ca. 5000 Stück Pelzwaren eigener Konfektion

kommen ohne Rücksicht auf den früheren Wert, in 6 Serien eingeteilt, zum Verkauf.

### SERIE I

|                                                                            |            |                 |
|----------------------------------------------------------------------------|------------|-----------------|
| Colliers aus Nutria, schwarz Kanin, Seal-Kanin, Mufflon, weiss Tibet ..... | } durchweg | 4 <sup>75</sup> |
| Muffen aus Seal-Kanin und div. Pelzarten .....                             |            |                 |
| Herrenkragen aus Kanin ..                                                  |            |                 |
|                                                                            |            |                 |

### SERIE II

|                                                         |            |                 |
|---------------------------------------------------------|------------|-----------------|
| Stolas aus schwarz Kanin, Seal-Kanin .....              | } durchweg | 7 <sup>50</sup> |
| Kid-Astrachan-Stola                                     |            |                 |
| Krawatten aus Nerzmurmelt imit. Hermelin ca 150 cm lang |            |                 |
| Seal-Bisam-Muffen ...                                   |            |                 |

### SERIE III

|                                                       |            |                  |
|-------------------------------------------------------|------------|------------------|
| Stolas aus Seal-Kanin, Mufflon, Nutria, Opossum ..... | } durchweg | 11 <sup>75</sup> |
| Weiss Tibetstola ca. 180 cm lang .....                |            |                  |
| Herren-Kragen aus Nutria, Wallaby .....               |            |                  |
|                                                       |            |                  |

### SERIE IV

|                                               |            |                  |
|-----------------------------------------------|------------|------------------|
| Stolas aus austral. Opossum, Seal-Kanin ..... | } durchweg | 16 <sup>50</sup> |
| Nutria-Stola mit Köpfchen, ca. 210 cm lang    |            |                  |
| Natur-Bisam .....                             |            |                  |
| Tibet, schwarz u. weiss .....                 |            |                  |
| Nerzmurmelt-Stola mit Köpfchen                |            |                  |

### SERIE V

|                                                     |            |                  |
|-----------------------------------------------------|------------|------------------|
| Stolas aus prima Elektrik ...                       | } durchweg | 24 <sup>75</sup> |
| Orenburg.Murmeltstola extra breit, mit Köpfchen ... |            |                  |
| Australischer Opossum .....                         |            |                  |
| Schwarz u. weiss Tibet .....                        |            |                  |

### SERIE VI

|                                                          |            |                  |
|----------------------------------------------------------|------------|------------------|
| Stolas aus Nutria, Natur-Bisam Australisch Opossum ..... | } durchweg | 36 <sup>00</sup> |
| Orenburger Murrel .....                                  |            |                  |
| Seal-Bisam .....                                         |            |                  |
| Steinmarder-Opossum .....                                |            |                  |
| Taschenmuff a. echt Skunks                               |            |                  |

Beachtenswerte Spielwaren-Ausstellung in unseren Schaufenstern



Zur innerpolitischen Lage Englands.

London, 26. Novbr. (Fig. Ver.)

Trotz der hohen Ziffern des englischen Außenhandels macht sich allgemein die Ueberzeugung geltend, daß die Geschäftsbilanz der letzten Jahre ihren Höhepunkt überschritten hat und im Dahinwelken begriffen ist.

Die nationale Vereinigung der konservativen Organisationen ist der Ansicht, daß die wichtigste konstruktive Politik der Partei darin besteht, unsere Handelspolitik zu reformieren.

Die Resolution ist klar genug und bedarf an sich keiner weiteren Erläuterung. Die Konservativen verlangen die Abschaffung des Freihandels und die Einführung des Schutzsystems.

Von Tarifreform ging Balfour zur Sozialpolitik über, indem er meinte: ohne eine Ausdehnung der Steuergrundlage seien die Kosten der Sozialpolitik nicht auszubringen.

Selbstverständlich ist Balfour der Ansicht, daß der Sozialismus schädlich sei, da die ganze Zivilisation sich auf der privaten Initiative aufbaue; aber er gab zu, daß Sozialpolitik segensreich, wenn auch ungemein schwierig durchzuführen sei.

Auf Grund dieses Kalküllements forderte Balfour die Arbeiter auf, sich vom Sozialismus als von etwas Unmöglichem abzuwenden, ebenso von den Liberalen (da diese nur wortreich seien) und für die Konservativen zu stimmen!

Die Arbeiter werden sozialistisch, und die Furcht der Bourgeoisie vor dem Sozialismus ist dank der gelben Presse zu einem wichtigen Faktor in der englischen Politik geworden.

Im Interesse des Sozialismus wäre indes ein derartiger Wechsel nicht zu wünschen. Für die Arbeiterpartei ist es besser, daß die Liberalen noch mehrere Jahre am Ruder

bleiben. Nicht etwa aus dem Grunde, weil die Liberalen vielleicht arbeiterfreundlicher wären, sondern weil eine liberale Regierung den Liberalismus gründlicher diskreditiert!

Progromwitterung in Rumänien.

Aus Bukarest wird uns geschrieben:

Wie bekannt, ist einer der wütendsten Sozialmentoten hier Herr von Radebe, ein ehemaliger Führer der ersten sozialistischen Bewegung Rumäniens, jetzt „liberaler“ Abgeordneter und Redakteur des Leitorgans der nationalliberalen Partei, „Voinea Nationala“.

Als die vom Stuttgarter Parteitag heimkehrenden rumänischen Delegierten durch die Revue des rumänischen Sozialismus „Bitorul Social“ im Namen der deutschen Delegation den Radebe auf-forderten, Rechenschaft über einige tausend Mark zu geben, die er zur Zeit, als er noch an der Spitze der Arbeiterbewegung stand, für sozialistische Zwecke von der deutschen Sozialdemokratie erhalten hatte, da antwortete er, er habe das Geld mit Zustimmung von Engels und Kautsky für den Zweck verwendet, aus der rumänischen Arbeiterpartei einen linken Flügel der liberalen Partei zu machen!

Genosse Kautsky zeigt in seinem Briefe, daß die Behauptung des Radebe von Anfang bis zu Ende un-wahr ist. Radebe hat das Geld als Vertreter einer sozialdemokratischen Organisation und nicht eines links-liberalen Flügels bekommen; denn die deutsche Sozialdemokratie hat niemals andere Organisationen und Zwecke unterstützt, als die sozialdemokratischen.

Die Aufdeckung dieses Skandals rief im ganzen Lande großes Aufsehen hervor, da er ein großes Licht wirft auf die moralische Verkommenheit, die in den regierenden Kreisen herrscht.

Das Studententum unter Führung der berühmtesten Antisemiten, der Universitätsprofessoren A. C. Cuza, N. Jorga und anderer rumänischer Juristen, schloß sich der Bewegung an. Die Braven verlangten die sofortige Ausweisung des Genossen Dr. Gschlechter und anderer Genossen sowie die Verschärfung der Ausnahmengesetze gegen die Juden mit der Drohung, daß sie, wenn dies nicht binnen 24 Stunden geschehe, keine Verantwortung für die ersten Folgen des „Volksgorn“ übernehmen könnten!

Jassy stand vor dem Ausbruch eines Pogroms, der nur dank der schlechten finanziellen Lage Rumäniens nicht zustande gekommen ist. Infolge der letzten Aufstände, Judenverfolgungen sowie der Mißernte dieses Jahres ist Rumänien nämlich in eine finanzielle Not geraten, aus der es sich nur durch eine Anleihe im Auslande herauszuziehen kann.

So kam es, daß die Regierung im letzten Moment jede Straßendemonstration energisch verboten und den Pogrom einstweilen verlagert hat.

Die Lage des Wirtschaftsmarktes.

Will man über den gegenwärtigen Stand der Konjunktur ein Urteil gewinnen, dann muß man vor allem jene Produktionszweige einer Prüfung unterziehen, die gleichsam den Fegel bilden. Das ist außer der Kohlenproduktion vor allem die Eisenschmelzindustrie.

Wie stark die Nachfrage nach Eisenprodukten war, dafür spricht die Tatsache, daß schon im Januar 1906 über unzureichende Roh-eisenerzeugung geklagt wurde und die englische Produktion zur Deckung des heimischen Marktes herangezogen werden mußte, sowie der Umstand, daß das Düsseldorf-er Kohisenhandelskartell schon im März 1906 fast ausverkauft war und auch in Oberschlesien waren schon

im Frühjahr kaum irgendwelche Rohisenbestände vorhanden. Der Stahlwerksverband hatte rapid ansteigende Verkaufsziffern aufzuweisen.

Im Jahre 1906 fiel ein gesteigerter Auslandsbedarf (die Katastrophe von San Francisco erzeugte eine große Nachfrage nach Baumaterial) mit einem erhöhten Begehre des Inlandes zusammen, und beides bildete ein mächtige Triebfeder für die Produktion der Eisenwerke, an deren Leistungsfähigkeit die Baugewerbe, die Elektrizitäts- und Maschinenindustrie, der Schiffbau und das Eisenbahnwesen ganz außerordentliche Ansprüche stellten.

Table with 3 columns: Country, 1905 (in Tonnes), 1906 (in Tonnes). Rows include Vereinigte Staaten, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Belgien, Oesterreich-Ungarn, Schweden, Kanada, Spanien, Italien, Japan, Sonstige Länder, and a total row.

Die industrielle Weltstellung des Deutschen Reiches tritt da sichtbar in Erscheinung. Es ist die zweite Großmacht in der Industriewelt hinsichtlich der Eisenerzeugung. Die Werke verstanden es, die Gunst der Lage weidlich auszunutzen, und die Preisnotierungen beweisen denn auch, daß den Schwerindustriellen jede Sentimentalität fremd war.

Nicht bloß der Inlandskonsum stieg ganz außerordentlich, auch der Export an Eisen, in welchem Deutschland den ersten Platz inne hat.

Die Eisenindustrie Deutschlands genoh 1906 nicht nur eine Konjunktur des Absatzes, sondern auch eine solche der Preissteigerung. Nicht bloß der Inlandskonsum stieg ganz außerordentlich, auch der Export an Eisen, in welchem Deutschland den ersten Platz inne hat.

Gerichts-Zeitung.

Die Unregelmäßigkeiten in der Ironenanstalt Sachsenberg bei Schwerin

befähigten am Donnerstag das Reichsgericht. Nach wochenlanger Verhandlung hatte, wie erinnerlich, am 4. Juli das Landgericht Schwerin mehrere Angestellte der genannten Anstalt sowie mehrere Lieferanten wegen Bestechung usw. verurteilt.

Die Verlesung zweier kommissarischer Zeugenaussagen soll zu Unrecht erfolgt sein, weil gegen Ende des mehrere Wochen dauernden Prozesses nicht noch einmal geprüft worden ist, ob der Grund, aus welchem die kommissarische Vernehmung erfolgt war, noch fortbauere. Es handelte sich um eine Zeugin, welche ein kleines Kind zu stillen hatte, und um einen Zeugen, der wegen Rheumatismus nicht kommen konnte.

Versammlungen.

Die Krankenpfleger und der neue Etat.

Die in den städtischen Krankenanstalten beschäftigten Pfleger und Pflegerinnen nahmen in drei äußerst zahlreichen besuchten Versammlungen Stellung zu den Beschlüssen der Deputation für die Krankenhäuser über die neuen Forderungen zum Etat 1908/09.

Die Versammelten vermißten dagegen in den Verhandlungen der Deputation eine Stellungnahme zu der von den Angestellten beantragten Aufhebung der Naturalienabzählung (Kost und Logis) und zu der Verkürzung der Arbeitszeit. Sie bedauern die Nichtbeachtung dieser Wünsche und erklären in Anbetracht der Bedeutung dieser Forderung die Durchführung derselben mit größter Energie anzustreben.

Eingegangene Druckschriften.

Der Zangebruder 1908. Allgemeiner Deutscher Singer-Kalender des In- und Auslandes. 50 Pf. Verlag: D. Engelhardt, Berlin W. 62. Protokoll des vierten Verhandlungstages des Zentralverbandes der Pfleger und Berufsgenossen Deutschlands. 20 Pf. Verlag: V. Henkel, Berlin, Wuchererstr. 18/19. Antisemitismus! Von Dr. jur. Klaus Wagner. 1,50 M. Verlag: Gehlring in Hammover. Die Gemeinde Bern als Arbeitgeber von Paul Kästli. 54 Seiten. Schriften aus dem Seminar der Universität Bern. Heft IV. Selbstverlag.



# „Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft

E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergesellen Berlins. Empfiehlt sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

## Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge. Große Auswahl in

Winter-Paletots, Joppen, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend, des Berliner Konsum-Vereins sowie des Charlottenburger Konsum-Vereins.

## Charlottenburg.

Spezial-Reparatur-Werkstatt für Uhren, Gold- und Silberwaren.

Lager von soliden Taschenuhren, moderne Ketten.

Musterlager von Regulatoren, Freischwingern, Kontoruhren, Küchenuhren und Wecker.

Friedrich Stabenow, Uhrmacher, Charlottenburg, Lützowerstr. 15. Telefon 2970.

Künstliche Zähne von 1,50 M. an. Zahnärztliche Vorbehandlung umsonst. Langjährige Garantie. Blumen von 1 M. an. Zahnärztliche Schmerzlösung von 1 M. an. Umarbeitung (schmerzlos) Gebisse von 1 M. pro Zahn an. 69021 Zahnärztliche Akademie. (Sprachen-Inst.) Friedrichstr. 23. I. Sprechzeit 9-1, 2-7 Uhr. Sonnt. 9-2 H.

## Beste, beste und billigste Bezugsquelle für Glas-Christbaumschmuck.

für Händler und Private! für alle Parteigenossen und Arbeitervereine!

Viele Anerkennungs-schreiben im vorigen Jahre! Die im Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands organisierten Glasbläser des Meininger Oberlandes haben sich unter der Firma:

Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes e. G. m. b. H. in Steinach (S.-H.)

in das Genossenschaftsregister eintragen lassen und verkaufen unter eigener Firma auch in diesem Jahre wieder zur bevorstehenden Weihnachtszeit Sortimentskisten in konkurrenzlos reichhaltiger, geschmackvoller Zusammenstellung und sorgfältiger Ausführung, enthaltend: Vogel, Schiffe, Weihnachtsmänner, Gloden, Luftballons, Kestler, Früchte, Engel, prächtige Baumspitze mit Stern und zweiseitigen Edelweissfesten, sowie andere prächtige Neuheiten in versilberten und besponnenen Artikeln, Kränzen usw., zusammen weit über 200 Stück bessere, größere und auch feinste ausgeführte Brillantgläser, franks für 20. 5.—

Auf Wunsch auch über 300 Stück kleinere Sachen zum Preise von 20. 5.— franks gegen Rücknahme; Doppelkisten 20. 9.40. Bei Vorbestellung des Betrages 25 Pf. billiger. 10 Sortimentskisten an eine Adresse in Bahrsendung für 20. 45.— franks.

Händler bitten wir bei Bezügen in Bahrslisten von 20. 25.— ab Offerte zu verlangen.

Bestellungen bitten wir nur zu richten an: Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes, e. G. m. b. H. in Steinach.

## Uhren, Gold- u. Silber-

waren kaufen Sie am reellsten und billigsten bei der seit Jahren als durchaus solide und leistungsfähig bekannten Firma

Uhrmachermeister, Berlin N.W. Carl Doll, Oldenburgerstr. 1. Fernspr. 11. 7115.

Spezialität: Dolls Patent-Anker-Remontoiruhren, reguliert auf 1 Minute im Monat.

Eigene Erfindung. Laufende Anerkennungen. Lieferung direkt an Private zu Engrospreisen. — Bereitwillig in Stahl, Nickel, Silber, Zula und Gold von 10 M. bis 500 M.

Remer: Nickel-Remontoiruhren von 2.60 M. an. Echt goldene Damen-Remontoiruhren 13.75 . . .

Dreijährige schriftliche Garantie. Während des Weihnachtsverkaufs: Ermäßigte Preise auf alle Waren. 64829

Jahrgeld wird vergütet.

Carl Doll, Uhrmachermeister, Oldenburgerstr. 1. (Ecke Turmstr.).

Strassenbahn-Verbindung: Linie 2-15, 18, Q u. V.



## Sprotten, Bücklinge, Schellfische, Spickaale,

von täglich frisch eintreffenden Sendungen sowie Caviar offeriert billigst

V. & A. Hücke, Caviar u. Räucherfische Engros

Kaiser Wilhelmstr. 21. \* Telefon: Amt III. 1366.



Viele Menschen verurteilen den Edison-Phonograph, ohne ihn zu hören. Sie glauben, sie wissen was ein Phonograph ist. Das mag sein, aber sie wissen nicht, was der Edison-Phonograph ist, denn wenn sie ihn gehört hätten, würden sie wünschen, ihn zu besitzen.

Anschauungen, die man sich bildet durch mangelhafte und unvollkommene Sprechmaschinen, darf man nicht anwenden auf den Edison-Phonograph. Der Edison-Phonograph ist der einzige, welcher von Thomas Alva Edison erfunden wurde und er wird angefertigt in der grossen Werkstatt des Meisters zu Orange, wo Edison selbst tätig wirkt. Wenn es irgend eine Möglichkeit gäbe, den Edison-Phonographen noch zu verbessern, so würde er es tun. Die Tatsache, dass er den Phonographen unter seinem Namen hinausgehen lässt, ist ein Beweis dafür, dass er ihn für gut hält.

Wenn er gut ist für einen Edison, so sollte er auch für Sie gut sein. In Ihrer Stadt sind Phonographengeschäfte, warum hören Sie ihn nicht, bevor Sie sich ein Urteil bilden?

Edison-Goldgusswalsen M. 1.— pro Stück. Edison-Phonographen von M. 45.— an.

Händler gesucht überall, wo wir noch nicht vertreten. Kataloge versenden wir kostenlos.

Edison-Gesellschaft m. b. H. Berlin N. 39, Südufer 104.

1891.\* Räumungspreis Eine Partie Perser-Teppiche

getreue Kopien echter Perser von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar.

Ungefähre Größe: 90x185cm M. 3,75 (Wert 6,00) 180x200 .. 5,50 (8,25) 160x230 .. 8,75 (12,75) 200x300 .. 12,75 (18,50) 250x350 .. 21,50 (28,50) 300x400 .. 28,50 (39,00)

Passende Bett- u. Pult-Teppiche Stück 75 Pf., 1,00 und 1,50 M.

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin Süd. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Habe nirgends Filialen!

Pracht-Katalog mit etwa 600 Abbildungen in künstlerischer Ausstattung auf Wunsch gratis u. franks. Extra billig! div. Teppiche mit kleinen Webfehlern!

Kölner Lotterie. Ziehung 30. November in Berlin. Hauptgew. W.: 10 000 M. 80% bar Geld. Lose à 1 M., Porto u. Liste 30 Pf. Wohlfahrt-Lose Ziehung 22.-26. Novbr. Hauptgew. bar 75 000 M. Lose à 3,30, Porto u. Liste 30 Pf. Berliner Vogel-Lose 11 Stck. 5 M., à Stck. 50 Pf., Porto u. Liste 30 Pf. Gustav Haase Berlin, Neue Königstr. 80. Gegründet 1878.

## Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Stolas, Rolliers, Muffen, sehr schön garn. Damenhüte, Barets, Herren-, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsüßke, Jagdtaschen, Pelztopf. Sämtl. gangbaren Pelzsorten u. Lager. Große Hundmahl. Bestes Material. Keine Besatzmarke, keine Reilmuster oder sogenante Gelegenheitskäufe, trotzdem billiger. Kürschnermeister, jetzt nur Kommandantenstr. 15. I., gegenüber Deutschstr., beim Dänischplatz. Verkauf auch Sonntags u. Besichtigung bis 9 Uhr abends. Telefon 1 3917.\*

F. Kalman

Erprobt und bewährt! 2411.\* Spiritus-Glühlicht-Lampen und Brenner. Central für Spiritus-Verwertung, BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel. Illustrierte Preisliste kostenlos!



Grösstes Haus am Nettelbeckplatz. Erlert Dich? Mich nicht! Erlert Dich, Max? Mich erlert nicht Hör, was Dein Kamrad spricht: Nettelbeckplatz das grösste Haus, Halb Berlin putzt fein es aus! Halb Berlin zahlt extra bar Nicht den Staat — warum nicht gar! Ratenweis — was keiner spürt — Wird die Sache reguliert!

# Auf Kredit

mit geringer Anzahlung und kleiner Abzahlung

## Paletots

Abzahlung wöchentlich 1 Mark.

## Herren-Anzüge

(Hut gratis). Abzahlung wöchentlich 1 Mark.



# Damen-

Jackets, Röcke, Kostüme, Blusen, Kleiderstoffe

In allen Farben und Preislagen.

Pelz-Stolas, Collers, Betten, Teppiche mit den kleinsten Anzahlungen!

Koloniale Auswahl. Preise so billig wie nur möglich. Niedrigste Anzahlung 1 Mk. Wochenrate nur 1 Mk.

Einziges Waren-Abzahlungs-Geschäft, das zur Verabfolgung der Sparmarken des Rabatt-Spar-Vereins „NORDEN“ berechtigt ist.

Waren- und Möbel-Kredit-Haus ALLE TAGE ANDERS Grösstes Haus am Nettelbeckplatz Pank-, Gericht- und Reinickendorferstrassen-Ecke. Parterre, I., II., III., IV. Etage.



# Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.



## Ueber 100

eigene — in 82 Städten des Deutschen Reiches befindliche Geschäfte . .

In Berlin und Umgegend

C., Rosenthalerstraße 14.  
C., Gertraudenstr. 22, vis-à-vis der Petrikirche, früher Spittelmarkt 15.

W., Potsdamerstraße 50.  
Wir bitten genau auf 50 zu die Hausnummer achten!

W., Schillstraße 16.  
SO., Oranienstraße 32, zwischen Oranienpl. u. Adalbertstr.  
SO., Oranienstraße 2a.  
SO., Wrangelstraße 49.  
NW., Wilsnackerstraße 22.

O., Andreasstraße 50.  
O., Frankfurter Allee 125.  
N., Danzigerstraße 1.  
N., Müllerstraße 3.  
N., Friedrichstr. 127, schräg gegenüber der Oranienburgerstraße.

N., Reinickendorferstraße 23.  
SW., Friedrichstraße 240—241, am Halleschen Tor.  
NW., Turmstraße 41, Ecke Oldenburgerstraße.  
NW., Beusselstraße 29.

Rixdorf:  
Bergstraße 30—31.

Charlottenburg:  
nur Wilmerdorferstr. 122-123.

Potsdam:  
Brandenburgerstraße 54.



## Billige Strapazier-Schuhwaren!

- |                        |                                                                        |                                       |
|------------------------|------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|
| Herren-Zugstiefel      | glatt, aus gutem Wicksleder, bequeme Form . .                          | <b>4<sup>90</sup></b><br>M.           |
| Herren-Zugstiefel      | glatt, itarker, genagelter Boden . . . . . 7.90,                       | <b>6<sup>90</sup></b><br>M.           |
| Herren-Zugstiefel      | glatt, beltes Spiegelroßleder, aus einem Stück . .                     | <b>8<sup>30</sup></b><br>M.           |
| Herren-Schnallentiefel | aus fettem Wicksleder, genagelt . . . . .                              | <b>6<sup>90</sup></b><br>M.           |
| Herren-Schnürstiefel   | in moderner Form . . . . .                                             | <b>4<sup>90</sup></b><br>M.           |
| Herren-Schnürstiefel   | bestes Rindleder, genagelt . . . . .                                   | <b>7<sup>50</sup></b><br>M.           |
| Herren-Schaftstiefel   | wetterfeilt . . . . .                                                  | <b>7<sup>80</sup></b><br>M.           |
| Herren-Schaftstiefel   | beltes Rindleder . . . . .                                             | <b>8<sup>90</sup></b><br>M.           |
| Herren-Schaftstiefel   | doppellohlig, mit extra langem Schaft . . . . .                        | <b>10<sup>90</sup></b><br>M.          |
| Lederpantoffel         | extra itark genagelt, für Herren . . . . . <b>3<sup>00</sup></b><br>M. | für Damen <b>2<sup>15</sup></b><br>M. |

## Mädchen-Knopf- und Schnürstiefel

kräftiger „Schulstiefel“, genagelt, Größe 25—26 27—28 29—30 31—33 34—35  
**3<sup>50</sup>** M. **3<sup>90</sup>** M. **4<sup>40</sup>** M. **4<sup>80</sup>** M. **5<sup>20</sup>** M.

## Knaben-Schnürstiefel

extra itarker Straßentiefel  
 Größe 31—33 34—35 36—37 38  
**5<sup>20</sup>** M. **5<sup>60</sup>** M. **6<sup>00</sup>** M. **6<sup>50</sup>** M.

Warme Hausschuhe und Pantoffel in riesiger Auswahl.

Maler-, Tüncher- und Dachdecker-Schuhe **95** Pfg.

Gummi-Schuhe Prima Fabrikate unter Garantie der Haltbarkeit!

Kommunales.

Die Misere des Berliner Gemeindefchulwesens

trat in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wieder einmal recht augenfällig in Erscheinung. Die Schulnot auf dem Wedding ist so groß, daß man nicht weiß, wo die schulpflichtigen Kinder untergebracht werden sollen.

Es wird immer dringender, daß der Misere in dem Berliner Gemeindefchulwesen ein Ende gemacht wird. In den Schulverwaltungen hindert man die besitzlose Klasse, hier reformierend mitzuwirken.

Ueber die Waisenspflege der Stadt Berlin

hat die Waisendeputation jetzt ihren Jahresbericht für das Etatsjahr 1906/07 erstattet. Seine Angaben und

Darlegungen über die Waisenanstalten unserer Stadt, über den Zustand der Kostpflegestellen, über die Ausführung der Fürsorgeerziehung, über die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sind von hohem Interesse.

In dem Abschnitt über die Superrevisionen der auswärtigen Kostpflege sieht der Revisionsbericht des Erziehungsinspektors Bartold. Wir lesen da die folgenden Sätze: „Es kam festgestellt werden, daß die Ergebnisse in der Familienpflege von Jahr zu Jahr bessere geworden sind.“

Herr Bartold ist noch nicht lange Erziehungsinspektor bei der Waiserverwaltung. Er ist derselbe Herr, der im ersten Jahre seiner Amtstätigkeit eine so große Zahl ständalöser Mängel in der Kostpflege aufdeckte und so viele Pflegeanstalten zur Auflösung empfahl.

Daß es unmöglich ist, alle Mängel in den Pflegestellen zu beseitigen, das versteht sich von selber. Man darf aber fragen, ob nicht die Angehörigen, die auch in diesem neuesten Bericht wieder zugegeben werden müssen, größtenteils hätten verhütet werden können.

b. Trebra berichtet, vierzehn Stellen seien aufgehoben worden, weil die Nahrung ungenügend war, Unsauberkeit herrschte, die Wohnungen zu klein und feucht waren.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 1/2 Uhr abends statt.

- H. v. Nixdorf. Na. - R. J. B. Sie müßten sich bei einem Vorkländer erkundigen. Sie besitzen die Aktien der Privatlotterien nicht.
P. G. 3. Sie müssen an das Amtsgericht Ihres Wohnortes schreiben, daß Sie aus der Landesliste austraten wollen.

Wail-Opera
die vollkommenste Sing-
Musik- und Sprech-
maschine. Katalog gratis
Bequemste
Ratenzahlung
Duo Jacobson, Berlin, 21.
Friedenstraße

Zahn-Klinik.
Preise
beliebige Teil-
zahlung.
invaliden-
straße 148.

Wenn Sie wüssten,
was Sie sich und den Ihrigen täglich entgehen lassen,
wenn Sie statt des echten „Kathreiner“ eine minder-
wertige Nachahmung oder irgendeinen anderen Malz-
kaffee trinken, Sie würden beim Einkauf Alles
zurückweisen, das nicht die untrüglichen Kenn-
zeichen des echten „Kathreiner“ aufweist: Geschlosse-
nes Paket in der bekannten Ausstattung mit Bild und
Namenszug des Pfarrers Kneipp und der Firma
Kathreiners Malzkaffee-Fabriken. Jede Hausfrau, die
den echten Kathreiner einmal kennt und seinen hohen
Genusswert täglich aufs neue erprobt, will einfach
keinen anderen Malzkaffee in ihrem Haushalt haben
als „nur den echten „Kathreiner“.

Pelz-Stolas
Müssen
sowie alle sonstigen
Pelzwaren
empfehlen nach be-
endeter Engros-
Saison zu außer-
gewöhnl. bill. Preis.
R. Michaelis,
Karlshornstr.,
Gr. Frankfurter-
straße 99, I u. II,
am Strauß-Platz.
Teilzahlung
monatlich 10 M. keine Herren-Gar-
dorbs nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, 2. Etage,
Räbe-Wallensteingasse,
Kasse 10%, billiger.
Stegdecken
billigt direkt in der
Fabrik
73. Wallstr. 73.
mo auch alle Stegdecken angefertigt
werden. Bernhard Strohmaier,
Berlin S 14. Katalog gratis.

# Alhambra

Wälder-Theaterstraße 15.  
**Jeden Sonntag Großer Ball**  
 Großer Orchester. Anfang Sonntags  
 6 Uhr. A. Zamiatat.

## Moerders Blumengarten

Ober-Schönwalde a. d. Oberprez.  
 Inh.: **Alb. Moerner**  
 (Neues Konzerthaus).  
 14622\*] Heute:

## Extra-Reunion

(Leitung: Tanzlehrer Sachs).  
 Für Vereine und Gewerkschaften im Sommer noch Sonnabende zu vergeben.  
 Bedingungen in bekannter  
 folgender Weise.

## Café Meyer

Dresden-Str. 125/29.  
 Kaffee 10 u. 15, Bier, Hell u. Dunkel 10 Pf.  
 ca. 50 Zeitungen; 2 Billards 40 Pf.  
 Zahlstelle der Freien Volkabtheilung.

## Wer - Stoff - hat

fertige Hüte nach Maß 20 Mk.  
 Tadellos gefertigt, halbbare Futterfasern.  
 Bei Stofflieferung billigste Preise.  
 Franke, Adlerstraße 143,  
 1421.\*

## Die Harnleiden

Ihre Gefahren, Verhütung und  
 Beseitigung von  
**Dr. med. Schuper,**  
**BERLIN - Preis 1 Mark.**  
 1115, Köpenickerstr.

## Diese Woche

täglich, Sonntag verkaufen  
 wir als Gelegenheitsverkauf für  
 Herren jeden Standes zu  
 Preisen wie solche enorm  
**billig**  
 aus feinsten Massstoffen  
 teils auf beide gefertigt,  
 hochvernehmliche, Herren-  
 Ueber, mod. Rock, Jackett-  
**Anzüge**  
**Palotots**  
 deren sonstiger Masspreis  
 40-70 Mk. ist, jetzt 15-35 Mk.  
 Gehrockenanzüge jetzt 10-45 Mk.  
 Herren-Hosen jetzt 7-12 Mk.  
 Deutsches Versandhaus,  
 Jägerstr. 63, 1. Treppen.\*

## Anzüge

Palotots  
 deren sonstiger Masspreis  
 40-70 Mk. ist, jetzt 15-35 Mk.  
 Gehrockenanzüge jetzt 10-45 Mk.  
 Herren-Hosen jetzt 7-12 Mk.  
 Deutsches Versandhaus,  
 Jägerstr. 63, 1. Treppen.\*



## Großen Vorteil

für Berlin und Vororte  
 bietet das neu eröffnete  
**Versandhaus**  
**Berliner Herren-Moden**  
 Stralauerstraße 28, hochparterre  
 (am Molkenmarkt).  
 Es liefert an jedermann selbst-  
 hergestellte, gedieg., solide  
 Herrenbekleidung, fertig und  
 nach Maß gegen wöchentliche  
 Teilzahlung von 1 Mark an.  
 Auf Wunsch besucht Sie unser  
 Stadtreisender mit reichhaltigen  
 Stoffmustern.  
**Kein Waren-Kredithaus, daher  
 sehr billige Preise.**  
 Reelle Bedienung.  
 Auch Sannings geöffnet.

## Cigarren

zu **Engros-Preisen.**

Besondere Spezialitäten:  
 Regina, pikant ..... 3,50  
 St. Felix Brasil ..... 4,50  
 Ueisa, feinst, empfehlenswert ..... 4,00  
 do. 300 Stück franco ..... 14,-  
 Fernandez, in besten Farben ..... 5,-  
 Tamborella, mild ..... 5,50  
 El Oro, ff. Aroma ..... 6,50  
 El Campo, Mexico-Casanna ..... 6,-  
 Helena, Havana-Ginlage ..... 7,50  
 Berlin geg. Nachnahme 300 St. franco.  
 Nichtzusagendes nehmen zurück.  
**Rauscher & Fabisch,**  
 Berlin NW. 62, Raststraße 24, I. Stg.

## J. Baer

Badstr. 28, Ecke  
 Harren- und Knaben-  
 Moden, Berufs- und  
 Eleg. Palotots u. Joppen,  
 Großes Lager  
 in- und ausländischer  
 Stoffe zur Anfertigung  
 nach Maß.  
 Allerbilligste, streng feste Preise.

**Gewerkschaftshaus**  
 (großer Saal).  
 Sonntag, den 1. Dezember 1907, abends 7 Uhr:  
**XVI. volkstümlicher Vortragsabend**  
**von Maria Holgers.**  
 Neue und alte Märchen mit Lichtbildern.  
 Erwachsene 40 Pf., Kinder die Hälfte. [209/12\*  
 Kartou bei Horsch, Engel-Ufer 15, und abends an der Kasse.

## G. Graumanns Festsäle

Naunynstraße 27.  
 Sonnabende sowie Sonntage zu Vereinsfeiern  
 Silvester 1907 frei gemietet. **Gustav Graumann.**

**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung  
 Modern elegante fertige  
**Herren-Moden.**  
 Ersatz für Mann.  
**Mass-Anfertigung**  
 feinste Verarbeitung.  
 Garantie unbedingter Sitz.  
**J. Kurzberg,**  
 Hauptgeschäft: Rosenstraße 40/41,  
 am Hackeschen Markt.  
 1. Geschäft:  
 A. d. Jannowstr. 1.1.  
 Kein Waren-Kredithaus

## 10000 Mark Strafe

bei der Deutschen Bank deponiert, verpflichten wir uns  
 an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot  
 nicht **streng reell** ist und **auf Wahrheit** beruht.  
 Wer sich **billig** und **gut** kleiden will, der kaufe uns  
 die von unserer Kundschaft nicht abgeholt, neuen  
**HaB-Anzüge und Paletots** ab, welche wir zum  
**Selbstkostenpreis, ja darunter** abgeben, damit  
 wir unsere guten Sachen nicht zu verramschen brauchen.  
 Unter Bezug auf obige Strafe werden die Preise  
**wahrheitsgemäß 30-50 Prozent ermäßigt.**  
 Andere Sachen kommen mit zum Verkauf. Infolge  
 unseres großen Versandtes hat sich wieder ein großer  
 Posten angesammelt, so daß jeder etwas nach seinem  
 Geschmacke findet, wer nicht, kann unbehelligt gehen.  
**Gebr. Heinemann, Modehaus Gentleman,**  
 Mittelstr. 46, I. r. Kein  
 Laden, nur I. Etage. Geöffnet: **Sonntags 8-10,**  
**12-3 Uhr.** Wochentags 8-12, 3-7 Uhr.  
 Diesen Inseerat bitten wir **auszuscheiden** und **un-**  
**bedingt aufzuheben.** Jeder, der ein Kleidungsstück  
 braucht, sehe bei uns nach, sei es jetzt oder später.  
 209L\*

## Wahr und erwiesen

ist es, daß es im Interesse eines jeden Käufers von Herren-  
 und Knabengarderobe liegt, sich von der Leistungsfähigkeit  
 meiner seit dem Jahre 1879 im Osten Berlins bestehenden Firma  
 zu überzeugen. Ich führe nur gute und reelle fertige Bekleidung  
 vom einfachsten bis zu dem elegantesten Genre. Eine Spezialität  
 meiner Firma ist Anfertigung nach Maß von besten deutschen  
 und englischen Stoffen in eigenen Betriebs-Werkstätten. Garantie  
 für guten Sitz und tadellose Verarbeitung zu mäßigen Preisen.  
 Der fortwährend wachsende Zuspruch aus allen Kreisen bietet  
 die beste Gewähr für die Reellität meiner Firma.

## JULIUS LINDENBAUM

::: Herren- und Knabengarderobe :::  
**Große Frankfurterstraße 141**  
 Ecke der Fruchtstraße. 755L\*

Meine Werkstätten im Hause sind seit Anfang März ununter-  
 brochen im Betriebe. Arbeitslöhne zahle ich laut Tarif-  
 vertrag und beschäftige die vereinbarte Anzahl von Gesellen  
 auf Lager- und Maßarbeit.

## Neuer Stadtteil an der Schönhauser Allee.

Räden und herrliche 1, 2 Zimmer-Wohnungen mit Bad, Balkon und  
 Loggien usw.  
**Zwei Monate mietfrei**  
 Heidermünderstraße (verlängerte Stolpischestr.). Hinlänbliche-  
 straße (verlängerte Garankstraße), einige Minuten von den  
 Ringbahnhöfen Schönhauser Allee und Gesundbrunnen ent-  
 fernt; ganz besonders preiswert, sofort, eventuell per  
 1. Januar 1908 zu vermieten. 5890L\*  
 Nähere Auskunft beim Verwalter, Heidermünderstr. 5 (Laden).

## Goldblondchen

alkoholfreies Erfrischungsgetränk.  
 Zu beziehen durch die meisten  
**Bierverleger und Mineralwasserfabrikanten**  
 Generalvertrieb: **Ernst Krüger, G. u. V. G., NO., Höchststr. 28.**

**Gratis**  
  
 4 Stk. 25 Pf. ein große beidseitige  
 Platten, keine Wappe, beim Umlauf einer  
 Drehmaschine oder einer Schallplatten-  
 Drehscheibe auf Teilschall.  
 — Wochenrate nur 1 Mark. —  
 Gegen Kasse billige Preise.  
**J. Kurzberg,**  
 Hauptgeschäft: Rosenstraße 40/41,  
 am Hackeschen Markt.  
 1. Geschäft:  
 A. d. Jannowstr. 1.1.

## Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung  
 elegante fertige  
**Herren-Garderoben**  
 bring ihr Maß.  
 Anfertigung nach Maass.  
 Tadellos Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
 Schneidermeister,  
 Gr. Frankfurterstr. 37, a  
 Eingang Straußberger Weg.

## Achtung!

**Zava-Einlage,**  
 Umblatt u. Decke pr. Pfd. —, 95.  
 1.-, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50,  
 1.80, 2.-, 2.50, 2.60, 2.80  
 und 3.60.  
**Hamburger Rohtabak-Haus,**  
 Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

## Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 195.  
 Bohle 2 Gg. 2,10 Pf.  
 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, 1/10, 1/12, 1/15, 1/20, 1/25, 1/30, 1/40, 1/50, 1/60, 1/75, 1/100, 1/125, 1/150, 1/200, 1/250, 1/300, 1/400, 1/500, 1/600, 1/750, 1/1000, 1/1250, 1/1500, 1/2000, 1/2500, 1/3000, 1/4000, 1/5000, 1/6000, 1/7500, 1/10000.

## Billige Rohtabake.

**Max Jacoby, Strolitzerstr. 52**

**Prachtsäle des Ostens**  
 Inh. Oskar Cranz. Frankfurter Allee 151-152.  
 Jeden Sonntag und jeden Mittwoch im Theater-Saal:  
**Humoristische Soiree der Spree-Althener**  
 Berliner Sönger-Gesellschaft (Direktion Max Zerner).  
 Nach der Soiree: **Tanz-Kränzchen.**  
**Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.**  
**Anfang Mittwochs 8 Uhr. Entree 30 Pf.**  
 Vorzugskarten haben nur Mittwochs Gültigkeit.  
 Im weißen Saale jeden Sonntag:  
**Tanz-Reunion**  
 bei stark besetztem Orchester.  
 Im Restaurant täglich:  
**Großes Künstler-Frei-Konzert**  
 Anfang 4 Uhr.  
 Vorzügliche Küche. Ausschank von Patzenhofer, Pilsener und echt  
 Münchener Bürgerbräu.

Wo verkehren Sie? Wo logieren Sie? Wo speisen Sie?  
 Bei **H. Stramm, Berlin,**  
 Ritterstraße 123.  
 Großer Frühstück-, Mittag- und Abendtisch.  
 Mittag mit Bier 60 Pf., abends à la carte in reicher  
 Auswahl zu sel. Preisen. Gr. Fremdenlogis à Bett 40 Pf.  
 2 Vereinszimmer (20 u. 60 Pers.) auch mit Planino.  
 Telefon Amt IV 2366. 55292\*

## Borussia-Festsäle Ackerstraße 6/7

Inh.: J. Leschowski.  
 Jeden Sonntag u. Donnerstag: **Großer Ball.** Bier Söle  
 100 bis 800 Personen für Vereine, Hochzeiten, Versammlungen unter  
 kulantesten Bedingungen.

**Täglich Musikerbörse** | **3 Vereinszimmer**  
 Amt III, 2674. einige Tage frei.  
**Mittwoch und Sonntag Tanzstunde.**

## Markgrafensäle

Berlin O. 98. Markgrafendamm 34. Inhaber: Hermann Scholtz. Telefon:  
 Amt 7, 4277.  
 Jeden Sonntag: **Großer Ball** bei freiem Entree.  
 Söle von 100 bis 1000 Personen für Vereine, Hochzeiten usw. unter  
 kulantesten Bedingungen einige Sonnabende nach zu vergeben. Vereins-  
 zimmer bis 100 Personen fassend. 2 fomi. Regelbahnen u. einige Tage frei.

## Etalissement Pharus-Säle

Inh. Julius Wernau  
 Genspr. Amt II, Nr. 645.  
 Berlin N. 65, 142 Müller-Straße 142.  
 Moderne Festküche, Hochzeiten, Vereine u. Gesellschaften 100-2000 Pers. fassend  
 Großer schattiger Naturgarten und Terrassen.  
 Stadtküche, Dejeuner, Diners und Soupers in und außer dem Hause.  
 Mittagstisch von 12-3 Uhr. 5 Pharus-Kegelbahnen. 8192

## Germania-Pracht-Säle

Chausseestr. 110. Karl Richter.  
 Jeden Sonntag: **Otto Steidel's**  
**Hamburger**  
**Sänger.**  
 Vollständig  
 neues  
 Programm.  
 Anfang 6 Uhr.  
 Eintritt 50 Pf.  
 mit anschließ.  
**Familien-**  
**Kränzchen.** — Von 5 Uhr ab im  
 weißen Saal: **Großer Ball.**  
 Jeden Mittwoch: **Otto Steidel's**  
 Hamburger Sönger und Freitanz.

## Karl Kellers

**Neue Philharmonie**  
 Köpenickerstr. 96/97.  
 Jeden Sonntag:  
**Militär-Konzert**  
 Anfang 6 Uhr.  
 Jeden Dienstag:  
**Original-Harburger Sönger**  
 Anfang 8 Uhr. 4762\*

Empfehle meine Söle zu Ver-  
 sammlungen und Festlichkeiten.

## Für Männerchöre.

**Proletarier-Weihnachtslied.**  
 Von O. Suchsdorf. 5102\*  
 Partitur 20 Pf., Stimme 10 Pf.  
 Zu beziehen von R. Prinz,  
 Berlin N., Brunnenstr. 22, sowie  
 allen Buchhandlungen.

## W. Hermann Müller,

Wagenstr. 14.  
**Java-Sumatradecken**  
 mit schönen, hellbraunen Farben  
 und tadellosem Stande  
 Nr. 5966 à 2,50 } pro Stund  
 Nr. 5967 à 2,50 } bezollt.

## Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen  
 sowie einzelne Stücke äußerst billig.  
 Eigene Tischlerei-Werkstatt.  
 Berlin O.,  
**Wihr, Peterburgerstr. 62**

## Echte Haarlöcher

**Blumen-Zwiebeln**  
 als Spezialität: Hyazinthen für  
 Gläser, preiswerte Hyazinthen,  
 Tulpen, Anemone usw. für Garten-  
 bedecke empfehlen in bekannter  
 Güte und lebendiger Ausmahl  
 Landbergerstr. 64,  
**E. Böse & Co.,**  
 am Alexanderpl.  
 Amt VII, 81.

## Zu Geschenkzwecken

empfehlen wir:  
**Die Französische Revolution**  
 von 1789.

Vollständige Darstellung der Ereignisse in Frankreich von 1789-1804.  
 Von **Wilhelm Bloß.**  
 Reich illustriert. Geb. Preis 4 Mk.

## Die Deutsche Revolution.

Geschichte der deutschen Bewegung von 1848/49.  
 Von **Wilhelm Bloß.**  
 Illustriert von O. E. Lau. Geb. Preis 4 Mk.

## Geschichte der Französischen Revolution

von 1848 und der zweiten Republik.  
 Von **Louis Heritier.**  
 Mit einem Nachtrag:  
 Vom zweiten Kaiserreich bis zur dritten Republik  
 Von **Ed. Bernstein.** Geb. Preis 4 Mk.

## Dr. Zimmermanns Großer Deutscher Bauernkrieg.

Secundausgabe von **Wilhelm Bloß.** 225/3\*  
 Billige Vollausgabe, illustriert. Preis brosch. 8 Mk., geb. 4 Mk.

## Expedition des „Vorwärts“.

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.



# Pfingst'schen Konkursmasse

und andere grosse Gelegenheits-Posten

bieten eine überaus günstige Gelegenheit zur Deckung des Weihnachtsbedarfs.

**Königstr. 33** Ecke Neue Friedrichstrasse **Königstr. 33**  
direkt am Bahnhof Alexanderplatz und der Zentral-Markthalle.

|                                                                                                                                                                   |       |       |       |                                                                                                                  |         |          |                |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-------|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|----------|----------------|
| Kostümröcke neueste Faltenformen, Covertcoat und neueste Blockkarostoffe mit Samt und Stoffblenden . . . . . Wert bis 14.00                                       | 7.85  | 6.75  | 5.65  | Samt- u. Astrachan-Liftboys u. Boleros in braun u. schwarz, m. apart hell, West. u. Trossbesätzen Wert bis 40.00 | 25.50   | 18.75    | 14.95          |
| Tuch-Kostüme aus Ia reinw. Tuchen, blau, braun, oliv, Herrenschnelder - Arbeit, mit Blendenapplikation, Jackets 95-100 cm lg., zum Teil auf Seide, Wert bis 13.00 | 34.50 | 29.75 | 24.75 | Kinder-Jackets aus Mau Cheviot und englischen Stoffen . . . . .                                                  | für 3-5 |          | 6-10 Jahre     |
|                                                                                                                                                                   |       |       |       |                                                                                                                  | 4.75    | bis 6.75 | 6.00 bis 13.50 |

**ca. 3000 Stck. Elegante Blusen 7.95**  
aus Seide, Spachtel u. Spitze, in allermodernster Verarbeitung, neueste Farben  
Wert bis 36.— . . . . . **19.75 14.95 8.45**

**ca. 3000 St. Eleg. Tuch-Unterröcke 4.95**  
in verschiedenster Ausführung und Farbauswahl, mit Samt und Seidenvolants, apart, mit Trossen- und Bändchen-Garnierungen  
Wert bis 30.— . . . . . **14.50 8.25 6.75**

**ca. 3000 Stck. englische Paletots 7.95**  
aus Ia Stoffen, Sakkoform und halbgeschweift, zum Teil m. Trossen eingefasst  
Wert bis 32.— . . . . . **17.85 12.50 9.85**

## Seiden- u. Kleiderstoffe

## Grosse Posten!

## Seiden- u. Kleiderstoffe

|                                                                                                                |            |                                                                                                                                        |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Louisine-Schotten reine Seide, 12 verschiedene Farbenstellungen, Wert 2.25, . . . . . jetzt Meter              | 1.45       | Eider-Flanelle Ia. Qualität, in schönen Mustern, für Morgenröcke und Mattees geeignet . . . . . Meter jetzt                            | 58 Pf.    |
| Blusenstreifen und Karos reine Seide in neuen, entzückenden Dessins, Wert 3.00, . . . . . jetzt Meter          | 1.65       | Organdy u. fass. Batiste in Blumenmustern, Streifen und Punkten . . . . . Meter jetzt                                                  | 48 38 Pf. |
| Seiden-Coupons für Blusen, im Karton verpackt, . . . . . Coupon 4 Meter                                        | 6.80, 5.80 | Kleiderstoffe in englischen und glatten Geweben, jede Robe 6 Meter, im Karton von                                                      | 2.45 an   |
| Kostümtuch reine Wolle, 130 cm breit, in jeder Farbe, auch braun und schwarz, Wert 5.00, . . . . . jetzt Meter | 2.90       | Halbfertige Roben in Indiamull, Batist und Tüll, crème und weiss, bei der Dekoration leicht angestaubt, Wert bis 36.00 . . . . . jetzt | 12.75     |

## Damen-Wäsche und Schürzen

## Herren- und Knaben-Konfektion

|                                                                                    |                    |                                                                                                         |                                   |
|------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------|
| Damen-Hemden Achselverschluss mit Spitze, aus kräftigem Hemdentuch . . . . . jetzt | 1.25               | Herren-Winterpaletots derbe Stoff-Qualitäten . . . . .                                                  | 27.50, 25.00, 22.50, 18.00, 15.00 |
| Damen-Hemden aus kräftigem Hemdentuch, mit Imt. Langsette . . . . . jetzt          | 1.50               | Herren-Winterulster neueste Glockenformen, mit Aufschlägen . . . . .                                    | 39.50, 36.00, 33.00, 30.00        |
| Damen-Beinkleider aus Croisearchem mit Stickerel oder Langsette . . . . . jetzt    | 1.50, 1.25         | Herren-Jacketanzüge gediegene Stoffe . . . . .                                                          | 22.50, 20.00, 18.00, 15.00, 13.00 |
| Damen-Jacken aus Croisearchem mit Imt. Langsette . . . . . jetzt                   | 1.50, 1.25         | Herren-Jacketanzüge teilweise aus Aachener Stoffen . . . . .                                            | 39.50, 36.00, 33.00, 30.00, 27.50 |
| Damen Hemden aus bestem Hemdentuch mit gestickter Fasse . . . . . jetzt            | 2.15               | Herren-Winterjoppen Interims- und Sport-Fasson . . . . .                                                | 14.50, 11.50, 9.25, 8.25, 6.75    |
| Damen-Fassonhemden aus Ia Renorcé, mit guter Stickerel . . . . . jetzt             | 2.45, 2.25         | Knaben-Winterjoppen für 10-14 Jahre 3.95 für 8-9 Jahre                                                  | 2.95                              |
| Velourbarchentröcke und Beinkleider bunt, mit Volant und Langsette . . . . . jetzt | 1.95, 1.85, 1.25   | Knaben-Pyjaks mit warmem Futter und Stickerel . . . . . für 8-9 Jahre                                   | 7.25, 5.25, 4.65                  |
| Damen-Reform- u. Wirtschaftsschürzen jetzt                                         | 1.45, 1.25, 88 Pf. | Knaben-Anzüge in blau Kammgarn und Cheviot, Bluse und Hose ganz gefüttert, für 8-9 Jahre                | 6.85 . . . . . für 8-9 Jahre 5.85 |
| Organdy-Tändelschürzen ringsherum mit Spitze . . . . . jetzt                       | 68 Pf.             | Knaben-Manchesteranzüge dauerhafteste Strapazier-Qualität . . . . . für 8-9 Jahre                       | 5.85                              |
| Satin-Tändelschürzen mit Belmadians u. Aachener Ausführung . . . . . jetzt         | 1.25, 95, 78 Pf.   | Stoffreste u. Abschnitte zu Paletots, Anzügen und Beinkleidern passend, 3 Meter Coupons . . . . . jetzt | 11.45                             |

Ein grosser Posten **Läufer-Stoffe 38 Pf.**  
auch Rest-Coupons . . . . . Meter von an

Ein grosser Posten **Linoleumläufer 75 Pf. 97 Pf.**  
in Coupons verschiedener Grösse . . . . . Meter **67 cm 90 cm breit**

ca. 1000 Stück neueste Damenhut-Filzformen Wert bis 3.— . . . . . Jetzt 88, 65, 28 Pf

## Leinen- u. Baumwollwaren

## Schuhwaren

## Pelzwaren

|                                                                                    |                                                                                   |      |                                                                                                                 |                     |
|------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------|------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------|
| Jacquard-Drell-Tischtücher in reinleinen und halbleinen . . . . . 2.95, 2.25, 1.95 | Damen-Lederhausschuhe warm gefüttert mit Plüschbesatz und Lederabsätzen . . . . . | 2.85 | Echte Skunks-Stolas ausgesucht schöne Felle mit echtem Fehschweif. Wert bis 100.00 . . . . .                    | 59.00, 48.00, 24.75 |
| Kaffeegedecke m. 6 Servietten 3.45, 2.95, 2.25                                     | Dongola-Lederstiefel für Kinder, Schnürfasson, Grösse 27/35 . . . . .             | 2.95 | Nerz-Stolas (Orenburger Marmel), herrliche Farb. apart, m. Köpf. u. Schweif garniert, mod. Fass. Wert bis 50.00 | 38.50, 24.50, 16.95 |
| Kaffeedecken Grösse 120x200 cm . . . . .                                           | Damen-Stiefel Schnürfasson mit Lackkappe . . . . . 6.95                           | 4.45 | Echte Moufflon-Stolas in vielen Farben, breite, lange Form, so lange der Vorrat reicht. Wert 15.00 . . . . .    | 7.75                |
| Küchenhandtücher Gerstenkorn, jetzt Dtz. 5.50, 3.90, 2.90                          | Herren Stiefel Agraffenform mit Spiegelbesatz und Chevreauzeinsatz . . . . .      | 6.45 | Pelz-Krawatten aus echt Feh. Orenburger Nerzermel und Kanin, sehr eleg. Färb. n. Wert bis 20.00                 | 28.50, 19.75, 7.95  |
| Jacquard-Drell-Handtücher 6.75, 5.75, 4.95                                         | Herren Stiefel Agraffenform, halbarstes Noxleder, elegante Fasson . . . . .       | 7.95 |                                                                                                                 |                     |

## 18000 Stück Schweizer Stickereikollarettes und Garnituren, feinsten Ausführung

Serie I . . . . . Stück 9 Pf. | Serie II . . . . . Stück 28 Pf. | Serie III . . . . . Stück 48 Pf. | Serie IV Garnitur: Kragen und Manschetten . . . . . 98 Pf. | Serie V Garnitur: Kragen und Manschetten . . . . . 1.49



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Anlässlich des heutigen Totensonntags richten wir an die organisierte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, beim Besuch der Friedhöfe in den Vororten Berlins die Lokalliste genau zu beachten. In einer ganzen Anzahl der in Frage kommenden Orte steht uns leider noch kein Lokal zur Verfügung, in anderen wiederum ist es den dortigen Genossen nur durch die tatkräftige Unterstützung der Berliner Arbeiterschaft möglich, die ihnen zur Verfügung stehenden Lokale halten zu können. Alle Lokale mit Versammlungsräumen, die nicht in der Lokalliste stehen, sind streng zu meiden. Nachstehend teilen wir folgende freien Lokale mit:

- Sancti: Paul Ebel, Restaurant „Zum Volksgarten“, Marienfelderstr. 9 (Luther-Kirchhof); Orenert, Marienfelderstr. 17a; Herm. Reiger, Wirtschaft „Zum grünen Kranz“, Calandrellistr. 27.
Mariendorf: G. Borgfeldt, Restaurant „Zum Feldschlösschen“, Feldstr. 44; Restaurant Reichardt, Chausseest. 16; Restaurant „Zum Landhaus“, Joh. Striehle, Groß-Deerenstr., am Bahnhof Marienfelde; Restaurant „Zum alten Aslamier“, Joh. Purtsche, Chausseest. 82.
In Charlottenburg steht uns das Lokal „Zum englischen Garten“, Salzstr. 1a, Ecke Englische Str., zu den bekanntesten Bedingungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Vierter Wahlkreis. Billets zur Treptower Sternwarte zur zweimaligen Benutzung zum Preise von 80 Pfennig sind zu haben in den Expeditionen 80. und am Petersburger Platz 4, sowie im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 1/2, II.

Der Vorstand.

Schöneberg. Auf die heute in der Schloßbrauerei, vormittags 11 1/2 Uhr, stattfindende Volksversammlung sei nochmals aufmerksam gemacht. Da am morgigen Montag die Stichwahl im 1., 2. und 10. Bezirk vor sich geht, werden alle Genossen, die am Tage der Wahl helfen, ersucht, im Lokal von Tieg, Rollendortstr. 29, A. Kuhlmech, Martin Lutherstr. 77, und A. Lieh, Gustav Freytagstr. 5, sich zu melden.

Der Vorstand.

Behlendorf. Die Arbeiterschaft unseres Ortes wird auf die am Dienstag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, stattfindende Protestversammlung hingewiesen und ersucht, für einen Massendebuch derselben Sorge zu tragen.

Groß-Lichterfelde. Morgen, Montag 8 1/2 Uhr: Ordentliche Mitgliederversammlung im „Kaiserhof“, am Kronoldplatz. Vorbereitung unserer Kommunalwahlen. Vortrag des Genossen Benzler. Verbindungsangelegenheiten.

Dienstag, den 26. November: Öffentliche Protestversammlung, ebenfalls im „Kaiserhof“.

Der Vorstand.

Stralau. Am Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr, findet in den Markgrafensälen, Markgrafendamm 84, eine Protestversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen.

Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute findet über den ganzen Ort Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokale aus statt.

Der Vorstand.

Erkner und Umgegend. Die Genossen werden auf die am Dienstag, den 26. November, in „Degebrodts Gesellschaftshaus“ stattfindende Demonstrationssammlung aufmerksam gemacht. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist dringend erwünscht.

Friedrichsfelde. Zur Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen heute früh 8 Uhr in den bekannten Lokale.

Die Protestversammlung findet am Dienstag, den 26. November, abends 1/9 Uhr, im Lokale von Eube, Pringelallee 30, statt.

Friedrichsfelde. Dienstag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet eine Protestversammlung im Lokale des Herrn Eube, Pringelallee 30, statt. Es gilt gegen das elendeste aller Wahlrechte Protest einzulegen. Erscheint in Massen.

Hierzu findet heute früh 8 Uhr Handzettelverbreitung von den bekannten Lokale statt. Hohe Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Neuenhagen und Umgegend. Am heutigen Sonntag findet für den ganzen Bezirk eine Flugblattverteilung statt. Im Interesse der Sache wird zahlreiche Beteiligung erwartet. Ausgabe der Flugblätter in Neuenhagen in den bekannten Stellen, für Friedersdorf und Petershagen, früh 8 Uhr, im Lokal von Raz Birke, Friedersdorfer.

Jossen. Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 27. November statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, in derselben zu erscheinen.

Britz-Budow. Heute früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Handzettel- und Flugblattverbreitung. Die Beteiligung aller Parteigenossen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Wahlverein Eichwalde und Umgegend. Dienstag, 26. November, abends 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung in „Heinrichs Seglerlosh“, Zaitzen (Danfels Abgabe). Wichtiger Tagesordnung wegen ersucht um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand.

Weihenfer. Heute findet Flugblattverbreitung im Orte sowie Kalenderverbreitung im ländlichen Bezirk statt.

Ferner findet am Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150, eine Demonstrationssammlung statt. Zur jeder Genosse seine Pflicht.

Der Vorstand.

Bezirk Waldmannslust. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am heutigen Sonntag nachmittags 4 Uhr bei Bergemann in Stolpe statt. Vortrag des Genossen Raz Kiesel über: „Was wollen die Sozialdemokraten“.

Kowawes. Am Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Ernst Schmidt (Deutscher Festsäle), Wilhelmstr. 3, eine Protestversammlung für Männer und Frauen gegen das preussische Landtagswahlrecht statt. Arbeiter, Parteigenossen, sorgt für Massendebuch der Versammlung.

Der Einberufer.

Spanbau. Am Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei öffentliche Versammlungen in den Lokale von Adpnid, Pichelsdorferstr. 39, und Kunkle, Schönwalderstr. 80, statt. Es gilt gegen die Dreiklassenwahlrecht zu protestieren; deshalb darf kein Genosse in den Versammlungen fehlen. Auch die Frauen werden um ihre Beteiligung ersucht.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Totensonntag.

Einer alten Sitte gemäß pilgern heute Tausende hinaus nach den Kirchhöfen, um ihre Toten zu besuchen. Diese Sitte der Totenverehrung ist nicht etwa der Kirche geschuldet; sie bestand schon bei heidnischen Völkern. Man kann sehr unchristlich sein und doch einem lieben Angehörigen auch nach seinem Tode ein gutes Angehen bewahren. Wenn sich auch viele Ungläubige den von der Kirche festgesetzten Tagen der

Totenfeier fügen, so tun sie das ohne alles kirchliche Drum und Dran; genau so, wie sie Weihnachten feiern.

Hier auf den Friedhöfen herrscht Ruhe und Friede! so predigen es die Diener der Kirche und so verkünden sie es den Besuchern der Totenstätten durch ihre Traktätchen, die sie heute wie alle Jahre in Massen verteilen lassen. Seht aber einmal genauer hin, wie auch hier sich der Klassen Gegensatz breit macht: Dort an der Wand die großen eisenumgitterten mit prächtigen Marmoroseln versehenen Erdbegrabnisse, nicht weit davon der schmucklose nicht einmal durch Rasen eingefasste Erdhügel eines armen Proletariers; ein einfaches Holzkreuz mit einer Nummer versehen bildet sein Grabdenkmal. Und unter den Hügel? Hier liegt ein Arbeiter, der in der Blüte seiner Jahre durch den Moloch Kapitalismus hinweggerafft wurde, indem er in eine Maschine geriet und sein Leben lassen mußte; daneben eine Frau, die ihren Kindern entrissen wurde, weil sie sich durch Maschinenmächen am Tage und in der Nacht die Schwindsucht geholt hatte, und dann die vielen Kindergräber, die in der Hauptsache Proletariatskinder bergen, die der Bürgel Diphtherie infolge mangelnder Pflege und mangelnder Ernährung sich geholt hatte! Diese Tatsachen predigen keinen Frieden; sie predigen Haß; Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die auf der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen basiert. An der Aufrechterhaltung dieses ungesunden Zustandes hat auch die Kirche ihren Teil, indem sie den Proletariern Ruhe und Entsagung predigt und sie auf das Jenseits verweist. Die Kirche ist dem kapitalistischen Staate dienstbar, ist diesem Staate nur ein Mittel, sie hat mit Schuld daran, wenn Tausende und Abertausende in den besten Jahren ins Gras beißen müssen, weil sie übermäßig ausgebeutet werden.

Und so soll auch der Gang nach dem Friedhof daran gemahnen, nicht nur zu jammern und zu klagen, sondern aufrecht zu stehen und den Kampf führen zu helfen gegen die heutige kapitalistische, menschenmordende Gesellschaftsordnung.

Berlin im Schnee.

Ein starker Schneefall ist in der vergangenen Nacht niedergegangen. Unaufröhrlich rieselten die Flocken zur Erde und infolge der Trockenheit blieb der Schnee auch liegen. Der Verkehr hatte bereits gestern morgen unter der Einwirkung des Schneefalles zu leiden. Vielsach lagen auf den Straßenbahngleisen Lastfuhrwerke, die nicht von der Stelle fortbewegt werden konnten.

Die Wärmehallen am Alexanderplatz sind gestern morgen eröffnet worden. Hunderte von Obdach- und Wohnungslosen nahmen die Hallen schon in den ersten Stunden in Anspruch. Auch die Frequenz in den städtischen Asyl und im Asyl in der Biesenstraße hat sich mit dem gestrigen Tage gesteigert.

Bemerkung der Besitzer am Kaufmannsgericht.

Die Zahl der Kammern beim Berliner Kaufmannsgericht ist infolge der Zunahme der Geschäfte kürzlich von zwei auf fünf erhöht worden. Dadurch sind die Besitzer natürlich mehr als sonst in Anspruch genommen. Der Magistrat hat beschlossen, die Zahl der Besitzer beim Kaufmannsgericht von 200 auf 300 zu erhöhen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der national-ökonomische Unterricht des Genossen Grunwald muß wegen Erkrankung des Genossen Grunwald am Montag, den 25. d. M., ausfallen.

Der bekannte Rechtslehrer Geh. Justizrat Prof. Dr. Heinrich Dernburg, Mitglied des Herrenhauses, ist gestern nacht im 70. Lebensjahre gestorben.

Katholische Vereinsmeierei.

Im Anschluß an den Artikel „Der liebe Volk als Vereinsvorsitzender“ in Nr. 269 des „Vorwärts“, auf den die sonst so kampfbewußte „Germania“ begreiflicherweise kein Wort der Erwiderung gefunden hat, werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß man in den katholischen Vereinen Berlins einen ungeheuerlichen, in seiner Herital-byzantinischen Art geradezu gefährlichen Personentausch treibt, der neuerdings immer stärker und widerlicher hervortritt. Man könnte die Leuten hüßlich unter sich lassen und über solche Menschenvergötterung geringschädig hinwegsehen, wenn nicht in fast allen diesen Vereinen, die außer der Geselligkeit das bedingungslose Festhalten am Katholizismus auf ihre Fahne geschrieben haben, auch ein gut Teil Politik getrieben würde. Diese Politik bewegt sich stets in zwei gleichen Bahnen, einmal in der Agitation für den Ultramontanismus, und dann, damit nicht genug, in wüster Schimpferei auf die Sozialdemokratie. Man verfügt da über eine ganze Anzahl geistiger, siebenmal gestiebter Vereinsredner, die von einem Verein zum anderen pilgern und gerade das, was so oft der Sozialdemokratie vorgeworfen wird, betreiben: eine maßlose Verheerung, hier also gegen die sozialdemokratisch gefinnete Bevölkerung. Jrgend ein harmloses Thema wird zu den überall üblichen Vorträgen gewählt, und bald ist der Redner mitten im politischen Fahrwasser. Hat schon der oben erwähnte Artikel gezeigt, welcher Unsin in diesen Vereinen zur schönsten Blüte kommt, unter den Kämpfern in dem Räder der modernen Weltanschauung, so wird auf politischem Gebiete noch viel mehr Blödsinn verapft. Widerstandslos glaubt man diesen Ausführungen um so lieber, weil hinter dem Redner mindestens ein „Hochwürdiges Herr“ steht, der die ganze Gesellschaft an der Strippe hat und sie innet wie weiches Wachs. Schwarz ist Trumpf in allen diesen Vereinen. Die denkbar verschiedenartigsten Zwecke werden bei der Vereinsgründung vorgeschoben, aber in Wirklichkeit laufen alle Fäden zu einem Anknäuel zusammen, zur Stärkung der Macht der katholischen Kirche und zur Förderung ihrer politischen Sonderzwecke.

Die Sorge der Polizei für die Staatsbürger ist größer als sich manche Leute denken. Das erhellt aus einer Zuschrift, die wir von einem Leser in der Groß-Görschenstraße erhalten. In diesem Schreiben heißt es: „Ich habe in meinem Hause die Portier- und Verwalterstelle seit fünf Jahren. Als solcher ist mir bekannt, daß sich die Polizei um sehr viel kümmert; was mir aber am letzten Sonntag passierte, kam mir aber doch etwas sehr sonderbar vor. Früh um 7 1/2 Uhr klingelt es an meiner Tür und als ich diese öffnete, steht vor mir ein Schuttmann. Ich frage nach seinem Begehren in so früher Stunde, worauf er von mir fordert, ich solle den Hof segnen. „Den Hof segnen?“ frage ich ihn, worauf er bejodend antwortete. Darauf gab ich ihm Bescheid, daß das ihn gar nichts angehe, wann ich den Hof segne; das sei meine Sade. Ohne ein Wort weiter zu sagen, machte der junge Dienstbefähigte sich verlegen aus dem Staube.

Diese Sorge um das Wohl der Staatsbürger ist recht rührend; nächstens bestimmt sie noch, wann ich aufstehen soll. Als feinerzeit der Streif der Müllwischer war und die Müllkästen in allen Häusern überfüllt waren, da bemerkte man von einem polizeilichen Eifer nichts. Da wäre er aber angebracht gewesen.“

Vornehme Gäste im Tollhause.

Der „Dreschgraf“ aus Al.-Tschirne, den man vor einigen Tagen endlich dorthin gebracht hat, wohin er schon längst gehörte, nämlich nach dem Tollhause, ist nicht der erste „Blaublütige“, den unsere städtischen Irrenanstalten zu heberbergen hatten, und wird wohl auch nicht der letzte sein. Sowohl in Dalldorf als in Herzberge hat man sich schon daran gewöhnt, mit solchen übergeschnappten Herrschaften, die im Krankheitszustande und auch dann, wenn sie „Hijole schieben“, weit schwerer als gewöhnliche Sterbliche zu behandeln sind, entsprechend umzugehen. Hier hinter den roten Mauern hören nämlich im allgemeinen die Standesvorrechte auf. Der Graf Biedler bleibt allerdings auch im Berrücktenhause immer der „Dere Graf“, den selbst der Irrenarzt mit Glatzhandschuhen anfahst, aber auf Hoteltourist muß er ebenso verzichten wie auf Sekt und Aukstern. Unsere städtischen Irrenanstalten sind auf solche vornehmen Gäste, was auch sehr in der Ordnung ist, überhaupt nicht besonders eingerichtet. Man kann sie allenfalls von den übrigen Patienten absondern, wenn es nach Lage der Krankheit oder aus Gründen der Anstaltsordnung geboten erscheint, auch darf bis zu einer gewissen Grenze gegen Bezahlung bessere Kost gewährt werden, aber darüber hinaus soll es keine Bevorzugung geben. Wohlgerneht es „soll“, was nicht ausschließt, daß man vor einer neuzugewidnen Krone doch seine Kniebeuge macht. Politische Vorträge vor einer Korona von Weißeskranken wird sich der Dreschgraf verweigern müssen, wenn man nicht gerade auf die Idee verfallen, einen solchen Vortragsabend im Irrenhause zu arrangieren, um den gräßlichen Verstandslasten am Ort und Stelle auf seinen Inhalt zu prüfen.

Ein anderer berüchtigter Gast unserer städtischen Irrenanstalten war der „afrikanische Rörder“ Prinz Prosper Arenberg, der allerdings nur einen Tag und eine Nacht in Herzberge weilte, bevor er zur Beobachtung nach der Irrenstation des Zellengefängnisses kam. Er wurde, was damals viel böses Blut erregte, in der geheimräthlichen Anstaltssequipe nach Herzberge und auf demselben angenehmen Wege nach Roabit gebracht. Soviele Umstände macht man mit einem gewöhnlichen Arbeiter, der keinen feigen Nord begangen, nur eins über den Durst getrunken hat und auch nach dem Irrenhause abgedröhnt wird, jedenfalls nicht. — Eine dritte „Zierde“ der Anstalt Herzberge war monatelang der Baron von Saurma-Jelisch, ein ehemaliger Gardeleutnant, der sich Wechselwährungen zuschulden kommen ließ und nun das Irrenhause dem Gefängnis vorzog. Er hatte sich schließlich im Tollhause so eingelebt, daß er mit geisteskranken Zubehören auf Du und Du stand. Ueberhaupt sind die Barone und noch mehr die simplen Adligen hier keine seltenen Vögel. Das Geld verzeut, den Verstand verliert und vertrunken, noch ein paar Entgleisungen, die mit der Ehrlichkeit nichts zu tun haben — und dann steht als letzte Rettung nur noch die Nacht übers große Wasser oder der Weg nach dem Irrenhause offen.

Auf den Geldbeutel junger Eheleute.

spekuliert ein Herr E. Kemp in München. Dieser Herr schickt unangefordert Leuten, die die Ehe geschlossen haben, ein den pompösen Titel: „Ein Vrebiarium der Ehe“ tragendes Schriftchen zu, mit einem Begleitschreiben, den „nur eine Mark“ betragenden Preis auf einem beigelegten Postanweisungssformular an die vielerprechende Adresse: E. Kemp, Verlag in München einsenden zu wollen. In dem Schreiben heißt es: „Sollten Sie wider Erwarten das Büchlein nicht kaufen wollen, so bitte um Rücksendung binnen 8 Tagen mittels des beigelegten Retourcouverts.“ Läßt schon dieses Geschäftsgebahren an Unberfrorenheit nichts zu wünschen übrig, so wird die Dreistigkeit vollends offenbar, wenn wir uns den Inhalt des „Büchleins“ näher ansehen. Dieser Inhalt besteht nämlich aus einem vierzehnteiligen Gedicht, in welchem ein Loblied auf die Gottesfurcht und fromme Sitte gesungen wird und ahnelt den von Missionsgesellschaften herausgegebenen Traktätchen bis aufs Näpfechen über dem t. Der Unterschied ist nur der, daß die Missionsgesellschaften ihre Erzeugnisse umsonst anbieten, während der „Verlag E. Kemp, München“ für seinen Schund eine Mark verlangt. Hoffentlich findet der Herr nicht allzuviel Dumme, die für diesen Blödsinn auch noch Geld ausgeben.

Vorsichtsmaßregeln bei Gasausströmungen.

Die neueste Gasexplosionskatastrophe gibt Veranlassung, folgende Winke der Gasdirektion in Erinnerung zu bringen: 1. Bei der Wahrnehmung von Gasgeruch ist für die Entfernung jeglichen Feuers, nicht nur aus dem Raume, in dem der Gasgeruch sich zuerst bemerkbar gemacht hat, sondern aus allen Lokalitäten, die mit dem betreffenden Raume durch Türen oder Fenster, Luftschächte usw. in Verbindung stehen, zu sorgen. Das Ausfließen der fehlerhaften Stelle in der Gasleitung durch Ab-leuchten ist unter allen Umständen zu unterlassen, da dies ganz besonders gefährlich ist. 2. Nach der Entfernung jeglichen Feuers aus den an. Räumen sind dieselben durch Öffnen der Türen und Fenster in ausreichender Weise zu durchlüften. 3. Die Zuführung von Gas ist durch Schließen der Hauptabnahme abzusperrten. 4. Die zuständige Inspektion der Gaswerke ist sofort nach Wahrnehmung des Gasgeruchs zu benachrichtigen. Es wird noch bemerkt, daß das Leuchtgas, da es leichter als die atmosphärische Luft ist, das Bestreben hat, sich an der Decke des an. Raumes zuerst anzusammeln. Bei der Wahrnehmung von Gasgeruch in einem geschlossenen Raume ist daher an der Decke besondere Vorsicht nötig.

Die Opfer der Gasexplosion in der Riederwallstraße 11, die schwerverletzte Hausdiener Anton Heinrich und Karl Mehn (nicht Poleyn) befanden sich gestern in der Charité außer Lebensgefahr.

Eisenbahnertob.

Ein Opfer seines Berufes ist gestern nacht der Weichensteller Eduard Tomshy geworden. Er war auf der Stettiner Bahn beschäftigt. Als er in der vorletzten Nacht unter der Ueberführung der Grenzstrassenbrücke die Weiche überschritt, geriet er in der Dunkelheit auf ein falsches Gleis, auf dem gerade ein Vorortzug herangefahren kam. Er wurde von der Maschine erfasst und unter die Räder geworfen. Beide Weine wurden dem Bedauernswerten gänzlich vom Körper getrennt. Kurz darauf wurde der Ueberfahrene von seinen suchtbaren Qualen durch den Tod erlöst. Er hinterläßt zahlreiche Familie.

Die Kindesleiche auf dem Treppenhause. Ein unheimlicher Fund wurde vorgestern im Treppenhause des Grundstückes Hufstentstraße 72 gemacht. Auf einem Treppenhause entdeckte ein Hausbewohner ein Paket, das mit weißem Papier umgeben war. Als er es öffnete, lag die Leiche eines toten Kindes vor ihm. Die Leiche wurde dem Leichnam in eine weiß-blau karierte Schürze und in weißes Packpapier. Das Leichte enthielt den Aufdruck: „Singer u. Co., Chausseest. 66“. Seitens der Polizei ist die Leiche beschlagnahmt und dem Schauhause überwiesen worden. Ob es sich um einen Kindesmord handelt oder nicht wird erst durch die gerichtliche Obduktion festgestellt werden.

Der Tod des Drehergeßpielers. Ein tragischer Vorgang hat sich vorgestern nachmittags auf dem Hofe des Hauses Fehrbellinerstraße 50 abgespielt. Der 70 Jahre alte Drehergeßspieler August Scholz hatte auf seinem Leierkasten lustige Weisen erklingen lassen. In dem Augenblick, als die Orgel einen flotten Walzer erklingen ließ, brach Sch. plötzlich vom Schloße getroffen zusammen. Mit

einem jayillien Afford verflumme die Rufft und der Feiertagen  
fiel samt dem alten Ranne zu Boden. Hausbewohner nahmen sich  
des Greises an und holten einen Arzt herbei. Dieser vermochte  
aber nur noch den infolge eines Herzschlages eingetretenen Tod  
zu konstatieren. Die Leiche des unter so eigenartigen Umständen  
verstorbenen Greises wurde in das Schauhaus gebracht.

„Liebe Frau, lebe wohl“. Diesen Abschiedsgruß fand man bei  
einem Manne vor, dessen Leiche vorgezogen am Tempelhofer Ufer  
aus dem Landwehrkanal gefahret wurde. Der Lebensmüde ist ein  
noch unbekannter etwa 45 Jahre alter Mann, der anscheinend den  
besseren Ständen angehört hat. Der Tote trägt einen grau melierten  
Schmuckbart und dunkle Kleidung. Die Leiche wurde zur Re-  
kognosierung in das Schauhaus eingeliefert.

Das parodierte Ungeheuer. Von Lehmann „Ungeheuer“ ist  
schon eine Parodie, eine Parodie auf eine etwa ernst zu nehmende  
Satire. Diese Parodie zu parodieren hat sich das Parodie-  
Theater vorgenommen. In der Handlung ist vornehmlich  
nichts geändert, nur war statt des russischen Korruptionsmittels das  
absolutistische Kommos gewählt. Das tat übrigens der Modernität  
des anspielungsreichen Wlles keinen Abbruch. Man sang noch  
bekannt Melodien neue Texte, schupplattete, wie in einem jener  
echten Stücke aus Oberbayern, in denen auch jeder Akt mit einer ab-  
soluten Gaudi schließt. Schaurig-schön klapperten die Verse, mander  
Reim erregte heftiges Gekicher. Kurzum es war alles jenseits  
von gut und böse und noch dazu viel lustiger als im Original-  
ungeheuer. Die Dichtung behauptet deshalb auch, daß das Stück  
längst vor dem Lehmannschen vollendet war. Ein Praktikant war  
der Herr (Direktor Vusse), eine Mischung von Blutstingigkeit und  
Jovialität. Auch das verliebte Pärchen (Zil. Decker als Privat-  
typdame und Herr Flehburg als urzeitlicher Schiffbauer) war  
sehr ergötlich. Eduard Stobbe als Maximilians  
Gardener, der sich gern als Volkserzähler aufspielt, münzte mit  
hinreichender Schmeichelei. Herr Lehmanns „Ungeheuer“ ist  
also doch nicht ohne Verdienst, da er eine lustige Parodie ver-  
anlaßt hat.

Auf der Treptow-Sternwarte wird Dir. Dr. Archenhold  
am Sonnabend um 5 Uhr in einem Vortrag über: „Die  
Erhebung des Weltalls“ einen Ueberblick über den Bestand  
der astronomischen Beobachtungen und das Vordringen der Wissen-  
schaft in die Geheimnisse des Weltalls unter Vorführung zahlreicher  
Lichtbilder geben. In dem Sonntagsvortrag um 7 Uhr wird die  
Frage: „Gibt es ein Leben auf dem Monde?“ erörtert. Das  
Thema für den Vortrag am Montagabend um 9 Uhr lautet:  
„Unsere Erde und ihre Atmosphäre“. Mit dem großen Fernrohr  
wird während der ganzen Woche von 2-3 1/2 Uhr die Sonne, von  
5 1/2-6 1/2 Uhr ein Fixstern und von 8 1/2-10 Uhr der Saturn be-  
obachtet.

Der Zoologische Garten hat kürzlich ein Paar nordafrikanische  
Kragentrappen oder Hubaras erworben, die vorläufig  
während der kalten Jahreszeit in dem alten Hause am Haupt-  
restaurant untergebracht sind. Diese Stelzfüßler sind beträchtlich  
kleiner als unsere europäische Großtrappe und ähneln mehr der  
in Deutschland sehr seltenen Zwergtrappe, sind aber größer als  
letztere und vor allem durch einen weißen Längsstreifen auf der  
Kopfschuppe, sowie einen aufrechten, in der Nahe wenig auf-  
fallenden schwarzen Federstreifen gekennzeichnet, der wie ein  
schwarzer Streifen neben dem Halsansatz aussteht. Diese Art  
konnte hier noch nicht lebend gezeigt werden und gelang, wie die  
meisten Verwandten, nur sehr selten in den Tierhandel.

Feuerwehrenschriften. Wegen eines Fabrikbrandes wurde in  
der letzten Nacht der 12. Zug nach der Wilowsir. 58 alarmiert.  
Im rechten Seitenflügel stand im 1. Stockwerk ein Lagerraum  
der elektrotechnischen Fabrik von Tritz u. Bachsmuth in  
Flammen. Diese hatten bereits eine große Ausdehnung erlangt,  
so daß die Feuerwehr mit mehreren Schlauchleitungen kräftig  
Wasser geben mußte, um den Brand zu löschen. Der Schaden ist  
erheblich. — Um zwei Pferde und einen Wagen aus der Spree  
zu retten, wurde der 5. Zug nach der Michaelstr. 63 alarmiert.  
Mit vieler Mühe gelang es die Tiere samt den Wagen wieder auf  
Trodene zu bringen. Der 13. Zug hatte in der Oranienburger-  
straße 90 mit der Löschung eines Bodenbrandes zu tun. Gardiner,  
Wölbe usw. wurden in der Plädesir. 10 und Varnowstr. 63 ein  
Raub der Flammen. Den Brand in der lehrigenannten Straße  
löschte der Feuermann Rens, der zufällig vorüberging. Ferner  
hatte die Wehr noch in der Schmidtstr. 2, Lehries-, Ecke Krupp-  
straße und anderen Stellen zu tun.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonie. Heute Sonntagabend 6 Uhr im  
großen Saal Dredenerstr. 45 Vortrag der praktischen Ärztin  
Hel. Dr. Prof. über „Die Schönheit des Weibes“. Nach dem Vor-  
trage gemütliches Beisammensein. Montagabend 9 Uhr 2. Ab-  
teilung Brunnenstr. 154: Vortrag des Spezialarztes für Chirurgie  
Herrn Dr. Boehy über Amputations-, Vertenungen und Ver-  
wundungen. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mit-  
glieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien  
 Zutritt. Donnerstag Monatsführung der diensttuenden Abteilung.  
Es findet Vortrag statt, wozu rechtzeitiges Erscheinen eines jeden  
Mitgliedes der Abteilung notwendig ist.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Stadtverordneten-Stichwahlen  
finden am Dienstag, den 26. November, statt. Wie bekannt sein  
dürfte, steht die Sozialdemokratie im 1., 2., 6. und 7. Bezirk mit  
dem Freisinn in Stichwahl. Die Unpolitischen haben, wie das nicht  
anders zu erwarten war, die Parole abgegeben, die Liberalen gegen  
die Sozialdemokraten zu unterstützen. Die Arbeiterchaft hat also  
eine geschlossene und verstärkte Gegnerschaft vor sich. Das ist ein  
Anlaß, mit verdoppeltem Eifer die Wahlarbeit zu betreiben. Es  
müssen alle diejenigen, die bei der Hauptwahl ihrer Wahlpflicht nicht  
genügend nachgegangen sind, herangezogen werden. Jeder Genosse muß sich bemühen,  
daß die Gegner das menschenmöglichste leisten, um ihre Anhänger  
an den Wahltag zu schleppen.

Kandidaten der Sozialdemokratie sind:  
Im I. Bezirk Genosse Widler.  
„ II. „ „ Lehmann.  
„ VI. „ „ Jander.  
„ VII. „ „ Dirsch.  
Nähe also noch jeder die kurze Zeit zur intensiven Agitation für  
die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten aus.

Sternverein für freie Erziehung. (Verein Freier Kinder-  
garten.) Freitag, den 29. November, findet im Volkshaus,  
Kosinenstr. 8, abends 8 1/2 Uhr, der erste der von dem Verein in  
Ausficht genommenen öffentlichen Vorträge aus dem Gebiete der  
Erziehungswissenschaft statt. Schriftsteller Heinrich Schulz wird  
über das Thema referieren: „Was ist freie Erziehung“. Danach  
Diskussion. Starker Besuch von Männern und Frauen wird  
erwartet.

### Lichtenberg.

Die Wählerlisten zu den bevorstehenden Stadtverordneten-  
wahlen liegen nur noch bis zum 30. November, also nur noch  
einen Sonntag aus. Wer bis jetzt nicht Einsicht in die Liste  
genommen hat, der komme dieser Pflicht noch nach, widrigenfalls  
läuft er Gefahr, seines Wahlrechts verlustig zu geben. Wer  
nicht in der Liste steht, darf nicht wählen. Die  
Einsichtnahme in die Liste kann am heutigen Sonntag von 9 bis  
1 Uhr mittags und wochentags von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr  
nachmittags erfolgen. Luc also jeder seine Pflicht!

### Röpenitz.

Unter dem Verdacht, das Geschäft der Engelmaeherei betrieben  
zu haben, wurde am Freitag eine Frau M. aus der Vorgamm-  
straße 12 verhaftet.

Vor einiger Zeit wurde auf dem hiesigen Gemeindefriedhof die  
Leiche eines Kindes zwischen den Gräbern aufgefunden, die der  
Polizeibehörde zu einer umfangreichen Untersuchung Ver-  
anlassung gab. Das Ergebnis war, daß jetzt eine in der Vorgam-  
mstraße 12 wohnhafte Frau M. unter schwerem Verdacht ver-  
haftet wurde. Sie wird beschuldigt, sich in zahlreichen Fällen gegen  
den § 218 des Reichsstrafgesetzbuchs vergangen zu haben. Frau  
M. leugnet, sich in irgend einer Weise vergangen zu haben und sie  
behauptet, sie habe in allen Fällen nur harmlose Kuren zur Ver-  
sorgung von Frauenkrankheiten angewandt.

### Weißensee.

Eisenbahn Diebstahl. Die erst im Bau begriffene Industriebahn  
Tegel-Friedrichsfelde ist in der letzten Nacht bereits bestohlen worden.  
Die Diebe, welchen Fuhrwerke zur Verfügung gestanden haben  
müssen, haben auf Weissenhofer Gebiet, zwischen der Rembahn-  
und der Berlinerstraße nicht weniger als 72 Eisenbahnwägen, viele  
Faschinen und eine Dampfpumpe gestohlen. Die Kriminalpolizei warnt  
vor den Ankauf der gestohlenen Gegenstände.

### Pankow.

Nach viermaligem Selbstmordversuch den Tod gefunden hat der  
50 Jahre alte Eisendreher Stein aus der Gottschalkstr. 7. St. war  
vor Jahren einmal schwer verunglückt und seitdem hatte er keine  
rechte Freude mehr am Leben. Dreimal machte er den Versuch,  
sich das Leben zu nehmen, doch niemals kam er zum Ziel. Im  
letzten Augenblick wurde der Plan des Lebensmüden stets vereitelt.  
Gestern konnte St. nun sein Vorhaben ausführen. Er erhängte sich  
im Wohnzimmer und als seine Frau, die Einkäufe besorgt hatte,  
wieder zurückkehrte, war er bereits tot.

Schuldig Diebstähle einestanden hat ein dreifacher Diebstahls-  
mörder, der in den letzten Monaten die nördlichen Stadtteile und  
die angrenzenden Vororte unsicher machte. Gestern gelang seine  
Festnahme. Er war soeben dabei, in einem Hause der Berliner  
Straße Klappen abzuschrauben, als er überrascht und festgenommen  
wurde. Im Besitze des Verhafteten wurden noch etwa zehn Tür-  
klinen vorgefunden.

### Spandau.

Auf zur Stadtverordnetenwahl. Am Montag, den 25. No-  
vember, finden die Stadtverordnetenwahlwahlen im 7. und 8. Be-  
zirk statt. Parteigenossen! Diese wenigen Stunden müssen zur  
Agitation voll und ganz ausgenutzt werden.

Die Gegner geben sich die größte Mühe, um die noch zur  
Wahl stehenden zwei Bezirke an sich zu reißen. Das soll und  
darf nicht geschehen. Es ist daher notwendig, daß ein jeder Genosse  
seine Schuldigkeit tut.

Diejenigen Wähler, welche seit Oktober 1906 aus dem 7. und  
8. Bezirk verjogen sind, werden ersucht, von ihrem Wahlrecht  
Gebrauch zu machen, ebenfalls diejenigen, welche sich bei der Haupt-  
wahl nicht beteiligt haben.

Die Genossen werden ersucht, die Betreffenden auf ihre Pflicht  
aufmerksam zu machen.

Die Wahl findet von 10 bis 1 Uhr vormittags und 5 bis  
8 Uhr nachmittags statt. Wer bis 8 Uhr abends im Wahllokal  
erscheint, muß zur Wahl zugelassen werden.

Das Wahllokal für den 7. Bezirk ist Restaurant Thurner,  
Fischeloberstr. 38. Kandidat: Restaurateur Genosse Friedrich  
Wöge.

Im 8. Bezirk: Restaurant Wilhelmstraße, Klosterstr. 5/6.  
Kandidat: Zigarettenmacher Genosse Wilhelm Pieper.

Erscheine keiner ohne Legitimation!

Stadtverordnetenversammlung. Schon seit verschiedenen  
Jahren wird wegen des Neubaus eines Rathauses in den Kom-  
missionen verhandelt. Die Bureau sind in verschiedenen Ge-  
bäuden untergebracht, dadurch wird die Geschäftsweltung er-  
heblich erschwert. Der Magistrat hat nun gemäß den Beschlüssen  
der Rathauskommission eine Vorlage eingebracht, eine Aus-  
weitung des Besitzbereiches zum Neubau eines Rathauses zu ver-  
wirklichen, und soll die Versammlung hierzu die Mittel im Gesamt-  
betrage von 10 500 M. bewilligen. 2000 M. sind zu diesem Zwecke  
schon bewilligt, so daß jetzt nur noch 8500 M. bewilligt werden  
brauchen. Außerdem sollen sechs Mitglieder in das zu errichtende  
Preisgericht gewählt werden. Den Hauptpunkt in der hierüber  
entscheidenden Debatte bildet die Platzfrage. Seitens des Magistrats  
und seitens der Kommission ist als Platz das links der verlängerten  
Potsdamerstraße liegende Terrain des Stadthofgartens in Aussicht  
genommen. Von einigen Stadtverordneten wird das auf der rechten  
Seite der Potsdamerstraße, vis-a-vis dem Stadthofgarten belegene  
Terrain vorgeschlagen. Die Majorität der Versammlung entscheidet  
sich für den vom Magistrat und der Kommission in Aussicht genom-  
menen Platz. Die Größe des Platzes ist mit 10 900 Quadratmeter in  
Aussicht genommen. Die zu bebauende Fläche soll 3400 Quadratmeter  
betragen. Das Gebäude soll vierstöckig errichtet werden, es sind  
250 Räume vorgesehen. Die Kosten sind mit etwa 2 Millionen  
Mark in Aussicht gebracht. Die Wohnung des Oberbürgermeisters  
wird in das neue Rathaus verlegt. Auch ein Kalkeller wird vor-  
gesehen. — Durch die Verbreiterung des Tunnels am Vorortbahn-  
hof der Bahn Spandau-Böhm sind 62 500 M. Mehrkosten ent-  
standen, welche von der Stadt übernommen werden sollen. Die  
Versammlung bewilligt diese Summe mit der Bedingung, daß der  
Besitzer Ostwaldland dieselbe entsprechend verzinst. — Die innere  
Ringhauser, welche durch die noch stehenden Festungswerke entlang  
führt, dürfte bisher von Fuhrwerken nicht befahren werden. Um  
diesem unerwünschten Zustande ein Ende zu machen und da diese  
Chaussee über kurz oder lang, sobald die Festungswerke nieder-  
gelegt sind, doch von der Stadt übernommen werden muß, beschließt  
die Versammlung gemäß der Magistratsvorlage, diese Chaussee so-  
wie die Pflicht der Unterhaltung derselben nach einer Verein-  
barung mit dem Militärklub schon jetzt zu übernehmen. — Zur  
Veratung der Einrichtung von Arbeiterausschüssen für die städti-  
schen Arbeiter soll eine gemischte Kommission eingesetzt werden.  
Die Versammlung stimmt dem zu. Von der sozialdemokratischen  
Fraktion wird der Genosse Bied in diese Kommission gewählt. —  
Schon seit geraumer Zeit schwebte zwischen dem Magistrat und der  
Stadtverordnetenversammlung ein Streit über die Schaffung einer  
zweiten Stadtbauratsstelle. Seitens der Versammlung wurde ein  
solcher verlangt, während der Magistrat sich immer dagegen kräu-  
telte. Als die Angelegenheit im Anfangsstadium war, herrschte in der  
Versammlung eine solche Kampfstimmung, daß man tatsächlich die  
Anficht haben konnte, wenn der Magistrat nicht nachgibt, kommt es  
zu einem Konflikt. Es waren namentlich die Stadtverordneten  
Bender, Dr. Engelhardt und Lüdicke, welche immer und immer  
wieder die Versammlung anfeuereten, bei ihrem Beschluß zu ver-  
bleiben. Doch das Blättchen hatte sich jetzt ganz gewaltig gewendet.  
In der Kommission wurde man immer zahmer und zahmer, und  
jetzt hat der Magistrat mit Zustimmung der Kommission die Vor-  
lage eingebracht: „Besetzung der zur Erledigung kommenden Stadt-  
bauratsstelle (die Wahlperiode des jetzigen Stadtbaurats ist im  
nächsten Jahre abgelaufen) und Errichtung einer zweiten Stadt-  
bauinspektorsstelle sowie Festsetzung des Gehalts für den  
Stadtbaurat Paul im Falle seiner Wiederwahl.“ Man sieht aus  
dieser Vorlage schon, daß die Kommission bereits umgefallen ist.  
Stadtverordneter Bender schildert nochmals alle Phasen dieser  
Angelegenheit und kommt zu dem Schluß, da der Magistrat bei  
seinem Willen beharre, so sei man in der Kommission müde ge-  
worden, es sei eine gewisse Resignation eingetreten. Das Gehalt  
des jetzigen Baurats soll, falls er wieder gewählt wird, auf 10 000  
Mark bemessen werden. Wird ein neuer Baurat gewählt, dann soll  
dessen Gehalt auf 7 200 M. steigend bis zu 8 400 M. festgesetzt  
werden. Die Frage der Anstellung eines zweiten Baurats werde  
trotzdem immer noch offen bleiben. Auf diesen Mächtigsten Rückzug  
ermüdete Genosse Bied in sehr treffender Weise. Er schilderte,  
wie gerade der Referent Bender und die Stadts. Lüdicke und  
Engelhardt anfangs für den zweiten Baurat geschwärmt und heute,  
nachdem der jetzige Baurat gezeigt, daß er keinen neben sich dulde,  
daß ist man müde geworden. Still ruht der Sec. Die Herren sind  
resigniert. Er stellte den Antrag, einen zweiten Baurat anzustellen.

Doch es war vergeblich. Der Konflikt ist perfekt geworden. Stadts.  
Lüdicke, der in früheren Versammlungen dem Magistrat offen  
mit einem Konflikt drohte, sagte trotz der Anzapfung des Genossen  
Bied gar nichts und mit 17 gegen 14 Stimmen wurde die Magi-  
stratsvorlage angenommen. Festgehalten sind außer den sozialdemo-  
kratischen Stadtverordneten nur noch wenige andere. Die ein-  
maligen großen Säure sind aber alle umgefallen. Der Baurat  
resp. der Magistrat hat seinen Willen durchgesetzt. Ob zum Vorteil  
für die Stadt Spandau, bleibt abzuwarten. — Zur Einführung der  
elektrischen Nonnendammbahn in die Stadt Spandau werden 5000  
Mark gefordert. Die Bahn soll von der Berliner Chaussee über die  
Berliner Straße, durch die Berliner- und Habelstraße nach der Pots-  
damerstraße in das dort bereits liegende Weis eingeführt werden.  
Dazu ist es notwendig, daß der an der Habel- und Breitenstraße  
liegende Boden des Gutmanns Kleinert abgefragt wird. Die  
Kosten hierfür sowie für die Entschädigung an den Bodeninhaber  
betragen 5000 M. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. —  
Eine ganze Reihe von Vorlagen wird verlegt.

Die Mitglieder der Allgemeinen Erbkranke nasse werden auf  
die am Montag, den 25. November, abends 8 Uhr, im „Koten  
Adler“ stattfindende Wahl der Delegierten für 1908 hingewiesen.  
Es ist Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, soweit  
sie genannter Klasse angehören, zur Wahl zu erscheinen, um der  
vom Gewerkschaftsrat aufgestellten Liste zum Siege zu ver-  
helfen.

### Oranienburg.

Bei den stattgehabten Stadtverordnetenwahlen in der dritten  
Wählerklasse sind, wie wir aus bürgerlichen Blättern entnehmen,  
unsere Kandidaten unterlegen.

## Vermischtes.

Zu den graufigen Stutaten des Kaufmanns Lück aus Charlotten-  
burg, der, wie wir berichteten, in dem Dorfe Pödelzig bei Lebus  
seinen Vater und dessen Wittwe erschlug, und der nach einem  
verjagten Mord gegen die Frau seines Bruders und eine andere  
Frau Selbstmord verübte, wird gemeldet, daß es jedenfalls gelingen  
wird, die schwer daniederliegende Schwägerin des Mörders dem  
Leben zu erhalten. Auch die von dem Mörders schwerverletzte  
Freundin der Frau L. wird wieder völlig hergestellt werden. Der  
Mörder verübte bekanntlich am Eingang des Kirchhofes Selbstmord.

Einfuhr eines Neubaus. Wie aus Laibach berichtet wird,  
führte in Kroatien ein Neubau ein. Vier Arbeiter wurden unter  
den Trümmern begraben; zwei wurden getötet, die beiden anderen  
verwundet.

Kindeswund aus Angst vor dem Gemann. Vorgefunden wurde  
in Frankfurt a. M. in dem Hause Sandweg 68 in einem mit  
Alte gefüllten Kasten die verstorbene Leiche eines 2 Jahre alten Kindes  
gefunden. Die Untersuchung ergab, daß die in dem Hause  
wohnende Ehefrau Merkel aus Angst vor ihrem Manne ihr unech-  
teliches Kind August, 14 Tage vor ihrer Verheiratung getötet,  
und auf die oben geschilderte Weise versteckt hatte. Die Frau wurde  
verhaftet und legte ein offenes Geständnis ab.

### Zusammenstoß französischer Unterseeboote.

Aus London wird berichtet: Während der gestrigen Manö-  
ver des aus Vanzerschiffen, Kreuzern und Unterseebooten bestehende  
Seichwaders kam es zu einem ersten Unfall, der leicht schwere  
Folgen hätte nach sich ziehen können. Die Unterseeboote „Bonito“  
und „Souffleur“ machten gleichzeitig einen Angriff auf die „Janregui-  
berri“ und stießen 30 Meter unter dem Wasserpegel zusammen.  
Die „Bonito“ erlitt eine Beschädigung an der Kuppel, deren Deckel  
aufsprang, so daß das Wasser mit großer Gewalt ins Boot  
drang. Der großen Besonnenheit des Kommandeurs gelang  
es jedoch, das Boot an die Oberfläche zu bringen.  
Während der „Souffleur“ das gleiche versuchte, erfolgte ein zweiter  
minder starker Zusammenstoß mit der „Bonito“. Die übrigen  
Kriegsschiffe befanden sich während dieser Vorgänge über 300 Meter  
von der Unfallstelle entfernt. Die beiden verunglückten Unterseeboote  
konnten mit eigener Kraft in den Hafen zurückkehren. Dem Marine-  
amt ist ein eingehender Bericht zugefandt worden.

Som Felsen gestürzt. Der Gutsbesitzer Andreoli stürzte einer  
Melbung aus Orient zufolge von einem Felsen 200 Meter tief  
ab und blieb in der Schlucht tot liegen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, 2. Stock,  
Dorf, 3. Eingang, vier Treppen, 10. Fahrstuhl, 10. Stock,  
wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Sonntags 7 Uhr.  
Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Aufruf ist ein  
Vorkauf und eine Zahl als Versicherung beizufügen. Briefliche Antwort  
wird nicht erteilt. Bitte fragen trage man in der Sprechstunde vor.  
Nigdorf 205. Nadium ist ein seltenes Element, das aus Bleisäure  
genommen wird. Es zeichnet sich durch ununterbrochen ausgehende Strahlen  
besonderer Kraft aus. Nigores hat wiederholt in unserem Unterhaltungs-  
blatt gestanden.

### Witterungsübersicht vom 23. November 1907.

| Stationen | Barometer-<br>stand mm | Wind-<br>richtung | Windstärke | Wetter  | Temp. in<br>C | Stationen  | Barometer-<br>stand mm | Wind-<br>richtung | Windstärke | Wetter  | Temp. in<br>C |
|-----------|------------------------|-------------------|------------|---------|---------------|------------|------------------------|-------------------|------------|---------|---------------|
| Entenbe   | 768.0                  |                   |            | 2bedekt | -2            | Haparanda  | 779.5                  |                   |            | 4bedekt | 1             |
| Qandburg  | 768.0                  | SD                |            | 4bedekt | -3            | Petersburg | 785.0                  | SD                |            | 2bedekt | -11           |
| Berlin    | 767.0                  | SD                |            | 2bedekt | -2            | Seals      | 758.5                  | SD                |            | 4bedekt | 0             |
| Frankfurt | 765.0                  | SD                |            | 2bedekt | -2            | Berbec     | 752.0                  | SD                |            | bedekt  | 3             |
| Wien      | 765.0                  | SD                |            | 3bedekt | -1            | Paris      | 761.0                  | SD                |            | 2wollig | -1            |

Wetter-Prognose für Sonntag, den 24. November 1907.  
Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Schneefällen, gelindem Frost  
und ziemlich heftigen Nöden.

### Berliner Wetterbureau

### Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom  
Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand        | am 22.11. | am 21.11. | Wasserstand          | am 22.11. | am 21.11. |
|--------------------|-----------|-----------|----------------------|-----------|-----------|
|                    | cm        | cm        |                      | cm        | cm        |
| Remel, Mühl        | 1167.9    | +10       | Saale, Großh.        | 70        | -2        |
| Bregel, Anst. Burg | 24        | +16       | Havel, Spandau       | 80        | -3        |
| Beichsel, Thorn    | 96        | -2        | „ Mathesow           | 107       | -1        |
| Ober, Rathor       | 74        | 0         | Spree, Spremberg     | 116       | 0         |
| „ Arosen           | 90        | +1        | „ Beclom             | 190       | -1        |
| „ Arnst.           | 103       | -3        | „ Wänden             | -91       | -3        |
| Wärthe, Schrimm    | 297       | -2        | „ Wänden             | -24       | -2        |
| Wärthe, Landsberg  | 98        | +1        | „ Rhein, Rastmilsand | 278       | -2        |
| Rege, Borsdamm     | 10        | -2        | „ Raub               | 82        | -2        |
| Elbe, Zeitzm.      | -55       | -2        | „ Rän                | 72        | -3        |
| „ Dessau           | -108      | -1        | „ Redar, Hellborn    | 15        | +1        |
| „ Magd.            | 67        | +9        | „ Rain, Berthelm     | 95        | -3        |
| „ Müchberg         | 81        | +3        | „ Roxel, Eter        | 35        | -2        |

+) bedeutet Waß, -) Fall, -) Unterpegel, -) mögliches Eis-  
treiben, -) Grundwasserstand, -) Grunddeh.  
In den Mündungsarmen der Remel ist Eisstand eingetreten,  
teilweise auch an der Mündung der Rogal.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

**Achtung! Bezirk Wedding, Gesundbrunnen und Moabit.**  
Montag, 25. d. M., abends 6 Uhr, im „Rödlner Hof“, Köpcke-Str. 5:

## Kombinierte Sitzung

aller im Bezirk befindlichen Möbelfachereien.  
Tages-Ordnung:  
1. Die wirtschaftliche Krise in unserem Beruf. 2. Aufnahme der Statistik. 3. Beruflich- und Berufsangelegenheiten.  
Die Kollegen der Firma G. B. Schürer sowie die arbeitslosen Kollegen sind hierzu besonders eingeladen. J. A. C. Weiland.

Am Montag, den 25. d. M., um 8 Uhr findet die **Kommissions-Sitzung** bei **Machtel** statt.

## Branche der Korbmacher.

Montag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15:

## Verfammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zur Besetzung der Zentralkommission. 2. Die Differenzen in der Korbmacher-Branchen. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Besuch bittet Die Kommission.

## Einsetzer!

Wegen der am Mittwoch, den 27. d. M., stattfindenden Vertrauensmänner-Verfammlung fällt die **Branchen-Verfammlung** aus. Dieselbe wird Dienstag, den 3. Dezember, abgehalten. In derselben wird der Tarif ausgegeben.

## Kommissions-Sitzung

am Montag abends 8 Uhr bei **Bränner**, Engel-Str. 13.

## Maschinenarbeiter.

Donnerstag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, im **Bräners Festsaal** („Königsplatz“), Große Frankfurterstraße 117:

## Branchen-Verfammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Stellen vor uns zu einer Konferenz der Maschinenarbeiter Deutschlands? Referent: Kollege **Jäck**. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Branchenkommission.

09/11

Mittwoch, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Verfammlung**  
sämtlicher Branchen und Bezirke  
in **Freyers Festsaal**, Köpenicker-Str. 29.

**Achtung! Rahmenmacher Achtung!**  
Montag, 25. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15:

## Branchen-Verfammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Die Branchenkommission.

Montag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr:

## Große Versammlung

aller in der

## Bürsten- u. Pinsel-Industrie

beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen  
im Lokale des Herrn **Wohlfahrt**, Rosenhallerstraße 57.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Philipp Bause**: „Warum sind viele Menschen zeitweilig krank?“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.  
Kolleginnen und Kollegen! Erscheint alle zahlreich in dieser Versammlung; ebenso erwünscht ist es, daß die Kollegen ihre Frauen mitbringen.  
Die Branchenkommission.

## Bodenleger.

Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr:

## Außerordentl. Branchen-Verfammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion über den Arbeitsnachweis. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.  
Die Kommission.

## Modell- u. Fabrik-Tischler.

Donnerstag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr:

## Branchen-Verfammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Nitschke** über: „Genossenschaften“. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Die Branchenkommission.

## Jalousiearbeiter.

Donnerstag, 28. Novbr., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, Saal 8:

## Branchen-Verfammlung

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Tarifkommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Die Branchenkommission.

## Perlmutt-, Horn- und Steinnurfarbeiter.

Donnerstag, den 28. November, abends 6 Uhr  
(gleich nach Feierabend):

## Branchen-Verfammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, Saal 5.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Leopold** über: „Die wirtschaftliche Lage der Knochenschnitz- und unsere zukünftigen Aufgaben“. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Die Branchenkommission.

## Bautischler.

Montag, den 25. November, abends 8 Uhr, bei **Walter**, Köpcke-Str. 62:

## Sitzung der gesamten Kommission.

Die Vororte werden ersucht, Vertreter zu senden.

# 6. Wahlkreis!

Sonntag, 24. November (Totensonntag), abds. 6 Uhr, bei **Wisse**, Brunnenstr. 188:

## Großer Familienabend

unter Mitwirkung der Theatergesellschaft „Anke“ und des Gesangsvereins „Morgengrauen“  
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**  
Der Vorstand.

# Schöneberg.

Heute Sonntag, 24. Novbr., vorm. 11 1/2 Uhr, in der **Schloßbrauerei**, Hauptstr. 112:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
**Auf zur Stichwahl.**  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

An die Mitglieder der  
**Allgemeinen Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.**

Die unterzeichnete **Ortsverwaltung** sieht sich veranlaßt, anlässlich des Inserats des Ausschusses der Charlottenburger Gewerkschaftskommission im „Vormärts“ Nr. 274 folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Es ist nicht wahr, daß die Gewerkschaftskommissions-Delegierten der Charlottenburger Metallarbeiter deshalb ihren Posten niederlegten, um eine eigene Kandidatenliste der Metallarbeiter aufzustellen.  
**Wahrheit ist:** Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hat beschlossen, für die Metallarbeiter bei der Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse keinen einzigen Kandidaten aufzustellen, trotzdem bisher die Metallarbeiter durch 75 Delegierte vertreten waren. Deshalb haben die Metallarbeiter eine eigene Kandidatenliste herausgegeben, um zu ihrem Recht zu gelangen, was ihnen die Charlottenburger Gewerkschaftskommission verweigerte. Es sind nur **soviel Kandidaten** auf unserer Stimmliste enthalten, wie wir beanspruchen können.

Kußerdem haben wir dem **Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission** von unserem Vorgehen in dieser Sache Mitteilung gemacht und ist derselbe vollständig damit einverstanden.

In dem Flugblatt und Inserat des Ausschusses der Charlottenburger Gewerkschaftskommission werden die Tatsachen, welche uns zu diesem Vorgehen gezwungen haben, vollständig **entstellt** wiedergegeben.  
**Das ist die Wahrheit!** Darum ersuchen wir die Mitglieder der Charlottenburger Ortskrankenkasse, bei der heutigen Wahl unsere Liste zu berücksichtigen und die Kandidaten der **Metallarbeiter** mit zu wählen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

## Achtung! Achtung!

Montag, den 25. November 1907, abends 8 1/2 Uhr:

## Volksversammlung

in den „Prachtsälen des Oden“, Frankfurter Allee 151/152.  
Vortrag des Genossen **Pend-Dessau** über:

## Die Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Lebensmittelverteuerung.

Zu regem Besuch ladet nammentlich die Frauen ein  
Der Einberufer.

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, 28. Novbr., abds. 8 1/2 Uhr, in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32:

## Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Geschäftliches. 2. Die Forderung des gesetzlichen Heimarbeiterschutzes. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Kolleginnen! In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß Sie möglichst zahlreich zu dieser Versammlung erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Am Montag, den 25. November 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Neue Arminshallen“, Kommandantenstr. 58:

## Oeffentliche Versammlung

für alle in der Kostümbbranche und Damenkonfektion beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung: Vortrag von Frau **Lily Braun** über: „Segen und Fluch der Frauenarbeit.“  
Kollegen und Kolleginnen! Da dieses Thema gerade für unseren Beruf von größter Bedeutung ist, so ist ein zahlreiches Erscheinen dringend zu wünschen. Darum ladet Sie herzlich ein.  
Der Einberufer.

## Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, d. 25. November, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Stadthaus, Kommandantenstraße 72:

## Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Südekum über: „Skizzen aus dem englischen Arbeiterleben.“

Gäste willkommen.  
Der Vorstand.

## Zentral-Verband der Maurer

Zweigverein Berlin. — Sektion der Fliesenleger.

Mittwoch, den 27. November 1907, abends 8 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zu der am Montag, den 20., und Dienstag, den 21. Dezember d. J. tagenden Konferenz der im Verbandsorganisierten Fliesenleger; Anträge hierzu. 2. Wahl der Delegierten. 3. Gewerkschaftliches. Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Zweigvereinsleitung.

# Orts-Krankenkasse der Schlosser

und verwandten Gewerbe.

Die Mitglieder obiger Kasse werden auf Grund des § 43 des Reichsstatuts vom 26. Juni 1906 aufgelöst, am **Dienstag, den 3. Dezember** er., abends 8 Uhr, in „**Dräsel's Festsaal**“, Neue Friedrichstr. 35.

bedarfs Wahl von 334 Delegierten sich einzufinden. Wahlberechtigt sind nur diejenigen Mitglieder, welche das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wähler haben sich durch das Anzeigen-Legitimations- und Quittungsbuch zu legitimieren. — Die Wahl ist eine geheime.

Nach Beendigung der Wahl findet ein Vortrag zur Belehrung der Mitglieder in Kasstangelegenheiten statt.

Die Herren Arbeitgeber, welche aus ihren eigenen Mitteln ein Drittel zu den Beiträgen der bei ihnen beschäftigten Mitglieder der

**Ortskrankenkasse der Schlosser u. verwandten Gewerbe** zahlen, werden ersucht, am **Dienstag, den 3. Dezember** er., abends 8 Uhr, in „**Dräsel's Festsaal**“, Neue Friedrichstr. 35, bedarfs Wahl von 103 Delegierten zu erscheinen. — Als Legitimation dient die zuletzt gezahlte Beitragsquantität. — Die Wahl ist eine geheime.  
Berlin, im November 1907.  
Der Vorstand.  
P. Heinrich, Vorsitzender.

## Möbelfabrik „Berolina“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Montag, den 9. Dezember er., abends 6 Uhr, im **Gewerkschafts-Vorhangenerstr. 16a.**

Tages-Ordnung:  
1. Der Ausschluß des Genossen **Rey** durch den Ausschluß.  
2. Statutenänderung.  
3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
14906

## Sprechmaschinen-Klinik.

Reparaturen aller Systeme, Apparate, Walzen, Platten, — Zubehörteile. —  
Billiche Preise. — **Rur R. Dießing**, Ramlarstraße 5 (kein Laden).

## Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion II.

Geschäftsstelle Berlin O. 51, Rulandstr. 10, I. — Fernspr. Amt 3, 4518.

Sonntag, den 24. November 1907, vormittags 9 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

bei **Boeler**, Webersstraße 17.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Störmer** über: „Der Kampf um das Recht“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist ein Besuch aller Kollegen, zu erscheinen.  
Der Vorstand.

## Westpreußen!

Montag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung

der Landsmannschaft der Westpreußen im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 a.

Tages-Ordnung:  
**Die Sozialdemokratie im deutschen Osten.**  
Referent: Genosse **Barthel-Dausig**.

Die Parteigenossen werden ersucht, für regen Besuch der Versammlung zu agitieren.  
Der Einberufer.  
14906

## Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin III. — Neue Königstr. 7.

## ::: Mitglieder der Ortskrankenkasse ::: für die Wäschefabrikation!

Am Montag, den 25. November, finden die Delegiertenwahlen statt. Die Großbetriebe (Nbr. 1—22) wählen von 1/12—1/12 Uhr in den Fabrikräumen, hier wählen auch alle Heimarbeiter, so weit sie von der Fabrikleitung in der Kasse angemeldet sind. Kolleginnen! Wählt nur die von uns aufgestellten Delegierten. Gebt nur unsere Liste ab.

Die Kleinbetriebe, Nbr. 63 (alle Betriebe, welche unter 60 Personen beschäftigen, die Betriebe der Zwischennister einschließlich der Delmarbeiter) wählen von 5—8 Uhr im **Kassensaal**, Landsbergerstraße 85 I. Zu wählen sind 125 Delegierte und 125 Ersatzpersonen. Wahlberechtigt sind alle versicherten Personen über 21 Jahre.

Wähler! Hebt Euer Wahlrecht auf! Wählt nur die von uns aufgestellten Delegierten! Unsere Liste wird am Eingang zum Kassensaal ausgegeben. Unsere Liste der 125 Vertreter fängt mit Fr. Emma Ankam an und endet mit Fr. Elise Jernikow.

Kußerdem sind anhängend noch Ersatzvertreter aufgestellt. Die Nbr. 64 (Selbstversicherer) wählt von 8—4 Uhr im Kassensaal. Zu wählen sind 88 Delegierte und 88 Ersatzpersonen.

Wähler! Macht von Eurem Wahlrecht Gebrauch! Wählt nur unsere Liste, welche mit den Namen Fr. Hedwig Adler anfängt und mit **Wählig** endet!

Jeder bringe sein Krankenscheinbuch mit! Ohne dieses kein Wahlrecht!  
Die Ortsverwaltung Berlin III. J. A.: W. Soc.  
25/14

# Grünfeld's Weihnachts-Wäsche

Den Beschenkten Bürgschaft für Wert und Haltbarkeit,  
Den Schenkenden Gewähr für Güte und Billigkeit!

## Sehr billige Preise

Bestellungen für besondere Anfertigungen, auch für  
Namen-Stickereien, erbitte möglichst frühzeitig.

Versand in die Vororte erfolgt zweimal täglich kostenfrei.

# Berlin W. 8, Leipziger Str. 20-21

Bitte die Weihnachts-Preisliste Nr. 563 zu verlangen.

## Der Weihnachts-Verkauf hat begonnen!

Da unsere Läger gerade jetzt noch reichlich sortiert  
sind, empfehlen wir dem geehrten Publikum, seine  
Weihnachtsbedarf so frühzeitig wie möglich zu decken. Es  
bietet sich gerade jetzt Gelegenheit jeder Dame,  
unsere seit Jahren bekannte Konfektion, die sich durch  
beste Verarbeitung von nur guten Stoffen und tadel-  
losen Sitz auszeichnet, zu bedeutend ermäßigten  
Preisen zu kaufen.



- Abt. I. Jacketts, Lillboys, Boleros**  
aus engl. Fasces aus farbigen  
Samt, Astrachan, Seidenplüsch und Bakimo.  
früher 45.00 35.00 25.00 14.50  
jetzt 36.00 28.00 19.50 9.75
- Abt. II. Seidenplüsch- u. Astrachan-  
Mäntel** in den elegant. Aus-  
führungen, für die stärkste Figur passend.  
früher 100.00 72.00 50.00 35.00  
jetzt 65.00 52.00 36.00 24.00
- Abt. III. Theater- und Kimono-Mäntel**  
aus prima Tuch- Bakimo- und  
Flanellstoffen, mit und ohne Seidenfutter  
früher 45.00 40.00 35.00 20.00  
jetzt 38.00 30.00 24.00 10.50
- Abt. IV. Engl. Paletots in d. schäbsten**  
Desains u. Fasces.  
früher 45.00 32.00 24.00 18.00  
jetzt 30.00 21.00 16.00 9.50
- Abt. V. Kostüme u. garnierte Kleider**  
in allen neuen Fasces u. Stoffen  
früher 60.00 50.00 40.00 34.00  
jetzt 52.00 38.00 27.00 16.50
- Abt. VI. Kostüm-Röcke, Fuzetrot und**  
lang, in den neuesten Stoffen  
mit Samtfutter.  
früher 30.00 22.00 15.00 7.50  
jetzt 22.00 17.50 10.50 8.95

Original-Modelle geben wir unter dem  
Kostenspreis ab.  
**Scheidemann & Casse!**  
nur Kommandantenst. 70-71  
parterre und L. Etage.

Sonntags geöffnet.  
Nüssen aus Samt, Seide,  
Tüll, Spachtel und Wolle,  
in den schicksten Ausführ-  
ungen. (4.50-40.00.)

Gegründet 1856.

### 15. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. November 1907, vormittags.  
Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
11 54 110 [500] 233 400 871 812 59 87 1072 334 644  
728 33 2006 236 366 373 39 [500] 838 3343 434 519 44 675  
711 [500] 21 46 72 4022 190 234 26 230 630 [500] 722 828  
85 81 5044 335 87 738 98 816 925 [500] 6006 331 540 84  
871 844 7637 172 39 [500] 298 435 595 827 70 930 8098  
344 363 816 430 81 503 318 27 9170 685  
20107 78 254 488 725 805 28 [1000] 21516 62 733 322  
22022 83 239 442 628 731 819 [1000] 23058 161 84 214  
829 806 44 [1000] 385 24038 489 590 728 974 25944  
26117 [1000] 71 261 326 687 [500] 27071 101 333 573  
610 963 [1000] 71 26125 89 207 513 41 984 29071 843 617  
683 [500]  
30041 243 [1000] 213 478 87 818 31183 [1000] 88 208  
445 96 728 97 904 13 63 [500] 32218 338 80 429 370 63  
94 903 58 [500] 806 29 802 33141 301 85 367 824 820 69  
34025 607 [1000] 547 615 [500] 35019 55 207 762 800  
36003 87 279 94 244 84 [1000] 602 41 74 [1000] 83 753  
85 832 91 975 [500] 3701 88 413 588 836 712 78 817 94  
988 3807 37 289 85 [500] 305 15 74 95 470 [500] 71 821  
[500] 37 38 [500] 39084 114 414 94 724  
40348 [500] 701 849 841 418 [500] 306 470 581  
817 42145 69 294 492 43088 128 37 479 689 305 44115  
[1000] 221 325 901 45107 37 814 [500] 87 471 [500] 78  
747 78 303 76 [500] 83 46045 63 97 135 58 409 530 327  
[500] 47095 196 228 400 50 513 683 [500] 731 45 889  
48155 358 [1000] 73 452 519 48 77 740 60 833 49043 176  
70 622 758 548 897  
50211 81 827 48 [500] 911 [500] 51066 47 185 [1000]  
88 745 317 87 437 39 822 258 931 [10 000] 52308 37  
444 311 602 71 780 898 912 71 53190 [1000] 31 46 738 494  
548 832 [1000] 18 74 54943 71 [500] 118 78 581 682 819  
39 55016 254 373 56317 421 36 67 329 [1000] 686 553  
57074 33 121 22 74 233 889 29 58108 76 [500] 399  
843 605 737 91 [500] 978 59213 [1000] 410 413 43 37  
825 82 982 [500]  
60117 408 54 516 [500] 87 61865 411 83 81 582 607  
[500] 61 629 62078 248 332 98 771 81 63015 25 [500] 117  
18 44 259 217 31 251 661 97 845 74 64415 95 63 512 638  
[500] 805 85150 394 548 71 894 906 66827 71 [500] 487  
883 877 [500] 891 [500] 888 925 67183 252 815 615 71  
891 [500] 68790 227 285 40 [1000] 85 91 539 634 706 968  
63 69172 73 417 849 708 98 [500] 887  
70128 32 [500] 236 318 73 414 84 544 893 [500]  
71307 418 54 88 802 838 41 72356 431 505 788 921 73363  
823 916 58 [1000] 74034 70 172 95 379 87 75029 411 43  
829 689 988 76167 [1000] 545 422 673 742 824 47 77044  
85 67 76 174 258 315 820 85 961 88 78010 108 15 86  
[500] 524 63 721 [1000] 61 814 55 [1000] 87 969 79129  
[500] 328 464 66 736 78  
80098 175 224 528 578 833 760 84 886 997 81146 212  
87 877 898 82113 248 [500] 649 [500] 600 [500] 926  
83185 [500] 229 210 508 641 70 897 904 84034 73 191  
241 469 86 89 328 70 [500] 970 [1000] 85359 406 252  
627 59971 796 906 87030 63 65 179 281 69 303 414 538  
84 88881 330 837 [500] 889 [1000] 89149 77 207 370  
429 303 638  
90112 74 116 399 84 44 891 91048 417 316 73 780  
832 92011 311 [1000] 238 649 890 93203 39 277 323 673  
83 49 [1000] 719 [500] 842 94266 542 455 333 606 718 37  
87 809 625 839 940 124191 432 818 48 512 712 125097  
280 655 715 126061 114 295 207 784 801 901 31 127255  
422 529 729 918 128325 443 824 129406 36 48 584 818 537  
130015 67 [1000] 217 [1000] 24 84 671 [500] 88 790  
912 64 131034 38 145 401 569 709 [500] 36 930 322 37  
132189 492 [500] 133214 564 467 524 [500] 70 131 49  
954 898 134018 431 774 880 53 [500] 135115 380 300 26  
531 87 898 49 136076 95 [500] 139 380 315 458 623  
86 [500] 708 137177 263 310 [500] 410 541 645 [1000] 86  
89 715 78 885 [500] 96 950 138005 148 226 43 [1000] 359  
[1000] 467 678 858 803 39 50 90 139259 584 727 46  
140130 [1000] 244 628 [500] 684 757 [1000] 63

### 141096 381 464 84 [500] 861 142028 248 371 537 821

[500] 959 143175 473 96 748 813 144002 150 218 31 80  
724 145020 265 70 338 435 [500] 63 72 561 57 146127  
212 99 206 415 21 505 618 706 822 991 147006 [500] 169  
250 504 823 148065 82 281 304 [1000] 9 791 841 50 89  
941 87 149210 847 [500]  
150175 769 [1000] 85 151079 759 152021 45 134  
488 864 [500] 507 56 57 64 90 153038 86 233 43 492 987  
820 741 815 154180 276 817 37 745 87 941 155100 37  
[500] 974 504 726 [500] 811 156044 149 330 31 410 567  
35 617 36 63 896 302 11 157006 318 158009 170 436 303  
159086 175 [500] 217 473 93 569 637 719 83  
160218 350 85 86 410 75 161173 [500] 929 162004  
23 163 253 253 284 907 0 80 [500] 163088 142 1 222 448  
647 78 164353 227 165390 [500] 629 [500] 922 64  
166077 168 328 834 778 811 [500] 310 37 167197 37  
985 [1000] 103 65 914 [500] 168161 290 349 521 60 53  
[1000] 625 724 169008 37 [500] 240 472 [500] 584 [500]  
645 788 813 977  
170126 30 287 506 79 787 29 171013 390 482 502  
[500] 308 902 172007 102 246 58 330 454 683 549 173035  
30 114 56 473 207 509 792 941 174082 496 723 62 821 87  
175154 34 305 391 99 [1000] 727 894 121 176916 425  
680 [500] 649 69 747 875 [500] 83 928 177802 37 [1000]  
87 457 643 545 65 983 178008 235 456 949 59 179130  
202 90 [500] 294 421 83 399 909  
180181 62 345 [500] 87 [500] 405 522 [500] 40 667  
758 976 181002 10 37 81 248 354 403 14 549 [500] 50  
[500] 603 905 182372 427 518 602 183253 86 437 60 643  
[500] 709 812 98 905 55 184006 136 327 443 62 318 748  
508 34 185132 335 436 547 709 3 83 [500] 79 186173  
474 503 [500] 705 60 187106 [1000] 241 537 45 551 781  
97 801 188135 327 30 406 44 683 729 [1000] 84 88 944 87  
189114 218 499 397 926  
190022 443 603 191191 299 485 55 67 887 [500] 98  
942 192123 302 4 43 79 492 546 [500] 661 72 587 193108  
56 296 350 432 319 61 38 [500] 58 767 351 194061 96  
281 342 465 643 73034 54 796 984 [500] 195018 27 170  
582 821 69 84 196075 129 56 887 521 [500] 318 356  
197026 114 136 96 826 729 811 42 76 198211 [500] 45  
464 547 634 199386 411 534 37  
200022 382 321 49 739 56 870 324 201046 114 72 40  
297 [500] 521 511 [500] 12 633 837 823 202065 43 622 44  
[1000] 203194 271 250 682 823 204066 61 198 306 671  
72 241 205194 473 625 [500] 737 [500] 97 868 35 206021  
[500] 53 123 77 860 324 [500] 28 452 543 [500] 45 67 90  
207083 822 61 451 703 878 818 [500] 76 208026 70  
[500] 508 327 748 55 811 65 209011 35 [500] 136 223 290  
[1000] 51 609 817 902 28 98 86  
210091 232 28 [500] 322 65 482 85 746 923 211122  
283 [500] 64 425 871 875 940 [500] 21201 [500] 212 64  
294 308 697 213691 [500] 448 94 214007 111 41 235  
[1000] 362 94 815 215109 298 309 [500] 735 216024  
106 12 469 221 619 58 771 217089 358 610 [500] 928  
[1000] 65 218067 211 332 45 [500] 74 808 23 43 94 660  
99 [500] 715 992 219051 133 216 447 712 70 805  
220028 30 421 [500] 810 56 711 884 221176 98 818  
31 [500] 802 222120 215 60 326 70 96 439 605 921 26  
223022 104 21 [500] 222 354 69 [500] 863 76 949 [500]  
224033 836 78 [500] 225051 47 97 111 73 [500] 225 863  
226028 256 322 382 88 824 227048 615 722 607 228011  
[500] 459 626 228042 422 823 [500]  
230063 107 102 61 575 542 934 45 231247 86 367 427  
694 700 [500] 63 986 232302 794 938 76 82 233348 327  
819 83 784 [1000] 839 59 2334018 88 115 74 668 75 82 769  
244006 235 990 254 267059 211 [500] 394 404 15 79  
574 618 72 803 268050 146 216 60 94 [1000] 269229 427  
501 900 792  
260000 441 [500] 254 59 139 250 261287 568 817  
262194 441 262194 307 11 263235 696 768 833 69  
264130 480 671 82 856 265272 329 39 48 550 799 941 49  
[500] 87 244 327 484 558 398 76 [500] 268114 240 [500]  
310 78 [500] 314 480 267181 295 503 [500] 82 628 849  
Im Gewinnrade verbleiben: 1 Prämie zu 500 000 M.,  
1 Gewinn zu 150 000, 1 zu 100 000, 1 zu 50 000, 1 zu 40 000,  
9 zu 30 000, 11 zu 15 000, 83 zu 10 000, 63 zu 5 000, 837 zu  
2000, 1540 zu 1000, 3020 zu 500.

### 15. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. November 1907, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
45 190 235 635 1006 110 [1000] 206 96 700 [500] 2221  
864 834 50 3029 [500] 123 204 [500] 303 701 896 413 658  
736 878 986 5304 323 41 454 987 6109 83 89 737 867 7079  
183 608 [500] 82 8009 72 683 722 [1000] 847 9236 [1000]  
883 87 86 099 717 [500] 89 40 990 [1000] 923 74  
10389 611 23 714 32 915 40 74 1119 231 59 438 [500]  
815 693 811 912 12004 273 474 827 994 13001 153 287 411  
36 504 729 94 14073 79 479 308 617 85 953 15181 242 068  
647 747 824 16078 101 351 94 766 834 922 17127 [1000]  
544 631 844 18392 362 73 634 72 788 19023 61 [500] 196  
490 300 16 21 222 93 862 922  
20204 411 63 21053 63 458 96 742 891 83 965 [50 000]  
22110 77 423 631 806 [1000] 953 23068 [1000] 325 46 616  
93 782 [1000] 825 327 24091 149 50 260 545 891 727 802 49  
25185 78 833 667 736 51 809 26083 96 189 262 567 862  
27010 201 69 207 17 407 95 243 686 96 885 28063 206 77  
368 [500] 422 29022 37 188 322 449 80 70 610 31 [500]  
718 [500]  
30101 89 241 436 41 806 31228 45 50 471 546 784 84  
888 32082 188 386 502 17 65 718 913 16 52 33078 113 81  
44 284 301 25 87 67 820 700 907 34212 46 [500] 330 696  
709 36 467 35044 137 475 332 126 338 [1000] 942 36077  
130 84 202 711 18 819 43 [500] 37136 304 [500] 303 633  
791 [500] 38390 429 574 167 97 [1000] 39099 12 203  
719 894 96  
40085 84 96 136 43 60 464 732 838 [500] 54 [1000] 940  
[500] 98 41087 187 91 [500] 36 287 446 708 840 46 42120  
501 374 [500] 184 95 43251 235 096 866 44139 [500] 42  
[500] 702 971 45117 850 [1000] 511 693 [500] 704 46077  
217 688 713 914 98 [500] 47030 104 15 215 80 [500] 222 409  
82 582 894 830 48048 497 823 49098 187 243 [1000] 760  
815 23 82  
50301 [500] 56 88 423 50 96 807 51067 454 50 269  
714 [1000] 856 52347 17 79 302 8 320 708 37 958 53096  
337 443 992 54573 557 55647 402 67 737 85 56306 405  
37 91 827 [500] 84 833 985 57000 55 200 12 361 636 888  
58102 56 240 35 783 95 990 [500] 59008 54 186 300 436  
659 [1000] 741 35 802 928 99  
60307 61039 159 260 94 511 631 80 785 87 37 940  
62004 80 [500] 6129 727 850 [500] 901 63021 [500] 119  
61 269 89 288 686 64291 339 55 85 825 73 65293 371 774  
66189 [1000] 327 [500] 334 971 67196 36 87 235 733 73  
702 65500 165 79 448 90 705 821 69065 469 74 625 718 91  
[1000] 943  
70128 646 75 871 685 [500] 736 808 [500] 982 71184  
773 827 72099 [500] 777 447 833 73234 307 48 471 687  
74198 330 40 325 453 423 728 44 72 75055 45 44 148 57  
280 369 696 885 901 12 76170 [1000] 15 278 284 325 771  
77000 83 284 844 [500] 641 78124 374 [500] 547 720  
79225 38 384 200 39 254 837 38 841  
80234 81 228 41 967 51 81090 184 69 246 435 814 784  
806 906 65 82047 15 [500] 411 753 83094 228 27 335 89  
728 70 882 16 892 84056 136 415 12 [500] 45 56 733 89  
820 85396 123 [500] 341 619 81 [500] 853 86589 617 31  
[1000] 719 87099 [500] 381 92 571 609 850 88117 [1000]  
228 321 73 471 24 258 697 736 89080 161 43 337 [500] 415  
84 534 87 712 806 95  
90201 [1000] 265 [500] 673 819 41 89 906 92206 640  
871 963 93212 375 [500] 29 528 639 713 28 828 823  
94028 141 63 202 31 32 83 504 770 891 95089 201 [500]  
264 96188 665 820 [500] 97131 372 74 327 58 556 82  
628 50 83 716 20 846 75 897 92654 82 311 85 893 218 833  
[500] 82 99190 627 787 53 987 89  
102158 56 728 82 101151 [500] 686 [1000] 712 32 820  
70 962 102050 127 92 453

Gerichts-Zeitung.

Serrat militärischer Geheimnisse.

Wegen Befürchtung einer Gefährdung der Staatssicherheit wurde gestern die Öffentlichkeit bei einer Verhandlung ausgeschlossen, die die 4. Strafkammer des Landgerichts I beauftragte. Aus der Untersuchung wurde der vielfach vorbestrafte Arbeiter Friedrich Dühner vorgeführt, um sich auf Grund des § 49 a Str.-G.-B. zu verantworten. Er ist beschuldigt, sich zur Begehung des Verbrechens eines Serrats militärischer Geheimnisse erboten zu haben. Der Angeklagte hatte es verstanden, als „Ingenieur“ bei einer Firma in Kiel Beschäftigung zu finden. In dieser Tätigkeit fand er Gelegenheit, Kenntnis von der Abfertigung zu erhalten und beschloß, diese Kenntnis für sich auszunutzen. Er wandte sich an das französische Nachrichtenbureau in Paris und erklärte sich bereit, gegen klingende Münze die Details der Abfertigung, die Lage der Minen usw. zu verraten und auch eine wertvolle Generalstabskarte zu liefern. Das Nachrichtenbureau in Paris erklärte sich bereit, auf das Anerbieten einzugehen, hielt es aber für nötig, daß der Angeklagte nach Paris komme. Auf sein Verlangen schickte ihm dann das Nachrichtenbureau einen Reisevorschuß von 200 M. und der Angeklagte wollte sich auch auf die Reise begeben. Auf dem Potsdamer Bahnhof wurde er verhaftet. — Der Angeklagte wollte im gestrigen Termin glauben machen, daß er das Verbrechen gar nicht begangen haben würde, es ihm vielmehr nur darauf angekommen sei, die französische Regierung zu dupieren. — Staatsanwalt Dr. Siegen beantragte — auf das vollendete Verbrechen steht Justizhausstrafe — das höchste zulässige Strafmaß von zwei Jahren Gefängnis nebst den Nebenstrafen. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Sonn vor dem Schöffengericht.

Kurz vor seinem Scheiden aus der Direktion des Berliner Theaters hatte Ferdinand Bonn gestern noch eine Gastrolle vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu absolvieren. Er war beschuldigt, am 11. April unbefugt eine öffentliche Aufführung seines Schauspiels „Der junge Fritz“ veranstaltet zu haben. Dieses böhmische Stück ruht schon seit neun Jahren im Staube, da die landesherrliche Genehmigung zur Aufführung des Stückes, welches einen Hohenzollernfürsten auf die Bühne bringen will, bisher nicht erteilt ist. Direktor Bonn beabsichtigte nun, sein Werk einem größeren Publikum vorzuführen und versuchte es in der Weise, daß er zum 23. März eine Aufführung vor dem „Ferdinand Bonn-Verein“ ankündigte. Diese Aufführung wurde polizeilich verboten. Rummel kündigte Direktor Bonn eine „Generalprobe“ des „Jungen Fritz“ an, die am 11. April stattfand. Zur Teilnahme lud er seine Freunde und Gönner ein, die sich vorher eine auf den Namen aufgestellte Karte aus dem Theaterbureau beschaffen mußten. Das Polizeipräsidium faßte diese „Generalprobe“ als „öffentliche Aufführung“ auf, zu welcher eine polizeiliche Genehmigung nicht erteilt war. Deshalb erfolgte Anzeige. — Der Gerichtshof kam zu einer Freisprechung, da er diese Vorstellung, zu der nur ein geladener Personenkreis Zutritt hatte, nicht als eine öffentliche Aufführung ansah. Der Staatsanwalt hatte 30 Mark Geldstrafe beantragt.

Allgemeine Familien-Sterbefälle. Heute: Sonntag Nachr. 123 bei Köpenick und Mariannenstr. 48 bei Liebenberg von 3-6 Uhr. Verein polnischer Sozialisten zu Berlin. Montag, den 25. November, abends 9 Uhr, Alte Jakobstraße 75: Versammlung. Gäste willkommen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Die Walküre. (Anf. 7 Uhr.) Montag: Aida. Dienstag: Romeo und Julia. Mittwoch: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Cavalleria rusticana. Freitag: Konzert der Königl. Kapelle. Sonnabend: Aida. Sonntag: Madame Butterfly. Montag: Die Rittlinger von Rürnberg. (Anf. 7 Uhr.) Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die Braut von Messina. Montag: Die Kabinettlerin. Dienstag: Die Braut von Messina. Mittwoch: Die Kabinettlerin. Donnerstag: Die Braut von Messina. Freitag: Die Kabinettlerin. Sonnabend: König Oedipus. (Anf. 8 Uhr.) Sonntag: Julius Caesar. Montag: Die Kabinettlerin. Neues königl. Opern-Theater. Sonntag: Madame Butterfly. Montag: Lo maitro de Forges. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Dienstag: Der 1. Dezember. Mittwoch: Rigoletto. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Deutsches Theater. Sonntag: Ein Sommernachtsstraum. Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommernachtsstraum. Mittwoch: Was ihr wollt. Deutsches Theater (Kammer-Spiele). Sonntag, Montag und Dienstag: Frühlings Erwachen. Mittwoch: Gelpfenster. Donnerstag: Frühlings Erwachen. Freitag: Engel und sein Ring. Sonnabend und Sonntag: Frühlings Erwachen. Montag: Karzulus von Keit. Berliner Theater. Sonntag: Die Böhle. Montag: Andaloña. Dienstag und Mittwoch: Geschlossen. Donnerstag und folgende Tage: Blaubart. Vossing-Theater. Sonntag: Nora. Montag: Klein Ehoff. Dienstag: Die Stützen der Gesellschaft. Mittwoch: Vom andern Ufer. Donnerstag: Der Fährmann. Freitag: Die Wäldchen. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonnabend: Die Stützen der Gesellschaft. Sonntag: Der Bund der Jugend. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Neues Theater. Sonntag: Die Agrarier. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Montag und Dienstag: Das Ungeheuer. Mittwoch: Die Agrarier. Donnerstag: Das Ungeheuer. Freitag: Die Agrarier. Sonnabend und Sonntag: Das Ungeheuer. Montag: Rosmersholm. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Sonntag: Judith. Montag: Mt-Geldelberg. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag und Mittwoch: Judith. Donnerstag: Jar Peter. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Freitag bis Sonntag: Jar Peter. Kleines Theater. Sonntag: Die Getreuen. Montag: Puppenheim. Dienstag: Ein idealer Gatte. Mittwoch: Maria Magdalena. Donnerstag: Die Getreuen. Freitag: Vater und Sohn. Sonnabend: Puppenheim. Sonntag: Unbestimmt. Trianon-Theater. Sonntag: Das Ende der Liebe. Montag und folgende Tage: Reulein Jolette — meine Frau. Komische Oper. Sonntag: Liefland. Montag: Die verkaufte Braut. Dienstag: Liefland. Mittwoch: Die verkaufte Braut. Donnerstag: Liefland. Freitag: Die verkaufte Braut. Sonnabend: Liefland. Sonntag: am 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends: Die verkaufte Braut. Theater des Westens. Sonntag: Geschlossen. Abends: Die lustige Witwe. (Anf. 8 Uhr.) Sonntag: am 3 1/2 Uhr. Volkstheater. Sonntag: Jahrmahl in Buloni. Montag: Hülarenlieber. Dienstag: Dufel Bernide. Mittwoch: Hülarenlieber. Donnerstag: Dufel Bernide. Freitag: Hülarenlieber. Sonnabend: Dufel Bernide. Sonntag: am 3 Uhr: Im Spielgärtchen. Abends: Dufel Bernide. Theater O. Sonntag: Rosmersholm. Montag: Kelterstraße. Dienstag: Maria Stuart. Mittwoch: Gebildete Menschen. Donnerstag: Das dicke Gebot. Freitag: Gebildete Menschen. Sonnabend: Rosmersholm. Sonntag: am 3 Uhr: Das dicke Gebot. Abends: Kelterstraße. Montag: Gebildete Menschen. Theater Charlottenburg. Sonntag: Die Hermanns-Schlacht. Montag und Dienstag: Gebildete Menschen. Mittwoch: Kelterstraße. Donnerstag und Freitag: Kelterstraße. Sonnabend: Heimat. Sonntag: am 3 Uhr: Maria Stuart. Abends: Wilhelm Tell. Montag: Maria Stuart. Friedrich-Wilhelms-Theater. Sonntag und Montag: Arienshilds Rache. Dienstag: Brüderchen. Mittwoch: Arienshilds Rache. Donnerstag: Winterhölle. Freitag: Osterfant. Sonnabend:

Pastoral. Sonntag: am 3 Uhr: Nathan der Weise. Abends: Arienshilds Rache. Montag: Brüderchen. Reichens-Theater. Sonntag: Edele. Montag und folgende Tage: Ganz der Papa. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Der Prinzenmahl. Abends und Montag: Ganz der Papa. Zentral-Theater. Abends: Frau Barrens Gewerbe. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Die Geisha. Abends und Montag: Frau Barrens Gewerbe. Thalia-Theater. Sonntag: Der Hüftendrücker. Abends: Die gelbe Gefahr. Mittwoch: am 3 1/2 Uhr: Kollapsen. Abends und folgende Tage: Die gelbe Gefahr. Sonnabend: am 4 Uhr: Schneewittchen. Abends: Die gelbe Gefahr. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr: 3 Uhr Sech's-Uhr-Denkmal. Abends und Montag: Die gelbe Gefahr. Vorsting-Theater. Sonntag: Rigoletto. Montag: Jar und Zimmermann. Dienstag: Der Troubadour. Mittwoch: am 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends: Rigoletto. Donnerstag: Die Einführung aus dem Serail. Freitag: Hans Heiling. Sonnabend: am 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends: Jar und Zimmermann. Sonntag und Montag: Unbestimmt. Luise-Theater. Sonntag: Der Leiermann und sein Gefolge. Montag: Am Tage des Gerichts. Dienstag: Bekim wie es weint und lacht. Mittwoch: Das Heiratsnetz. Donnerstag und Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend: am 4 Uhr: Klein-Däumling. Abends: Der Leiermann und sein Gefolge. Sonntag: am 3 1/2 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends und Montag: Das Heiratsnetz. Bernhard Hofe-Theater. Sonntag: Libella. Montag: Sprech-Küchener. Dienstag: Die zärtlichen Verwandten. Mittwoch: Libella. Donnerstag und Freitag: Die Frau Kommerzienrat. Sonnabend: am 4 Uhr: Händel und Gretel. Abends: Ein christlicher Kaffee. Sonntag: am 3 1/2 Uhr: Libella. Abends: Ein christlicher Kaffee. Theater an der Spree. Sonntag und Montag: Der Aktienbändler. Dienstag: Am grünen Weg. Mittwoch: Der Aktienbändler. Donnerstag: Am grünen Weg. Freitag: Der Aktienbändler. Sonnabend: am 4 Uhr: Dorndüchsen. Abends und Sonntag, den 1. Dezember: Am grünen Weg. Metropol-Theater. Sonntag: Die Stützen der Gesellschaft. Abends: Das muß man sehen! Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Die Herren von Wagram. Wallhalla-Theater. Abends: Schwester Schiffer. Spezialitäten. Vossing-Theater. Abends: Paula Wirth. Spezialitäten. Wintergarten. Abends: Diabolospieler. Spezialitäten. Casino-Theater. Sonntag: Mit Carter. Abends: Diebersteule. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes. Gebr. Herrfeld-Theater. Abends: Madame Bis-Bog. Es lebe das Nachleben. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Die Reue. Rigoletto-Theater. Abends: Paris. Die Klau. Unterm Welt. Polio Caprice. Geteilte Liebe. Prater-Theater. Sonntag: Schuldbeladen. Montag: Der Freischütz. Dienstag: Schuldbeladen. Mittwoch: Das Räthsel von Heilbrunn. Donnerstag: Zwölfen zwei Herzen. Freitag: Das Oseztamm. Sonnabend: Der Weidenkreuzer. Sonntag: am 3 Uhr: Die Räuber. Abends: Zwölfen zwei Herzen. Montag: Der Weidenkreuzer. Varodie-Theater. Sonntag: Cavalleria rusticana. Der Rühnen-dragoner. Die feindlichen Brüder. Montag und folgende Tage: Papststreik. Das Ungeheuer. Zum Schluß: Nonna Nanna. Carl Haberland-Theater. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Sonntag 2 Uhr. Reichshallen-Theater. Abends: Stettiner Sänger. Urania-Theater. Laubenstraße 48/49. Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag: Ueber den Brenner nach Venedig. Montag: Im Ballon zum Vol. Mittwoch: 2. Vortragabend des Wissenschaftlichen Vereins Prof. Dr. Gergers, Dresden. Sonnabend: am 4 Uhr: Die Gieseler der Hohegebirge und die Gieseler unserer Heimat. Sonnabend und Sonntag, den 1. Dezember: Erzählungen von Wipfel im West-Himalaya. Sternwarte, Invalidenstr. 67-68. Zur Beobachtung: Mars, Saturn Doppelstern, Nebelstern.

Unstreitig ist J. Kurzberg's Spezial-Geschäft für feine Herren-Bekleidung fertig und nach Mass die beste und billigste Bezugsquelle gegen Bar und Teilzahlung Wochenrate von Mark 1 an. Kein Waren-Kredit-Haus. J. Kurzberg Rosenthalerstrasse 40-41' An der Jannowitzbrücke 1'



Ulster und Paletots Neueste Geschmacksrichtungen Tadellose, ausgeprobte Passformen. Nur eigene Erzeugnisse in vielen Tausenden Exemplaren. 70.- 65.- 60.- 55.- 50.- 45.- 40.- 36.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- Mk. Nicht flüchtige Massen-Arbeit, sondern peinliche Werkstätten-Arbeit aus unserer eigenen Fabrik. Unsere Kunden erhalten kostenlos einen prakt. ewigen Wandkalender. Der neueste Haupt-Katalog No. 32 (Winter-Moden 1907-08) auf Wunsch kostenlos u. portofrei. BAER SOHN SPEZIAL-HAUS grössten Massstabes Chausseestrasse 29-30 Brücken-Strasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20



Tausende schöner Damen-Herbstpaletots, Kostüme, Kostüme, jetzt spottbillig Einzelverkauf. Wäntel-fabrik Leifvare, Mohrenstr. 41. (\*) Schniegelsbergs Festsäle Hasenhalde 21 Großer Saal, 1000 Personen fassend, ersten Weihnachtsfesttag 1907 zufällig frei geworden, an Vereine zu vergeben. 14925

Versandhaus Germania seit 20 Jahren Unter den Linden 21'' Fahrstuhl neben der Passage. Hochvornehme Herrenanzüge u. Winterpaletots aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 Mark, hochelegante Beinkleider 9 bis 12 Mark. Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger. Tadellos S 1/2 Vornehme Façons

**„Lieber Karl!“**  
Wir gratulieren!  
Herrn Genossen des 588. Regiments  
R. S. Th. G. M. Th. M. R.  
Dem Jünger  
**Hermann Semmler**  
Wemelerstr. 34  
zu seinem 25-jährigen Geburts-  
tag ein dreifach dommerndes  
„Gut“.  
Die Genossen des 245. Reichs-  
tagwahlbezirks.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis**  
(Östlicher Bezirk).  
Bezirk 227 L.  
Den Mitgliedern hiermit zur  
Nachricht, daß unser Genosse, der  
Buchbinder  
**Paul Krause**  
gestorben ist. 284/10  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 26. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Buchbinder-Verband.**  
Zentrale Berlin.  
Am Donnerstag, den 21. No-  
vember, verlied unser lang-  
jähriger Mitglied, der Buchbinder  
**Paul Krause.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 26. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
25/5 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 21. d. M. verstarb unser  
Mitglied, der Arbeiter  
**Paul Marten,**  
Strohburgerstr. 56.  
Ehre seinem Andenken!  
Zeit und Ort der Beerdigung  
wird in der Gewerkschafts- oder  
Familienangelegenheit bekannt gemacht.  
Um zahlreiche Beteiligung  
ersucht  
288/7 Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Verband.**  
Hiermit bringe den Mitgliedern  
zur Nachricht, daß unser treues  
Mitglied, der Geschäftsführer  
**Hugo Levit**  
am 19. November im Alter von  
35 Jahren an Gehirnerschlagung  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mont-  
tag, den 20. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
76/12 Die Ortsverwaltung H.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Klempner  
**Otto Tilliger**  
am 22. d. M. an Magenbluten  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mont-  
tag, den 20. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
Nege Beteiligung erwartet  
100/10 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Gustav Stark**  
am 21. November 1907 am Herz-  
schlag gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet morgen  
Montag, den 25. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Nazareth-Kirch-  
hofes in Reinickendorf-West, Ver-  
liverstraße, aus statt.  
Nege Beteiligung wird erwartet.  
100/11 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß am  
18. d. M., morgens 2 1/2 Uhr, In-  
folge eines Anginalanfalls unser  
einziger Sohn, Bruder und  
Schwager  
**Johann Mende**  
im Alter von 26 Jahren verstarb.  
Ernst Mende und Frau.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 26. d. M., nachm.  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
städtlichen Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen bei Berlin aus statt.

**Verband d. baugewerblichen**  
**Hülfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
Bezirk Südwest.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Bauarbeiter  
**Rudolf Hempel**  
am 19. November 1907 durch Un-  
fall gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, 24. November, nachm.  
4 Uhr, vom Heilig Kreuz-Kirchhof,  
Rarichenhof, aus statt. 48/10  
Der Zweigvereinsvorstand.

Am 22. d. M. starb plötzlich  
unser braver Kollege und lang-  
jähriger Mitarbeiter, der Schnei-  
der  
**August Hartwig**  
im 68. Lebensjahre.  
Das Personal der  
Buchdruckerei Gebr. Ernst.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 26. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
155/46

**Zuschneider u. Schneiderinnen**  
Filiale II  
**d. deutsch. Schneiderverbandes.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Joseph Bitter**  
am 20. d. M. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 25. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Zentral-Fried-  
hofes, Friedrichshagen, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
167/2 Die Ortsverwaltung.

Am 21. d. M. verstarb nach  
langen schweren Leiden meine  
liebe Frau und unsere gute  
Mutter  
**Auguste Feyerabend.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 24. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Jerusalem-Kirchhofes  
in der Hermannstraße aus statt.  
**Wilhelm Feyerabend,**  
Stiftateur, nebst Kindern.

Hiermit die traurige Nachricht,  
daß meine liebe Frau, unsere  
gute Mutter, Schwieger- und Groß-  
mutter, Schwester und Tante  
**Charlotte Alm**  
geb. **Mälke**  
nach langen, schweren Leiden  
Sonntag früh 2 Uhr ver-  
storben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag von der Leichenhalle des  
Bartholomäus-Kirchhofes, Weihen-  
see, aus statt. 155/56  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die herzliche Teilnahme und  
die Kranzspenden bei der Beerdigung  
meines ungeliebten Vaters **Franz**  
**Grimm** sage ich allen Freunden, dem  
Verbanne der Sattler, den Genossen  
und dem zweiten Berliner Wahlkreis  
und den Kollegen der Anna Straße  
meinen herzlichsten Dank.  
155/66  
**Martha Grimm.**

**Dankagung.**  
Sage allen Freunden und Be-  
kannnten für die erwiesene Teilnahme  
meinen herzlichsten Dank, insbesondere  
dem Deutschen Holzarbeiterverband  
und dem Gelangereiten „Breiter  
Wämmerschort“.  
8512  
Witwe **Auguste Heymann** geb. **Schnell**  
nebst Kindern.

**BERLINER**  
**ARBEITSSTÄTTEN-**  
**LOTTERIE.**  
Ziehung am 14. Dezember in Berlin.  
Gesamtbetrag d. Gew. 1. W. v. Mk.  
**10000**  
erster Hauptgew. 1 W. v. Mark  
**5000**  
zweiter Hauptgew. 1 W. v. Mark  
**1000**  
kleinster Gew. 1 W. v. Mk. 5.—  
Lose à 50 Pfg. 11 Stück à Mk.  
Porto und Gewinnliste 20 Pfg.  
extra, z. haben b. General-Debit  
**Paul Steinberg & Co., G.m.b.H.**  
Bankgeschäft,  
Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12,  
und b. all. durch Plakate kennl.  
Lotterie- u. Cigarren-Geschäften.

**Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.**  
Sonntag, den 24. November, nachm. 2 Uhr, in Wendts  
Industrie-Gehäusen, Deuthstr. 20:  
**Außerordentliche Vereinsversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Diskussion über das Rundschreiben Nr. 22 der Zentralkommission.  
Der Vorstand.  
**Auf!** nach **Johannisthal!**  
Heute Totensonntag:  
im „Gasthof zur grünen Eiche“, Friedrichstr. 10:  
**Große Theater-Vorstellung.**  
Gastspiel des Berliner Volks-Theaters. Dir. Max Reinhardt.  
„Der Fluch des Goldes“ und „Das vierte Gebot“.  
Eröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. — — — — — Entree 40 Pf., Kinder 20 Pf.  
Sonderverkauf 30 Pf.  
Hierzu ladet freundlich ein  
**Friedrich Schulz.**

**Schwarzer**  
**Friedrichsberg**  
Frankfurter Chaussee 5  
(früher 120).  
Stadtbahnstation Frankf. Allen. Inh.: Gebr. Arnhold. Fernspr. Friedrichsberg No. 8.  
Jeden Sonntag im Königsaal: **Großer Ball**  
Anfang 4 Uhr. unter Leitung des Herrn O. Bürger. Anfang 4 Uhr.  
Jeden Montag: 232L\*  
**Soiree der Apollo-Sänger.**  
Anfang 8 Uhr. 600\*  
Nach der Vorstellung: **Tanz-Kränzchen.**  
Mittwoch, den **Großes Militär-Streichkonzert,** ausgeführt vom II. Garde-  
27. November: **Dragoner-Regiment.**

**Um ein seidenes Kleid**  
seidene Bluse und seidenes Jupon in jeder Beziehung vorteilhaft einzukaufen, benutze man  
die Gelegenheit, welche das Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Leipziger Straße 79, 1 Treppe,  
durch den **Weihnachts-Anverkauf** dem Privat-Publikum bietet.  
Reinseidene, schwarze Damaste, Merveillen etc. früher bis ca. 6.00, jetzt 1.50, 2.25 bis  
4.50. Reine Seiden für Gesellschafts- und Straßenkleider, früher bis ca. 4.00, jetzt 1.50, 2.00  
bis 2.25. Reine Seiden für Braut-Roben, früher bis ca. 6.00, jetzt 1.50, 1.75 bis 4.50. Ball-Seiden  
jeder Art, in wundervollen Lichtfarben, jetzt 75 Pf., 1.00, 1.25 etc. Blusen- und Jupon-Seiden,  
Karas etc., jetzt 1.25, 1.50, 1.75 etc. Futter-Seiden für Jackets und Abendmäntel, jetzt 75,  
1.00, 1.25 etc., Kleider-Samte in allen modernen Farben v. 1.00.  
Mehrere tausend Meter Reste, ausreichend für Blusen, Jupons etc.,  
eingeteilt in Serien à 1.00, 1.25, 1.50 pr. Meter, welche teilweise das  
Doppelte und Dreifache gekostet haben. Adresse genau beachten!  
**Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, nur Leipziger Straße 79**  
**1 Treppe, am Dönhofsplatz.**  
Telegramm-Adresse: **Seiden-Herzog.**



**Gern nehmen Kinder Bio-Malz,**  
denn Bio-Malz ist von feinem Wohlgeschmack, nährend, kräftigend,  
Knochen, Blut und Muskeln bildend. Geht bei regelmäßigem  
Gebrauch den Appetit, die Energie, bessert die Leistungen in der  
Schule, macht blaße Wangen rot.  
**Bio-Malz ist auch für Nervöse, Geschwächte,**  
Nervenzustände, anstrengt geistig oder körperlich tätige Personen,  
Blutarme, Bleichfüchtige, kranke Mütter (Bio-Malz vermehrt die  
Muttermilch) von unstillbarem Weh.  
Bei Stuhloberstopfung und trüber Verdauung hat sich Bio-Malz  
ebenso bewährt wie bei  
**Kusten, Keiserkeit und allen Katarrhen**  
der Atmungsorgane. — Bio-Malz ist völlig alkoholfrei, darben im  
Gebrauch, weil es bis zum letzten Tropfen ausgedrückt werden  
kann und billiger als viele andere Kräftigungsmittel.  
1/2 Dose 1.50 M., 1/3 Dose 1 M. Zu haben in Apotheken  
und Drogeriehandlungen. Wo nicht, versenden wir 2 kleine oder  
1 große Dose für 2 M. franco gegen Rücknahme oder Bo-  
einlösung des Betrages. 89/7\*  
Gebr. Paternmann, Chem. Fabrik, Berlin-Friedenau 5.

Nur kurze Zeit before ich  
**vollständig**  
**umsonst**  
Das Sprechmaschinen neuester  
Konstruktion bis zur elegantesten  
Ausführung wenn Sie sich ver-  
sichern ein kleine Anzahl 25,- cm  
grosser doppelseitiger Platten  
prima Fabrikat à M 3,- p. Stück  
von mir zu beziehen.  
**Abnahme 14 täglich ohne Platte.**  
Auch kleine Sprechmaschinen,  
selbstspielende Musikwerke und  
Witoren zu Teilzahlung.  
**Wochenrate nur 1 Mark.**  
**Gegen Kasse billigste Preise.**  
**J. Kurzberg,**  
Rosenthalerstrasse 40/41, I.  
(Hackescher Markt) und  
An der Jannowitzbrücke 1, I.  
Allen Freunden, Kollegen und Ge-  
nossen zur gefl. Nachricht, daß ich ein  
**Restaurant**  
**Veteroburgerstr. 7**  
eröffnet habe; bitte dieselben, mich in  
meinem Unternehmen tatkräftig unter-  
stützen zu wollen. — Nachschub  
**Berthold Wartig,** Veteroburger-  
strasse 7.  
Kassenbäder jeder Art, Augustin-Tab.,  
Köpenickerstrasse 60.

**Orts-Krankenkasse**  
für das  
Gewerbe der Herstellung von  
**Musikinstrumenten.**  
Die Arbeitgeber werden hierdurch  
zu der am  
Sonntag, den 1. Dezember 1907,  
vormittags 9 1/2—10 Uhr,  
in Krudts Gehäusen, Velfort-  
straße 15, stattfindenden Vertreter-  
wahl ergeben eingeladen.  
Tagesordnung:  
Wahl von 14 Vertretern aus den  
Reihen der Arbeitgeber. (§ 49 des  
Statuts.)  
Am gleichen Vormittag findet in  
demselben Lokal eine Mitglieder-  
Versammlung sowie Vertreter-  
wahlen statt, und zwar mit folgender  
Tagesordnung:  
1. Von 10—11 Uhr: Besprechung  
über allgemeine Kassenangelegen-  
heiten.  
2. Von 11—12 Uhr: Wahl von 28  
Vertretern aus den Reihen der Kassen-  
mitarbeiter. (§ 49 des Statuts.)  
Für Mitglieder und welche das  
21. Lebensjahr zurückgelegt, haben  
Zutritt.  
— Mitgliedsbuch legitimiert. —  
Zahlreiches und pünktliches Er-  
scheinen erwünscht.  
279/14 **Der Vorstand.**

**Allgemeine Orts-**  
**Krankenkasse zu Berlin.**  
Behufs Wahl von 112 Vertretern  
zur General-Versammlung  
vom 1908/1909 werden die wahl-  
berechtigten Kassenmitglieder zum  
Sonntag, den 1. Dezember, vor-  
mittags von 9—11 Uhr  
in den nachstehend bezeichneten Lokalen  
hiermit ergeben eingeladen.  
Die Wahl der Vertreter erfolgt in  
zwei Abteilungen.  
Zur Abteilung I gehören alle  
diejenigen Kassenmitglieder, welche in  
Betrieben beschäftigt sind, die rechts  
der Spree liegen sowie alle der Kasse  
freiwillig angehörenden Mitglieder,  
welche rechts der Spree wohnen. Das  
Wahllokal für diese Abteilung befindet  
sich im  
„Englischen Garten“, Alexander-  
straße 27c.  
Zur Abteilung II gehören alle  
diejenigen Kassenmitglieder, welche in  
den Betrieben beschäftigt sind, die  
links der Spree liegen sowie alle der  
Kasse freiwillig angehörenden Mit-  
glieder, welche links der Spree  
wohnen. Das Wahllokal für diese  
Abteilung befindet sich bei  
H. Schulze (Restaurant Lebens-  
quelle) Kommandantenstr. 20.  
Sämtliche Vertreter müssen in  
beiden Abteilungen gewählt werden.  
Wahlberechtigt und wählbar  
sind männliche und weibliche  
Kassenmitglieder, welche grob-  
jährig und im Besitze der bürger-  
lichen Ehrenrechte sind.  
Zur Legitimation dient das  
Mitgliedsbuch, welches am Ein-  
gang des Wahllokals und bei Abgabe  
des Stimmzettels vorzulegen ist.  
Die Arbeitgeber werden dringend  
gebeten, dasselbe mit ihrem Firmen-  
stempel zu versehen und den Mit-  
gliedern behufs Teilnahme an der  
Wahl auszuhandigen.  
Die Arbeitgeber wählen in un-  
geteilter Wahlerammlung 180 Ver-  
treter. Die Wahl derselben findet  
statt am  
Dienstag, den 3. Dezember,  
abends von 6—9 Uhr, im „Al-  
tstädter Hof“, Neuer Markt 8/12,  
Ecke Kaiser Wilhelmstraße.  
Wahlberechtigt sind alle Arbeitgeber,  
welche für die bei ihnen beschäftigten  
Kassenmitglieder Beiträge aus eigenen  
Mitteln zu oben genannter Kasse  
zahlen. Jeder Arbeitgeber führt bei  
der Wahl eine Stimme. Die Arbeit-  
geber sind berechtigt, sich bei der  
Wahl durch ihre Geschäftsführer oder  
Betriebsbeamte vertreten zu lassen.  
Von der Vertretung ist dem Wahl-  
leitenden vor Ausübung des Wahl-  
rechts Kenntnis zu geben. In Ver-  
tretern können auch Geschäftsführer  
oder Betriebsbeamte gewählt werden.  
Als Hinweis bei Abgabe des  
Stimmzettels dient die ergangene  
Einladung oder die letzte  
Beitragsquittung.  
Für die Form und Füllung der  
Wahlen sind die Bestimmungen des  
Statuts (§ 38 Abs. 3—5) maßgebend.  
Berlin, den 23. November 1907.  
**Der Vorstand.**  
W. Pfiel, Vorsitzender.

**Charlottenburg!**  
„Vorwärts“-Spedition.  
Seidenheimstraße 1, im Laden.  
**Weihnachtsprämien**  
für unsere Abonnenten.  
Freiliegende sämtliche Werke.  
Verständers Werke 3,50 M.  
Franz Weisparochs Werke.  
Fritz Reuters Werke 8,50 M.  
Wurms Gesundheitslehre 1,50 M.  
Wilderhager von 10 Pf. an.

**D. Lechner.** Auf Kredit!  
1 Mark pro Woche.  
**Garderoben**  
für Herren und Damen.  
Sprechmaschinen, Kronen, Betten,  
Kleiderstoffe, Pelzstolas usw.  
Jeder Käufer erhält sein Weihnachtsgeschenk!  
**Brunnenstraße 192, I.** 6. Haus vom  
Rosenthaler Tor.

**Haben Sie schon**  
die  
**Deutschen Konzerthallen,**  
An der Spandauerbrücke 3, besucht???



